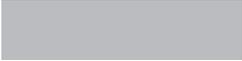


Andreas Ladner
Daniel Schwarz
Jan Fivaz



Die Positionierung der Nationalratskandidierenden 2007

Eine explorative Analyse
der Antworten auf die
Fragen der Online-Wahlhilfe
smartvote

Cahier de l'IDHEAP 243/2008

Chaire Administration suisse et politiques
institutionnelles



Institut de hautes études en administration publique
Swiss Graduate School of Public Administration
Institut universitaire autonome

L'Université pour le service public

Die Studie präsentiert erste explorative Auswertungen zu den Antworten von über 2600 Kandidierenden im Rahmen der Nationalratswahlen 2007 auf den umfangreichen Fragenkatalog der Online-Wahlhilfeplattform «smartvote». Untersucht wird, wie die Fragen von der Gesamtheit der Kandidierenden beantwortet wurden, welche Themen umstritten waren und wie sich die Kandidierenden von den Gewählten unterscheiden. Schwergewichtig beschäftigt sich die Analyse mit den Kandidierenden der vier grössten Parteien SVP, FDP, CVP und SP sowie der Grünen. Welche Positionen nehmen sie ein? Wie geschlossen präsentieren sie sich in den einzelnen Fragen? Wo bestehen grosse Gemeinsamkeiten, wo erhebliche Unterschiede und wie sind die Möglichkeiten der einzelnen Parteien einzuschätzen, sich politisch zu profilieren? Schliesslich wird überprüft, wie gut die Kandidierenden zu ihrer eigenen Partei passen und welche Aussagen sich über die Zusammenhänge zwischen der Abweichung von der Parteilinie und der Herkunft von erhofften Panaschierstimmen machen lassen.

Lors des élections au Conseil national en octobre 2007, plus de 2600 candidats ont répondu au questionnaire concernant l'outil de soutien au vote en ligne «smartvote». Ce cahier de l'IDHEAP présente les résultats d'une première étude exploratoire, basée sur les réponses des candidats au questionnaire de «smartvote». Les auteurs analysent les questions et les thèmes controversés. Ils se sont également intéressés aux différences de prises de position entre les élus et les candidats. L'accent est mis sur les candidats des grands partis, soit l'UDC, le PRD, le PDC, le PS et les Verts. Quelles sont leurs positions politiques? Quelles sont les questions qui divisent les candidats d'un parti? Sur quels sujets sont-ils du même avis? Où se trouvent les points communs entre les différents partis? Quels sont les blocs politiques qui se forment? Sur quels thèmes les partis politiques peuvent-ils se profiler? A l'aide d'une analyse multivariée, l'étude tente aussi d'établir si les candidats sont membres du parti politique qui représente le mieux leurs convictions. Le chapitre final discute l'influence du vote par panache sur le positionnement politique des candidats.

Die Positionierung der Nationalratskandidierenden 2007

**Eine explorative Analyse der Antworten auf
die Fragen der Online-Wahlhilfe smartvote**

**Andreas Ladner
Daniel Schwarz
Jan Fivaz**

Die Positionierung der Nationalratskandidierenden 2007

**Eine explorative Analyse der Antworten auf
die Fragen der Online-Wahlhilfe smartvote**

Cahier de l'IDHEAP 243/2008

Chaire Administration suisse et politiques institutionnelles

© 2008 IDHEAP, Chavannes-Lausanne

ISBN 978-2-940390-18-2



Institut de hautes études en administration publique

Swiss Graduate School of Public Administration

Institut universitaire autonome

Route de la Maladière 21 CH-1022 – Chavannes-Lausanne

T : +41(0)21 557 40 00 – F : +41(0)21 557 40 09

idheap@idheap.unil.ch – www.idheap.ch

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung	V
1 Einleitung und Fragestellungen	1
2 Das Vorgehen und die Daten	5
3 Kandidierende und Gewählte im Vergleich	11
4 Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den Parteien	27
5 Parteiinterne Homogenität	41
6 Positionen der Kantonalparteien	65
7 Die Parteilinien und allfällige Abweichter	75
8 Parteiinterne Positionierung und erwartete Panaschierstimmen	83
9 Zusammenfassende Schlussbemerkungen	93
Literaturverzeichnis	97
Anhangsverzeichnis	103

Tabellen

Tabelle 1	Antwortunterschiede zwischen „beeinflussten“ und „nicht beeinflussten“ Kandidierenden	10
Tabelle 2	Fragen mit starker oder geringer Zustimmung: Kandidierende und Gewählte im Vergleich (in Prozent)	13
Tabelle 3	Umstrittene Fragen: Kandidierende und Gewählte im Vergleich (in Prozent)	15
Tabelle 4	Konfliktmuster der fünf Parteien bei der Beantwortung des smartvote-Fragebogens	34

Tabelle 5	Parteiintern umstrittene und unbestrittene Issues (Auswahl)	45
Tabelle 6	Abweichung der Kantonalparteien der SVP vom gesamtschweizerischen Mittelwert	57
Tabelle 7	Abweichung der Kantonalparteien der FDP vom gesamtschweizerischen Mittelwert	58
Tabelle 8	Abweichung der Kantonalparteien der CVP vom gesamtschweizerischen Mittelwert	59
Tabelle 9	Abweichung der Kantonalparteien der SP vom gesamtschweizerischen Mittelwert	61
Tabelle 10	Abweichung der Kantonalparteien der GPS vom gesamtschweizerischen Mittelwert	62
Tabelle 11	Kandidierende und Gewählte im politischen Raum (prozentuale Verteilung auf zwei und drei Cluster)	77
Tabelle 12	Kandidierende und Gewählte im politischen Raum (prozentuale Verteilung auf vier Cluster)	78
Tabelle 13	Kandidierende und Gewählte im politischen Raum (prozentuale Verteilung auf fünf Cluster)	79
Tabelle 14	Kandidierende und Gewählte im politischen Raum (prozentuale Verteilung auf sechs Cluster)	80
Tabelle 15	Der grösste Anteil Parteimitglieder, die sich zusammen in einem Cluster wiederfindet (in Prozent)	81
Tabelle 16	Prozentanteil der Kandidierenden, die von den Wählenden der anderen Parteien Panaschierstimmen erwarten	84
Tabelle 17	Prozentanteil der Kandidierenden, die von Wählenden der anderen Parteien Panaschierstimmen erhoffen, nach unterschiedlichen Typen von Parteiensystemen	87
Tabelle 18	Positionierung der Kandidierenden, die sich von anderen Parteien Panaschierstimmen erhoffen, im Verhältnis zur durchschnittlichen Position ihrer Partei auf den ideologischen Dimensionen	89

Abbildungen

Abbildung 1	Politikdimensionen: Kandidierende und Gewählte im Vergleich	18
Abbildung 2	smartspider-Grafiken der fünf Parteien	29
Abbildung 3	smartmap-Grafik der fünf Parteien	31
Abbildung 4	Parteiinterne Geschlossenheit : Durchschnittliche Standardabweichungen (Mittelwert) und Durchschnitt der kantonalen Durchschnittswerte (Durchschnittliche Mittelwerte) über die 63 Items	43
Abbildung 5	Parteiinterne Geschlossenheit : Boxplots der fünf Parteien auf den acht Politikdimensionen	52
Abbildung 6	Parteiinterne Geschlossenheit : Boxplots der fünf grössten Parteien auf den zwei ideologischen Dimensionen	54
Abbildung 7	Die Positionen der Kandidierenden der fünf grössten Parteien auf der Links-rechts-Dimension	70
Abbildung 8	Die Positionen der Kandidierenden der fünf grössten Parteien auf der Liberal-konservativ-Dimension	71
Abbildung 9	Die Hauptlisten und die Gesamtheit der Kandidierenden der SVP im Vergleich	73
Abbildung 10	Durchschnittliche Positionierung der Kandidierenden einer Partei (Drs.) und durchschnittliche Positionierung derjenigen, die sich von den Wählenden anderer Parteien Panaschierstimmen erhoffen	90

Vorbemerkung

Im Vorfeld der Nationalratswahlen 2003 wurde in der Schweiz mit der Online-Wahlhilfe smartvote (www.smartvote.ch) erstmals eine sogenannte „Voting Assistance Application (VVA)“ angeboten.¹ Seither hat smartvote eine eigentliche Erfolgsgeschichte durchlebt und wurde zwischen 2004 und 2007 bei zahlreichen kantonalen und kommunalen Wahlen zur Verfügung gestellt. Nicht zuletzt diese breite kantonale und lokale Verankerung führte dazu, dass sich bei den Nationalratswahlen 2007 fast alle ernsthaften Kandidierenden beteiligten. Zudem liessen sich Wählerinnen und Wähler gegen eine Million Wahlempfehlungen durch smartvote ausstellen.

Aus politikwissenschaftlicher Sicht ist smartvote mehr als nur ein Spielzeug. Es kann angenommen werden, dass smartvote in verschiedenster Hinsicht die Entscheidungen von Wählenden, Kandidierenden und politischen Parteien beeinflusst. Entsprechend hat sich auch die Politikwissenschaft mit den Möglichkeiten und Grenzen solcher Plattformen auseinanderzusetzen. Das IDHEAP hat sich entschlossen, die dringend notwendigen Forschungsbestrebungen für die nächsten vier Jahre zu unterstützen. Diese Broschüre ist ein erstes Produkt dieser Zusammenarbeit. Sie soll nicht nur aufzeigen, welche analytischen Möglichkeiten aufgrund der durch smartvote generierten Daten entstehen, sondern möchte auch zur Nachhaltigkeit des Instruments beitragen, indem es basierend auf wissenschaftlichen Ergebnissen kontinuierlich weiterentwickelt und verbessert werden kann.

Die dieser Publikation zugrunde liegende Untersuchung wurde im Rahmen des vom Schweizerischen Nationalfonds geförderten Nationalen Forschungsschwerpunkts „Herausforderungen an die Demokratie im 21. Jahrhundert“ (NCCR Democracy) durchgeführt. Dem Natio-

¹ Die Online-Wahlhilfe smartvote ist Eigentum des nicht gewinnorientierten Vereins « Politools » mit Sitz in Bern (www.politools.net). Zu dessen Vereinszweck gehören neben dem Betrieb und der Weiterentwicklung von smartvote unter anderem die Förderung, die Entwicklung und der Betrieb von E-Democracy-Anwendungen im Dienste der Transparenz in der Politik und der politischen Bildung.

nalfonds sei an dieser Stelle für seine Unterstützung gedankt. Dank geht aber vor allem auch an die vielen Leute von smartvote, die über die letzten Jahre hinweg diese Dienstleistung für Wählende und Kandidierende freiwillig und oft unbezahlt erbracht haben. Ohne ihr Engagement wäre der Betrieb einer solchen unabhängigen Webseite ohne lukrative Interessen nicht möglich gewesen, und ohne ihre Bereitschaft, die Daten zugänglich zu machen, gäbe es auch keine wissenschaftliche Forschung über smartvote. Ein besonderer Dank geht an Julien Fiechter, der darüber hinaus bei der Abfassung der Schlussversion mitgeholfen und die Darstellung von Text, Tabellen und Figuren übernommen hat.

Andreas Ladner, Daniel Schwarz und Jan Fivaz, 3.Oktober 2008

1 Einleitung und Fragestellungen

In der Schweiz wurden die sich zur Wahl stellenden Kandidierenden bislang noch kaum wissenschaftlich untersucht. Die wenigen bisherigen Studien konzentrierten sich vor allem auf die Erfolgchancen oder den Wahlkampf und die dafür benötigten Ressourcen. So untersuchte beispielsweise Burger (1987) Kandidatenmerkmale und Wahlchancen anhand des Panaschierverhaltens und auch Seitz (2000, 2004) befasste sich lediglich mit den Wahlchancen von Frauen bei nationalen Wahlen. Wahlkampftechnische Überlegungen und die dafür benötigten Ressourcen standen demgegenüber im Mittelpunkt der Untersuchung von Balsiger/Roth (2007), die für die Nationalratswahlen 2003 mehr als 1'400 Kandidierende befragt hatten. Noch keine Untersuchung hat sich hingegen mit den politischen Einstellungen der Kandidierenden befasst.

Gerade in der Schweiz, wo das Wahlverfahren nicht nur die Wahl von Parteien erlaubt, sondern mit dem Kumulieren und dem Panaschieren auch starke persönlichkeits- oder eben kandidatenbezogene Elemente aufweist (für kandidatenzentrierte Wahlsystem vgl. Carey/Shugart 1995, Cox 1997), ist das Fehlen entsprechender Studien erstaunlich und bedauernswert. Um so erfreulicher ist es, dass die Schweizer Wahlstudie SELECTS² zusammen mit dem Forschungsnetzwerk Politools³, das die Online-Wahlhilfe smartvote⁴ entwickelt hat und betreibt, und dem NCCR Projekt „smart-voting“⁵ im Rahmen des Comparative Candidate Survey (CCS) des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung bei den Nationalratswahlen 2007 erstmals eine gross angelegte Befragung der Kandidierenden durchgeführt hat.

Zusätzlich zu diesen Umfragedaten standen den vorliegenden Untersuchung erstmals auch die Daten der Online-Wahlhilfe smartvote zur Verfügung. Kernstück dieser bei den Nationalratswahlen 2007 zum

² <http://www.selects.ch>

³ <http://www.politools.net>

⁴ <http://www.smartvote.ch>

⁵ http://www.nccr-democracy.uzh.ch/nccr/knowledge_transfer/ip16

zweiten Mal angebotenen Online-Wahlhilfe war eine Übereinstimmungsberechnung der politischen Präferenzen von Wählerinnen und Wählern und den Kandidierenden auf der Basis eines Fragebogens mit 63 Fragen zu konkreten politischen Entscheidungen.⁶ Anhand der Antworten der Kandidierenden aus dem smartvote-Fragebogen lässt sich nicht nur ihre politische Position mit grosser Genauigkeit bestimmen, sondern es eröffnen sich auch neue Einblicke in die politische Geographie, das Parteiensystem und die politische Elite des Landes. Die daraus entstehenden Forschungsmöglichkeiten sind breit gefächert:

- Die Analyse der politischen Einstellungen der Kandidierenden und insbesondere der Einstellungen der Gewählten bietet zunächst einmal einen Einblick in die politischen Prädispositionen der zukünftigen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger. Darüber hinaus lässt sich unter repräsentationstheoretischen Gesichtspunkten klären, welche politischen Positionen sich bei Wahlen 2007 durchgesetzt haben und welche nicht.
- Aus normativ-demokratiethoretischer Sicht stellt sich beispielsweise die Frage, wie weit den Wählenden politische Alternativen angeboten werden und ob sie von diesen auch Gebrauch machen.
- Die Parteienforschung interessiert sich für Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den Parteien. Zwischen welchen

⁶ Bei der Online-Wahlhilfe smartvote beantworten die Wählenden eine bestimmte Anzahl von Fragen, die vorgängig auch von den Kandidierenden beantwortet worden sind. Auf Grund der Übereinstimmungswerte wird dann die Nähe der Wählenden zu den verschiedenen Kandidierenden und Parteien berechnet (vgl. http://www.smartvote.ch/side_menu/about_us/method.php?who=v). Der smartvote-Fragenkatalog bei den Nationalratswahlen 2007 umfasste insgesamt 73 Fragen, wovon zehn Fragen sich auf die Ausgabenstruktur des Bundes beziehen und darum nicht in allen nachfolgenden Analysen einbezogen werden. Deshalb ist hier von insgesamt lediglich 63 analysierten Fragen die Rede.

Parteien ist die Distanz am grössten und wo bieten sich auf Grund von inhaltlich-präferentiellen Überschneidungen Koalitionen an?

- Ebenfalls von Interesse für die Parteilorschung ist die Frage der parteiinternen Geschlossenheit. Bei welchen Parteien sind die politischen Unterschiede zwischen den Kandidierenden am grössten?
- Es stellt sich weiter die Frage, ob sich auf der Ebene der Kandidierenden Strategien ausmachen lassen, die darauf abzielen von den Wählenden anderer Parteien zu profitieren bzw. Panaschierstimmen zu erhalten.
- Und schliesslich ist sowohl die Wahl- als auch die Parlamentsforschung daran interessiert, ob und wenn ja wie sich das Stimmverhalten der gewählten Parlamentsmitglieder im Vergleich zu den Antworten im smartvote-Fragebogen über die Zeit verändert.

Hinzu kommt noch, dass neben diesen eben genannten Fragen auf der Ebene der einzelnen Kandidierenden auch ähnliche Fragestellungen auf aggregierter Ebene beispielsweise für einzelne Landesteile respektive Kantone oder Parteien bzw. Kantonalparteien gestellt werden können.

Das Interesse an den politischen Einstellungen der einzelnen Kandidatinnen und Kandidaten geht einher mit einer Entwicklung, die in der Forschung als Individualisierung der Wahlkämpfe bezeichnet wird. Der „postmoderne Wahlkampf“ (Norris 2000) führt zu einem relativen Bedeutungsverlust der Massenmedien und zu einem relativen Bedeutungsgewinn der lokalen Ebene. Damit ist unter anderem auch eine stärker Adressaten-orientierte Wahlkampf-führung gemeint, die sich direkter an die entsprechenden Wählerinnen und Wähler richtet (vgl. Zittel/Gschwend 2007: 294). Lokale Wahlkämpfe sind gemäss Zittel/Gschwend (2007: 295) akteursbezogene Strategien nach amerikani-

schem Vorbild, die sich durch eine stärkere parteipolitische Unabhängigkeit der Kandidierenden im eigenen Wahlkreis auszeichnen. Online-Wahlhilfen wie smartvote unterstützen die Kandidierenden, solche individuellen Wahlkämpfe zu führen, weil es für sie so deutlich einfacher wird, ihre eigenen politischen Positionsbezügen gegenüber den Wählerinnen und Wählern darzulegen.

Im Folgenden präsentieren wir einige erste Analysen der Antworten der über 2'600 Kandidierenden, die bei den Nationalratswahlen 2007 den smartvote-Fragebogen beantwortet haben. Es wird gezeigt, wie die Fragen von der Gesamtheit der Kandidierenden beantwortet wurden, welche Themen umstritten waren und wie sich die Kandidierenden von den Gewählten unterscheiden. Dabei wird auch gefragt, wie weit die unterschiedlichen Positionen der Kandidierenden durch soziodemographische und kontextuelle Variablen bestimmt werden. In einem nächsten Schritt werden dann die Unterschiede und Gemeinsamkeiten der fünf grössten Parteien SVP, FDP, CVP, SP und Grüne noch etwas genauer untersucht und typische Konfliktmuster herausgearbeitet. Die darauf folgenden Abschnitte befassen sich mit der parteiinternen Geschlossenheit. Zunächst wird ganz generell nach der Homogenität der Parteien gefragt und anschliessend wird untersucht, welche Kantonal-sektionen in welche Richtung vom gesamtschweizerischen Kurs ihrer Mutterpartei abweichen. Die abschliessenden Kapitel überprüfen, wie gut die Kandidierenden überhaupt noch zu ihren Parteien passen und ob es einen Zusammenhang zwischen der Richtung der Abweichung von der Parteilinie und dem Lager gibt, von dem sich die Kandidierenden Panaschierstimmen erhofft haben.

2 Das Vorgehen und die Daten

An den Nationalratswahlen 2007⁷ beteiligten sich rund 3'100 Kandidatinnen und Kandidaten.⁸ Rund 85 Prozent von ihnen haben den smartvote-Fragebogen.⁹ Dabei kann davon ausgegangen werden, dass Kandidierende, die ihrer Kandidatur eine gewisse Bedeutung beigemessen oder sogar reelle Erfolgsaussichten haben, sich eher bei smartvote beteiligt haben. So haben beispielsweise von den gewählten Nationalrätinnen und Nationalräten deutlich über 90 Prozent den smartvote Fragebogen ausgefüllt.¹⁰ In absoluten Zahlen beteiligten 2'635 Kandidierende für die Nationalratswahlen bei smartvote. Eine solch grosse Zahl ermöglicht in einem bis anhin unerreichten Masse Einblick in die politischen Präferenzen der Parteien und ihrer Kandidierenden.

⁷ Aus Gründen einer besseren Vergleichbarkeit beschränken wir uns in dieser Untersuchung nur auf die Kandidierenden für den Nationalrat. Ständeratswahlen sind in der Schweiz mit Ausnahme des Kantons Jura Majorzwahlen, bei denen, so kann angenommen werden, die Kandidierenden ihre parteipolitische Färbung eher etwas in den Hintergrund stellen. Eine erste Analyse zeigt allerdings, dass – zumindest wenn man die Items auf der Links-rechts-Dimension zusammenfasst, die Unterschiede zwischen den Kandidierenden einer Partei für National- und für den Ständerat nicht ausgesprochen gross sind. Bei SVP, FDP und SP tendieren die Kandidierenden für den Ständerat etwas stärker nach rechts, bei CVP und GPS dagegen eher nach links.

⁸ Gemäss offiziellen Angaben kandidierten bei den Nationalratswahlen 2007 3089 Frauen und Männer für einen der 200 Sitze. Damit wurde ein neuer Höchstwert erreicht. Die im Vergleich zu unserer Erhebung etwas tiefere Zahl rührt daher, dass das Bundesamt für Statistik die Einerwahlkreise (Majorzkanzone) nicht berücksichtigt. In den Jahren 1995, 1999 und 2003 waren es gemäss BFS jeweils „nur“ rund 2'840 Kandidierende gewesen, die sich zur Wahl gestellt haben (vgl. BFS 2007: 29). Rund 35 Prozent der 3'100 Kandidierenden waren im Jahr 2007 Frauen. 2007 wurden 5.6 Prozent aller kandidierenden Frauen gewählt. Bei den Männern wurden deutlich mehr, nämlich 7.3 Prozent der Kandidierenden gewählt. Das Durchschnittsalter aller Kandidierenden betrug 41 Jahre, dasjenige der Gewählten lag knapp über 51 Jahre.

⁹ Damit lag die Beteiligungsquote um 35 Prozentpunkte höher als bei den Nationalratswahlen 2003.

¹⁰ Die Resonanz von smartvote bei den National- und Ständeratswahlen 2007 war auch auf Seiten der Wählenden ausgesprochen gross. Im Vorfeld der Wahlen wurden rund eine Million Wahlempfehlungen ausgestellt. Etwa 300'000 Benutzer registrierten sich bei smartvote und die wichtigsten Medien (von 20Minuten bis zur SRG) unterstützten smartvote als Medienpartner, berichteten darüber und stellten Kandidierende mit Hilfe der von smartvote erstellten politischen Profile vor.

Eine Teilnahme bei smartvote bedeutete, dass die Kandidierenden einen Fragebogen bestehend aus 63 Fragen zu konkreten und aktuellen politische Entscheidungen vollständig beantworten mussten. Der genaue Wortlaut der Fragen ist im Anhang aufgeführt (vgl. Anhang 1). Als Antwortmöglichkeiten standen jeweils „Ja“, „Eher ja“, „Eher nein“ und „Nein“ zur Verfügung. Aufgegliedert waren die Fragen in folgende zehn Themenbereiche:

- Soziales, Familie und Gesundheit (Fragen a1-a7)
- Bildung und Forschung (Fragen a8-a12)
- Migration und Integration (Fragen a13-a17)
- Gesellschaft, Kultur und Ethik (Fragen a18-a25)
- Finanzen und Steuern (Fragen a26-a32)
- Wirtschaft und Arbeit (Fragen a33-a39)
- Umwelt, Verkehr und Energie (Fragen a40-a47)
- Staatliche Institutionen (Fragen a48-a50)
- Justiz, Polizei und Armee (Fragen a51-a58)
- Aussenpolitik und Aussenwirtschaft (Fragen a59-a63)

Zudem wurden noch zehn Fragen zu den Ausgabenpräferenzen bezüglich des Bundeshaushaltes gestellt (Fragen a64-a73).

Der smartvote-Fragebogen lässt sich einerseits zu acht Politikdimensionen und andererseits zu zwei ideologischen Dimensionen verdichten.¹¹ Die Zuordnung der Fragen zu den einzelnen Dimensionen ist im Anhang aufgeführt (Anhang 3 und Anhang 4). Die acht Politikdimensionen werden in der Regel in einer Spinnennetzgrafik (dem so genannten smartspider) dargestellt und tragen folgende Bezeichnungen:

¹¹ smartvote verwendet dieselben acht Politik- bzw. zwei ideologischen Dimensionen bereits seit dem Jahr 2003. Die Auswahl der Dimensionen sowie die Zuteilung der gestellten Fragen auf die Dimensionen basiert auf einem explorativen Konzept, das in Zusammenarbeit mit der Sotomo-Forschungsgruppe an der Universität Zürich (<http://www.sotomo.geo.uzh.ch>) entwickelt worden ist.

- Aussenpolitische Öffnung
- Wirtschaftliche Liberalisierung
- Restriktive Finanzpolitik
- Law & Order
- Restriktive Migrationspolitik
- Mehr Umweltschutz
- Ausgebauter Sozialstaat
- Gesellschaftliche Liberalisierung

Bei den beiden ideologischen Dimensionen handelt es sich um die „links-rechts“- und die „liberal-konservativ“-Dimension. Beide werden in einem zweidimensionalen Koordinatennetz (der so genannten smartmap) dargestellt.

Für alle insgesamt zehn Dimensionen wird ein Index zwischen 0 und 100 gebildet. Dabei erhält jede einbezogene Frage dasselbe Gewicht. Bei den acht politischen Dimensionen bedeutet 100 volle Zustimmung zum formulierten Ziel in der Achsenbezeichnung, der Wert 0 die vollständige Ablehnung desselben. Bei den beiden ideologischen Dimensionen bedeutet 100 eine Position am linken bzw. liberalen Pol, während der Wert 0 auf eine Verortung am rechten bzw. konservativen Rand verweist. Der Wert 50 bildet somit auf allen Dimensionen die „politische Mitte“.¹² Daraus ergibt sich eine Verortung der politischen Positionen der einzelnen Kandidierenden bzw. Parteien auf diesen Dimensionen.

Alle Kandidierenden wurden zudem nach den Wahlen noch einmal befragt. Diese Befragung wurde im Auftrag der Schweizer Wahlstudie SELECTS durchgeführt, die für die Durchführung des Comparative Candidate Survey (CCS) in der Schweiz verantwortlich ist. An der Nachbefragung beteiligten sich 1'660 Kandidierende, was einem Rück-

¹² Für Details zur Berechnung der Indexwerte vgl. http://www.smartvote.ch/side_menu/about_us/method.php?who=v

lauf von 53.5 Prozent entspricht.¹³ Von diesen hatten bereits zuvor 1574 (94.8 Prozent) den smartvote-Fragebogen beantwortet.

Der Fragebogen der SELECTS-Nachbefragung beinhaltet die üblichen Fragen zur Person und zur Kandidatur sowie ein Standardset von 13 politischen Sachfragen und die Selbsteinschätzung auf der Links-rechts-Achse. Darüber hinaus wurde die Bedeutung von smartvote für die Kandidierenden erhoben und es wurde gefragt, nach welchen Kriterien sie den smartvote-Fragebogen beantwortet haben (vgl. Ladner/Felder 2008).

Ebenso erhoben wurden eine Reihe von sozio-demografischen und sozio-ökonomischen Variablen (Alter, Geschlecht, Bildung, Kirchenbesuch usw.) sowie Angaben zur Herkunft (Kanton, Sprachregion, Stadt-Land usw.). Einige dieser Angaben finden sich auch in den offiziellen Wahlstatistiken wider und stehen somit zu allen Kandidierenden zur Verfügung.

Glaubwürdigkeit der Antworten

Natürlich stellt sich die Frage, wie glaubwürdig die Antworten der Kandidierenden auf die 63 Fragen des smartvote-Fragebogens, die im Zentrum der vorliegenden Untersuchung stehen, sind. Bezüglich dieser Antworten werden oft zwei Kritikpunkte geäußert. Ein häufiger Kritikpunkt lautet, dass der Wahrheitsgehalt der Antworten nicht geprüft werden kann und dass sie dann, einmal gewählt, im Nationalrat völlig anders stimmen würden. Oder etwas allgemeiner formuliert: die Kandidierenden würden die Fragen vorwiegend strategisch und nicht gemäss ihrer wahren Präferenzen beantworten, um möglichst viele Personen anzusprechen. Entsprechend könnte etwa erwartet werden, dass sich die Kandidierenden an den beiden Enden der Links-rechts-Skala eher in die Mitte orientieren, um so mehr Wählerinnen und

¹³ Die am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung durchgeführte Kandidatenstudie zur Bundestagswahl 2005 erzielte beispielsweise bei ihrer Befragung von 2346 Kandidierenden einen Rücklauf von 44 Prozent. Ein solcher Rücklauf wurde von den Forschern als „mehr als befriedigend“ bezeichnet (Zittel/Gschwend 2007: 302).

Wähler anzusprechen. Der zweite Kritikpunkt bezieht sich darauf, dass die Parteien den Kandidierenden Anweisungen zukommen lassen, wie diese den Fragebogen auszufüllen haben. Auch auf diese Weise würden die Kandidierenden die Fragen nicht gemäss ihrer wahren Präferenzen beantworten.

Der Wahrheitsgehalt der Antworten kann kaum überprüft werden. Ob sich die Gewählten dann später im Parlament auch so verhalten, wie sie es vor der Wahl „versprochen“ haben, lässt sich erst mit einem nachträglichen Parlamentarier-Monitoring überprüfen. Forschungsanstrengungen zur Eruiierung dieses sogenannten „agency loss“ (Lupia 2003, Strøm et al. 2003) anhand eines Vergleichs von smartvote- und Parlamentsdaten sind bereits im Gange. Erste Resultate sollten Ende 2009 vorliegen. Generell ist noch anzufügen, dass das unterstellte strategische Verhalten grundsätzlich auch bei der Bestimmung der politischen Position anhand von Aussagen in den Medien oder anhand der Parteiprogramme ein Problem darstellt und somit kein smartvote-spezifischer Mangel ist.

Was die Einflussnahme der Parteien auf das Beantworten der Fragen anbelangt, so geht aus der Befragung der Kandidierenden hervor, dass etwas mehr als ein Drittel der Kandidierenden von ihrer Partei „Hinweise“ für das Beantworten der Fragen erhalten hat (vgl. Ladner/Felder 2008). Wie weit diese Hinweise einen tatsächlichen Einfluss auf die Antworten gehabt haben, kann nur ansatzweise geprüft werden. Nach eigenen Angaben betrachten die Kandidierenden den Einfluss ihrer Partei als eher gering. Zwar geben mehr als die Hälfte der Befragten an, dass sie die Hinweise der Partei zumindest teilweise beachtet haben, den Einfluss der Partei auf ihre Antworten bezeichnen sie aber als „mittelgross“. Mit Abstand am wichtigsten war ihre eigene politische Position (vgl. Ladner/Felder 2008).

Über alle Fragen betrachtet, sind die Unterschiede zwischen denjenigen Kandidierenden, die in der Nachbefragung angegeben haben, dass sie von ihrer Partei Hinweise für das Ausfüllen des Fragebogens erhalten haben und denjenigen, die angegeben haben, keine Hinweise erhalten zu haben, relativ gering (vgl. Tabelle 1). Besonders gering sind sie bei der SP, von deren Kandidierenden mehr als die Hälfte solche Beant-

wortungs-Hinweise erhalten hat. Bei der SVP und der GPS bewegen sich die Unterschiede in einem ähnlichen Rahmen wie bei der SP, obwohl hier deutlich weniger Kandidierende angegeben haben, Hinweise von der Parteileitung erhalten zu haben.

Tabelle 1
Antwortunterschiede zwischen „beeinflussten“ und „nicht beeinflussten“ Kandidierenden

Partei	Durchschnittliche absolute Differenz zwischen „Beeinflussten“ und „Nicht-Beeinflussten“ (Prozentpunkte; Skala 0 – 100)	Anteil Kandidierender, die von Partei Hinweise erhalten (Prozentanteile)
CVP	7.8	38.3
FDP	8.7	42.4
SVP	5.5	20.9
SP	5.2	56.4
GPS	3.5	17.1

Weiter kann angenommen werden, dass sich Kandidierende, die im Wahlkampf die Hinweise der Parteileitung stärker beachten haben, auch als gewählte Parlamentsmitglieder der Parteidisziplin ein höheres Gewicht beimessen werden. Insgesamt dürften demnach die Unterschiede zwischen den smartvote-Antworten und dem tatsächlichen Stimmverhalten im Parlament nicht allzu gross ausfallen, selbst wenn die Kandidierenden beim Ausfüllen des smartvote-Fragebogens von den Hinweisen ihrer Partei beeinflusst worden waren.

3 Kandidierende und Gewählte im Vergleich

Wie haben die Kandidierenden die Gewählten den smartvote-Fragebogen beantwortet? Welche Fragen waren besonders umstritten und unterscheiden sich die Antworten der Gewählten von denjenigen der Gesamtheit der Kandidierenden? Zur Beantwortung dieser Fragen wurden die Durchschnittswerte der Antworten aller Kandidierenden (2'632) und der Gewählten (187), die den smartvote-Fragebogen beantwortet haben, sowie die Differenz zwischen den beiden Gruppen. Diese Berechnungen wurden für die 63 Items und die zehn Budgetfragen vorgenommen. Die Resultate inklusive der Standardabweichungen (eine hohe Standardabweichung deutet darauf hin, dass ein Item besonders umstritten ist) können den Anhängen 1 und 2 entnommen werden. Für die nachfolgenden Auswertungen wurden jedoch lediglich die Antworten auf die 63 themenspezifischen Fragen berücksichtigt, da diese Fragen alle in einer vergleichbaren Form gestellt worden sind, während die Budgetfragen in der Art der Fragestellung eine eigene Form darstellen. Zudem wurden die Auswertungen auf einige ausgewählte Fragen beschränkt. Betrachten wir zuerst die wichtigsten Fragen mit einer *klaren Zustimmung respektive Ablehnung* aller Kandidierenden und/oder aller Gewählten.¹⁴

Gegen 80 Prozent der Kandidierenden und der Gewählten sprechen sich für zwingende Minergiestandards bei Neubauten aus und ähnlich hoch ist die Zustimmung für härtere Strafen bei Vandalismus im öffentlichen Raum (vgl. Tabelle 2). Deutlich ist auch die Zustimmung für einen straffreien Schwangerschaftsabbruch bis zur zwölften Woche und auch die Einführung der Individualbesteuerung wird von beiden Gruppen klar befürwortet.

¹⁴ Von den 200 am 21. Oktober 2007 gewählten Nationalrätinnen und Nationalräten haben sich ein Vertreter der CVP, je zwei der FDP und SP sowie acht Vertreter der SVP bei smartvote nicht beteiligt. Die nachfolgenden Auswertungen zu den Gewählten beziehen sich immer auf die 187 teilnehmenden Gewählten und können einer leichten statistischen Verzerrung vor allem zulasten der SVP-Positionen unterliegen.

Kaum Zustimmung hingegen finden Forderungen wie die Einführung der Volkswahl des Bundesrates, was für Aussagen von aktuellen und potenziellen Nationalrätinnen und Nationalräten auch nicht weiter erstaunt, da sie damit einer ihrer wichtigen Kompetenzen beraubt würden. Auch die Abschaffung der direkten Bundessteuer zugunsten einer erhöhten Mehrwertsteuer, die Minarettverbotsinitiative und die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre sind sehr unpopulär.

Bei einigen weiteren aktuellen Fragen sind die Verhältnisse nicht mehr so deutlich, aber immer noch aufschlussreich. Eine klare Mehrheit der Kandidierenden und eine knappe Mehrheit unter den Gewählten findet beispielsweise die Subventionierung von Tagesstätten und Kinderkrippen durch den Bund sinnvoll. Das Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden, Restaurants und Bars findet eine Unterstützung von fast 70 Prozent bei den Kandidierenden und fast 60 Prozent bei den Gewählten. Keine Zustimmung findet die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU in den nächsten fünf Jahren: hier liegen die Werte bei den Befürwortern für beide Gruppen unter 40 Prozent, hingegen sind jeweils deutlich mehr als 60 Prozent für die Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf Rumänien und Bulgarien.

Tabelle 2
Fragen mit starker oder geringer Zustimmung: Kandidierende und Gewählte im Vergleich (in Prozent)

Frage	Alle		Gewählte		Differenz
	Zustimmung	σ	Zustimmung	σ	
<i>Starke Zustimmung</i>					
Sollen bei öffentlichen und privaten Neubauten die Minergiestandards zwingend eingehalten werden müssen?	78.7	32.0	77.1	34.0	1.6
Sollen Sachbeschädigungen im öffentlichen Raum (Vandalismus, Sprayereien) härter bestraft werden?	77.4	34.4	81.1	33.2	3.7
Soll sich die Schweiz verpflichten, bis ins Jahr 2020 eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 30% (im Vergleich zum Stand von 1990) vorzunehmen?	76.7	35.7	62.4	42.7	14.3
Der Schwangerschaftsabbruch ist in der Schweiz in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft straflos möglich. Finden Sie dies richtig?	74.8	39.2	73.4	41.1	1.4
Sollen Schweizer Jugendliche frei zwischen einem Militärdienst und einem zivilen Ersatzdienst (Zivildienst) wählen können?	73.7	39.4	57.8	45.7	16.0
Das Bundesgericht hat degressive Steuertarife (abnehmender Steuersatz mit zunehmendem Einkommen) verboten. Finden Sie dies richtig?	70.9	40.6	63.0	44.6	7.9
Soll die Militärjustiz gegenüber Zivilpersonen abgeschafft und ihre Aufgaben auf die zivile Justiz übertragen werden?	70.9	38.8	65.4	43.4	5.6
Würden Sie die Einführung einer Individualbesteuerung anstelle der heutigen Ehepaarbesteuerung befürworten?	70.4	39.0	71.9	40.1	1.6
<i>Geringe Zustimmung</i>					
Soll Englisch landesweit als erste Fremdsprache unterrichtet werden?	37.4	42.4	31.0	40.8	6.4
Finden Sie es richtig, wenn der Staat private Schulen finanziell unterstützt?	35.9	38.0	42.8	39.7	6.9
Soll die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes von 400 auf 300 Tage gekürzt werden?	35.8	41.6	23.9	37.9	11.9

Forts. Tabelle 2

Frage	Alle		Gewählte		Differenz
	Zustimmung	σ	Zustimmung	σ	
Befürworten Sie eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen und Männer auf 67 Jahre?	32.8	37.5	30.7	37.1	2.1
Sollen die Schutzbestimmungen für Wölfe gelockert werden?	31.3	39.8	39.3	43.5	8.0
Eine Volksinitiative will den Bau von Minaretten verbieten. Befürworten Sie dies?	30.8	38.3	22.7	33.5	8.1
Soll der Bundesrat direkt vom Volk gewählt werden?	30.9	37.7	42.2	43.2	11.4
Soll die direkte Bundessteuer abgeschafft und im Gegenzug die Mehrwertsteuer erhöht werden?	29.9	41.7	30.6	42.0	0.7

Legende: σ = Standardabweichung

Umstritten unter den Kandidierenden sind etwa Fragen wie die Einführung eines Roadpricings oder einer straffreien Sterbehilfe, die Bewaffnung Schweizer Armeeinghörige unter UNO- oder OSZE-Mandat im Ausland, die Annäherung der Steuerbelastung in allen Kantonen und Gemeinden, eine Verschärfung des Jugendstrafrechts zur Eindämmung der Jugendkriminalität sowie die Einführung eines Finanzreferendums auf Bundesebene oder eines einheitlichen Mehrwertsteuersatzes (vgl. Tabelle 3). Umstrittenen ist auch die Einführung des Wahlrechts für Ausländerinnen und Ausländer auf Gemeindeebene, mit Zustimmungswerten von 48 (alle Kandidierenden) und 46 Prozent (Gewählte). Beide Gruppen sind hingegen zu mehr als 60 Prozent der Meinung, dass das Bundesgericht 2003 zu Recht die Möglichkeiten der Gemeinden eingeschränkt hat, an der Urne oder an der Gemeindeversammlung über Einbürgerungen zu entscheiden.

Auf der Ebene der Gewählten – und damit auch im Parlament – umstritten sind Fragen wie die Aufbewahrung der Dienstwaffe von Armeeinghörigen im Zeughaus, die freie Wahl der Pensionskasse, eine strengere Kontrolle der Einhaltung der Strassenverkehrsvorschriften, die Aufhebung sämtlicher Importzölle und -beschränkungen für landwirt-

schaftliche Produkte aus Entwicklungsländern sowie die Umwandlung von Stipendien für Studierende in rückzahlbare zinslose Darlehen.

Tabelle 3
Umstrittene Fragen: Kandidierende und Gewählte im Vergleich (In Prozent)

Frage	Alle		Gewählte		Differenz
	Zustimmung	σ	Zustimmung	σ	
Soll die Dienstwaffe von Armeeehörigen in Zukunft im Zeughaus aufbewahrt werden?	62.2	45.0	50.9	46.9	11.3
Sollten die Versicherten ihre Pensionskasse (2. Säule; BVG) frei wählen können?	59.4	40.9	52.1	42.9	7.2
Soll die Einhaltung der Strassenverkehrsvorschriften strenger kontrolliert werden?	59.4	39.7	52.5	42.3	6.9
Würden Sie einer Aufhebung sämtlicher Importzölle und -beschränkungen für landwirtschaftliche Produkte aus Entwicklungsländern zustimmen?	55.0	40.3	52.1	41.3	2.9
In einigen ausländischen Städten (z.B. London, Oslo oder Stockholm) muss für Autofahrten in die Innenstadt eine Gebühr bezahlt werden. Soll ein solches Road Pricing auch in Schweizer Städten eingeführt werden?	53.2	43.4	41.0	43.6	12.1
In den Niederlanden ist die aktive Sterbehilfe straffrei. Würden Sie eine solche Regelung auch in der Schweiz befürworten?	52.1	41.2	43.2	39.9	8.9
Befürworten Sie, dass bewaffnete Schweizer Armeeehörige unter UNO- oder OSZE-Mandat im Ausland eingesetzt werden können?	51.5	43.3	57.4	45.7	5.8
Soll die Steuerbelastung in allen Kantonen und Gemeinden annähernd gleich hoch sein?	50.9	43.5	36.8	44.3	14.1
Forts. Tabelle 3					
Halten Sie eine Verschärfung des Jugendstrafrechts für eine geeignete	50.1	42.0	52.4	45.0	2.3

Frage	Alle		Gewählte		
	Zustimmung	σ	Zustimmung	Differenz	
				σ	
Massnahme zur Eindämmung der Jugendkriminalität?					
Soll auf Bundesebene ein Finanzreferendum eingeführt werden?	48.4	41.2	43.3	44.3	5.1
Soll gesamtschweizerisch das aktive Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf Gemeindeebene eingeführt werden?	48.6	45.6	44.9	47.0	3.7
Bei der Mehrwertsteuer gelten heute drei verschiedene Steuersätze und diverse Steuerbefreiungen. Sollen ein einheitlicher Mehrwertsteuersatz eingeführt und die Befreiungen abgeschafft werden?	48.3	41.7	37.4	40.6	10.8
Sollen Stipendien an Studierende durch zinslose (nach dem Studium rückzahlbare) Darlehen ersetzt werden?	43.6	42.0	48.3	42.6	4.7

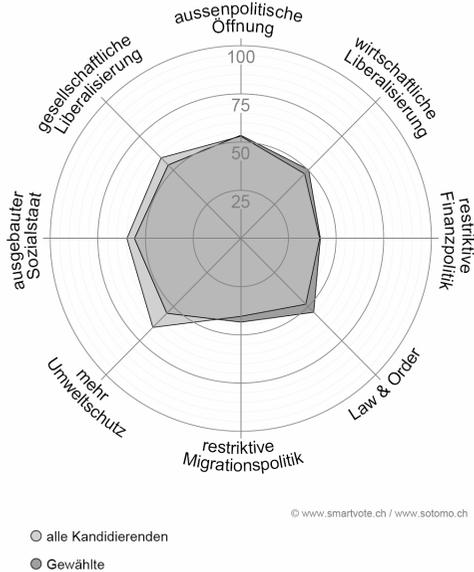
Legende: σ = Standardabweichung

Von besonderem Interesse sind schliesslich diejenigen Fragen, bei denen es zwischen den Kandidierenden und den Gewählten *unterschiedliche Mehrheiten* gibt. Grosse Unterschiede gibt es etwa bei den Einstellungen zur Einführung eines Mindestlohns, die von fast 60 Prozent der Kandidierenden und lediglich von 40 Prozent der Gewählten gewünscht wird. Bei der Schaffung eines Fonds für Lehrstellen und beim Bau von neuen AKW finden sich ebenfalls unterschiedliche Mehrheiten mit grösseren Differenzen. Die erste Vorlage wird von den Kandidierenden, die zweite von den Gewählten unterstützt. Bei den anderen Vorlagen dieser Zustimmungskonstellation sind die Differenzen weniger ausgeprägt und/oder das Lager der Befürworter/Gegner liegt nahe bei 50 Prozent. Beispiele hierfür sind etwa das Roadpricing, die Begrenzung der Gesamtfläche der Bauzonen für die nächsten 20 Jahre, die aktive Sterbehilfe und die Angleichung der Steuerbelastung in allen Kantonen und Gemeinden.

Betrachten wir die *Unterschiede auf den einzelnen Politikdimensionen*, so zeigt sich in der Spinnennetz-Grafik¹⁵ in Abbildung 1, dass alle Kandidierenden zusammen im Durchschnitt etwas stärker für Umweltschutz, für einen ausgebauten Sozialstaat und für eine gesellschaftliche Liberalisierung eintreten als die Gewählten, während die Gewählten im Durchschnitt etwas stärker eine wirtschaftliche Liberalisierung und eine konsequente Law & Order-Haltung befürworten. Keine Differenzen finden sich bei der aussenpolitischen Öffnung und der restriktiven Finanzpolitik. Insgesamt vertreten die Kandidierenden eher etwas linke, die Gewählten eher etwas rechtere Positionen.

¹⁵ Sogenannte « smartspider »-Grafik, zur Erklärung vgl. Kapitel 4.

Abbildung 1
Politikdimensionen: Kandidierende und Gewählte im Vergleich



Ein plausibler Grund für die unterschiedliche Positionierung von Kandidierenden und Gewählten liegt natürlich darin, dass unter den Kandidierenden die linken Parteien stärker vertreten sind. Tatsächlich lässt sich zeigen, dass unter den Kandidierenden etwas mehr als 55 Prozent auf Grund der Listenzugehörigkeit zum Mitte-links Lager (SP, GPS, PdA, Solidarité, FGA plus CVP, GLP, CSP und EVP) gezählt werden können, während dieser Anteil bei den Gewählten etwas mehr als 50 Prozent beträgt. Die mögliche Begründung hierfür, dass die Wählenden eher den Kandidierenden rechts stehender Listen den Vorzug geben, scheint wenig stichhaltig. Wahrscheinlicher ist, dass das Mitte-links Lager mit mehr Listen und damit auch mit mehr Kandidierenden

angetreten sind, die sich nicht unbedingt Chancen auf Erfolg ausrechnen konnten.

Bevor wir uns im nächsten Kapitel den Differenzen zwischen den Parteien zuwenden, interessiert in einem nächsten Schritt die Frage, *wie weit die unterschiedlichen politischen Einstellungen der Kandidierenden durch sozio-demografische und kontextuelle Faktoren erklärt werden können*. Zur ersten Gruppe von Variablen, die untersucht werden, gehören Geschlecht, Alter, Einkommen und die Häufigkeit des Kirchenbesuchs, zur zweiten Gruppe die Sprachregion, Stadt-Land-Unterschiede und die dominante Konfession. Weiterhin interessieren auch allfällige Unterschiede zwischen der Gesamtheit der Kandidierenden und den Gewählten. Die Korrelationskoeffizienten für die einzelnen Variablen dieser beiden Variablengruppen und den verschiedenen Fragen finden sich im Anhängen 5, 6 und 11.¹⁶ . Dargestellt sind dort auch für die Gesamtheit der Kandidierenden die Korrelationen zwischen den Variablen der beiden Variablengruppen und den acht Politikbereichen sowie den zwei ideologischen Dimensionen (vgl. Anhänge 7, 8, 9, 10, 12, 13 und 14).

Frauen und Männer unterscheiden sich praktisch durchs Band weg signifikant voneinander. Dies zeigt sich sowohl auf der Ebene der einzelnen politischen Fragen als auch auf der Ebene der Politikdimensionen. Frauen befürworten vermehrt eine aussenpolitische Öffnung, eine geringere ökonomische Liberalisierung, eine weniger restriktive Finanz- und Steuerpolitik, sie treten weniger ausgeprägt für Recht und Ordnung und eine restriktive Ausländerpolitik ein, sind hingegen für mehr Umweltschutz und einen ausgebauten Wohlfahrtsstaat und befürworten stärker eine liberale Gesellschaftspolitik. Insgesamt kann festgehalten werden, dass Frauen eher links stehen und liberaler denken als Männer. Es besteht durchaus die Möglichkeit, dass die kandidierenden Frauen nicht repräsentativ für die Gesamtheit aller Frauen sind, weil

¹⁶ Es werden hier lediglich bivariate Korrelationen berechnet, d.h. Einflüsse von Drittvariablen werden ausgeblendet, um den Rahmen der vorliegenden Studie nicht zu sprengen. Für tiefer greifende Analysen wären multivariate Untersuchungsmethoden anzuwenden.

die linken Parteien stärker und erfolgreicher darum bemüht sind, die Untervertretung der Frauen in der Politik zu beseitigen.¹⁷ Aus dem Anhang 7 geht allerdings hervor, dass auch innerhalb der SVP, FDP und CVP die kandidierenden Frauen eher linkere Einstellungen aufweisen als die Männer. So zeigt sich etwa eine geringere Unterstützung durch weibliche Kandidierende für wirtschaftliche Liberalisierungen bei der SVP und CVP, von Recht und Ordnung bei der SVP und FDP oder einer restriktiven Immigrationspolitik bei der FDP und CVP. In der SVP, FDP und CVP sind die weiblichen Kandidierenden eher für einen stärkeren Wohlfahrtsstaat oder für eine liberalere Gesellschaftsordnung. Die geringsten geschlechtsspezifische Unterschiede finden sich in der Regel bei der SP, wobei auch hier die Männer signifikant stärker für eine wirtschaftliche Liberalisierung sind und weniger stark für den Umweltschutz eintreten.

Betrachtet man die Korrelationen zwischen dem *Alter* und den Positionen der Kandidierenden und der Gewählten, so ergeben sich nicht nur eine geringe Zahl signifikanter Zusammenhänge, sondern die Zusammenhänge fallen auch weniger stark aus. Nicht ganz überraschend zeigt sich beispielsweise, dass die Älteren in geringerem Mass für die Einführung des aktiven Wahl- und Stimmrechtsalters ab 16 Jahren sind. Die Jüngeren sind demgegenüber eher für die Aufbewahrung der Armeewaffe im Zeughaus und befürworten stärker, dass gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren dürfen. Beide Items widerspiegeln den erwarteten Wertewandel zwischen den Generationen. Auch bei umweltpolitischen Fragen zeigt sich – hier etwas stärker unter den Gewählten – dass sich die jüngeren Generationen in ihrer Gesamtheit ökologischer positionieren: sie ist eher gegen neue AKW, eher für eine Beschränkung der Bauzonen sowie für eine Einführung eines Roadpricings. Betrachtet man die Korrelationen zwischen Alter und den Positionen auf den Konfliktdimensionen nach Parteien aufgeschlüsselt, so ergeben sich vor allem mit Blick auf die Zukunft interessante Erkenntnisse. Trifft die

¹⁷ Gegen 45 Prozent der weiblichen Kandidaten und rund 50 Prozent der weiblichen Gewählten gehören linken Parteien an, während die entsprechenden Prozentanteile bei den Männern jeweils nur je 25 Prozent betragen.

nicht ganz unrealistische Annahme zu, dass die jüngeren Kandidierenden von heute die Meinungsführer der Parteien von morgen sind, so lassen sich Vermutungen anstellen, in welche Richtung sich die Parteien entwickeln könnten.¹⁸ Generell gilt, dass die jüngeren Kandidierenden weniger stark für Recht und Ordnung eintreten und eher eine liberale Gesellschaftsordnung befürworten. Einzige Ausnahme beim letzten Punkt bilden die Kandidierenden der SVP. Bei der SVP sind die Jüngeren zudem signifikant stärker gegen eine aussenpolitische Öffnung und noch stärker für eine restriktive Einwanderungspolitik als die älteren Kandidierenden. Ersteres gilt auch für die SP, wo die jüngeren Kandidierenden ebenfalls weniger ausgeprägt für eine offene Aussenpolitik eintreten. Zudem sind sie weniger deutlich für einen Ausbau des Wohlfahrtsstaates und auch mehr Umweltschutz findet hier weniger Zustimmung als unter den älteren SP-Kandidierenden.

Die Analyse der Positionsbezüge in Verbindung mit den *Bildungsabschlüssen* der Kandidierenden zeigt, dass eine hohe Bildung generell mit integrationsfreundlicheren, gesellschaftlich offeneren oder generell linken Positionsbezügen einher geht. Dieses Ergebnis muss wohl in erster Linie so gewertet werden, dass die Kandidierenden der linken Parteien gesamthaft eher über die höheren Bildungsabschlüsse verfügen. Blickt man dann in die einzelnen Parteien hinein und betrachtet die Korrelationen mit den einzelnen Politikdimensionen, so zeigt sich einzig bei der Einstellung zu einer stärkeren aussenpolitischen Öffnung in allen Parteien ein Zusammenhang zwischen einer offeneren Haltung in diesem Punkt und einem höheren Bildungsabschluss. Ansonsten bietet sich ein uneinheitlicheres Bild. In FDP und CVP geht höhere Bildung auch einher mit der Forderung nach wirtschaftlicher Liberalisierung, weniger restriktive Einwanderungspolitik und weniger Wohlfahrtsstaat. Bei SP und GPS führt höhere Bildung zu einer stärkeren Betonung des Umweltschutzes.

¹⁸ Unter der Annahme, dass der Wertewandel zwischen den Generationen stärker wirkt als mögliche Lebensaltereffekte, welche dafür sorgen, dass man mit zunehmendem Alter eher konservativer wird und rechtliche Positionen einnimmt.

Ausgesprochen starke Zusammenhänge gibt es zwischen den politischen Positionsbezügen und der Variable „Häufigkeit des Kirchenbesuchs“. Vor allem in ethisch-moralischen Fragen wie der Sterbehilfe, der Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare und der Legalisierung des Konsums von Cannabis geht ein häufiger Kirchenbesuch einher mit einer klar ablehnenden Haltung. Aber auch bei anderen Themenbereichen zeigt sich, dass häufige Kirchgänger eher zu konservativen Einstellungen tendieren. Ein ähnliches Bild ergibt sich auch, wenn diese Zusammenhänge jeweils für die einzelnen Parteien gesondert analysiert werden. Bei allen fünf Parteien besteht ein deutlicher Zusammenhang bezüglich häufigem Kirchgang und konservativen Positionen wie beispielsweise einer starken Law & Order-Orientierung. Interessant ist, dass bei der FDP und SVP die Häufigkeit des Kirchganges mit Blick auf die Einwanderungspolitik in unterschiedliche Richtungen weist. Während bei der FDP ein häufiger Kirchbesuch mit einer restriktiveren Einstellung einher geht, zeigt sich demgegenüber bei den Kandidierenden der SVP, dass häufige Kirchbesucherinnen und -besucher eine eher gemässigte, weniger rigide Haltung in diesen Fragen einnehmen.

Insgesamt eher etwas weniger ausgeprägt sind die kontextuellen Unterschiede (vgl. Anhänge 12, 13 und 14). Betrachten wir als ersten Graben in der Schweizer Politik den *Unterschied zwischen der Deutsch- und der Westschweiz*. Hier zeigt sich relativ deutlich, dass die Kandidierenden und die Gewählten in der französischsprachigen Schweiz zum Beispiel pro-europäischer, etatistischer, stärker für einen ausgebauten Sozialstaat und weniger ausgeprägt für eine restriktive Immigrationspolitik sind. Diese Unterschiede finden sich nicht nur, wenn wir die Gesamtheit der Kandidierenden betrachten, sondern jeweils auch innerhalb der Parteien. Mit Ausnahme der Kandidierenden der SP treten in allen Parteien die Kandidierenden aus der Westschweiz stärker für eine aussenpolitische Öffnung ein und der Ausbau des Wohlfahrtsstaats findet bei allen Parteien in der Westschweiz mehr Sympathien als in der Deutschschweiz. Eine ökonomische Liberalisierung und eine restriktive Finanzpolitik werden hingegen in allen fünf Parteien in der Westschweiz stärker abgelehnt als in der Deutschschweiz. Der Umweltschutz ist bei

den Kandidierenden der CVP und SP in der Westschweiz weniger wichtig als bei ihren Deutschschweizer Kolleginnen und Kollegen, genau umgekehrt verhält es sich aber bei den Kandidierenden der SVP. Letzteres macht aus der SVP in der Westschweiz natürlich noch lange keine Grüne Partei, es zeigt lediglich, dass sie im Verhältnis zur Mehrheit der SVP-Kandidierenden aus der Deutschschweiz etwas ökologischer positioniert ist. Insgesamt gilt für die SVP, FDP, SP und GPS, dass ihre Kandidierenden in der Westschweiz parteiintern eher linke Positionen einnehmen, dafür aber weniger liberal sind als ihre Kandidierenden aus der Deutschschweiz. Offenbar, so kann aus diesen Zusammenhängen geschlossen werden, widerspiegeln sich in den politischen Positionsbezügen der Parteien auch die politischen Präferenzen der Landesteile, wie sie auch bei Volksabstimmungen immer wieder zum Ausdruck kommen, was darauf hindeutet, dass die Parteien ihre Wählerschaft und deren Präferenzen kennen. Allgemeiner formuliert, kann dies auch als Hinweis auf einen nach wie vor lebendigen innerparteilichen Föderalismus gedeutet werden, indem die lokale Wählerschaft ebenso wichtig ist wie einheitliche Vorgaben der nationalen Parteileitung.

Eine zweite Konfliktlinie, die ebenfalls in zahlreichen Volksabstimmungen zu Tage tritt, ist *der Stadt-Land-Graben*. Dieser scheint deutlich ausgeprägter zu sein als der „Röschi-Graben“. Es finden sich auf der Ebene der einzelnen Sachfragen nicht nur viel häufiger signifikante Beziehungen, sondern die Korrelationskoeffizienten fallen auch deutlich stärker aus. Betrachtet man die Korrelationen für die verschiedenen Politikdimensionen, so finden sich in allen Fällen signifikante Zusammenhänge. Die Unterschiede entsprechen auch hier den Ergebnissen, die bei Volksabstimmungen zu beobachten sind. Kandidierende und Gewählte aus ländlichen Gebieten sind konservativer eingestellt und tendieren stärker nach rechts als städtisch geprägte Kandidierende. Betrachtet man dann in die einzelnen Parteien, so lassen sich aber – von wenigen Ausnahmen abgesehen – deutlich weniger signifikante Zusammenhänge finden, was darauf hindeutet, dass diese Konfliktlinie primär nicht innerhalb der Parteien sondern vielmehr zwischen den Parteien auftritt, während der sprachregionale Konflikt zwischen der

Deutsch- und der Westschweiz auch ein innerparteilicher Konflikt ist. Allerdings lassen sich auch interessante Ausnahmen finden. So bestehen bei den Kandidierenden der CVP und FDP parteiintern grössere Differenzen zwischen Stadt und Land was eine weitere aussenpolitischen Öffnung und eine stärkere wirtschaftliche Liberalisierung betrifft. Beide Anliegen werden von den Kandidierenden aus ländlichen Regionen signifikant häufiger abgelehnt. Ein vergleichbares Muster zeigt sich auch bei der SVP. Bei der SP schliesslich zeigt sich ein parteiinterner Stadt-Land-Graben in den Bereichen Law & Order und der Migrationspolitik. Kandidierende aus ländlichen Gebieten stehen verhältnismässig stärker für einen Law & Order-Ansatz und eine restriktive Migrationspolitik ein.

Bezüglich der unterschiedlichen *Konfessionsgebiete* zeigt sich, dass sich kaum starke Korrelationen zwischen diesen und den einzelnen Positionsbezügen bei den einzelnen Sachfragen finden lassen. Ausnahmen bilden die Fragen zum straffreien Schwangerschaftsabbruch und zur Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Partnerinnen oder Partner, die in katholischen Gebieten stärker auf Ablehnung stossen. Auf der aggregierten Ebene der Politikdimensionen und jeweils aufgeschlüsselt nach den einzelnen Parteien zeigt sich demgegenüber deutlich, dass vor allem die FDP und CVP in den katholischen Kantonen anders positioniert sind als in protestantischen und gemischtkonfessionellen Kantonen. Besonders tief ist dieser Graben in der CVP, bei der die Kandidierenden in den katholischen Gebieten deutlich stärker gegen einen aussenpolitische Öffnung, gegen mehr Umweltschutz und gegen liberale Werte in gesellschaftlichen Fragen sind und dafür eine restriktive Ausländerpolitik sowie einen ausgräfteren Law & Order-Kurs stärker unterstützen. SVP und CVP sind mit ihren Kandidierenden in den katholischen Gebieten deutlich konservativer, die CVP auch deutlich rechter positioniert. Die FDP-Kandidierenden in katholischen Kantonen sind ebenfalls weniger liberal, dafür aber eher etwas linker positioniert. Zudem sind sie im Vergleich zu ihren Partei-Kolleginnen und Kollegen aus den nicht-dominant katholischen Gebieten etwas kritischer gegenüber der wirtschaftlichen Liberalisierung und einer restrikti-

ven Finanzpolitik eingestellt, stehen aber dafür einem Ausbau des Wohlfahrtsstaates positiver gegenüber.

Fazit

Die Analyse aller Kandidierenden ist vor allem von Interesse, weil es sich um einen bestimmten Teil der politischen Elite des Landes handelt. Mehrheitlich sind es diejenigen Personen, die in den Parteien genügend Meriten aufweisen und einen Platz auf den Wahllisten erhalten. Bei den Gewählten demgegenüber handelt es sich um die zukünftigen Entscheidungsträger im Parlament. Hier lassen die politischen Positionen bereits jetzt erahnen, in welche Richtung sich die Politik des Nationalrats in Zukunft entwickeln wird.

Aus demokratietheoretischer Hinsicht handelt es sich hier im Prinzip um ein doppeltes Repräsentationsproblem. Wer von den Parteien für die Nationalratswahlen aufgestellt wird, kann – muss aber nicht – mit den Parteiwählenden übereinstimmen, und wer von den Kandidierenden gewählt wird, kann – muss aber nicht – mit dem durchschnittlichen Profil der Kandidierenden übereinstimmen. Wie weit die Kandidierenden für die Basis der Parteien oder allenfalls gar für die Bevölkerung repräsentativ sind, kann mit den vorliegenden Daten nicht geklärt werden. Geklärt werden kann jedoch, wer sich unter den Kandidierenden durchsetzt bzw. welche Unterschiede die politischen Positionen die Gewählten im Vergleich zum gesamten Kandidatenfeld aufweisen.¹⁹

Die Analysen zeigen teilweise deutliche Unterschiede bezüglich der Positionsbezüge bei den einzelnen Sachfragen. Eine Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre scheint beispielsweise sowohl bei den Kandidie-

¹⁹ Damit ist keineswegs geklärt, wie stark der Wahlentscheid der Wähler von der allgemeinen oder konkreten politischen Positionierung eines Kandidaten abhängt. Zudem sind nicht allen Wählern dieselben Themen gleichermassen wichtig oder der Wahlentscheid beruht zusätzlich auf anderen Informationsgrundlagen (z.B. Orientierung am Parteilabel, Bekanntheitsgrad des Kandidierenden, Bisherigen-Status, Listenplatz, persönliche Sympathie, etc.).

renden als auch bei den Gewählten keine Mehrheit zu finden. Anders sieht es bei den Kinderkrippensubventionen aus, wo sich die Kandidierenden deutlich dafür aussprechen, während die Gewählten diese Forderung nur knapp unterstützen. Bei einigen der vorgefundenen Resultate liegt eine nahe liegende Erklärung allerdings darin, dass das links-grüne Lager unter den Kandidierenden stärker vertreten ist als im Parlament.

Setzt man die Positionen der Gewählten und der Kandidierenden mit persönlichen und kontextuellen Merkmalen in Verbindung, so zeigen sich die grössten Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Erstere sind eher links und liberal orientiert. Stärker als der Unterschied zwischen den Sprachregionen fällt der Stadt-Land-Graben aus. Ländliche Gebiete sind konservativer und tendieren nach rechts. Auch dies ist zumindest teilweise eine Folge der regional ungleich verteilten Kandidatenzahl: links-grüne Kandidierende stammen vor allem aus städtischen Gebieten, rechts-konservative aus ländlichen.

4 Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den Parteien

Wie weit stellen die Kandidierenden und damit auch die politischen Parteien ein kohärentes und differenziertes Angebot an politischen Positionen und Lösungen dar, die sie dann auch umsetzen können, so dass die Wählerinnen und Wähler eine echte Auswahl haben, wie dies beispielsweise vom „Responsible Party Model“ (vgl. z.B. Ranney 1951, Schattschneider 1977) gefordert wird? Auch wenn diese Frage vor allem in politischen Systemen mit wechselnden Regierungsmehrheiten und einem zur Mitte tendierenden Parteienwettbewerb von Bedeutung ist und in Untersuchungen entsprechend thematisiert wird (Wüst et al. 2006: 430), stellt sich auch für die Schweiz die Frage, wie weit die Parteien heute noch unterschiedliche Positionen anbieten. Für den Fall, dass sich klar unterschiedliche politische Positionen ausmachen lassen, interessiert dann in einem nächsten Schritt, ob diese Unterschiede nach wie vor entlang denselben Konfliktdimensionen verlaufen, die schon bei der Entstehung der Parteien von Bedeutung waren (vgl. Lipset/Rokkan 1967) oder ob sich im Parteiensystem neue Konfliktlinien herausgebildet haben.

Einen einfachen Überblick über *Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den verschiedenen Parteien* ermöglichen zwei grafische Darstellungen der smartvote-Plattform: der „smartspider“ und die „smartmap“. Der smartspider stellt acht Politikdimensionen in einem „Spinnennetz-Diagramm“ dar, während die smartmap die Parteien in einem zweidimensionalen ideologischen Raum verortet, gebildet durch die Links-rechts- und die Liberal-konservativ-Achse.²⁰

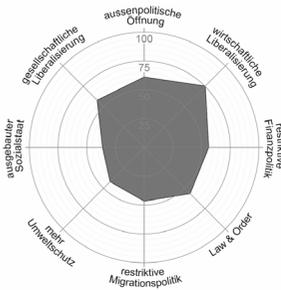
Die Spinnennetz-Diagramme verdeutlichen die politischen Unterschiede der SVP und der Linken auf eindrückliche Weise (vgl. Abbildung 2). Die SVP ist für eine restriktive Migrations- und Finanzpolitik, für Recht und Ordnung und für wirtschaftliche Liberalisierungen. Die

²⁰ Für die Zuteilung der einzelnen smartvote-Fragen auf die smartspider- bzw. smartmap-Achsen vgl. Anhang 3 und Anhang 4.

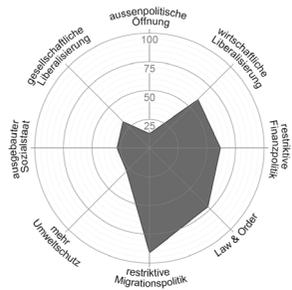
Linke ist für einen ausgebauten Sozialstaat, für Umweltschutz, für eine gesellschaftliche Liberalisierung und für eine aussenpolitische Öffnung. FDP und CVP zeigen demgegenüber deutlich weniger ausgeprägte Positionen (eine Ausnahme bildet einzig die wirtschaftliche Liberalisierung bei der FDP) und weisen ein ausgewogeneres Gesamtbild auf. Auffallend in dieser Form der Darstellung ist allerdings auch, wie gering die Unterschiede zwischen FDP und CVP auf der einen, und zwischen SP und GPS auf der anderen Seite sind. Etwas provokativ darf hier die Frage in den Raum gestellt werden, ob so wenig Unterschiede überhaupt die Existenz von jeweils zwei Parteien rechtfertigen.

Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den Parteien

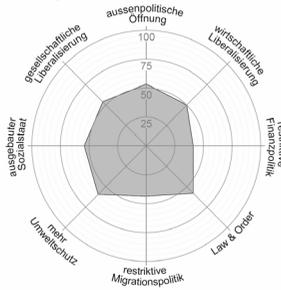
Abbildung 2
smartspider-Grafiken der fünf Parteien



● FDP, NR-Kandidierende 2007



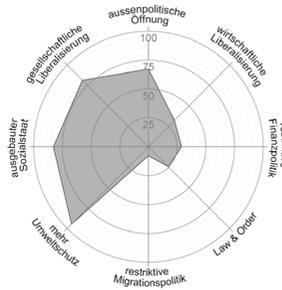
● SVP, NR-Kandidierende 2007



● CVP, NR-Kandidierende 2007



● SP, NR-Kandidierende 2007



● Grüne, NR-Kandidierende 2007

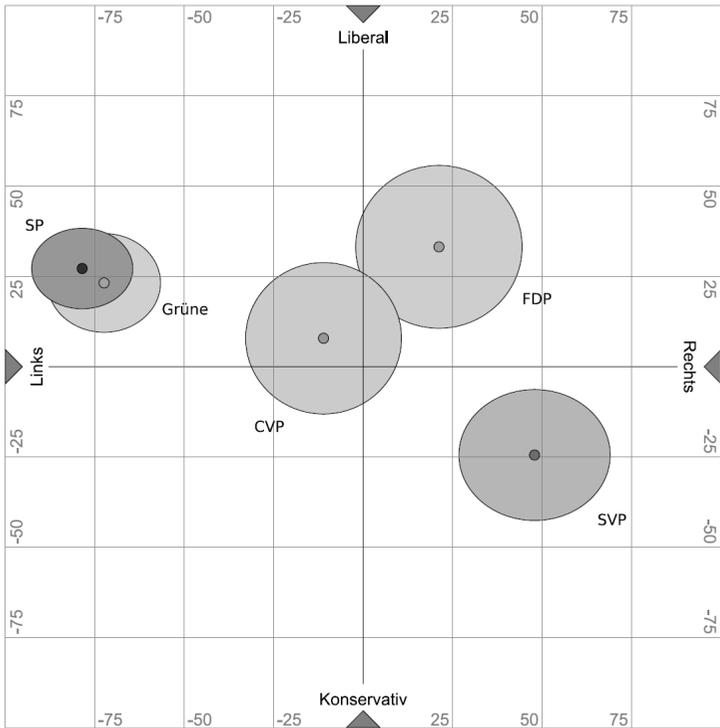
Die Darstellung der fünf grössten Parteien in einer Fläche, die durch die Links-rechts- und die Liberal-konservativ-Dimension aufgespannt wird (vgl. Abbildung 3), bestätigt die Nähe von SP und GPS. Hier überschneiden sich die beiden Kreise grösstenteils. Die GPS und die SP befinden sich im links-liberalen Quadranten, während die SVP als klarster Gegenpol dazu im rechtskonservativen Quadranten positioniert ist. Die CVP ist die einzige Partei, die in alle vier Quadranten hineinreicht, wobei ihr Zentrum im links-liberalen Bereich zu liegen kommt. Die FDP schliesslich beansprucht für sich den rechts-liberalen Bereich mit einem gewissen Drang zur Mitte auf der Links-rechts-Dimension.

Es gibt also tatsächlich klare Unterschiede zwischen den Parteien, was ihre politischen Positionen anbelangt. Auffallend gering ist aber die Differenz zwischen den grossen historischen Gegnern im Schweizer Parteiensystem, d.h. zwischen der FDP und der CVP. Die grossen Unterschiede bestehen heute zwischen der SVP und der Linken. Die SVP bildet heute ganz klar die konservative Kraft im Land. Zumindest für die drei bürgerlichen Parteien FDP, CVP und SVP gilt, dass sie kaum mehr mit derselben Klarheit diejenigen Positionen im Parteiensystem vertreten, denen sie ihre Entstehung verdanken.

In einem Mehr- respektive Vielparteiensystem wie der Schweiz interessiert vor allem, *welche Parteien untereinander bei welchen politischen Themen eine Mehrheit bilden können*. Diese für die politischen Entscheidungen hierzulande zentrale Fragestellung ist denn auch auf verschiedenen Ebenen ausführlich untersucht worden. So hat beispielsweise Hug (1994) die Koalitionen in Referendumskampagnen analysiert. Andere Studien befassen sich mit dem Mehrheiten in den eidgenössischen Räten.

Unterschiede und Gemeinsamkeiten zwischen den Parteien

Abbildung 3
smartmap-Grafik der fünf Parteien



© www.smartvote.ch / www.solomo.ch

Die smartmap verortet anhand der smartvote-Daten die Kandidierenden/Parteien auf einer politischen Karte, die durch die Achsen links-rechts und liberal-konservativ bestimmt ist. Details zur Berechnung finden sich unter www.smartvote.ch

In ihrer unlängst veröffentlichten Analyse von 7'997 Abstimmungen im Nationalrat (sowohl namentlichen als auch nicht-namentlichen) im Zeitraum von 1996 bis 2005 zeigen Schwarz/Linder (2006), dass das häufigste Muster die beiden links-grünen Fraktionen mit den drei bürgerlichen Fraktionen konfrontiert sieht: Rund 40 Prozent der Abstimmungen kennen ein solches Koalitionsmuster. Das zweithäufigste Muster bildet mit rund 15 Prozent die Koalition aus SP/GPS und CVP auf der einen Seite und die Gegenkoalition aus FDP und SVP auf der anderen Seite. In einem dritten bemerkenswerten Muster steht dann die SVP allein den anderen vier Parteien gegenüber. Die Häufigkeit dieses Musters ist zwischen 1996 und 2005 von unter zehn Prozent auf rund 18 Prozent angestiegen.

Weiter stellen Schwarz/Linder fest, dass die Koalitionsmuster stark zwischen den Themenbereichen variieren und alle Bereiche von wechselnden Koalitionen geprägt sind. Am stärksten von Konsens geprägt ist der Bereich der internationalen Politik (in rund 39 Prozent der Fälle fällt hier das Ergebnis zwischen allen Fraktionen einmütig aus). Die stärksten Kontraste machen Schwarz/Linder in den Bereichen Sicherheits- und Bildungspolitik aus. In der Sicherheitspolitik zeigt sich, dass die Mehrheit der CVP klar häufiger mit den bürgerlichen Partnern als mit der linksgrünen Ratsseite stimmt. Genau umgekehrt verhält es sich bei der Bildungspolitik, wo die GPS-SP-CVP-Koalition häufiger vorkommt als eine rein bürgerliche Koalition gegen die Linke. Ebenfalls relativ gross sind die Unterschiede im staatspolitischen Bereich sowie in der Rechts-, Wirtschafts-, Finanz-, Sozial-, Migrations- und Landwirtschaftspolitik. In allen diesen Themenfeldern geht die CVP häufiger mit FDP und SVP eine Allianz ein als mit GPS und SP.

Betrachtet man nun die Gemeinsamkeit der Kandidierenden der fünf Parteien bei den 63 smartvote-Fragen, so zeigen sich *drei Hauptkonfliktmuster*, die besonders häufig auftreten.²¹ Bei 20 Items stehen die Bürgerlichen (SVP, FDP, CVP) geschlossen gegen die Linke (SP,

²¹ Von einem Konflikt wird hier dann gesprochen, wenn die Mehrheit einer oder mehreren Parteien eine politische Forderung befürwortet und die Mehrheit einer oder mehreren anderen Parteien dagegen ist.

GPS), bei 16 Items steht die SVP gegen alle anderen Parteien (FDP, CVP, SP, GPS) und bei 14 Fragen sehen sich die Rechte (SVP, FDP) und ein Mitte-links-Lager (CVP, SP, GPS) konfrontiert (vgl. Tabelle 4).²² Bei 13 Fragen kommt es zu anderen Konfliktmustern, dabei handelt es sich allerdings in fünf Fällen um „Non-issues“ bei denen alle fünf Parteien jeweils mehrheitlich dagegen oder mehrheitlich dafür sind.

Auf Grund der Antworten kann auch die „Tiefe“ der Konflikte unterschieden werden. Betrachtet man die Durchschnittswerte der drei Hauptkonfliktmuster für die jeweiligen Koalitionen, so findet sich beim Konflikt Bürgerliche gegen Linke der tiefste Graben, während der kleinste Graben beim Konflikt zwischen Rechts und Mitte-links besteht. Dazwischen liegt der Konflikt SVP gegen alle anderen. Die anderen Konfliktmuster kommen nicht nur deutlich seltener vor, sondern weisen auch eine eindeutig geringere „Konflikttiefe“ auf.

Bei diesen Werten handelt es sich um Durchschnittswerte und es stellt sich auch die Frage der Gewichtung, da möglicherweise nicht alle Themenbereiche dieselbe Bedeutung besitzen. Dennoch zeigen die Zahlen sehr deutlich die Komplexität des Schweizer Parteiensystems. Die SVP ist bei gewissen Fragen ganz klar Mitglied des Bürgerblocks oder steht zusammen mit der FDP den anderen Parteien gegenüber, in anderen Fragen steht sie aber ebenso prononciert alleine gegen alle anderen. Solche wechselnden Loyalitäten, auch wenn sie ein Charakteristikum des Schweizer Konkordanzsystems sind, sind bei einer aggressiveren Gangart, wie sie von der SVP geführt wird, nicht ganz einfach zu bewältigen. Neben dem klassischen Konfliktmuster mit den Linken gegen die Bürgerlichen steht nun neu die SVP gegen alle Parteien, womit die Konkordanz und vor allem auch die Mitteparteien von zwei Seiten unter Druck geraten.

²² Obwohl versucht wurde, mit den 63 Fragen möglichst alle relevanten Themenbereiche abzudecken, hängt natürlich die Häufigkeit der Konfliktmuster dennoch von den ausgewählten Fragen ab. Interessanter als die reinen Häufigkeiten sind die Themen oder die Zahl der Themenbereiche, bei denen es zu Unterschiedenen kommt.

Tabelle 4
Konfliktmuster der fünf Parteien bei der Beantwortung des smartvote-Fragebogens

<i>Konfliktmuster</i>	<i>Anzahl Fragen</i>	<i>Tiefe des Konflikts (durchschnittliche Distanz)</i>
Die Bürgerliche (SVP, FDP, CVP) gegen die Linke	20	58.5
Profilierung SVP (SVP gegen alle Anderen)	16	56.1
Die Rechte (SVP + FDP) gegen Mitte-Links	14	51.5
Profilierung FDP (FDP gegen alle Anderen)	2	32.9
Profilierung GPS (GPS gegen alle Anderen)	1	34.5
SVP + CVP gegen die Anderen (linksliberale Koalition)	3	31.5
CVP + SP gegen die Anderen (kleine rechtsgrüne Koalition)	1	24.5
FDP + CVP + SP gegen SVP und GPS (grosse rechtsgrüne Koalition)	1	29.0
Non-issues	5	n.a.

Die Antworten der Kandidierenden der fünf Parteien auf die einzelnen Fragen sind im Anhang detailliert dargestellt (vgl. Anhang 19 bis Anhang 23). An dieser Stelle interessieren uns vor allem die Themenbereiche, welche die verschiedenen Konfliktmuster konstituieren. Weiter ist von Interesse, wie die Kandidierenden der Parteien innerhalb der verschiedenen Konfliktmuster positioniert sind. Hier stellt sich hauptsächlich die Frage, wie weit die Positionen entlang der Links-rechts-Achse verlaufen. Um dies zu überprüfen, muss man sich allerdings zuerst über die Positionen der Parteien einig werden.

Wenig problematisch sind die vier Bundesratsparteien. Hier steht die SVP am rechten und die SP am linken Rand, die FDP positioniert sich näher bei der SVP und die CVP näher bei der SP. Wo aber steht die GPS? Gemäss den Angaben der Kandidierenden liegt die GPS im Durchschnitt zwischen der CVP und der SP (näher bei der SP als bei der CVP). Die Positionierung der GPS links von der SP, die teilweise

in anderen Untersuchungen gefunden wird (vgl. z.B. Hermann/Jeitziner 2007, Ladner 2008), lässt sich auf der Ebene der Kandidierenden nicht bestätigen. Dem sei aber sogleich hinzugefügt, dass in diesen Durchschnittswerten die kantonalen Unterschiede nicht zum Ausdruck kommen. In gewissen Kantonen liegen die Grünen Kandidierenden tatsächlich links der Kandidierenden der SP.²³ Solche Abweichungen, wenn auch seltener, gelten übrigens auch für das Verhältnis von FDP und CVP, beispielsweise im Kanton Tessin.

Konfliktmuster 1: Die Bürgerlichen gegen die Linke

Beim klassischen, die Schweizer Politik seit Beginn des letzten Jahrhunderts dominierenden Konfliktmuster stehen sich der Bürgerblock (SVP, FDP und CVP) und die Linke (SP und GPS) gegenüber. Dieses Muster kommt auch bei der Beantwortung des smartvote-Fragebogens am häufigsten vor (bei 20 Fragen). In allen gewählten Themenbereichen finden sich Items, bei denen die bürgerlichen Parteien geschlossen der Linken gegenüberstehen (vgl. Anhang 15). In besonderem Masse der Fall ist dies bei Finanz-, Steuer-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktfragen wie beispielsweise die Angleichung der Steuerbelastung unter den Kantonen bzw. Gemeinden, die Schaffung eines Mindestlohns sowie eines Fonds für Lehrstellen. Aber auch bei der Umweltpolitik (Roadpricing, AKW-Frage, Beschränkung von Bauzonen), bei der Gesundheitspolitik (einkommensabhängige Krankenkassenprämien) und bei gesellschaftlichen Fragen (Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare) stehen sich diese beiden Lager regelmässig gegenüber. Schliesslich tritt das Konfliktmuster auch bei institutionellen Fragen wie der Einführung des Stimmrechts für Ausländer auf kommunaler Ebene oder der Herabsetzung des Wahlrechts auf 16 Jahre sowie bei aussenpolitischen Fragen wie zum Beispiel der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU zu Tage.

²³ In den Kantonen SZ, ZG, FR, SO, BS und NE liegen die Kandidierenden der Grünen im Durchschnitt links der SP, in den Kantonen ZH, SG, AG, TG, TI, VD, VS und GE eher rechts davon.

Bei der Mehrheit dieser Issues verläuft zudem das Konfliktmuster innerhalb des bürgerlichen Lagers entlang der Verortung der Parteien auf der Links-rechts-Achse (SVP-FDP-CVP-Linke). Auf der linken Seite nimmt die SP etwas häufiger als die GPS die Extremposition ein. Eine deutliche Abweichung von der klassischen Links-rechts-Verteilung findet sich für die FDP im Falle der Cannabis-Legalisierung, welche sie stärker unterstützt als die CVP, weshalb sie näher bei der Linken liegt. Hier kommt das gesellschaftsliberale Element der FDP zum Ausdruck, welches sich auch bei der Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Partner, bei der Einführung des Ausländerstimmrechts auf Gemeindeebene sowie bei einer grösseren Zurückhaltung bezüglich Massnahmen zur Eindämmung der Jugendkriminalität zeigt. Die SVP liegt einzig bei der Frage von Einsätzen der Armee für die innere Sicherheit etwas näher bei den Linken als die beiden anderen bürgerlichen Parteien. Die CVP schliesslich liegt bei sozialen und ökologischen Fragen wie z.B. Mindestlöhne, Lehrstellenfonds, Roadpricing und AKWs dem linken Lager näher als den anderen bürgerlichen Parteien.

Konfliktmuster 2: Die SVP gegen die Anderen

Beim zweithäufigsten Konfliktmuster (16 Fälle) steht die SVP alleine gegen die vier anderen grossen Parteien (vgl. Anhang 16). Eine solche Situation ist – auch wenn sie hier durch die Auswahl der 63 Fragen möglicherweise etwas überschätzt wird – aus parteistrategischer Sicht für die SVP geradezu ideal. Sie zeugt davon, dass die Partei in besonderem Masse über Möglichkeiten verfügt, sich zu profilieren. Die entsprechenden Issues, die sich hier finden lassen, gehören denn auch zu den aktuellen „Aushängeschildern“ der SVP-Politik, wie etwa die Initiative gegen den Bau von Minaretten, die Ablehnung der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien oder die Einbürgerungsfrage. Auffallend bei diesen Themen ist zudem die grosse Distanz zwischen der Position der SVP und denjenigen der anderen Parteien. Bei anderen Fragen wie der Neutralitätspolitik, Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, Subvention von Kinderkrippen usw. liegen FDP und CVP zwar auch mit der links-grünen Seite im selben Lager, nehmen aber eine weniger ausgeprägte Position ein. Auch bei

diesem Konfliktmuster findet sich bei der grossen Mehrheit der Issues eine Positionierung der Parteien entlang der klassischen Links-rechts-Dimension.

Konfliktmuster 3: Mitte-links gegen die Rechte

Bei 14 Issues stehen SVP und FDP einer Mitte-links-Koalition gegenüber (vgl. Anhang 17). Dazu gehören die Forderung nach einer Bundessteuersenkung, die Einführung des Finanzreferendums auf Bundesebene sowie die Unterstützung von degressiven Steuertarifen. Auffallend bei diesem Konfliktmuster ist allerdings, dass in einer grösseren Zahl von Fällen das herkömmliche Links-rechts-Schema innerhalb der bürgerlichen Parteien durchbrochen wird. Bei der Liberalisierung der Geschäftsöffnungszeiten, beim Verkauf der Swiscom-Aktienmehrheit, bei der Vereinheitlichung des Mehrwertsteuersatzes, beim flächendeckenden Poststellennetz und beim Moratorium für gentechnisch veränderte Organismen liegt die SVP näher bei der CVP und den Linken als die FDP. Dies kann als Hinweis dafür genommen werden, dass die SVP vor allem in klassischen Finanz- und Steuerfragen (weniger Staatsausgaben, tiefere Steuern) eine liberale Position einnimmt, während sie sich in anderen, insbesondere (land-)wirtschafts- und regionalpolitisch relevanten Bereichen, die ihre Stammwählerschaft (ländliche Wählerschichten und Globalisierungsverlierer, vgl. Lutz 2008) besonders stark betreffen, ordnungspolitisch weniger liberal zeigt.

Die anderen Konfliktmuster

Andere Konfliktkonstellationen kommen deutlich seltener vor und sind deshalb für die Schweizer Politik auch weniger prägend (vgl. Anhang 18). Nur in drei Fällen steht eine andere Partei als die SVP alleine gegen die vier anderen grossen Parteien. Zweimal ist es die FDP bei der Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre und mit ihrer Ablehnung der Bevorzugung von Schweizer Anbietern bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen. Die Grünen sind im Gegensatz zu den Kandidierenden der anderen Parteien nicht mehrheitlich dafür, dass Sachbeschädigungen im öffentlichen Raum härter bestraft werden müssen. Die Differenzen zu den anderen Parteien sind in diesen drei Fällen aber weniger ausgeprägt als im Falle der SVP, so dass die Möglichkeiten zur Profilierung deutlich geringer sind.

Praktisch nie kommt es zu einer wertkonservativen Koalition (SVP, CVP) gegen das links-liberale Lager. Einziges klassisches Beispiel hierfür ist die Ablehnung der aktiven Sterbehilfe durch die SVP und CVP. Eine gleich gelagerte Kräftekonstellation gibt es nur noch bei der Ablehnung der Aufhebung von Importzöllen für landwirtschaftliche Produkte aus Entwicklungsländern – hier zeigt sich die bäuerliche Tradition der beiden Parteien.

Der Bewaffnung von Schweizer Armeeeingezogenen bei Auslandseinsätzen für die UNO und OSZE stehen die SVP und die Grünen entgegen und die freie Wahl der Pensionskasse befürworten die Grünen zusammen mit SVP und FDP.

Keine grundsätzlichen Konflikte zwischen den fünf grössten Parteien gibt es schliesslich bei fünf Issues: der Befürwortung des straflosen Schwangerschaftsabbruchs, der Befürwortung der Einführung der Individualbesteuerung, der Ablehnung der landesweiten Einführung von Englisch als erste Fremdsprache, der Ablehnung einer staatlichen Unterstützung für Privatschulen sowie bei der Ablehnung der Abschaffung der direkten Bundessteuer. Bei der Frage zur Individualbesteuerung fallen die Ja-Mehrheiten bei der CVP und SVP sowie bei der Frage zur Abschaffung der direkten Bundessteuer die Nein-Mehrheit der FDP jedoch relativ knapp aus.

Fazit

Die politischen Parteien offerieren – so zeigen die obenstehenden Ergebnisse – ein differenziertes Angebot an politischen Positionsbezügen und es kommt auch zu wechselnden Mehrheiten zwischen den fünf grossen Parteien. Dieser Befund ist aus demokratietheoretischen Überlegungen für die Schweizer Politik durchaus positiv. Klare Positionen der Parteien sind die Grundlage für politische Debatten und eine Konsensdemokratie mit Mehrparteiensystem macht vor allem dann einen Sinn, wenn die politischen Konflikte nicht in zwei scharf getrennten, sich in allen Bereichen konkurrierenden Lagern festgefroren sind.

Aus demokratietheoretischen Überlegungen schliesst sich hier sogleich die Kritik an, dass die in der Konkordanz notwendigen wechselnden Mehrheiten mit Issue-spezifisch sich ändernden Gemeinsamkeiten zu einer gewissen Unübersichtlichkeit führen. Wer trägt die Verantwortung für die Politik der Schweiz? Etwas vereinfacht wird die Komplexität dadurch, dass nicht sämtliche „Koalitionsmöglichkeiten“ gleich häufig vorkommen und sich inhaltlich nachvollziehbare Koalitionsmuster herauskristallisieren.

Wie beim Abstimmungsverhalten der Parlamentarierinnen und Parlamentarier zeigt sich auch hier, dass sich am häufigsten das bürgerliche und das linke Lager gegenüberstehen. Bei wichtigen Themen wie bei der Aussen- und Europapolitik sowie bei der Integration von Ausländerinnen und Ausländern und der Asylpolitik steht bei den Positionsbezügen der Kandidierenden aber deutlich häufiger die SVP allein gegen alle anderen Parteien. Aus wahlkampfaktischen Überlegungen dürfte sich dies für die SVP auszahlen, ergeben sich doch daraus ausgezeichnete Möglichkeiten der politischen Profilierung. Ein drittes häufiges Konfliktmuster besteht in der Konfrontation eines Mitte-links-Bündnisses mit der SVP und FDP.

Was den Zusammenhang zwischen den einzelnen Konfliktmustern und den Themenbereichen anbelangt, so sind es weniger die Gesamtbereiche, sondern eher bestimmte politische Forderungen oder Stossrichtungen, die das Koalitionsverhalten bestimmen. Als überragender, die meisten politischen Fragen überlagernder Grundkonflikt erweist sich dabei der Links-rechts-Gegensatz. Dieser findet sich nicht nur bei der

Zusammensetzung der Koalitionen, sondern in den meisten Fällen auch bei der Positionierung der Parteien innerhalb einer Koalition.

Auffallend ist schliesslich auch die Position der Grünen. Insgesamt sind sie, wenn wir die Gesamtheit der Kandidierenden betrachten, nicht eindeutig links der SP positioniert, sondern sogar mehrheitlich leicht rechts davon. Dies widerspricht teilweise dem Eindruck, den man von den Grünen aus dem Parlament oder auf der Ebene der nationalen Parteiorganisation erhält.

Die Analyse von Gemeinsamkeiten und Differenzen in den Positionsbezügen der Kandidierenden der verschiedenen Parteien zeigt aber auf eindrückliche Weise auch die Möglichkeiten und Grenzen der Parteien, sich politisch zu profilieren. Auffallend ist sicher auf der einen Seite die SVP, die wie keine andere der fünf grossen Parteien auch eigenständige politische Positionen einnimmt und zugleich eine wichtige Partnerin für eine (rechts-)bürgerliche Koalition darstellt. Machttheoretisch günstig ist auch die Position der CVP, die je nach dem den Ausschlag für eine rein bürgerliche oder eine Mitte-links-Koalition gibt. Die SP teilt mittlerweile ihre ehemals privilegierte eigenständige Position auf der linken Seite mit den Grünen. Und auch für FDP sind in der aktuellen Situation die Möglichkeiten beschränkt, sich eigenständig zu profilieren.

5 Parteiinterne Homogenität

Wie homogen sind die verschiedenen politischen Parteien eigentlich? Die Forderung nach einer inhaltlichen Geschlossenheit geht einher mit der demokratietheoretischen Forderung nach einem klaren politischen Profil der Parteien und der Fähigkeit, ihre politischen Positionen im politischen Entscheidungsprozess möglichst effektiv zu vertreten. Eine wichtige Voraussetzung für die parteiinterne Geschlossenheit kann ein Parteiprogramm sein, welches von den Mitgliedern ernst genommen wird. Der Idee der homogenen Parteien mit einem klaren politischen Programm stehen in der Parteienforschung allerdings die „Catch-all party“ (Kirchheimer 1967) oder die professionelle Wählerpartei (Panebianco 1988) gegenüber. Bei diesen Parteitypen geht es vor allem darum, möglichst viele Wählende anzusprechen; eine klare programmatische Festlegung tritt hingegen in den Hintergrund.

Programm-Parteien in der Terminologie von Wolinetz (2002: 150), d.h. Parteien, denen es in erster Linie um die Verwirklichung von politischen Ideen geht, sollten also inhaltlich homogener sein als Parteien, die sich stärker auf den Gewinn von Mandaten und/oder möglichst vieler Wählerstimmen konzentrieren. Ein weiterer Aspekt in diesem Zusammenhang betrifft die Stellung im Parteiensystem. Oppositionsparteien sowie Parteien an den Polen des politischen Spektrums dürften ebenfalls ideologisch geschlossener sein als Mittelparteien. Zudem dürfte kleineren Parteien eine inhaltliche Geschlossenheit leichter fallen.

Wie und wo soll aber die parteiinterne Geschlossenheit gemessen werden. So hat beispielsweise Klöti (1998: 68) auf der Ebene der Wählenden festgestellt, dass die Wählerschaft der bürgerlichen Parteien deutlich homogener ist als diejenige von SP und GPS. Diesen Sachverhalt führt er darauf zurück, dass die SP und die damals deutlich schwächeren Grünen das gesamte Angebot auf der linken Seite abdecken mussten, während im bürgerlichen Lager das Parteienangebot deutlich differenzierter ist, was den Wählenden die Möglichkeit gibt, sich genau für diejenige Partei zu entscheiden, die zu ihnen passt.

Auf der Ebene der Parteiorganisationen und der Vertretern der Parteien im Parlament kommt man allerdings zu anderen Ergebnissen. Ladner/Brändle (2001: 290ff.) stellen beispielsweise fest, dass die Kantonalparteien von SP und GPS deutlich homogener sind in ihren politischen Ausrichtungen als diejenigen von FDP und SVP. Inhaltlich am heterogensten ist die CVP. Auch für die Fraktionen im Nationalrat bestätigt sich diese Erkenntnis in einer ganzen Reihe von Untersuchungen (vgl. Lüthi et al. 1991, Hirter 1998, Lanfranchi/Lüthi 1999, Schwarz und Linder 2007). Interessanterweise verschiebt sich dieses Bild teilweise erheblich, wenn die Analyse nach dem Typus der Vorlage bzw. der Abstimmung differenziert. Schwarz und Linder (2007) kommen zum Schluss, dass die Geschlossenheit der beiden Mittefraktionen CVP und FDP nur dann deutlich unterhalb derjenigen von SP, Grünen und SVP liegt, wenn sich die Untersuchung auf die Detailberatung zu Bundesratsgeschäften und/oder die in ihrer direkten gesetzgeberischen Wirkung eher unbedeutenden parlamentarischen Vorstösse (v.a. Motionen und Postulate) erstreckt. Hingegen weisen beide Mitteparteien in Gesamt- und Schlussabstimmungen zu Bundesratsgeschäften eine höhere Geschlossenheit auf als SP, GPS und SVP.

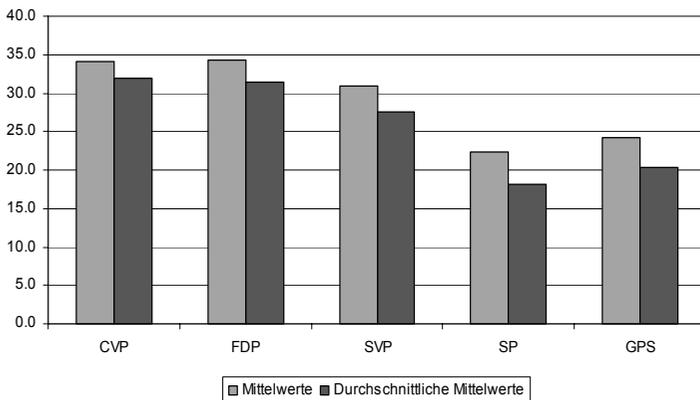
Die inhaltliche Geschlossenheit der Parteien wird in der vorliegenden Untersuchung anhand der Übereinstimmung in den Antworten der Kandidierenden zu den 63 sachpolitischen Fragen des smartvote-Fragebogens gemessen. Als zentrales Mass dient dabei die Standardabweichung.²⁴ Je grösser die parteiinternen Unterschiede sind, desto grösser fällt die Standardabweichung aus. Die durchschnittliche Standardabweichung über alle Items ergibt die Geschlossenheit der Partei. Abbildung 4 zeigt, dass die Kandidierenden der SP und der Grünen in ihren politischen Positionen geschlossener sind als die Kan-

²⁴ Auf Grund der Tatsache, dass im smartvote-Fragebogen zu jeder Frage vier Antwortoptionen zur Verfügung stehen, konnten herkömmliche Formeln zur Berechnung der Parteigeschlossenheit wie z.B. der Rice- oder Agreement-Index (vgl. Schwarz und Linder 2007) nicht angewandt werden. Bei der Standardabweichung handelt es sich um die Wurzel aus der durch die um 1 verminderten Anzahl der Beobachtungen geteilte Summe der quadratischen Abweichungen aller Beobachtungen vom arithmetischen Mittelwert.

didierenden der bürgerlichen Parteien. Die Kandidierenden der SVP sind allerdings noch etwas weniger häufig unterschiedlicher Meinung als die Kandidierenden der FDP und CVP.

Allerdings gilt sogleich anzufügen, dass allenfalls kantonale Unterschiede dieses Ergebnis verzerren können, da es in grossen Kantonen auch mehr Kandidierende gibt. Entsprechend sollten eigentlich nicht die Durchschnittswerte der Standardabweichungen über alle Items, sondern der Durchschnittswert der kantonalen Durchschnittswerte der Standardabweichungen einer Partei betrachtet werden. Tatsächlich liegen hier die Werte etwas tiefer, was auf eine grössere Geschlossenheit der Kantonalparteien hindeutet. Die Unterschiede zwischen den Parteien bleiben aber gleich.

Abbildung 4
Parteiinterne Geschlossenheit : Durchschnittliche Standardabweichungen (Mittelwerte) und Durchschnitt der kantonalen Durchschnittswerte (Durchschnittliche Mittelwerte) über die 63 Items



Die politische Geschlossenheit der Kandidierenden ist das eine, eine andere Frage, die dann für die Entscheidungen im Parlament von Relevanz ist, betrifft die politische Geschlossenheit der Gewählten. Betracht-

tet man die durchschnittliche Standardabweichung der Gewählten einer Partei über alle 63 Fragen, so ergibt sich wiederum das bereits bekannte Muster. Am homogensten ist die SP, gefolgt von der GPS. Deutlich weniger geschlossen ist die SVP und am heterogensten zeigt sich die CVP. Die FDP liegt zwischen SVP und CVP.

Mit Blick auf parteiinterne Auseinandersetzungen von besonderem Interesse sind Fragen, bei denen die Kandidierenden derselben Partei unterschiedlicher Meinung sind (d.h. hohe Standardabweichungen aufweisen). Dabei kann die These formuliert werden, dass eine Partei vor allem dann Schwierigkeiten hat, wenn ihr bei ihren wichtigsten Themen die parteiinterne Geschlossenheit fehlt. Tabelle 5 zeigt für die fünf grössten Parteien eine Auswahl relativ wichtiger Themen, die stark umstritten sind und solche, die wenig umstritten sind. Die Antworten der Parteien auf sämtliche Fragen finden sich im Anhang (Anhang 19 bis Anhang 23). Dort kommt auch deutlich zum Ausdruck, dass Themen, bei denen die Parteien intern keine klare Positionen (d.h. zwischen 40 und 60 Prozent Zustimmung oder Ablehnung) haben, in der Regel auch deutlich umstrittener (hohe Standardabweichung) sind.

Tabelle 5
Parteiintern umstrittene und unbestrittene Issues (Auswahl)

	0 nein %	25 eher nein %	75 eher ja %	100 ja %	Ø	σ
<i>SVP umstritten</i>						
Soll der Bundesrat direkt vom Volk gewählt werden?	30.4	13.1	23.2	33.3	54.0	42.5
Befürworten Sie eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen und Männer auf 67 Jahre?	36.9	14.5	26.3	22.4	45.7	41.5
In der Schweizer Landwirtschaft gilt bis 2010 ein Moratorium für gentechnisch veränderte Organismen. Soll dieses verlängert werden?	44.1	20.1	14.5	21.3	37.2	41.1
<i>SVP unbestritten</i>						
Das Bundesgericht hat 2003 die Möglichkeiten der Gemeinden eingeschränkt, über Einbürgerungen an der Urne oder der Gemeindeversammlung zu entscheiden. Finden Sie dies richtig?	87.8	6.5	3.0	2.7	6.5	20.8
Halten Sie eine Verschärfung des Jugendstrafrechts für eine geeignete Massnahme zur Eindämmung der Jugendkriminalität?	1.5	2.4	10.4	85.8	94.1	17.7
Soll die Schweiz in den nächsten fünf Jahren EU-Beitrittsverhandlungen aufnehmen?	98.5	1.2		0.3	0.6	6.1
<i>FDP umstritten</i>						
Sollen der Besitz und Konsum von Cannabis legalisiert werden?	37.2	13.2	24.6	25.1	46.8	42.3
Soll auf Bundesebene ein Finanzreferendum eingeführt werden?	19.6	16.4	21.1	42.9	62.8	40.5
Sind Sie der Meinung, dass die Schweiz Parallelimporte von patentgeschützten Produkten zulassen sollte?	21.3	15.6	24.8	38.2	60.7	40.4

	0 nein %	25 eher nein %	75 eher ja %	100 ja %	Ø	σ
Forts. Tabelle 5						
<i>FDP unbestritten</i>						
Würden Sie die Einführung einer Individualbesteuerung anstelle der heutigen Ehepaarbesteuerung befürworten?	5.0	5.7	16.9	72.5	86.5	27.3
Sind Sie für eine vollständige Liberalisierung der Geschäftsöffnungszeiten (Geschäfte können die Öffnungszeiten nach freiem Ermessen festlegen)?	6.0	3.7	20.8	69.5	86.0	27.2
Der Schwangerschaftsabbruch ist in der Schweiz in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft strafflos möglich. Finden Sie dies richtig?	2.0	1.5	12.4	84.1	93.8	17.9
<i>CVP umstritten</i>						
Würden Sie die Einführung einer Individualbesteuerung anstelle der heutigen Ehepaarbesteuerung befürworten?	32.3	17.4	16.1	34.2	50.6	43.3
Sind Sie für eine vollständige Liberalisierung der Geschäftsöffnungszeiten (Geschäfte können die Öffnungszeiten nach freiem Ermessen festlegen)?	37.7	16.8	22.5	23.1	44.1	41.7
Das Bundesgericht hat degressive Steuertarife (abnehmender Steuersatz mit zunehmendem Einkommen) verboten. Finden Sie dies richtig?	16.5	14.9	24.1	44.6	66.4	38.8
<i>CVP unbestritten</i>						
Sollen bei öffentlichen und privaten Neubauten die Minergiestandards zwingend eingehalten werden müssen?	4.4	6.3	27.6	61.6	83.9	26.8
Soll der Bundesrat direkt vom Volk gewählt werden?	81.3	11.7	3.8	3.2	9.0	22.9
Sollen Sachbeschädigungen im öffentlichen Raum (Vandalismus, Sprayereien) härter bestraft werden?	2.2	5.1	21.9	70.8	88.5	22.7

Parteiinterne Homogenität

	0 nein %	25 eher nein %	75 eher ja %	100 ja %	Ø	σ
Forts. Tabelle 5						
<i>SPS umstritten</i>						
Sollten die Versicherten ihre Pensionskasse (2. Säule; BVG) frei wählen können?	42.8	19.3	19.3	18.6	37.9	40.4
Befürworten Sie, dass bewaffnete Schweizer Armeeangehörige unter UNO- oder OSZE-Mandat im Ausland eingesetzt werden können?	17.5	11.3	19.3	51.8	69.1	39.5
Sollen Sachbeschädigungen im öffentlichen Raum (Vandalismus, Sprayereien) härter bestraft werden?	16.5	17.8	26.0	39.7	63.7	38.7
<i>SPS unbestritten</i>						
Befürworten Sie die Einführung eines für alle Arbeitnehmenden gültigen Mindestlohnes von 3500 Franken (für eine 100%-Stelle)?	0.5	1.0	8.5	89.9	96.6	12.3
Die Schweiz verfolgt in den letzten Jahren eine aktivere, öffentlichere Aussenpolitik, die sich weniger an der strikten Neutralität orientiert. Begrüssen Sie dies?	0.3	1.0	9.8	88.9	96.5	11.5
Soll sich der Bund finanziell stärker für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern engagieren?	0.3	1.3	6.4	92.0	97.2	11.4
<i>GPS umstritten</i>						
Sollen Sachbeschädigungen im öffentlichen Raum (Vandalismus, Sprayereien) härter bestraft werden?	26.8	22.0	28.7	22.5	49.5	39.4
Würden Sie einer Aufhebung sämtlicher Importzölle und -beschränkungen für landwirtschaftliche Produkte aus Entwicklungsländern zustimmen?	14.4	21.7	31.7	32.2	61.4	37.0
Soll die Schweiz in den nächsten fünf Jahren EU-Beitrittsverhandlungen aufnehmen?	11.1	17.1	30.1	41.7	68.6	35.7

	0 nein %	25 eher nein %	75 eher ja %	100 ja %	Ø	σ
Forts. Tabelle 5						
<i>GPS unbestritten</i>						
Soll die Dienstwaffe von Armeeangehörigen in Zukunft im Zeughaus aufbewahrt werden?	1.4	1.4	3.3	94.0	96.8	14.9
Soll sich der Bund finanziell stärker für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern engagieren?		1.9	13.3	84.8	95.2	13.0
Der Bundesrat will als Ersatz für die bisherigen Atomkraftwerke (AKWs) ein oder zwei neue AKWs bewilligen. Befürworten Sie dies?	95.7	4.1	0.3		1.2	6.3

Bei der SVP ist die Volkswahl des Bundesrats alles andere als unumstritten. Lediglich 54 Prozent unterstützen diese Forderung, die Standardabweichung liegt bei über 40 Prozentpunkten. Betrachtet man die Antworten der 336 SVP-Nationalratskandidaten, die den smartvote-Fragebogen beantwortet haben, so zeigt sich, dass rund 30 Prozent diese Forderung klar ablehnen und etwas mehr als 30 Prozent sie eindeutig befürworten. Die restlichen Antwortenden sind eher dafür oder eher dagegen. Ebenfalls umstritten sind die Erhöhung des Rentenalters und das Moratorium für gentechnisch veränderte Organismen. Ganz klare Positionen hat die Partei demgegenüber bei der Europafrage (keine Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU in den nächsten fünf Jahren), bei der Verschärfung des Jugendstrafrechts und bei der Entscheidung über die Einbürgerungen an der Urne und an Gemeindeversammlungen. Kurz zusammengefasst zeigen die Ergebnisse, dass

die SVP vor allem bei ihren Kernthemen ausgesprochen homogen ist. Gespalten ist sie bei Themen, die sie nicht extensiv bewirtschaftet.²⁵

Die FDP ist demgegenüber bei gesellschafts- und wirtschaftsliberalen Forderungen, die eigentlich zu ihrem Gedankengut passen müssten, wie etwa die Legalisierung des Cannabiskonsums oder beim Finanzreferendum auf Bundesebene sowie bei der Zulassung von Parallelimporten auf patentgeschützten Produkten äusserst uneinig. Einigkeit herrscht aber immerhin bei Themen wie der Individualbesteuerung, der Liberalisierung der Geschäftsöffnungszeiten und dem straflosen Schwangerschaftsabbruch.

Die Individualbesteuerung ist hingegen bei der „Familienpartei“ CVP ein umstrittenes Thema, ebenso wie die Liberalisierung der Geschäftsöffnungszeiten und die degressiven Steuermodelle. Hier zeigen sich sowohl die Schwierigkeiten, die die Partei hat, sich vollumfänglich als modern-urbane Partei zu profilieren, wie auch eine teilweise Nähe zur FDP. Nicht umstritten sind ökologische Forderungen wie Minergiestandards, die Ablehnung der Volkswahl des Bundesrates und die härtere Bestrafung von Sachbeschädigungen im öffentlichen Raum. Keines dieser drei Themen, bei denen die Partei Geschlossenheit zeigt, reicht für eine klare politische Positionierung bzw. Abgrenzung zu den anderen Parteien aus.

Deutlich klarer und nachhaltiger gelingt es der SP, sich mit Themen wie einer aktiven Neutralitätspolitik, dem stärkeren Engagement des Bundes für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern sowie der Einführung eines Mindestlohns parteiintern geschlossen zu profilieren. Umstritten sind bei ihr Themen wie die freie Wahl der Pensionskasse, bewaffnete Einsätze der Armee bei UNO- und OSZE-Mandaten und härtere Bestrafungen von Sachbeschädigungen im öffentlichen Raum.

²⁵ Offen bleibt die Frage, ob sich hinter der Nichtbewirtschaftung strategisches Kalkül oder eine Konzentration des Ressourceneinsatzes verbirgt: Im ersten Fall wird das Thema von der Parteileitung ausgeblendet, weil unter den Parteimitgliedern grosse Differenzen bestehen, im zweiten Fall bestehen grosse Differenzen, weil die Parteileitung das Thema bisher nicht aufgegriffen hat.

Die härtere Bestrafung bei Sachbeschädigungen ist auch bei den Grünen eine umstrittene Forderung, ebenso wie die Aufhebung von Importzöllen für landwirtschaftliche Produkte aus Entwicklungsländern und – im Gegensatz zur SP - die Aufnahme von Beitrittverhandlungen mit der EU in den nächsten fünf Jahren. Auch die Grünen besetzen wichtige Themen, bei denen sie eine hohe interne Geschlossenheit aufweisen: Dies sind die Integration von Ausländerinnen und Ausländern, die Ablehnung neuer AKWs und die Befürwortung der Lagerung der persönlichen Armeewaffen im Zeughaus.

Etwas allgemeiner und überschaubarer als auf der Ebene der einzelnen Issues ist die Darstellung der parteiinternen Unterschiede auf der Ebene der Politikdimensionen (vgl. Abbildung 5). Auffallend ist hier zuerst einmal, dass die SP praktisch in allen Themenbereichen geschlossener als die anderen Parteien ist. Dies zeigt sich darin, dass die Rechtecke, welche die Positionen der Kandidierenden zwischen dem 25-Prozent- und dem 75-Prozent-Quantil – und damit die Hälfte der Kandidierenden – abdecken, kleiner sind. Auch die T-Linien auf beiden Seiten, welche die höchsten und die tiefsten Werte darstellen, die noch nicht als Ausreisser oder Extremwerte eingestuft werden, sind in der Regel bei der SP kürzer. Besonders geschlossen ist die SP in den Bereichen Migrationspolitik, wirtschaftliche und gesellschaftliche Liberalisierung sowie der restriktiven Finanzpolitik, am wenigsten geschlossen ist sie bei der aussenpolitischen Öffnung und bei der Forderung nach Law & Order. Auffallend ist weiter, dass es eine ganze Reihe von Abweichlern gibt, die zur Mitte hin tendieren, in diese Richtung sind auch die T-Linien deutlich länger. Dies heisst mit anderen Worten, dass sich hier Ansätze in Richtung einer gemässigten SP bemerkbar machen. Dass sich grössere Abweichungen Richtung Mitte und nicht Richtung Extreme zeigen, hängt natürlich auch damit zusammen, dass die SP anders als die Mitte-Parteien, deutlicher extremer positioniert ist. Ein vergleichbares Muster zeigt sich auch bei den Grünen und – etwas weniger ausgeprägt und mit umgekehrten Vorzeichen – bei der SVP.

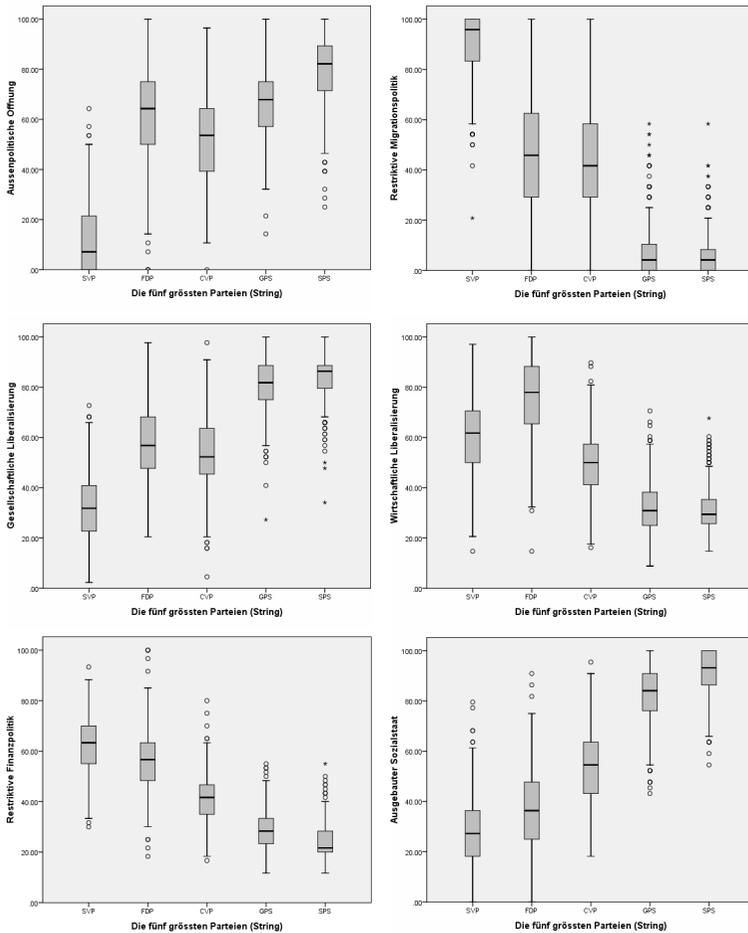
Die Kandidierenden der Grünen decken ausser bei ihrem Kernthema dem Umweltschutz ein etwas breiteres Spektrum ab als die Kandidierenden der SP. Sehr deutlich kommen hier auch die Überschneidungen

mit der SP zum Ausdruck. Der Themenbereich mit den grössten Unterschieden zur SP ist die aussenpolitische Öffnung. Extremer als die SP positioniert ist die GPS nur beim Umweltschutz und bei der Ablehnung von Law & Order-Forderungen.

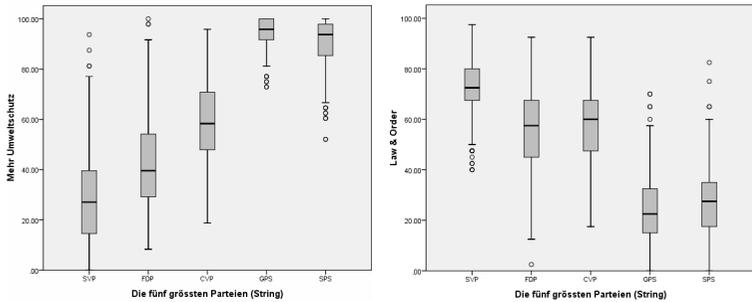
Insgesamt die grössten Rechtecke und die längsten T-Linien haben die FDP und CVP, was die politische Heterogenität der beiden Parteien verdeutlicht. Auffallend ist, dass beide Parteien praktisch bei allen Themenbereichen zwei unterschiedliche Flügel besitzen, die sich ziemlich weit von den Median-Positionen entfernen. Besonders heterogen (und sich ähnlich) sind beide Parteien bei der Migrationspolitik. Aber auch bei der aussenpolitischen Öffnung oder beim Sozialstaat, beim Umweltschutz und bei den Forderungen nach mehr Law & Order sind CVP und FDP weniger geschlossen als die anderen Parteien. Die grössten Unterschiede zwischen den Parteien sind bei der wirtschaftlichen Liberalisierung, bei der Finanzpolitik, beim Sozialstaat und beim Umweltschutz festzustellen. Besonders gering sind die Unterschiede zwischen den beiden Parteien bei Fragen der gesellschaftlichen Liberalisierung. Dies ist erstaunlich, wenn man sich an die Vergangenheit der beiden Parteien erinnert, und belegt den Wandel der CVP weg vom katholisch-konservativen Milieu in Richtung gesellschaftliche Mitte.

Die SVP schliesslich ist vor allem bei der Migrationspolitik, bei der Forderung nach mehr Law & Order und bei der restriktiven Finanzpolitik relativ geschlossen, wobei sie in den letzten beiden Bereichen jeweils einen rechten wie auch einen linken Flügel kennt. Klar positioniert ist die SVP auch bei der aussenpolitischen Öffnung. Hier gibt es nur „Abweichler“ in Richtung Mitte. Am heterogensten sind die Positionen der SVP-Kandidierenden beim Umweltschutz und bei der wirtschaftlichen Liberalisierung.

Abbildung 5
Parteiinterne Geschlossenheit : Boxplots der fünf Parteien auf den acht Politikdimensionen



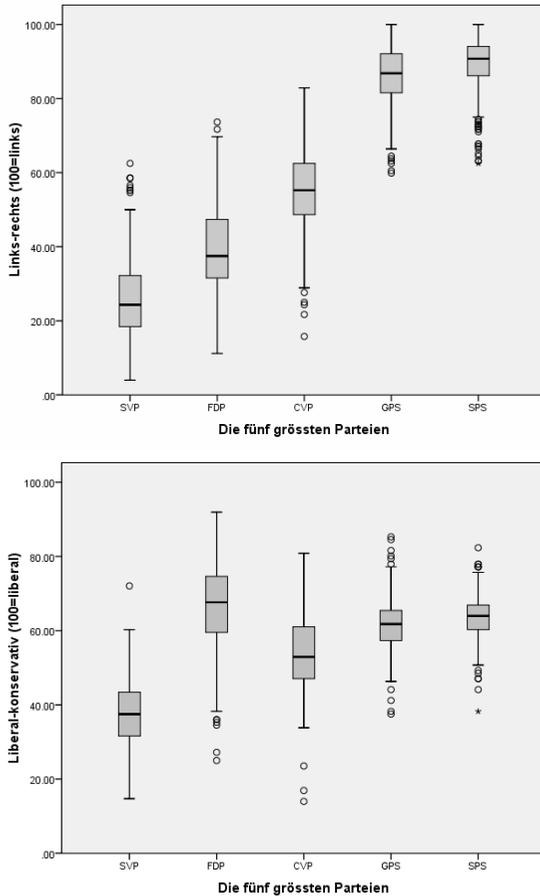
Fortsetzung Abbildung 5



Legende: Die Rechtecke geben den Bereich zwischen dem ersten und dem dritten Viertel der Verteilung auf der Skala an und damit die Position für die Hälfte der Beobachtungen an. Die dicke Querlinie zeigt die Position des Medians. Die angefügten Ts zeigen, über welchen Bereich sich die beiden extremen Viertel der Verteilung erstrecken. Mit o werden Positionen bezeichnet, die zwischen 1.5 und 3x die Distanz zwischen dem 1. und dem 3. Viertel vom Ende des Rechtecks abweichen (Outliers), mit * werden diejenigen Positionen bezeichnet, die mehr als drei Mal diesen Wert vom Ende des Rechtecks abweichen (Extreme).

Werden die Antworten der Kandidierenden noch stärker verdichtet und auf den beiden Dimensionen „links-rechts“ und „liberal-konservativ“ dargestellt (vgl. Abbildung 6), so werden die oben gemachten Feststellungen hinsichtlich der Heterogenität der Parteien bestätigt und ergänzt. Auf der Links-rechts-Dimension zeigt sich, dass die extremeren Parteien einen stärker abweichenden Flügel in Richtung Mitte besitzen, während bei den eher im Zentrum positionierten Parteien beide Flügel etwa gleich stark sind. Auf der Liberal-konservativ-Achse liegen die Parteien näher zusammen und tendieren stärker zur Mitte. Hier sind die Flügel auch etwas gleichmässiger geformt, aber die Unterschiede zwischen den Parteien bezüglich der Heterogenität bleiben dieselben.

Abbildung 6
Parteiinterne Geschlossenheit : Boxplots der fünf grössten Parteien auf den zwei ideologischen Dimensionen



Legende vgl. Abbildung 5

Die von smartvote erfassten Daten erlauben es nicht nur, die Parteien insgesamt auf ihre Geschlossenheit zu prüfen, sondern auch *kantonale Differenzen* sichtbar zu machen. Diese Unterschiede zwischen den verschiedenen Kantonalparteien derselben Partei sorgen in der öffentlichen Diskussion immer wieder für grosse Aufmerksamkeit. Im Folgenden soll für die fünf grössten Parteien gezeigt werden, wie gross die Distanz der einzelnen Kantonalparteien von der Position der gesamten Partei ist. Als Position der Gesamtpartei wird dabei der Durchschnittswert der Durchschnittswerte der Kantonalparteien verwendet²⁶ und als Position der Kantonalpartei der Durchschnittswert aller Kandidierenden dieser Kantonalpartei. Die Standardabweichung gibt Auskunft darüber, wie nahe sich die Kandidierenden am kantonalen Mittelwert befinden. Es gilt zu berücksichtigen, dass die Aussagekraft einer Position vor allem mit der Anzahl Kandidierenden einer Partei in einem Kanton zusammenhängt. In kleineren Kantonen wie Uri, Obwalden, Appenzell-Ausserrhoden, Schaffhausen und Jura kann es vorkommen, dass von einzelnen Parteien weniger als fünf Personen Angaben zu den politischen Issues gemacht haben. Die Angaben zu diesen Kantonalparteien sind daher mit Vorsicht zu interpretieren.

Für die SVP zeigt sich wenig überraschend, dass die zürcherische SVP, die in den letzten beiden Jahrzehnten den Kurs der nationalen Partei stark beeinflusst hat, am wenigsten vom gesamtschweizerischen Durchschnitt abweicht (vgl. Tabelle 6). Dahinter folgt aber erstaunlicherweise bereits die Berner SVP, die lange Zeit als liberales Gegenstück zum Zürcher Flügel gegolten hat. Es scheint, dass hier, zumindest bei der Auswahl der Kandidierenden, eine Angleichung stattgefunden. Eine andere Möglichkeit der Interpretation besteht darin, dass sich die öffentlich wahrgenommenen Differenzen zwischen der Zürcher und Berner SVP vor allem auf Stilfragen bezogen haben. Weitere thematisch linientreue Kantonalparteien finden sich in den Kantonen Aargau, Thurgau und Luzern, wo die SVP erst seit den 1990er Jahren organi-

²⁶ So kann verhindert werden, dass die Position einer Partei bereits rein rechnerisch allzu stark von den grossen Kantonalparteien bestimmt wird.

siert ist. Die jüngeren Kantonalparteien weichen teilweise deutlich vom gesamtschweizerischen Mittelwert ab, wobei hier auffällt, dass mit Blick auf die zentralen Themen wichtige neue Kantonalparteien wie St. Gallen, Basel-Landschaft und Wallis sich deutlich näher bei der Zürcher Linie positionieren. Besonders weit entfernt in vielen und auch wichtigen Themen ist die Kantonalpartei Graubünden und diejenige im Kanton Jura.

Tabelle 6
Abweichung der Kantonalparteien der SVP vom gesamtschweizerischen Mittelwert

Parteiposition: Durchschnitt der Kantonalparteien

Kanton	Durchschnittliche Distanz vom gesamtschweizerischen Wert	Durchschnittliche Distanz Kernthemen (17 Themen)	Durchschnittliche Standardabweichung (alle Themen)	Anzahl Kandidierende
ZH	5.0	2.2	31.4	88
BE	6.3	2.5	30.6	60
AG	7.3	5.0	26.7	16
TG	8.2	4.9	28.0	12
LU	8.6	3.6	29.1	15
BS	8.7	5.5	27.3	9
NE	8.8	5.8	26.1	5
BL	9.0	3.8	27.2	12
GE	9.3	5.2	32.5	12
ZG	9.5	6.3	29.7	7
VD	10.1	5.7	29.1	18
SH	10.2	6.7	26.9	4
Ø alle	10.4	6.6	27.5	337
SG	10.9	6.6	19.4	12
VS	10.9	3.8	25.4	21
FR	11.1	8.7	26.6	6
SZ	11.5	7.3	20.7	8
SO	11.9	7.4	19.6	10
TI	12.6	9.2	29.2	8
GR	14.3	14.1	33.3	9
OW	15.9	8.7	0.0	1
JU	18.1	14.8	31.4	4

Kernthemen: a3,a6,a9, a13, a14, a15, a16, a27, a28, a31, a43, a51, a55, a58, a59 a60, a62 (siehe Anhang 1)

Bei der FDP zeigt sich ein etwas anderes Bild (vgl. Tabelle 7). Zwar gehören auch hier die Kantonalparteien Bern und Zürich zu den zentral gelegenen Kantonalparteien. Beide können aber kaum (im Falle von Zürich kaum mehr) als Motoren der Partei bezeichnet werden. Andere wichtige Kantonalparteien der FDP wie Solothurn, Tessin oder Waadt sind deutlich distanzierter. Auffallend ist ebenso die insgesamt grössere Distanz der Westschweiz sowie die im Vergleich zur SVP auch deutlich geringere Fokussierung der Partei bei den Kernthemen.

Tabelle 7
Abweichung der Kantonalparteien der FDP vom gesamtschweizerischen Mittelwert

Parteiposition: Durchschnitt der Kantonalparteien

Kanton	Durchschnittliche Distanz vom gesamtschweizerischen Wert	Durchschnittliche Distanz Kernthemen (19 Themen)	Durchschnittliche Standardabweichung (alle Themen)	Anzahl Kandidierende
BE	5.1	3.4	34.4	72
ZH	6.9	7.7	33.7	68
SG	7.1	6.9	36.9	48
BL	7.8	9.0	30.3	14
SO	8.4	9.1	33.4	11
AG	8.7	8.9	32.7	29
SZ	9.2	6.9	35.0	11
GR	9.3	9.3	34.8	15
TG	9.7	9.3	30.8	12
VS	9.7	7.6	32.5	19
FR	10.1	10.7	32.9	7
VD	10.2	8.2	30.7	19
LU	11.7	14.4	33.9	21
SH	12.1	9.6	25.0	6
ZG	12.2	10.1	29.3	6
Ø alle	12.4	12.3	28.6	402
BS	13.1	15.1	33.5	10
TI	14.7	18.9	36.1	14
NE	14.9	15.9	21.1	5
JU	17.7	19.3	29.0	4
GE	22.6	23.3	24.4	9
UR	26.2	26.9	0.0	1
AR	26.5	20.1	0.0	1

Kernthemen: a4, a5, a6, a20,a21,a22,a26,a27,a28,a29, a31, a32, a33, a34, a35, a36, a43, a44, a62 (siehe Anhang 1)

Bemerkenswert bei den Kantonalparteien der CVP ist, dass nicht die Parteien in den katholischen Hochburgen am nächsten bei der Parteilinie liegen, sondern dass sich auch hier Bern als die „durchschnittlichste“ Kantonalpartei erweist (Tabelle 8). Dies bestätigt wiederum den auf die urbaneren Zentren und inhaltlich gemischt-konfessionell ausgerichteten Kurs der jüngsten Zeit, lässt aber auch gewisse Konflikte in den Stammländern der Partei erahnen. Auch hier fehlt eine mit der SVP

vergleichbare Fokussierung auf Kernthemen mit homogenen Positionen.

Tabelle 8
Abweichung der Kantonalparteien der CVP vom gesamtschweizerischen Mittelwert

Parteiposition: Durchschnitt der Kantonalparteien				
Kanton	Durchschnittliche Distanz vom gesamtschweizerischen Wert	Durchschnittliche Distanz Kernthemen (9 Themen)	Durchschnittliche Standardabweichung (alle Themen)	Anzahl Kandidierende
BE	6.7	8.5	36.1	46
AG	7.5	9.7	35.8	25
SG	7.6	5.1	36.2	23
VS	7.8	8.2	32.4	28
GR	8.2	8.7	30.3	15
SO	8.2	6.5	32.9	14
TI	10.8	9.8	34.0	15
ZH	10.9	11.6	34.7	43
LU	11.5	7.8	30.6	22
VD	11.9	5.2	32.1	23
Ø alle	12.2	12.5	30.4	315
BS	12.4	18.0	32.8	10
TG	12.4	7.1	31.9	6
NE	12.7	11.4	28.6	5
GE	13.2	13.1	30.2	7
ZG	13.6	16.0	33.8	6
BL	14.7	17.5	33.7	11
SZ	15.3	20.9	35.4	7
FR	16.1	13.2	26.5	6
JU	19.3	21.3	20.2	2
OW	23.0	29.4	0.0	1
UR	26.2	25.3	0.0	1
AR	26.5	21.5	0.0	1

Kernthemen: a6, a18, a21, a25, a28, a29, a34, a35, a62 (siehe Anhang 1)

Bei der SP fällt auf, dass die durchschnittlichen Abweichungen vom gesamtschweizerischen Mittelwert bei den Kernthemen – wie bereits bei der SVP – nicht grösser, sondern eher kleiner sind (vgl. Tabelle 9). Die „Musterkantonalpartei“, d.h. diejenige mit den geringsten Abwei-

chungen vom Mittelwert, ist diejenige des Kantons Aargau. Im Vergleich zu den bürgerlichen Parteien befinden sich die parteiinternen Dissonanzen allerdings auf einem traumhaft tiefen Niveau.

Tabelle 9
Abweichung der Kantonalparteien der SP vom gesamtschweizerischen Mittelwert

Parteiposition: Durchschnitt der Kantonalparteien

Kanton	Durchschnittliche Distanz vom gesamtschweizerischen Wert	Durchschnittliche Distanz Kernthemen (19 Themen)	Durchschnittliche Standardabweichung (alle Themen)	Anzahl Kandidierende
AG	3.6	2.9	22.3	44
SG	3.9	2.9	21.9	43
BE	4.1	2.5	24.1	53
LU	4.3	4.3	21.6	27
BL	5.3	3.8	23.1	14
VS	5.5	4.3	19.4	19
SO	5.5	5.2	23.4	13
ZH	5.6	3.6	20.5	64
FR	5.8	5.2	16.9	14
BS	6.0	4.8	19.3	10
GR	6.7	5.9	15.4	15
VD	6.8	5.4	16.2	16
NE	6.9	6.1	16.0	10
Ø alle	7.2	5.8	18.1	388
JU	7.4	5.8	11.6	4
TG	8.4	9.1	22.6	6
SZ	8.4	7.4	25.8	11
TI	8.5	6.5	11.5	7
ZG	9.6	9.4	16.2	6
GE	9.7	6.9	12.2	9
SH	12.2	7.9	1.7	2
OW	17.7	11.0	0.0	1
AR	26.5	21.5	0.0	1

Kernthemen: a1, a2, a6, a11, a13, a16, a20, a27, a28, a29, a31, a33, a35, a37, a43, a55, a60, a62 (siehe Anhang 1)

Den Ton bei den Grünen geben diejenigen Kantonalparteien an, die auch im Nationalrat stärker vertreten sind: Zürich, Bern, Aargau und Luzern (vgl. Tabelle 10). Auch hier fällt die im Vergleich zu den bürgerlichen Parteien grössere Geschlossenheit auf und es zeigt sich noch etwas ausgeprägter als bei der SP, dass die Geschlossenheit bei den Kernthemen am grössten ist.

Tabelle 10
Abweichung der Kantonalparteien der GPS vom gesamtschweizerischen Mittelwert

Parteiposition: Durchschnitt der Kantonalparteien

Kanton	Durchschnittliche Distanz vom gesamtschweizerischen Wert	Durchschnittliche Distanz Kernthemen (17 Themen)	Durchschnittliche Standardabweichung (alle Themen)	Anzahl Kandidierende
ZH	4.0	2.2	25.6	106
BE	4.8	2.1	24.9	59
LU	4.8	2.9	18.6	18
AG	5.1	1.9	24.9	30
BL	5.1	3.8	20.7	12
SG	5.3	3.1	24.0	36
SO	6.1	4.3	23.1	14
VD	6.4	3.0	20.0	17
Ø alle	7.3	4.2	20.3	369
FR	7.9	3.4	17.6	13
VS	8.2	4.7	23.6	11
NE	8.2	4.6	14.5	5
BS	8.4	4.4	16.6	10
GE	9.0	5.9	15.4	8
ZG	9.7	5.3	10.9	6
SZ	10.1	6.2	17.6	4
TG	10.1	5.8	24.9	12
TI	11.4	7.0	22.4	8

Kernthemen: a1, a6, a11, a13, a16, a28, a29, a40, a41, a42, a43, a44, a45, a46, a51, a55, a62 (siehe Anhang 1)

Fazit

Die politischen Parteien der Schweiz sind keineswegs homogene Gebilde, das ist weder erstaunlich noch neu. Für abweichende Haltungen innerhalb der Parteien gibt es unterschiedliche Gründe. Persönlichkeitsmerkmale wie Alter oder Geschlecht der Kandidierenden mögen ebenso eine Rolle spielen wie regionale oder kantonale Unterschiede. Die Analyse der politischen Positionen der Kandidierenden zeigt einmal mehr, dass linke Parteien wie die SP oder die Grünen deutlich homogener sind als die bürgerlichen Parteien. Dass die CVP als ehemalige Monopolpartei in ihren Stammländern das breiteste Spektrum abdeckt, erstaunt weniger. Erstaunlich ist aber, dass die SVP, die heute als

klare Programmpartei wahrgenommen wird, deutlich weniger geschlossen ist als die SP. Die Ergebnisse zeigen hier aber auch, dass sich die mittlere Geschlossenheit der SVP vor allem auf die Gesamtheit der politischen Themen bezieht. Beschränkt man sich auf ihre Kernthemen, so wirkt sie deutlich ge- und entschlossener. Grundsätzlich fällt es bei der SVP auch viel leichter als bei den anderen Parteien, Kernthemen zu bestimmen, was mitunter eine Erklärung für ihren Erfolg sein könnte.

Eine weitere mögliche Erklärung für eine gewisse Heterogenität in den politischen Positionsbezügen der Kandidierenden könnte mit wahltaktischen Überlegungen zusammenhängen. Dem Trend zu einer Individualisierung des Wahlkampfes folgend, eröffnen Wahlhilfe-Plattformen wie smartvote den Kandidierenden in einem bis anhin unbekanntem Masse die Möglichkeit, sich ein persönliches politisches Profil zu geben. Davon profitieren nicht zwingend nur die Kandidierenden selbst, sondern auch die Parteien, die durch eine bestimmte Breite auch eine grössere Wählerschaft ansprechen können und sich so zusätzliche Panaschierstimmen erhoffen. Die Frage ist natürlich immer, wie weit dadurch nicht auch die eigentlichen Profile der Parteien verwässert werden.

Solchen Überlegungen wird in den nächsten Abschnitten nachgegangen. Zuerst wird jedoch untersucht, in welche Richtung die kantonalen Parteien vom gesamtschweizerischen Durchschnitt abweichen. Danach fragen wir, ob die Kandidierenden derselben Partei auf Grund ihrer politischen Positionsbezüge auch wirklich zusammen gehören oder ob Einzelne nicht in einer anderen Partei besser aufgehoben wären; abschliessend wird zu klären versucht, ob es Anzeichen dafür gibt, dass Kandidierende mit ihrer Positionierung bewusst versuchen, Wähler anderer Parteien anzusprechen.

6 Positionen der Kantonalparteien

Im vorangehenden Abschnitt wurde gezeigt, dass zwischen den Kantonssektionen derselben Parteien teilweise grosse Unterschiede bestehen können. Nicht untersucht wurde, in welche Richtung einzelne Kantonalparteien vom gesamtschweizerischen Durchschnittswert abweichen. Dieser Frage soll im Folgenden nachgegangen werden. Dabei reduzieren wir die Komplexität, die in den Antworten auf die 63 Fragen zu den politischen Issues und den zehn Fragen zu den Ausgaben enthalten ist, auf acht Konfliktdimensionen respektive auf zwei Hauptkonfliktachsen.²⁷ Als gesamtschweizerische Durchschnittswerte für die Parteien werden wie schon im vorangegangenen Kapitel jeweils die Mittelwerte der durchschnittlichen Positionen aller Kantonalparteien genommen, damit einzelne Kantonalparteien mit vielen Kandidierenden nicht zu stark ins Gewicht fallen.²⁸

Bei der SVP fällt zuerst einmal auf, dass die Kantonalparteien der SVP in den Westschweizer Kantonen Genf und Waadt zusammen mit der Kantonalpartei Graubünden im Vergleich zum gesamtschweizerischen Mittelwert stärker für eine aussenpolitische Öffnung eintreten (vgl. Anhang 24). Die SVP-Solothurn ist stärker für eine wirtschaftliche Liberalisierung, während die Kantonalparteien Wallis und Jura dies deutlich weniger stark befürworten. Die Bündner sind weniger stark für

²⁷Die acht Konfliktdimensionen entsprechen den Achsen der bei smartvote verwendeten „smartspider“-Grafik, die zwei Hauptkonfliktachsen finden sich im politischen Koordinatensystem der „smartmap“-Grafik wieder (vgl. Kapitel 4). Zur Bildung der Konfliktdimensionen vgl. http://www.smartvote.ch/resources/pdfs/methode_smartspider_de.pdf, zur Bildung der Hauptkonfliktachsen vgl. http://www.smartvote.ch/resources/pdfs/methode_smartmap_de.pdf. Die Zuordnung der Issues zu den Dimensionen ist im Anhang (Anhang 3 und Anhang 4) beschrieben.

²⁸Wiederum gilt es zu berücksichtigen, dass die Aussagekraft einer Position vor allem mit der Anzahl Kandidierenden einer Partei in einem Kanton zusammenhängt. In kleineren Kantonen wie Uri, Obwalden, Appenzell-Ausserrhoden, Schaffhausen und Jura kann es vorkommen, dass von einzelnen Parteien weniger als fünf Personen Angaben zu den politischen Issues gemacht haben. Die Angaben zu diesen Kantonalparteien sind daher mit Vorsicht zu interpretieren.

eine restriktive Finanzpolitik und auch weniger stark für eine restriktive Einwanderungspolitik. Bei der Einwanderungspolitik erhalten sie Unterstützung von der Waadtländer SVP. Der Umweltschutz findet eine noch geringere Unterstützung in den Kantonen Schwyz, Obwalden, Solothurn und St. Gallen, dafür eine besonders starke im Tessin. Die Kantone Obwalden und Solothurn sind zudem weniger stark für einen ausgebauten Wohlfahrtsstaat. Am wenigsten liberal – gesellschaftlich wie wirtschaftlich – sind die 21 Kandidierenden der SVP im Kanton Wallis.

Die FDP ist in den verschiedenen Themenbereichen klar heterogener als die SVP. Besonders ins Gewicht fallen dürften die Abweichungen der Luzerner Kantonalpartei, die weniger stark für eine aussenpolitische Öffnung und stärker für eine restriktive Einwanderungspolitik eintritt. Diese Position wird auch von den Kandidierenden im Kanton Jura und im Kanton Aargau geteilt, während die Kandidierenden der Kantone Neuenburg und Genf genau die Gegenposition einnehmen. Die Tessiner Freisinnigen befürworten am wenigsten stark eine wirtschaftliche Liberalisierung und eine restriktive Finanzpolitik, dafür stehen sie für mehr Umweltschutz und einen starken Wohlfahrtsstaat ein. Die Waadtländer sind ganz im Gegensatz zu den Thurgauern etwas stärker für den Wohlfahrtsstaat und teilen mit Genfer und Neuenburger Kandidierenden auch ihre Zurückhaltung bezüglich einer restriktiven Einwanderungspolitik.

Auch die CVP ist in vielen Fällen – wenn auch teilweise etwas weniger stark als bei der FDP – uneinig. In den Kantonen Schwyz und Obwalden ist man deutlich weniger stark für eine aussenpolitische Öffnung, in den Kantonen Basel-Stadt, Waadt, Neuenburg und Genf hingegen deutlich stärker dafür. Die wirtschaftliche Liberalisierung ist im Tessin weniger ein Thema. In den Kantonen Luzern, Obwalden und Freiburg tritt die CVP im Gegensatz zur CVP im Kanton Basel-Landschaft stärker für Law & Order eintritt. Die Kantonalparteien Schwyz und Zug sind für eine restriktivere Einwanderungspolitik, was in den Westschweizer Kantonen Waadt, Neuenburg und Genf kaum auf Unterstützung trifft. Die Kantonalpartei in Freiburg will weniger vom Umweltschutz wissen, die Zürcher hingegen etwas mehr. Im Kanton

Zug haben die Kandidierenden am wenigsten Sympathien für einen starken Wohlfahrtsstaat, während im Kanton Freiburg die Sympathien am grössten sind. Die beiden Basel erweisen sich als besonders liberal in gesellschaftlichen Fragen, während Zug, Freiburg und Jura am wenigsten liberal innerhalb der CVP sind.

Im Vergleich zur FDP und CVP herrschen bei der SP deutlich harmnischere Verhältnisse. Stärkere Abweichungen gibt es bei den Kandidierenden der Kantonalparteien in den Kantonen Schwyz und Obwalden, die etwas weniger ausgeprägt für eine aussenpolitische Öffnung plädieren. In Obwalden sind sie auch etwas weniger ausgeprägt für den Wohlfahrtsstaat und eine liberale Gesellschaft. Für den Kanton Obwalden gilt allerdings, dass hier die Werte auf den Angaben eines einzelnen Kandidaten beruhen. Am stärksten für eine aussenpolitische Öffnung sind die beiden Kandidierenden im Kanton Schaffhausen, während die sechs Thurgauer durchschnittlich am stärksten für einen ausgeprägten Law & Order-Ansatz eintreten.

Noch weniger Dissens über die verschiedenen Themenbereiche gibt es bei den Kantonalparteien der Grünen. Die Schwyzer sind eher für wirtschaftliche Liberalisierung, die Thurgauer etwas weniger für den Wohlfahrtsstaat und eine liberale Gesellschaft. Bei diesem letzten Item erhalten die Thurgauer Unterstützung von den Wallisern.

Gesamthaft gesehen lassen sich die Abweichungen einzelner Kantonalparteien nicht selten durch historische (die SVP Graubünden ist aus den Demokraten entstanden), konfessionelle (Kantonalparteien in katholischen Kantonen sind in gewissen Fragen konservativer) oder geographische Merkmale erklären (Grenzgebiete sind stärker nach aussen orientiert).

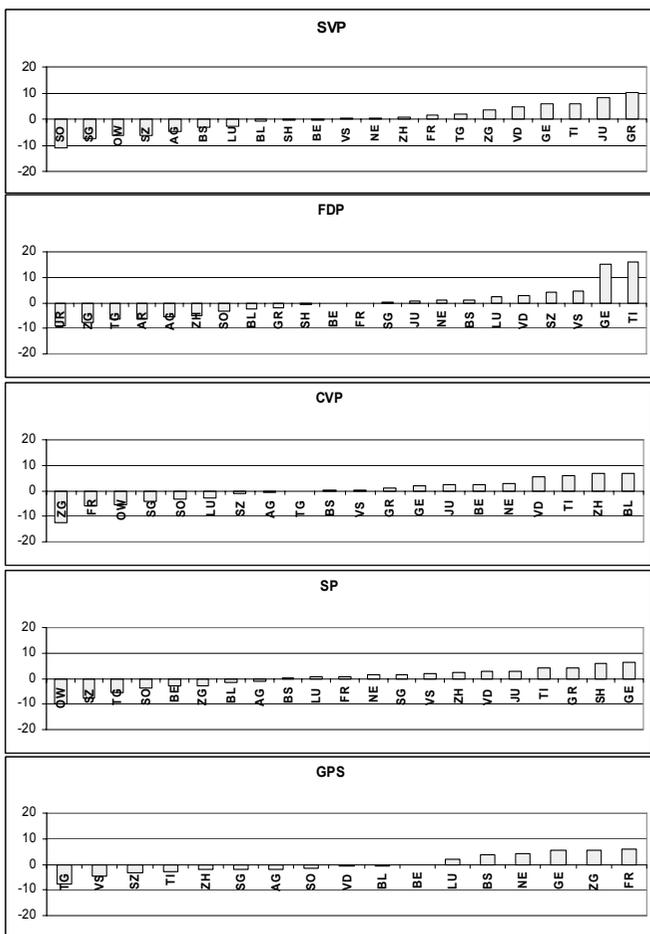
Die Anordnung auf der *Links-rechts-Dimension* bestätigt für die SVP, dass die SVP Graubünden am stärksten Richtung Mitte tendiert. Klar rechts vom Mittelwert der gesamten SVP positionieren sich hingegen die Kandidierenden aus den Kantonen Solothurn, St. Gallen, Obwalden, Schwyz und Aargau (vgl. Abbildung 7). Bei der FDP sind vor allem die Kandidierenden in den Kantonen Tessin und Genf stärker links orientiert. Auf der rechten Seite sind die Abweichungen nicht so stark. Am stärksten rechts stehen die Kantonalparteien in den Kanto-

nen Uri und Zug. Eher links stehen bei der CVP die Kantonalparteien Waadt, Tessin, Zürich und Basel-Landschaft, den rechten Pol bilden die Kandidierenden der CVP Zug. Bei der SP wird der Konflikt zwischen den eher gewerkschaftlich orientierten Kantonalparteien in der Westschweiz und den Deutschschweizer Kantonalparteien auf der Links-rechts-Dimension nicht wirklich deutlich, was damit zusammenhängen dürfte, dass „links“ nicht rein sozial- bzw. arbeitsmarktpolitisch definiert wurde, sondern auch sicherheits- und umweltpolitische Fragen beinhaltet. Zudem sind Fragen der wirtschaftlichen Liberalisierung nicht in der Links-rechts-Achse enthalten, sondern finden Eingang in die Liberal-konservativ-Dimension (vgl. unten). Die Zürcher SP findet sich ebenso auf der linken Seite des Spektrums wie die Waadtländer, Jurassier und Genfer. Stärker links sind auch die Kandidierenden in den Kantonen Tessin, Graubünden und Schaffhausen positioniert, während Obwalden, Schwyz, Solothurn, Thurgau, Bern und Zug rechts vom SP-Kantonalparteien-Mittelwert zu liegen kommen. Bei den Grünen schliesslich stehen Thurgau, Wallis und Schwyz am klaren rechts vom Mittelwert, während der linke Flügel der Kandidierenden aus den Kantonen Freiburg, Genf, Neuenburg sowie Zug, Basel-Stadt und Luzern gebildet wird.

Betrachtet man die Positionierung der Kandidierenden in den Kantonen auf der *Liberal-konservativ-Achse* (vg. Abbildung 8), so zeigt sich im Fall der SVP, dass die Kantonalparteien vor allem in den katholisch geprägten Gebieten respektive den ehemaligen Hochburgen der CVP weniger liberal sind, während die städtisch geprägten Kantone eher zu liberaleren Kantonalparteien neigen. Bei der FDP lässt sich kaum ein klares Muster erkennen. Während die Genfer und Neuenburger Kantonalparteien auf der liberalen Seite sind, sind die Jurassier und etwas weniger ausgeprägt auch die Waadtländer eher weniger liberal. Auch hier gilt im Ansatz, dass die Kantonalparteien in den katholischen Kantonen nicht zu den liberalsten in der FDP gehören. Für die CVP gilt ganz eindeutig, dass die Kantonalparteien in den katholischen Stammlanden weniger liberal orientiert sind als diejenigen in den konfessionell gemischten und urbaner geprägten Kantonen. Zu den liberalsten Kantonalparteien gehören Genf, Basel-Stadt, Zürich und Bern. Bei der SP

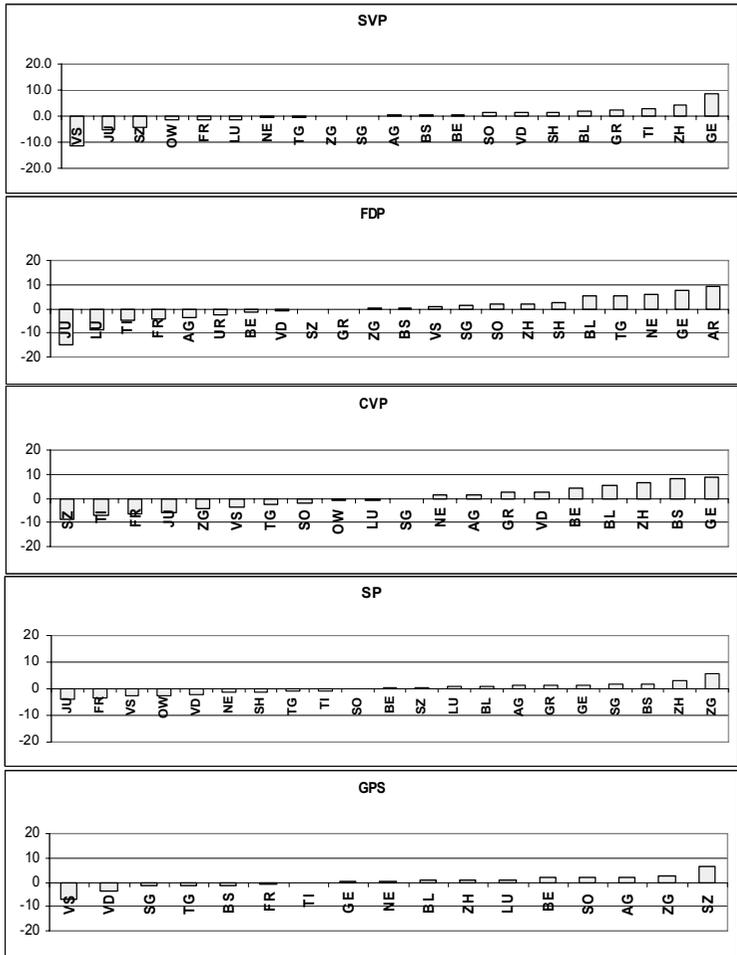
zeigt sich auf der Liberal-konservativ-Dimension der Graben zwischen der West- und der Deutschschweiz, welcher auf der Links-rechts-Dimension nicht zum Ausdruck kam, deutlicher. Mit Ausnahme des Kantons Genf liegen die Westschweizer Sektionen auf der weniger liberalen Seite des Spektrums. Von den drei wichtigsten Komponenten der Liberal-konservativ-Achse (Fragen zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Liberalisierung sowie zur aussenpolitischen Öffnung) tritt hier die ökonomisch konservativere, gewerkschaftsnahere Haltung der Westschweizer SP-Sektionen ausgeprägt zu Tage. Bei den Grünen schliesslich zeigt sich ein schwieriger einzuordnendes Muster. Besonders liberal sind die Kandidierenden der Kantonalparteien Schwyz, Zug, Solothurn und Aargau, am konservativsten diejenigen in Wallis und Waadt. Die Konfession scheint hier weniger eine Rolle zu spielen als (teilweise) die Sprachzugehörigkeit. Die welschen Grünen sind gesamthaft betrachtet weniger liberal als ihre Deutschschweizer Kolleginnen und Kollegen, was wie bei der SP vor allem auf eine grössere Skepsis gegenüber wirtschaftlichen Liberalisierungen zurück zu führen scheint.

Abbildung 7
Die Positionen der Kandidierenden der fünf grössten Parteien auf der Links-rechts-Dimension



Legende: negative Werte = rechts vom Durchschnitt aller Kantonalparteien liegend

Abbildung 8
Die Positionen der Kandidierenden der fünf grössten Parteien auf der Liberal-konservativ-Dimension



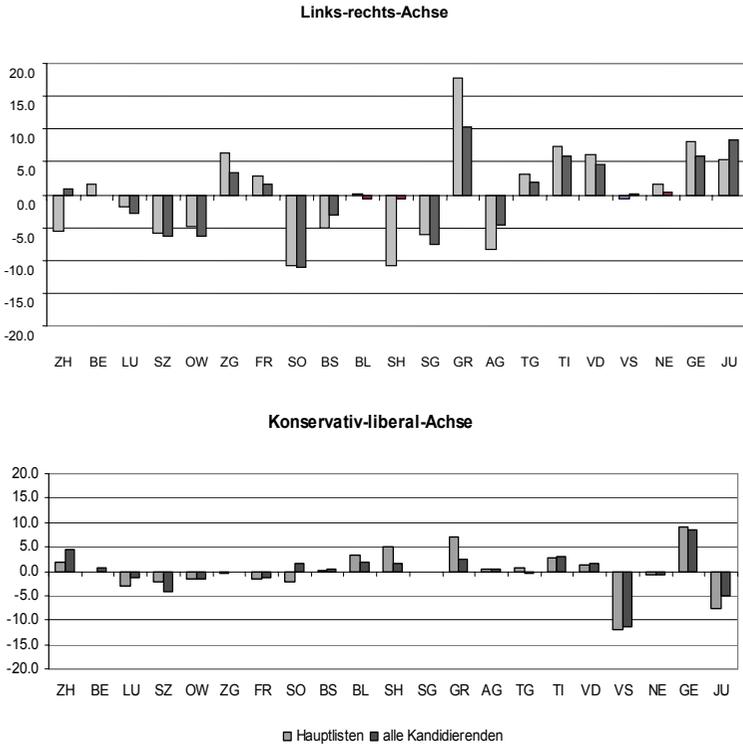
Legende: negative Werte = konservativere Position als der Durchschnitt aller Kantonalparteien

Die über die Gesamtheit der Fragen gemessenen Unterschiede und vor allem die geringe Distanz zwischen den Kandidierenden der Berner und der Zürcher SVP erstaunen. Ein möglicher Grund hierfür könnte sein, dass wir uns auf die Gesamtheit der Kandidierenden und damit auf sämtliche Listen, das heisst z.B. auch Jung- oder Auslandschweizerlisten beziehen. Damit folgen wir der Argumentation, dass für eine Partei die Gesamtheit der Kandidierenden repräsentativ ist. Dem kann entgegengehalten werden, dass die politischen Unterschiede vor allem zwischen den Hauptlisten einer Partei zum Ausdruck kommen. Auf der Hauptliste sind die Chancen, gewählt zu werden deutlich grösser und es kann angenommen werden, dass hier die Auswahl der Kandidierenden einer stärkeren Kontrolle der Parteileitung unterliegt. Zur Illustration dieser Unterschiede soll im Folgenden noch ein Blick auf die Differenzen zwischen den Haupt- und den übrigen Listen geworfen werden.²⁹

Abbildung 9 macht deutlich, dass es zwar durchaus zu Unterschieden zwischen der Gesamtheit der Kandidierenden in einem Kanton und den Kandidierenden auf den jeweiligen Hauptlisten kommen kann, dass aber in der in der Mehrheit der Fälle die Unterschiede nicht so gross sind und sich die beiden Gruppen nicht auf völlig entgegen gesetzten Positionen wiederfinden. Einzig im Kanton Zürich liegt die Hauptliste deutlicher rechts, während die Gesamtheit der Kandidierenden ganz leicht links vom SVP-Durchschnitt zu liegen kommt. Auch im Kanton Schaffhausen ist die Hauptliste deutlich stärker rechts orientiert, während im Kanton Graubünden die Hauptliste stärker nach links tendiert als dies die Gesamtheit der Kandidierenden tut. Die Berner Hauptliste positioniert sich zwar deutlich weiter links als ihr Zürcher Gegenstück, nicht jedoch in Bezug zum Durchschnitt aller SVP-Kantonalparteien. Auf der Liberal-konservativ-Dimension sind die Unterschiede eher noch etwas geringer. Hier bestätigt sich deutlich, dass die Berner Hauptliste nicht liberaler ist als die Zürcher.

²⁹ Die SVP Zürich trat bei den Nationalratswahlen 2007 nur mit einer Hauptliste mit 27 Kandidierenden an, während die SVP Bern zwei Hauptlisten aufstellte mit insgesamt 37 Kandidierenden.

Abbildung 9
Die Hauptlisten und die Gesamtheit der Kandidierenden der SVP im Vergleich



Legende: negative Werte = rechts vom Durchschnitt aller Kantonalparteien liegend (Links-rechts-Achse) bzw. konservativere Position als der Durchschnitt der Kantonalparteien (Konservativ-liberal-Achse)

Fazit

Sucht man nach inhaltlichen Differenzen zwischen den Kandidierenden der unterschiedlichen Kantonalparteien aus ein und derselben Partei, so machen sich zumindest teilweise die Unterschiede bemerkbar,

die man aus den bisherigen parteiinternen Auseinandersetzungen bereits kennt. Auffallend dabei ist, wie sich die drei grossen Konfliktlinien Konfession, Sprache und Stadt-Land auch bei der politischen Positionierung der Kantonalparteien bemerkbar machen. In den katholischen Gebieten sind die Kandidierenden eher konservativ, in der Westschweiz eher links und in der nicht dominant katholischen Deutschschweiz eher liberal. Dass sich diese Unterschiede – die man auch aus dem Abstimmungsverhalten der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger kennt (vgl. Hermann/Leuthold 2003) – auch auf der Ebene der Kandidierenden gemessen werden können, ist ein Hinweis dafür, dass sich die Parteidoktrin nicht völlig über föderalistische Gegebenheiten hinwegzusetzen vermag.

Während der Föderalismus gerade unter den bürgerlichen Parteien nach wie vor lebendig scheint, ist mit Blick auf die jüngsten Ausschlüsse und Abspaltungen innerhalb der SVP auch festzustellen, dass einzelne SVP-Kantonalparteien politisch weit weniger vom Durchschnitt der gesamtschweizerischen SVP entfernt sind, als man bislang angenommen hat. Während zwischen der Bündner Sektion und dem schweizerischen Durchschnitt tatsächlich insgesamt die tiefste Kluft feststellbar ist, kann die Berner SVP im Zustand vom Herbst 2007 als im schweizerischen Durchschnitt liegend bezeichnet werden, weit entfernt von der Position eines liberalen Pols. Nach den erfolgten Abspaltungen ist für die nächsten Wahlen eine weitere Homogenisierung des SVP-Kandidatenfeldes und eine Konzentration der Unterschiede zwischen Deutsch- und Westschweizer Kantonalparteien zu erwarten.

7 Die Parteilinien und allfällige Abweichler

Gehören die Kandidierenden ein und derselben Partei auf Grund ihrer politischen Positionsbezüge trotz parteiinterner Unterschiede wirklich noch zusammen oder wären einzelne Kandidierende nicht besser in einer anderen Partei? Eine Cluster-Analyse ermöglicht es, auf Grund der Antworten der Kandidierenden auf die 63 Fragen zu den politischen Issues das gesamte Kandidatenfeld in Gruppen von Personen aufzuteilen, die jeweils ein ähnliches Antwortmuster aufweisen. Dabei kann vorgegeben werden, in wie viele Cluster die Kandidierenden anhand ihrer Antworten aufgeteilt werden sollen. Von Interesse ist zuerst einmal, wie weit diese Aufteilung den politischen Lagern, respektive den politischen Parteien entspricht und in einem zweiten Schritt natürlich auch, wie gross diese Lager sind.

Versucht man die Kandidierenden auf Grund ihrer Antworten in zwei Cluster aufzuteilen, so sieht sich die Rechte mit der Linken konfrontiert (Tabelle 11). Nimmt man nur die fünf grössten Parteien, so gehören mehr als 90 Prozent der Kandidierenden der FDP und nahe 100 Prozent der Kandidierenden der SVP zum rechten Lager und jeweils praktisch 100 Prozent der Kandidierenden von SP und GPS zum linken Lager. Betrachtet man lediglich die Gewählten, so sind die Verhältnisse sogar noch etwas deutlicher. Etwas weniger klar ist die Zuordnung der CVP. Dennoch, zur grossen Mehrheit (71 Prozent der Kandidierenden und 77 Prozent der Gewählten) werden auf Grund ihrer Antworten dem rechten Lager zugewiesen. Rein zahlenmässig ist das rechte Lager mit 60 Prozent der Gewählten deutlich stärker.

Sucht man eine Lösung mit drei Gruppen, so bleiben die Kandidierenden von SP und GPS sowie diejenigen der SVP zu mindestens 90 Prozent zusammen. Auffallend ist hier, dass die Kandidierenden der SVP prozentual betrachtet noch stärker zusammen passen als die Gewählten. Eine dritte Gruppe wird gebildet von FDP und CVP, zu der über 80 Prozent der Kandidierenden und über 85 Prozent der Gewählten der

beiden Parteien gehören. Das stärkste Lager unter den Gewählten bildet hier die Mitte, gefolgt von der Linken.

Eine Lösung mit vier Clustern weist jede der vier Bundesratsparteien einer eigenen Gruppe zu (vgl. Tabelle 12). Dies kann als deutlicher Hinweis dafür genommen werden, dass – zumindest was das politische Angebot auf der Ebene der Kandidierenden und der Gewählten betrifft – ein System mit vier Parteien durchaus Sinn zu machen scheint, respektive dass es mindestens vier Parteien braucht, um die unterschiedlichen politischen Positionen abzudecken. Die Grünen kommen auch hier ganz klar in die SP-Gruppe zu liegen. Zusammen stellen sie auch die meisten Gewählten. Im Falle der CVP zeigt sich aber auch, dass die Gewählten zwar mit 90 Prozent ein relativ homogenes Cluster bilden, dass aber unter der Gesamtheit der Kandidierenden nur noch etwas mehr als 75 Prozent zu diesem Cluster gehören. Etwas mehr als 20 Prozent verteilen sich auf die FDP und die SVP sowie ein paar wenige Kandidierende gehören noch zum SP-Cluster.

Quasi zu einem Robustheitstest für das Schweizer Parteiensystem kommt es, wenn man versucht, die Kandidierenden auf fünf oder sechs Gruppen zu verteilen (Tabelle 13 und Tabelle 14). Nahezu unbeschadet überstehen diesen Test SP und GPS, die auch in diesen Konstellationen einen Cluster mit über 90 Prozent ihrer Kandidierenden bilden. Auch SVP und FDP bleiben erstaunlich geschlossen, während sich vor allem bei der CVP Auflösungserscheinungen bemerkbar machen und sich im besten Fall noch zwei Drittel, manchmal nicht mehr einmal die Hälfte der Kandidierenden in einer gemeinsamen Gruppe wiederfinden (vgl. Tabelle 15). Dies zeigt einmal mehr, dass die CVP deutlich heterogener ist als die anderen Parteien.

Tabelle 11
Kandidierende und Gewählte im politischen Raum (prozentuale Verteilung auf zwei und drei Cluster)

Gewählte	Zwei Cluster		Drei Cluster			N=
	1 Rechts	2 Links	1 Mitte	2 Links	3 Rechts	
CVP	76.7	23.3	86.7	6.7	6.7	30
FDP	96.9	3.1	90.6		9.4	32
SVP	100.0		10.9		89.1	55
SPS		100.0		100.0		43
GPS		100.0		100.0		21
GLP		100.0	100.0			4
LPS	100.0		100.0			4
CSP		100.0		100.0		1
EVP	50.0	50.0	100.0			2
EDU	100.0		100.0			1
Lega	100.0				100.0	1
PdA		100.0		100.0		1
Anzahl	116	79	72	68	55	
Total	59.5	40.5	36.9	34.9	28.2	195
Alle						
CVP	71.2	28.8	81.0	10.8	8.2	316
FDP	93.8	6.2	83.9	1.2	14.9	403
SVP	99.7	0.3	3.2	0.3	96.5	339
SPS	0.3	99.7	1.3	98.7	0.0	388
GPS	0.3	99.7	2.2	97.8	0.0	370
GLP	27.9	72.1	72.1	27.9		43
LPS	97.9	2.1	87.2		12.8	47
CSP	3.2	96.8	9.7	90.3		31
EVP	33.5	66.5	75.3	21.5	3.2	251
EDU	97.7	2.3	21.4	0.8	77.9	131
SD	98.7	1.3	1.3	0.0	98.7	76
Lega	100.0				100.0	6
PDA		100.0		100.0		37
Sol.		100.0		100.0		26
FDA		100.0		100.0		52
FPS	100.0				100.0	33
übrige	51.9	48.1	42.3	32.7	25.0	104
Anzahl	1382	1271	955	1029	669	
Total	52.1	47.9	36.0	38.8	25.2	2653

Tabelle 12
Kandidierende und Gewählte im politischen Raum (prozentuale Verteilung auf vier Cluster)

Gewählte	Vier Cluster				N=
	1 CVP	2 SVP	3 FDP	4 SP	
CVP	90.0	6.7	0.0	3.3	30
FDP	6.3	9.4	84.4		32
SVP	10.9	87.3	1.8		55
SPS				100.0	43
GPS				100.0	21
GLP			100.0		4
LPS			100.0		4
CSP				100.0	1
EVP	100.0				2
EDU	100.0				1
Lega		100.0			1
PdA				100.0	1
Anzahl	38	54	36	67	
Total	19.5	27.7	18.5	34.4	195
Alle					
CVP	76.9	8.5	13.3	1.3	316
FDP	11.4	9.7	78.7	0.2	403
SVP	2.9	95.6	1.2	0.3	339
SPS	4.1			95.9	388
GPS	6.8			93.2	370
GLP	60.5		23.3	16.3	43
LPS	2.1	4.3	93.6		47
CSP	29.0			71.0	31
EVP	92.8	2.4	1.2	3.6	251
EDU	32.8	67.2			131
SD	10.5	89.5			76
Lega		100.0			6
PDA				100.0	37
Sol.				100.0	26
FDA				100.0	52
FPS	3.0	97.0			33
übrige	45.2	25.0	6.7	23.1	104
Anzahl	708	618	427	900	
Total	26.7	23.3	16.1	33.9	2653

Tabelle 13
Kandidierende und Gewählte im politischen Raum (prozentuale Verteilung auf fünf Cluster)

Gewählte	Fünf Cluster					N=
	1 CVP	2 FDP	3 SVP	4 SP/GPS	5 CVP/EDU	
CVP	83.3	3.3	6.7	3.3	3.3	30
FDP	9.4	81.3	9.4			32
SVP	7.3	5.5	87.3			55
SPS				100.0		43
GPS				100.0		21
GLP	100.0					4
LPS		100.0				4
CSP				100.0		1
EVP	100.0					2
EDU					100.0	1
Lega			100.0			1
PdA				100.0		1
Anzahl	38	34	54	67	2	
Total	19.5	17.4	27.7	34.4	1.0	195
Alle						
CVP	34.8	8.9	7.0	0.6	48.7	316
FDP	20.3	68.5	9.4	0.2	1.5	403
SVP	2.7	1.2	94.7	0.3	1.2	339
SPS	4.6			94.6	0.8	388
GPS	6.2			92.2	1.6	370
GLP	83.7	4.7		7.0	4.7	43
LPS	21.3	74.5	4.3			47
CSP	12.9			74.2	12.9	31
EVP	6.0	1.2	1.6	4.4	86.9	251
EDU	1.5		58.8		39.7	131
SD	1.3		88.2		10.5	76
Lega			100.0			6
PDA				100.0		37
Sol.				100.0		26
FDA	1.9			98.1		52
FPS	3.0		97.0			33
übrige	33.7	2.9	23.1	21.2	19.2	104
Anzahl	347	351	593	885	477	
Total	13.1	13.2	22.4	33.4	18.0	2653

Tabelle 14
Kandidierende und Gewählte im politischen Raum (prozentuale Verteilung auf sechs Cluster)

Gewählte	Sechs Cluster						N=
	1 CVP/EVP /GLP	2 CVP/EDU	3 SVP	4 SP	5 CVP/EVP /SVP	6 FDP/LPS /SVP	
CVP	26.7	3.3	3.3		66.7		30
FDP	9.4		9.4			81.3	32
SVP			87.3		9.1	3.6	55
SPS				100.0			43
GPS	9.5			90.5			21
GLP	100.0						4
LPS						100.0	4
CSP				100.0			1
EVP	50.0				50.0		2
EDU		100.0					1
Lega			100.0				1
PdA				100.0			1
Anzahl	18	2	53	64	26	32	
Total	9.2	1.0	27.2	32.8	13.3	16.4	195
Alle							
CVP	30.1	2.5	1.9	0.3	55.4	9.8	316
FDP	6.0	2.2	6.2	0.2	10.7	74.7	403
SVP		17.1	74.9	0.3	6.8	0.9	339
SPS	5.7			94.1	0.3		388
GPS	10.0			90.0			370
GLP	74.4			9.3	2.3	14.0	43
LPS		4.3	2.1		6.4	87.2	47
CSP	29.0			67.7	3.2		31
EVP	73.3	1.6	0.4	2.8	21.5	0.4	251
EDU	2.3	53.4	9.9		34.4		131
SD		98.7	1.3				76
Lega		100.0					6
PDA				100.0			37
Sol.				100.0			26
FDA				100.0			52
FPS		21.2	78.8				33
übrige	25.0	21.2	1.9	22.1	25.0	4.8	104
Anzahl	432	261	329	871	372	388	
Total	16.3	9.8	12.4	32.8	14.0	14.6	2653

Tabelle 15
Der grösste Anteil Parteimitglieder, die sich zusammen in einem Cluster wiederfindet (In Prozent)

	Lösung:				
	2 Cluster	3 Cluster	4 Cluster	5 Cluster	6 Cluster
Gewählte					
SVP	100.0	89.1	87.3	87.3	87.3
FDP	96.9	90.6	84.4	81.3	81.3
CVP	76.7	86.7	90.0	83.3	66.7
SP	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
GPS	100.0	100.0	100.0	100.0	90.5
Alle					
SVP	99.7	96.5	95.6	94.7	74.9
FDP	93.8	83.9	78.7	68.5	74.9
CVP	71.2	81.0	76.9	48.7	55.4
SP	99.7	98.7	95.9	94.6	94.1
GPS	99.7	97.8	93.2	92.2	90.0

Fazit

Insgesamt erstaunlich bei diesen Ergebnissen ist, dass zwischen den verschiedenen Parteien, wenn es zu konkreten Sachfragen kommt, genügend inhaltliche Unterschiede bestehen. Ein Grund dafür könnte – so paradox es klingt – im schweizerischen Konkordanzsystem zu finden sein. Der Parteienwettbewerb im schweizerischen Vielparteiensystem mit einem Bekenntnis zur Integration aller wichtigen Gruppierungen ermöglicht es den Parteien, ihre Positionen „ideologisch rein“ zu halten und auf eine Angleichung der Positionen als Konsequenz einer Wählermaximierungsstrategie zu verzichten. Wer Konkordanz mit politischem Einheitsbrei gleichsetzt, liegt zumindest auf der Ebene des Parteiangebots falsch. Problematischer ist demgegenüber der Umstand, dass in der Konkordanz der Wähler nur wenig Einfluss auf die Regierungszusammensetzung besitzt. Natürlich darf in Bezug auf die durch-

geführte Analyse auch nicht vergessen werden, dass die Parteien zumindest teilweise ihre Positionen auch in Abhängigkeit von den Positionsbezügen der anderen definieren. Schliesslich ist damit noch nichts über die elektoralen Erfolgchancen dieser politischen Positionen gesagt, respektive darüber, ob das vielfältige Angebot von den Wählenden überhaupt gewünscht und gebraucht wird.

8 Parteiinterne Positionierung und erwartete Panaschierstimmen

Nachdem wir gesehen haben, welche Unterschiede innerhalb der Parteien bestehen, interessiert im Folgenden, ob diese Unterschiede bezüglich der Positionsbezüge allenfalls auf „wahlstrategische“ Überlegungen zurückzuführen sind. Diese Frage ist nicht einfach zu klären, weil die wahren Absichten nicht immer deutlich offen gelegt werden. Zwar geht ein Abweichen von der Position der eigenen Partei in der Regel einher mit einer Annäherung an die Position einer anderen Partei. Ob dies aber geschieht, weil sich der Kandidat respektive die Kandidatin davon vor allem zusätzliche Wählerstimmen erhofft oder ob die Kandidierenden von sich aus einer anderen Partei etwas näher stehen und Panaschierstimmen quasi die logische Konsequenz daraus sind, kann empirisch kaum geprüft werden. In einer gesamtschweizerischen Betrachtung wird die Analyse dieses Sachverhalts insofern noch etwas erschwert, als die Differenzen auf der Ebene der kantonalen Parteipositionen gemessen werden müssen.

Aus der Nachbefragung der Kandidierenden wissen wir, von welchen Parteien die Kandidierenden Panaschierstimmen erwarten. Aus Tabelle 16 geht hervor, dass sich rund 80 Prozent der Kandidierenden der SVP Unterstützung (Panaschierstimmen) von den FDP-Wählenden erhofften. Deutlich geringer mit etwas mehr als 40 Prozent ist der Anteil der Kandidierenden, der sich Unterstützung von CVP-Wählenden erhofft hat und nur wenige (unter zehn Prozent) erhofften sich Unterstützung von der linken Seite des politischen Spektrums. Ein etwas anderes Muster zeigt sich bei den Kandidierenden der Mitte-Parteien. Deutlich mehr als die Hälfte der Kandidierenden der FDP erwarten Panaschierstimmen der Wählenden von SVP (64 Prozent) und CVP (74 Prozent). Die Kandidierenden der CVP sind in ihrer Orientierung noch etwas breiter: Rund 80 Prozent erwarten Unterstützung von Seiten der FDP und knapp 60 Prozent von Seiten der SP. Auffallend ist aber auch dass sie zu rund je 40 Prozent Unterstützung von Wählenden der SVP und der GPS erwarten. Bei den Linken (SP und GPS) sticht zuerst die ge-

gegenseitige Nähe ins Auge, wobei die Grünen noch etwas häufiger (zu 92 Prozent) Panaschierstimmen von SP-Wählerinnen und Wählern erwarten als umgekehrt. Als zweiter Stimmenlieferant figuriert jeweils die CVP. Von den Wählenden der FDP werden deutlich weniger und von den Wählenden der SVP kaum Stimmen erwartet.

Tabelle 16
Prozentanteil der Kandidierenden, die von den Wählenden der anderen Parteien
Panaschierstimmen erwarten

Stimmen von ...	SVP	FDP	CVP	SP	GPS	Anzahl Kandidaten
SVP		80.1	42.2	7.8	7.8	206
FDP	63.7		74.4	32.3	21.5	223
CVP	40.3	80.1		57.7	38.3	201
SP	8.3	34.8	53.4		83.7	264
GPS	8.9	28.5	44.1	91.9		270

Für den einzelnen Kandidierenden sind die erwarteten Panaschierstimmen zum einen abhängig von seinem eigenen politischen Profil und zum anderen von der Parteienkonstellation in seinem Herkunftskanton. In einem ersten Schritt untersuchen wir, ob je nach Parteiensystem unterschiedliche Panaschierstimmenerwartungen bestehen und in einem zweiten Schritt, ob die Kandidierenden, die von einer bestimmten Partei Panaschierstimmen erwarteten, politisch auch näher bei dieser Partei liegen.

Es gibt verschiedene Methoden, die kantonalen Parteiensysteme zusammenzufassen (vgl. dazu Ladner 2006). Mit Blick auf die Nationalratswahlen scheint uns hier als erstes die Unterscheidung zwischen der Deutsch- und der Westschweiz wichtig zu sein. In der Deutschschweiz gilt es zusätzlich zwischen den protestantischen und den konfessionell gemischten oder katholischen Kantonen zu unterscheiden und bei den nicht mehrheitlich protestantischen Kantonen werden zudem die Kleinkantone der Zentral- und Ostschweiz gesondert betrachtet. Dies

ergibt folgende Gruppen von Kantonen, wobei auf Grund der geringen Zahl an Kandidierenden für die kleinen katholischen Kantone keine speziellen Auswertungen gemacht werden können:

- Zürich, Bern, Glarus, Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Schaffhausen, Appenzell-Ausserrhoden, Graubünden, Aargau, Thurgau
- Luzern, Zug, Freiburg, Solothurn, St. Gallen, Tessin, Wallis
- Uri, Schwyz, Obwalden, Nidwalden, Appenzell-Innerrhoden
- Waadt, Neuenburg, Genf, Jura

Betrachtet man nun beispielsweise die grösseren katholischen Kantone, so zeigt sich, dass sich die SVP-Kandidierenden mit jeweils rund 80 Prozent deutlich häufiger Panaschierstimmen von Seiten der CVP- und den FDP-Wählenden erhoffen, während sich die Kandidierenden der CVP und FDP deutlich weniger häufig Panaschierstimmen der SVP-Wählenden erhoffen (vgl. Tabelle 17). Hier widerspiegelt sich ganz eindeutig, wie die SVP in diesen ehemals dominant-katholischen Kantonen auf Kosten von CVP und FDP Stimmengewinne erwartet hat, die dann bei den Wahlen auch eingetroffen sind. Erstaunlich in diesen Kantonen ist auch, in welchem Ausmass die Kandidierenden von FDP und CVP jeweils von der anderen Partei – dem ehemals grossen historischen Gegner – heute Panaschierstimmen erwarten. Begehrt sind die CVP-Wählenden zudem von Seiten der SP-Kandidierenden.

In den Westschweizer Kantonen zeigt sich demgegenüber, dass sich die Kandidierenden der SVP kaum Panaschierstimmen von Seiten der CVP-Wählenden, die dort auch deutlich geringer an der Zahl sind, erwarten. In diesen Kantonen zielen die SVP-Kandidierenden hauptsächlich auf die Wählenden der FDP. Auch hier erwarten die CVP-Kandidierenden Wählerstimmen von Seiten der FDP-Wählenden und umgekehrt.

In den nicht-katholischen, mehrheitlich protestantisch oder gemischt-konfessionellen Kantonen, in denen zu einem grösseren Teil die SVP

schon traditionell stark war, erhoffen sich ihre Kandidierenden vor allem Wählerstimmen von FDP-Wählenden und etwas stärker als in der Westschweiz auch von CVP-Wählenden. Besonders auffallend ist in diesen Kantonen, dass sich die FDP-Kandidierenden deutlich stärker als in den anderen beiden Kontexten auch die Unterstützung der SVP-Wählenden erhoffen. Auffallend ist schliesslich auch, dass hier die CVP-Kandidierenden am stärksten die Unterstützung von SP-Wählenden erhoffen.

Parteiinterne Positionierung und erwartete Panaschierstimmen

Tabelle 17
Prozentanteil der Kandidierenden, die von Wählenden der anderen Parteien Panaschierstimmen erhoffen, nach unterschiedlichen Typen von Parteilensystemen

Die Kandidierenden in den grösseren gemischten und katholischen Kantonen (SG, LU, ZG, FR, SO, SZ, TI, VS)						
Stimmen von ...	SVP	FDP	CVP	SP	GPS	Anzahl Kandidaten
SVP		82.2	77.8	4.4	4.4	45
FDP	48.7		82.1	26.9	16.7	78
CVP	52.6	85.9		52.6	28.2	78
SP	2.2	37.1	65.2		84.3	89
GPS	7.5	26.3	65.0	92.5		80

Die Kandidierenden in den Westschweizer Kantonen (VD, NE, GE, JU)						
Stimmen von ...	SVP	FDP	CVP	SP	GPS	Anzahl Kandidaten
SVP		88.0	16.0	4.0	8.0	25
FDP	45.8		70.8	29.2	37.5	24
CVP	8.0	88.0		60.0	60.0	25
SP	3.8	19.2	42.3		92.3	26
GPS	0.0	21.7	34.8	100.0		23

Die Kandidierenden in den grösseren gemischten und protestantischen Kantonen (ZH, BE, GL, BS, BL, SH, AR, GR, AG, TG)						
Stimmen von ...	SVP	FDP	CVP	SP	GPS	Anzahl Kandidaten
SVP		77.9	35.9	9.9	9.2	131
FDP	77.7		69.6	37.5	22.3	112
CVP	40.9	75.3		64.5	43.0	93
SP	13.7	36.7	48.2		83.5	139
GPS	11.0	31.3	33.7	90.2		163

Als nächstes interessiert nun, ob die erhofften Panaschierstimmen von den Wählenden einer anderen Partei auch einhergehen mit einer grösseren politischen Nähe zu dieser anderen Partei. Aus Tabelle 18 geht hervor, dass es tatsächlich gewisse Unterschiede gibt, die den formulierten Erwartungen entsprechen. So lässt sich etwa zeigen, dass die Kandidierenden der SVP, die sich von SP und GPS Panaschierstimmen

erhoffen, etwas mehr gegen links positioniert sind oder dass sich die Kandidierenden von FDP und CVP, die sich von der SVP zusätzliche Stimmen ausrechnen, gegen rechts vom Parteimittelwert abweichen, während diejenigen, die sich von SP und GPS Stimmen erhoffen, gegen links abweichen. Am grössten sind die Differenzen bei der CVP, während bei der Linken, bei SP und GPS, nur marginale Unterschiede bestehen. Interessanterweise sind die Differenzen auf der Liberal-konservativ-Dimension weniger ausgeprägt als auf der Links-rechts-Dimension, hätte doch erwartet werden können, dass der Spielraum der Kandidierenden auf dieser zentralen Dimension eher geringer ausfällt.

Tabelle 18
Positionierung der Kandidierenden, die sich von anderen Parteien Panaschierstimmen erhoffen, im Verhältnis zur durchschnittlichen Position ihrer Partei auf den ideologischen Dimensionen

Links-rechts (0=rechts, 100=links)					
Partei-zugehörigkeit	Erhoffte Panaschierstimmen von...				
	SVP	FDP	CVP	GPS	SP
SVP	26.1	24.9	25.9	30.5	31.1
FDP	37.4	39.5	41.3	45.6	44.4
CVP	49.8	54.6	55.5	59.7	58.4
GPS	85.0	84.3	85.8	86.2	86.9
SP	86.4	88.4	89.0	89.6	89.1

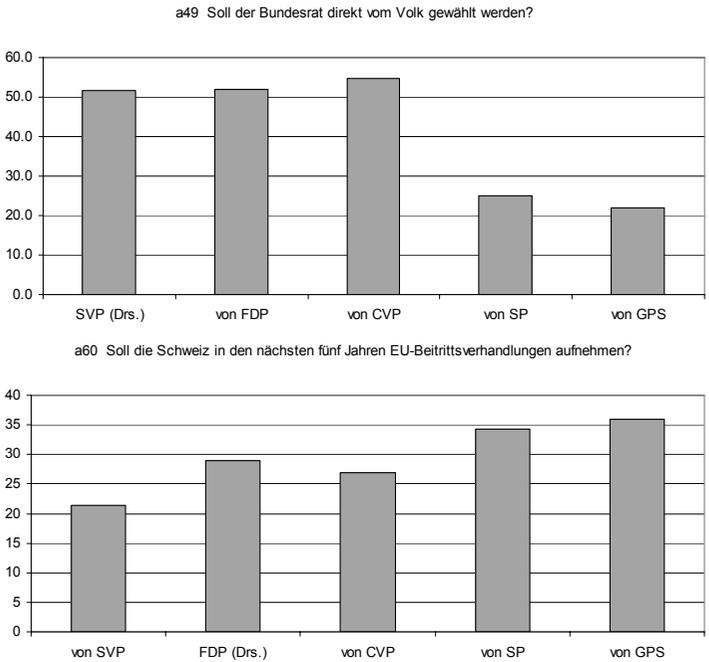
Liberal-konservativ (0=konservativ, 100=liberal)					
Partei-zugehörigkeit	Erhoffte Panaschierstimmen von...				
	SVP	FDP	CVP	GPS	SP
SVP	37.7	37.1	35.3	38.6	39.9
FDP	64.1	66.6	67.3	66.8	67.6
CVP	50.6	53.6	53.9	55.3	56.4
GPS	60.0	64.1	62.3	61.6	62.1
SP	62.9	63.9	63.7	63.5	63.5

Legende: *Kursiv* = Durchschnitt aller Kandidierenden der entsprechenden Partei

Die entsprechend den Panaschierhoffnungen unterschiedlichen Positionierungen der verschiedenen Gruppen von Kandidierenden einer Partei lassen sich auch anhand von einigen ausgewählten Beispielen aus dem smartvote-Fragebogen aufzeigen. Während sich die SVP-Kandidierenden, die sich von FDP und CVP Panaschierstimmen erhoffen, praktisch nicht vom SVP-Durchschnittswert unterscheiden, weichen diejenigen, die sich Stimmen aus dem links-grünen Lager ausrechnen, jeweils in die entsprechende Richtung vom Durchschnittswert – z.B. sind sie eher gegen eine Volkswahl des Bundesrates – ab. Bei der FDP sind die Kandidierenden, welche von links Unterstützung erhoffen, beispielsweise eher dafür, dass die Schweiz in den

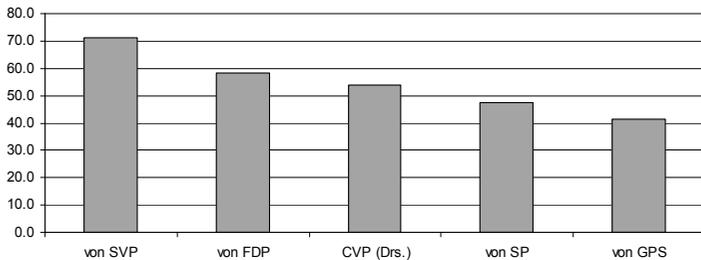
nächsten fünf Jahren Beitrittsverhandlungen mit der EU aufnimmt, als diejenigen, die sich von der SVP- oder der CVP-Wählenden Unterstützung erhoffen. Die CVP-Kandidierenden mit der Hoffnung auf Wählerstimmen von der linken Seite sind eher gegen, diejenigen mit Hoffnung auf Wählerstimmen von der rechten Seite eher für den Bau eines neuen AKW. Die SP-Kandidierenden schliesslich mit Panaschierhoffnungen aus dem bürgerlichen Lager sind eher gegen die Adoption von Kindern von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften.

Abbildung 10
Durchschnittliche Positionierung der Kandidierenden einer Partei (Drs.) und durchschnittliche Positionierung derjenigen, die sich von den Wählenden anderer Parteien Panaschierstimmen erhoffen

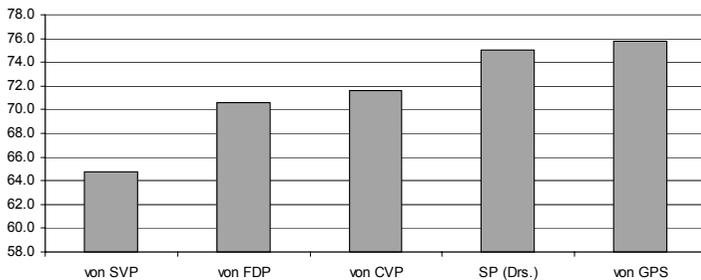


Forts. Abbildung 10

a43 Der Bundesrat will als Ersatz für die bisherigen Atomkraftwerke (AKWs) ein oder zwei neue AKWs bewilligen. Befürworten Sie dies?



a18 Sollen gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren dürfen?



Fazit

Allfällige wahlstrategische Überlegungen werden nicht zuletzt auch durch das Parteiensystem, in dem die Kandidierenden antreten, beeinflusst. Die Analyse der erhofften Panaschierstimmen zeigt, wie die SVP-Kandidierenden sich in den katholischen Kantonen sowohl auf FDP wie auch auf CVP konzentrieren, während sie sich in den gemischten und protestantischen Kantonen vor allem bei der FDP-Wählenden Stimmen erhoffen. Die CVP-Kandidierenden zielen vorab auf die

Wählenden der FDP, darüber hinaus sind sie aber auch an den Wählenden der SP und, mit Ausnahme der Westschweiz auch noch an den Wählenden der SVP interessiert, was einmal mehr auf die thematische Breite dieser Partei hinweist.

Je nachdem, von welchem politischen Lager die Kandidierenden zusätzliche Unterstützung in Form von Panaschierstimmen erhoffen, sind sie auch anders positioniert. Dies gilt für die Kandidierenden aus allen Parteien. Daraus kann allerdings nicht mit Sicherheit geschlossen werden, dass dahinter wahltaktische Überlegungen stecken. Durchaus möglich und vielleicht sogar wahrscheinlicher ist, dass die Kandidierenden von den entsprechenden anderen Parteien Wählerstimmen erwarten, weil sie eben in diesen Fragen von der Parteilinie ihrer Partei abweichen. Die Analysen zeigen aber, wie gut das politische Koordinatensystem von den Kandidierenden wahrgenommen und durch die smartvote-Daten abgebildet wird.

9 Zusammenfassende Schlussbemerkungen

Die Antworten der Kandidierenden auf die von smartvote gestellten Fragen stellen eine neuartige und viel versprechende Datenquelle für die Wahl-, Parlaments- und Parteienforschung dar. Durch die hohe Beantwortungsquote von rund 85 Prozent der Kandidierenden sind die Angaben in hohem Masse repräsentativ. Die Ergebnisse decken sich verschiedentlich mit Sachverhalten, die bereits aus anderen Studien bekannt sind, und mit Beobachtungen, die sich im Rahmen der politischen Auseinandersetzungen in der Schweiz machen lassen. Dies lässt auf eine hohe Plausibilität der Antworten schliessen. Es kann davon ausgegangen werden, dass eine grosse Mehrheit der Kandidierenden die Fragen nicht systematisch verzerrt beantwortet haben. Natürlich mag in einzelnen Fällen ein wahlstrategisches Antwortverhalten vorliegen, insgesamt entsprechen die Antwortmuster aber recht genau dem politischen Profil der verschiedenen politischen Parteien, das auf Grund der bisherigen politikwissenschaftlichen Studien erwartet werden durfte. Damit ist natürlich noch nichts darüber gesagt, ob die Gewählten sich im Nationalrat auch entsprechend der hier verkündeten Positionen engagieren werden.

Insgesamt zeigt sich, dass die Unterschiede zwischen der Gesamtheit der Kandidierenden und den Gewählten nicht allzu gross sind. Die Kandidierenden sind im Durchschnitt eher etwas ökologischer und stehen eher etwas weiter links, was damit zu tun hat, dass die linken Gruppierungen unter den Kandidierenden stärker vertreten sind als unter den Gewählten.

Von Interesse sind weiter die Unterschiede zwischen den Kandidierenden nach sozio-demographischen und kontextuellen Variablen. So zeigt sich etwa, dass Frauen eher links positioniert sind als Männer. Dies trifft nicht nur für die Gesamtheit der Kandidierenden, sondern auch – mit Ausnahme der SP – für die Kandidierenden der einzelnen Parteien zu. Generell gilt, dass die bekannten Gräben zwischen Deutsch- und Westschweiz, katholischen und reformierten Kantonen sowie zwischen

Stadt und Land in vielen Fällen auch parteiintern zu Differenzen führen.

Betrachtet man die Positionsbezüge der Parteien, so zeigen sich drei Hauptkonfliktmuster: Bürgerliche gegen Linke, SVP gegen die anderen vier Parteien sowie FDP und SVP gegen Mitte-links. Auch wenn der Alleingang in Abstimmungen sehr häufig zu Niederlagen führt, verfügt die SVP in dieser Konstellation die besten Möglichkeiten, sich parteipolitisch zu profilieren.

Die parteiinterne Geschlossenheit ist bei SP und GPS am grössten und bei CVP und FDP am geringsten. Die SVP ist insgesamt weniger geschlossen als häufig angenommen wird, doch fällt dies durch die Konzentration auf einige wenige Kernthemen (EU, Einbürgerungen, usw.), bei denen sie äusserst geschlossen auftritt, kaum auf. Grosse Geschlossenheit bei ihren Kernthemen weisen auch die Grünen und die SP auf. Problematisch gestaltet sich die Situation für die FDP, die gerade in Bereichen, in denen sie eine Profilierung anstrebt, erstaunlich heterogen auftritt. Die parteiinternen Unterschiede folgen auch hier den sprachregionalen und konfessionellen Unterschieden. In den katholischen Gebieten sind die Parteien eher konservativ, in der Westschweiz stehen sie etwas mehr links und in der Deutschschweiz haben sie eine leichte Tendenz in Richtung liberale Positionen. Auffallend im Fall der SVP ist beispielsweise, dass sich die Kandidierenden der SVP im Kanton Bern für SVP-Verhältnisse weder als besonders links noch als besonders liberal präsentieren.

Insgesamt befinden sich die Kandidierenden der verschiedenen Parteien, wenn man versucht, sie auf Grund ihrer Positionsbezüge in Gruppen einzuteilen, zur grossen Mehrheit am erwarteten Ort. Die entsprechenden Cluster-Analysen zeigen, dass mit den von smartvote verwendeten Fragen durchaus Platz für vier Parteien ist, respektive dass es vier für die einzelnen Parteien charakteristische Antwortmuster gibt. Damit ist allerdings noch nicht gesagt, dass auch die Wählenden den politischen Raum in dieser Differenziertheit wahrnehmen und wie gross und zukunftssträftig die einzelnen Lager sind.

Schliesslich lässt sich zeigen, dass den Kandidierenden durchaus bewusst ist, wie sie innerhalb ihrer Partei positioniert sind. Entsprechend

der Richtung, in der sie von der Durchschnittslinie ihrer Partei abweichen, erhoffen sie sich Panaschierstimmen von den Wählenden der anderen Parteien.

Die hier präsentierten ersten Auswertungen der smartvote-Antworten der Kandidierenden sollen das Feld für weitere Untersuchungen öffnen. Wir sind der Ansicht, dass noch verschiedene interessante Fragen aus unterschiedlichen Forschungsrichtungen der Politikwissenschaft auf der Basis dieser Daten beleuchtet werden können. Wir sind aber auch der Ansicht, dass eine vertiefte Auseinandersetzung mit diesen Daten und vor allem mit den einzelnen Fragen, die für den Wahlempfehlungsmechanismus von smartvote verwendet werden, für die Qualität und die Weiterentwicklung von smartvote von grosser Bedeutung sein wird. Zum einen handelt es sich um grundlegende Fragen zur Dimensionalität des politischen Raums. Zum anderen interessiert, mit welchen Fragen die politischen Unterschiede zwischen den Parteien und den Kandidierenden am besten erfasst werden können.

Literaturverzeichnis

- Balsiger, Mark und Hubert Roth (2007). Wahlkampf in der Schweiz. Ein Handbuch für Kandidierende. Bern: Verlag Border Crossing AG.
- Burger, Rudolf (1987). Disziplinierte Wähler und attraktive Kandidaten, Panaschierprofiteure und Parteaaffinitäten bei den Stadtratswahlen in Thun 1986 und den Grossratswahlen in Basel 1984. Schweizerisches Jahrbuch. für politische Wissenschaft 27. Bern: Haupt.
- Carey, John M. und Matthew Soberg Shugart (1995). "Incentives to Cultivate a Personal Vote: a Rank Ordering of Electoral Formulas", *Electoral Studies* 14 (4), S. 417-439.
- Cox, Gary W. (1997). *Making Votes Count. Strategic Coordination in the World's Electoral Systems*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gruner, E., M. Dätwyler und O. Zosso (1975). *Aufstellung und Auswahl der Kandidaten bei den Nationalratswahlen in der Schweiz am Beispiel der Wahlen von 1971*. Bern.
- Hermann, Michael und Heiri Leuthold (2003). *Atlas der politischen Landschaften. Ein weltanschauliches Porträt der Schweiz*. Zürich: vdf Hochschulverlag.
- Hermann, Michael und Bruno Jeitziner (2007). „Das Parlamentarier-Rating für die 47. Legislatur: Bilanz zeigt Stabilität trotz Sitzverschiebungen“, in: *Neue Zürcher Zeitung* vom 12. Oktober 2007.

- Hirter, Hans (1998). Parteien und Parlamentsfraktion in der Schweiz: Enge Zusammenarbeit trotz grosser Autonomie. in: Helms, Ludger (Hrsg.), Partei und Fraktion in Westeuropa. Opladen: Leske & Budrich.
- Hug, Simon (1994). "La cohésion des partis fédéraux dans la phase référendaire" in: Papadopoulos, Yannis (éd.). Elites politiques et peuple en Suisse. Analyse des votations fédérales: 1970-1987. Lausanne: réalités sociales. S. 85-112.
- Kirchheimer, Otto (1965) "Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems", Politische Vierteljahresschrift, 6. Jg., Heft 1, S. 20-41.
- Klöti, Ulrich (1998). "Kantonale Parteiensysteme. Bedeutung des kantonalen Kontexts für die Positionierung der Parteien", in: Hanspeter Kriesi, Wolf Linder und Ulrich Klöti (Hrsg.). Schweizer Wahlen 1995. Ergebnisse der Wahlstudie Selects. Bern: Haupt. 45-72.
- Ladner, Andreas (2004). "Typologien und Wandel: Die kantonalen Parteiensysteme im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts", in: Schweizerische Zeitschrift für Politische Wissenschaft 10(4): 1-30.
- Ladner, Andreas (2008). "Linksrutsch an der Basis", in: Matthias Baer und Werner Seitz (Hrsg.). Die Grünen in der Schweiz. Ihre Politik, ihre Geschichte, ihre Basis. Zürich: Rüegger Verlag, S. 39-54.

- Lanfranchi, Prisca; Ruth Lüthi (1999). „Cohesion of Party Groups and Interparty Conflict in the Swiss Parliament: Roll Call Voting in the National Council“, in: Shaun Bowler; David M. Farrell; Richard, S. Katz (eds.), *Party Discipline and Parliamentary Government*. Columbus: Ohio State University Press: 99-120.
- Lipset, S. M. and Stein Rokkan (1967). *Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction*. In: LIPSET, S. M. and Stein ROKKAN (eds.). *Party Systems and Voter Alignments*. New York: Free Press. 1-64.
- Lüthi, Ruth; Luzius Meyer; Hans Hirter (1991). „Fraktionsdisziplin und die Vertretung von Partikulärinteressen im Nationalrat“, in: *Parlamentsdienste (Hrsg.), Das Parlament - „Oberste Gewalt des Bundes“? Festschrift der Bundesversammlung zur 700-Jahr-Feier der Eidgenossenschaft*. Bern/Stuttgart: Verlag Paul Haupt: 53-71.
- Lupia, Arthur (2003). „Delegation and its Perils“, in: Kaare Strøm, Wolfgang C. Müller and Torjörn Bergman (eds.), *Delegation and Accountability in Parliamentary Democracies*. Oxford, Oxford University Press, 33-54.
- Lutz, Georg (2008). *Eidgenössische Wahlen 2007. Wahlteilnahme und Wahlentscheid*. Lausanne: FORS/Selects.
- Panebianco, Angelo (1988). *Political Parties: Organization and Power*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Poledna, Thomas und Christine Kaufmann (1989). *Parteiinterne Kandidatennomination - Ein demokratisches Defizit?* In: *Schweiz. Zentralblatt für Staats- und Gemeindeverwaltung* 1989. S. 281 ff.

Ranney, Austin (1951). Toward A More Responsible Two-Party System: A Commentary. *The American Political Science Review*, Vol. 45, No. 2 (Jun., 1951), pp. 488-499.

Schattschneider, Elmer Eric (1977), *Party Government* (Reprint der 1942 bei Rinehart, New York, erschienenen Originalausgabe), Westport, Connecticut (Greenwood Press)

Schwarz, Daniel und Wolf Linder (2006). Mehrheits- und Koalitionsbildung im schweizerischen Nationalrat 1996-2005. Studie im Auftrag der Parlamentsdienste der schweizerischen Bundesversammlung. Bern: Institut für Politikwissenschaft.

Schwarz, Daniel und Wolf Linder (2007). Fraktionsgeschlossenheit im schweizerischen Nationalrat 1996-2005. Studie im Auftrag der Parlamentsdienste der schweizerischen Bundesversammlung. Bern: Institut für Politikwissenschaft.

Seitz, Werner (2002) «Die Frauen bei den Nationalratswahlen 1999: Die Schritte in Richtung Gleichstellung werden kleiner. Mit einem Exkurs zu den Frauen bei den Ständeratswahlen 1998/1999 und bei den Wahlen in die kantonalen Regierungen und Parlamente (Stand: Ende 1999),» in Eidg. Kommission für Frauenfragen (Hg.), *Frauenfragen / Questions au féminin / Problemi al Femminile*, 2000, Nr. 1, S. 13–22.

Seitz, Werner (2004) «Die Frauen bei den eidgenössischen Wahlen 2003: Stolpersteine auf dem Weg zur politischen Gleichstellung. Mit einem Exkurs zu den Frauen bei den Wahlen in die kantonalen Parlamente und Regierungen 2000/2003», in Eidg. Kommission für Frauenfragen (Hg.), *Frauenfragen / Questions au féminin / Problemi al Femminile*, 2004, Nr. 1, S. 51–56.

- Strøm, Kaare, Wolfgang C. Müller, Torbjörn Bergman (2003). „Challenges to Parliamentary Democracy“, in: *ibid.* (eds.), *Delegation and Accountability in Parliamentary Democracies*. Oxford, Oxford University Press, 707-750.
- Wolinetz, Steven (2002), *Beyond the Catch-All Party : Approaches to the Study of Parties and Party Organization in Contemporary Democracies*, in: Richard Günther, Jose Ramon Montero, Juan Linz (eds.), *Political Parties. Old Concepts and New Challenges*, Oxford University Press, Oxford-New York, 2002, pp. 136-65.
- Wüst, Andreas M., Hermann Schmitt, Thomas Gschwend und Thomas Zittel: *Candidates in the 2005 Bundestag Election: Mode of Candidacy, Campaigning and Issues*, *German Politics* 15 (4), 2006, S. 420-438.
- Zittel Thomas und Thomas Gschwend: *Individualisierte Wahlkämpfe im Wahlkreis. Eine Analyse am Beispiel des Bundestagswahlkampfes 2005*, *Politische Vierteljahresschrift* 48 (2), 2007, S. 293-321.

Anhangsverzeichnis

Anhang 1	Die Antworten aller Kandidierenden und Gewählten zu den Sachfragen	106
Anhang 2	Die Antworten aller Kandidierenden und Gewählten auf die Budgetfragen	112
Anhang 3	Die Zuordnung der einzelnen Fragen auf die acht Issue-Dimensionen	112
Anhang 4	Die Zuordnung der einzelnen Fragen zu den beiden ideologischen Dimensionen	121
Anhang 5	Korrelationen zwischen den sozio-demographischen Variablen (Geschlecht, Alter) und den 63 Issues (1)	128
Anhang 6	Korrelationen zwischen den sozio-demographischen Variablen (Kirchenbesuch, Ausbildung) und den 63 Issues (2)	133
Anhang 7	Korrelationen zwischen den sozio-demographischen Variablen (Geschlecht) und den zehn Politikdimensionen (1)	139
Anhang 8	Korrelationen zwischen den sozio-demographischen Variablen (Alter) und den zehn Politikdimensionen (2)	140
Anhang 9	Korrelationen zwischen den sozio-demographischen Variablen (Kirchenbesuch) und den zehn Politikdimensionen (3)	141
Anhang 10	Korrelationen zwischen den sozio-demographischen Variablen (Bildung) und den zehn Politikdimensionen (4)	142
Anhang 11	Korrelationen zwischen den kontextuellen Variablen und 63 den Issues	143
Anhang 12	Korrelationen zwischen den kontextuellen Variablen (Sprache) und den zehn Politikdimensionen (1)	150
Anhang 13	Korrelationen zwischen den kontextuellen Variablen (Stadt-Land) und den zehn Politikdimensionen (2)	151

Anhang 14	Korrelationen zwischen den kontextuellen Variablen (Konfession) und den zehn Politikdimensionen (3)	152
Anhang 15	Konfliktmuster 1: Die Bürgerlichen gegen die Linke (durchschnittliche Zustimmung der Kandidierenden)	153
Anhang 16	Konfliktmuster 2: Die SVP gegen die Anderen (durchschnittliche Zustimmung der Kandidierenden)	154
Anhang 17	Konfliktmuster 3: Mitte-Links gegen die Rechte (durchschnittliche Zustimmung der Kandidierenden)	155
Anhang 18	Die übrigen Konfliktmuster (durchschnittliche Zustimmung der Kandidierenden)	157
Anhang 19	Die Antworten der SVP-Kandidierenden (Verteilung in Prozent)	158
Anhang 20	Die Antworten der FDP-Kandidierenden (Verteilung in Prozent)	162
Anhang 21	Die Antworten der CVP-Kandidierenden (Verteilung in Prozent)	167
Anhang 22	Die Antworten der SP-Kandidierenden (Verteilung in Prozent)	171
Anhang 23	Die Antworten der GPS-Kandidierenden (Verteilung in Prozent)	176
Anhang 24	Die Kantonalparteien der SVP auf den verschiedenen Konfliktdimensionen (1). Abweichung vom schweizerischen SVP-Mittelwert	181
Anhang 25	Die Kantonalparteien der SVP auf den verschiedenen Konfliktdimensionen (2). Abweichung vom schweizerischen SVP-Mittelwert	182
Anhang 26	Die Kantonalparteien der FDP auf den verschiedenen Konfliktdimensionen (1). Abweichung vom schweizerischen FDP-Mittelwert	183

Anhang 27	Die Kantonalparteien der FDP auf den verschiedenen Konfliktdimensionen (2). Abweichung vom schweizerischen FDP-Mittelwert	184
Anhang 28	Die Kantonalparteien der CVP auf den verschiedenen Konfliktdimensionen (1). Abweichung vom schweizerischen CVP-Mittelwert	185
Anhang 29	Die Kantonalparteien der CVP auf den verschiedenen Konfliktdimensionen (2). Abweichung vom schweizerischen CVP-Mittelwert	186
Anhang 30	Die Kantonalparteien der SP auf den verschiedenen Konfliktdimensionen (1). Abweichung vom schweizerischen SP-Mittelwert	187
Anhang 31	Die Kantonalparteien der SP auf den verschiedenen Konfliktdimensionen (2). Abweichung vom schweizerischen SP-Mittelwert	188
Anhang 32	Die Kantonalparteien der GPS auf den verschiedenen Konfliktdimensionen (1). Abweichung vom schweizerischen GPS-Mittelwert	189
Anhang 33	Die Kantonalparteien der GPS auf den verschiedenen Konfliktdimensionen (2). Abweichung vom schweizerischen GPS-Mittelwert	190

Anhang 1**Die Antworten aller Kandidierenden und Gewählten zu den Sachfragen**

Frage	Kandidierende		Gewählte		Differenz
	Zustimmung	σ	Zustimmung	σ	
<i>Soziales, Familie und Gesundheit</i>					
a1. Befürworten Sie eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen und Männer auf 67 Jahre?	30.8	38.3	22.7	33.5	8.1
a2. Sollen die Krankenkassenprämien für die Grundversicherung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (Einkommen und Vermögen) berechnet werden?	47.9	45.2	36.0	45.9	12.0
a3. Sind Sie dafür, dass Leistungen der Komplementärmedizin (Alternativmedizin) umfassend von der Grundversicherung vergütet werden?	54.9	42.3	55.1	43.4	0.2
a4. Befürworten Sie die Einschränkung der freien Arztwahl im Bereich der Grundversicherung als kostendämpfende Massnahme?	38.0	39.1	37.3	40.4	0.7
a5. Sollten die Versicherten ihre Pensionskasse (2. Säule; BVG) frei wählen können?	59.4	40.9	52.1	42.9	7.2
a6. Befürworten Sie die Subventionierung von Tagesstätten und Kinderkrippen durch den Bund?	66.8	41.0	56.7	45.9	10.2
a7. Soll die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes von 400 auf 300 Tage gekürzt werden?	31.3	39.8	39.3	43.5	8.0
<i>Bildung und Forschung</i>					
a8. Sollen Stipendien an Studierende durch zinslose (nach dem Studium rückzahlbare) Darlehen ersetzt werden?	43.6	42.0	48.3	42.6	4.7
a9. Würden Sie es begrüßen, wenn Schüler und Schülerinnen, die den Schulbetrieb wiederholt und in schwerwiegender Weise stören, in spezielle, staatliche Erziehungsheime eingewiesen werden könnten?	62.3	37.4	65.9	37.7	3.6
a10. Finden Sie es richtig, wenn der Staat private Schulen finanziell unter-	32.8	37.5	30.7	37.1	2.1

Frage	Kandidierende		Gewählte		Differenz
	Zustimmung	σ	Zustimmung	σ	
stützt?					
a11. In der Schweizer Landwirtschaft gilt bis 2010 ein Moratorium für gentechnisch veränderte Organismen. Soll dieses verlängert werden?	66.7	41.8	51.9	44.8	14.9
a12. Soll Englisch landesweit als erste Fremdsprache unterrichtet werden?	35.8	41.6	23.9	37.9	11.9
<i>Migration und Integration</i>					
a13. Soll gesamtschweizerisch das aktive Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf Gemeindeebene eingeführt werden?	48.6	45.6	44.9	47.0	3.7
a14. Heute können Asylsuchende, deren Gesuch abgewiesen worden ist, beim Bundesverwaltungsgericht dagegen Beschwerde einreichen. Finden Sie dies richtig?	68.2	41.6	66.7	43.6	1.4
a15. Sind Sie dafür, dass der Status von Sans-Papiers durch eine einmalige kollektive Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen legalisiert wird?	39.6	42.9	34.9	43.5	4.7
a16. Das Bundesgericht hat 2003 die Möglichkeiten der Gemeinden eingeschränkt, über Einbürgerungen an der Urne oder der Gemeindeversammlung zu entscheiden. Finden Sie dies richtig?	67.3	43.0	60.4	46.5	6.9
a17. Soll sich der Bund finanziell stärker für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern engagieren?	67.0	40.3	63.6	43.4	3.4
<i>Gesellschaft, Kultur und Ethik</i>					
a18. Sollen gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren dürfen?	37.4	42.4	31.0	40.8	6.4
a19. Eine Volksinitiative will den Bau von Minaretten verbieten. Befürworten Sie dies?	29.9	41.7	30.6	42.0	0.7
a20. Sollen der Besitz und Konsum von Cannabis legalisiert werden?	44.5	44.1	41.4	46.0	3.1
a21. In den Niederlanden ist die aktive Sterbehilfe straffrei. Würden Sie eine solche Regelung auch in der Schweiz befürworten?	52.1	41.2	43.2	39.9	8.9

Frage	Kandidierende		Gewählte		Differenz
	Zustimmung	σ	Zustimmung	σ	
	a22. Würden Sie ein Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden, Restaurants und Bars? wie es im Kanton Tessin besteht ? in der ganzen Schweiz befürworten?	69.9	39.5	59.9	
a23. Soll der Bund bei Unternehmen, die von öffentlichen Aufträgen profitieren, die Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau regelmässig überprüfen?	66.9	40.9	54.1	46.1	12.7
a24. Finden Sie es richtig, dass die Buchpreisbindung gesamtschweizerisch aufgehoben worden ist?	62.1	41.0	57.2	43.8	4.9
a25. Der Schwangerschaftsabbruch ist in der Schweiz in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft straflos möglich. Finden Sie dies richtig?	74.8	39.2	73.4	41.1	1.4
<i>Finanzen und Steuern</i>					
a26. Bei der Mehrwertsteuer gelten heute drei verschiedene Steuersätze und diverse Steuerbefreiungen. Sollen ein einheitlicher Mehrwertsteuersatz eingeführt und die Befreiungen abgeschafft werden?	48.3	41.7	37.4	40.6	10.8
a27. Soll die Steuerbelastung in allen Kantonen und Gemeinden annähernd gleich hoch sein?	50.9	43.5	36.8	44.3	14.1
a28. Das Bundesgericht hat degressive Steuertarife (abnehmender Steuersatz mit zunehmendem Einkommen) verboten. Finden Sie dies richtig?	70.9	40.6	63.0	44.6	7.9
a29. Würden Sie die Einführung einer Individualbesteuerung anstelle der heutigen Ehepaarbesteuerung befürworten?	70.4	39.0	71.9	40.1	1.6
a30. Würden Sie es befürworten, wenn PendlerInnen je einen Teil ihrer Einkommenssteuern am Wohn- und am Arbeitsort versteuern müssten (z.B. 70% beim Wohnort und 30% am Arbeitsort)?	40.0	40.9	38.4	41.5	1.6
a31. Haben für Sie Steuersenkungen bei den Bundessteuern in den nächs-	40.6	42.3	47.7	44.7	7.1

Frage	Kandidierende		Gewählte		Differenz
	Zustimmung	σ	Zustimmung	σ	
ten vier Jahren Priorität?					
a32. Soll die direkte Bundessteuer abgeschafft und im Gegenzug die Mehrwertsteuer erhöht werden?	21.2	34.0	21.9	35.2	0.8
<i>Wirtschaft und Arbeit</i>					
a33. Befürworten Sie die Einführung eines für alle Arbeitnehmenden gültigen Mindestlohnes von 3500 Franken (für eine 100%-Stelle)?	57.6	43.9	40.5	45.5	17.1
a34. Sind Sie für eine vollständige Liberalisierung der Geschäftsöffnungszeiten (Geschäfte können die Öffnungszeiten nach freiem Ermessen festlegen)?	41.2	43.5	45.7	43.7	4.5
a35. Sind Sie der Meinung, dass die Schweiz Parallelimporte von patentgeschützten Produkten zulassen sollte?	69.2	36.5	58.0	40.5	11.1
a36. Soll der Bund seine Aktienmehrheit an der Swisscom abgeben?	38.5	42.3	45.2	45.5	6.7
a37. Soll der Staat ein flächendeckendes Poststellennetz finanzieren?	63.0	39.2	59.4	41.0	3.7
a38. Sollen die Unternehmen verpflichtet werden, Fonds zur Schaffung von Lehrstellen einzurichten?	59.5	42.5	44.0	44.8	15.5
a39. Sollten bei öffentlichen Aufträgen Schweizer Anbieter und Produkte vorgezogen werden, auch wenn diese etwas teurer sind?	67.7	35.7	61.1	37.8	6.6
<i>Umwelt, Verkehr und Energie</i>					
a40. In einigen ausländischen Städten (z.B. London, Oslo oder Stockholm) muss für Autofahrten in die Innenstadt eine Gebühr bezahlt werden. Soll ein solches Road Pricing auch in Schweizer Städten eingeführt werden?	53.2	43.4	41.0	43.6	12.1
a41. Sollen bei öffentlichen und privaten Neubauten die Minergiestandards zwingend eingehalten werden müssen?	78.7	32.0	77.1	34.0	1.6
a42. Sollen die Schutzbestimmungen für Wölfe gelockert werden?	30.9	37.7	42.2	43.2	11.4

Frage	Kandidierende		Gewählte		Differenz
	Zustimmung	σ	Zustimmung	σ	
a43. Der Bundesrat will als Ersatz für die bisherigen Atomkraftwerke (AKWs) ein oder zwei neue AKWs bewilligen. Befürworten Sie dies?	41.3	44.1	53.1	46.4	11.7
a44. Unterstützen Sie die Volksinitiative zur Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts?	40.0	44.3	47.2	46.4	7.2
a45. Soll sich die Schweiz verpflichten, bis ins Jahr 2020 eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 30% (im Vergleich zum Stand von 1990) vorzunehmen?	76.7	35.7	62.4	42.7	14.3
a46. Soll die Gesamtfläche der Bauzonen in der Schweiz für die nächsten 20 Jahre auf dem heutigen Stand begrenzt werden?	55.0	41.4	40.6	44.5	14.4
a47. Soll bei Verstössen gegen das Tierschutzgesetz eine Tieranwältin oder ein Tieranwalt die Interessen der Tiere vertreten?	44.0	42.8	37.6	45.0	6.4
<i>Staatliche Institutionen</i>					
a48. Soll auf Bundesebene ein Finanzreferendum eingeführt werden?	48.4	41.2	43.3	44.3	5.1
a49. Soll der Bundesrat direkt vom Volk gewählt werden?	21.9	35.8	17.9	33.7	3.9
a50. Würden Sie die Einführung des aktiven Stimm- und Wahlrechtes für Jugendliche ab 16 Jahren befürworten?	44.0	44.1	39.8	44.8	4.2
<i>Justiz, Polizei und Armee</i>					
a51. Halten Sie eine Verschärfung des Jugendstrafrechts für eine geeignete Massnahme zur Eindämmung der Jugendkriminalität?	50.1	42.0	52.4	45.0	2.3
a52. Befürworten Sie die unterstützenden Einsätze der Armee zur Wahrung der inneren Sicherheit (WEF, EURO 2008, Bewachung von Botschaften und Konsulaten)?	56.5	41.8	58.3	43.1	1.8
a53. Sollen Schweizer Jugendliche frei zwischen einem Militärdienst und einem zivilen Ersatzdienst (Zivildienst) wählen können?	73.7	39.4	57.8	45.7	16.0

Frage	Kandidierende		Gewählte		Differenz
	Zustimmung	σ	Zustimmung	σ	
a54. Soll die Einhaltung der Strassenverkehrsvorschriften strenger kontrolliert werden?	59.4	39.7	52.5	42.3	6.9
a55. Soll die Dienstwaffe von Armeeingehörigen in Zukunft im Zeughaus aufbewahrt werden?	62.2	45.0	50.9	46.9	11.3
a56. Der Bundesrat möchte die Befugnisse der Sicherheitsbehörden zur präventiven Überwachung des Post-, Telefon- und E-Mailverkehrs ausweiten. Finden Sie dies richtig?	35.9	38.0	42.8	39.7	6.9
a57. Soll die Militärjustiz gegenüber Zivilpersonen abgeschafft und ihre Aufgaben auf die zivile Justiz übertragen werden?	70.9	38.8	65.4	43.4	5.6
a58. Sollen Sachbeschädigungen im öffentlichen Raum (Vandalismus, Sprayereien) härter bestraft werden?	77.4	34.4	81.1	33.2	3.7
<i>Aussenpolitik und Aussenwirtschaft</i>					
a59. Befürworten Sie, dass bewaffnete Schweizer Armeeingehörige unter UNO- oder OSZE-Mandat im Ausland eingesetzt werden können?	51.5	43.3	57.4	45.7	5.8
a60. Soll die Schweiz in den nächsten fünf Jahren EU-Beitrittsverhandlungen aufnehmen?	37.7	42.2	38.6	44.6	0.9
a61. Die Schweiz verfolgt in den letzten Jahren eine aktivere, öffentliche Aussenpolitik, die sich weniger an der strikten Neutralität orientiert. Begrüssen Sie dies?	63.7	40.7	59.8	43.9	4.0
a62. Seit 1. Januar 2007 sind Rumänien und Bulgarien Mitglieder der Europäischen Union (EU). Befürworten Sie, dass der freie Personenverkehr zwischen der Schweiz und der EU auf diese beiden Länder ausgedehnt wird?	66.9	39.9	69.1	40.6	2.2
a63. Würden Sie einer Aufhebung sämtlicher Importzölle und -beschränkungen für landwirtschaftliche Produkte aus Entwicklungsländern zustimmen?	55.0	40.3	52.1	41.3	2.9
N=	2'632		187		

Anhang 2**Die Antworten aller Kandidierenden und Gewählten auf die Budgetfragen**

Soll in diesem Budgetbereich mehr Geld ausgegeben werden?	Kandidierende		Gewählte		Differenz
	Zustimmung	σ	Zustimmung	σ	
Landesverteidigung (4448 Mio. CHF)	21.1	29.5	31.8	31.0	10.7
Entwicklungshilfe (1572 Mio. CHF)	64.2	37.9	63.4	38.6	0.8
Öffentlicher Verkehr (4608 Mio. CHF)	76.0	32.4	69.8	36.4	6.2
Privater Verkehr (Strassen) (2699 Mio. CHF)	34.3	34.3	42.5	38.1	8.2
Bildung & Grundlagenforschung (4036 Mio. CHF)	86.4	25.1	84.5	24.9	1.9
Kulturförderung (227 Mio. CHF)	53.7	37.6	52.9	37.8	0.8
Bundesbeiträge für die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) (5823 Mio. C)	60.6	27.9	63.9	25.3	3.3
Landwirtschaft (3794 Mio. CHF)	38.0	31.5	40.9	31.5	2.9
Umweltschutz (424 Mio. CHF)	79.3	31.3	69.5	33.3	9.8
N=	2'632		187		

Anhang 3**Die Zuordnung der einzelnen Fragen auf die acht Issue-Dimensionen**

Issue-Dimension	Inhaltliche Bestimmung	Zugeteilte Fragen
Aussenpolitische Öffnung	<ul style="list-style-type: none"> Haltung zur EU und den Bilateralen Verträgen zwischen der Schweiz und der EU. Haltung zu internationalen Organisationen und Abkommen. Haltung zum entwicklungspolitischen Engagement. Haltung zum Auslandengagement der Armee (inkl. internationale Kooperationen mit anderen Streitkräften). 	<ul style="list-style-type: none"> Die Schweiz verfolgt in den letzten Jahren eine aktivere, öffentlichere Aussenpolitik, die sich weniger an der strikten Neutralität orientiert. Begrüssen Sie dies? Befürworten Sie, dass bewaffnete Schweizer Armeeangehörige unter UNO- oder OSZE-Mandat im Ausland eingesetzt werden können? Soll die Schweiz in den nächsten fünf Jahren EU-Beitrittsverhandlungen aufnehmen?

Issue-Dimension	Inhaltliche Bestimmung	Zugeteilte Fragen
Aussenpolitische Öffnung (Fortsetzung)		<ul style="list-style-type: none"> • Seit 1. Januar 2007 sind Rumänien und Bulgarien Mitglieder der Europäischen Union (EU). Befürworten Sie, dass der freie Personenverkehr zwischen der Schweiz und der EU auf diese beiden Länder ausgedehnt wird? • Würden Sie einer Aufhebung sämtlicher Importzölle und -beschränkungen für landwirtschaftliche Produkte aus Entwicklungsländern zustimmen? • Sollten bei öffentlichen Aufträgen Schweizer Anbieter und Produkte vorgezogen werden, auch wenn diese etwas teurer sind? • Bundesbudget Entwicklungshilfe
Wirtschaftliche Liberalisierung	<ul style="list-style-type: none"> • Haltung zur Privatisierung staatlicher, halb- und parastaatlicher Unternehmungen. • Haltung zur rechtlichen Verselbstständigung staatlicher Institutionen im Bereich der Grundversorgung (Gesundheitswesen, Bildungseinrichtungen). • Haltung zum Abbau staatlicher Vorschriften, welche die Wirtschaftsfreiheit und den freien Wettbewerb beschränken. • Haltung zu staatlichen Eingriffen zur Förderung des Wettbewerbs (Kartellrecht). • Haltung zu staatlichen Subventionen einzelner Wirtschaftszweige. 	<ul style="list-style-type: none"> • Seit 1. Januar 2007 sind Rumänien und Bulgarien Mitglieder der Europäischen Union (EU). Befürworten Sie, dass der freie Personenverkehr zwischen der Schweiz und der EU auf diese beiden Länder ausgedehnt wird? • Würden Sie einer Aufhebung sämtlicher Importzölle und -beschränkungen für landwirtschaftliche Produkte aus Entwicklungsländern zustimmen? • Sollten bei öffentlichen Aufträgen Schweizer Anbieter und Produkte vorgezogen werden, auch wenn diese etwas teurer sind? • Sind Sie für eine vollständige Liberalisierung der Geschäftsöffnungszeiten (Geschäfte können die Öffnungszeiten nach freiem

Issue-Dimension	Inhaltliche Bestimmung	Zugeteilte Fragen
Wirtschaftliche Liberalisierung (Fortsetzung)		Ermessen festlegen)? <ul style="list-style-type: none"> • Soll der Staat ein flächendeckendes Poststellennetz finanzieren? • Soll der Bund seine Aktienmehrheit an der Swisscom abgeben? • Bei der Mehrwertsteuer gelten heute drei verschiedene Steuersätze und diverse Steuerbefreiungen. Sollen ein einheitlicher Mehrwertsteuersatz eingeführt und die Befreiungen abgeschafft werden? • Finden Sie es richtig, dass die Buchpreisbindung gesamtschweizerisch aufgehoben worden ist? • Sind Sie der Meinung, dass die Schweiz Parallelimporte von patentgeschützten Produkten zulassen sollte? • Sollten die Versicherten ihre Pensionskasse (2. Säule; BVG) frei wählen können? • Befürworten Sie die Einführung eines für alle Arbeitnehmenden gültigen Mindestlohnes von 3'500 Franken (für eine 100%-Stelle)? • Sollen die Unternehmen verpflichtet werden, Fonds zur Schaffung von Lehrstellen einzurichten? • Soll der Bund bei Unternehmen, die von öffentlichen Aufträgen profitieren, die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau regelmässig überprüfen? • Unterstützen Sie die Volksinitiative zur

Issue-Dimension	Inhaltliche Bestimmung	Zuteilte Fragen
Wirtschaftliche Liberalisierung (Fortsetzung)		<p>Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts?</p> <ul style="list-style-type: none"> • In der Schweizer Landwirtschaft gilt bis 2010 ein Moratorium für gentechnisch veränderte Organismen. Soll dieses verlängert werden? • Soll die Gesamtfläche der Bauzonen in der Schweiz während den nächsten 20 Jahren nicht vergrössert werden dürfen? • Bundesbudget Landwirtschaft
Restriktive Finanzpolitik ³⁰	<ul style="list-style-type: none"> • Haltung zu Sparpaketen und anderen Vorschlägen, die primär dem Ziel der Senkung von Staatsausgaben dienen. • Haltung zu Budgetplänen, welche klare Mehrausgaben des Staates vorsehen. • Haltung zu Vorlagen, die Steuersenkungen oder -erhöhungen vorschlagen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Haben für Sie Steuersenkungen bei den Bundessteuern in den nächsten vier Jahren Priorität? • Soll die direkte Bundessteuer abgeschafft und im Gegenzug die Mehrwertsteuer erhöht werden? • Soll auf Bundesebene ein Finanzreferendum eingeführt werden? • Soll die Steuerbelastung in allen Kantonen und Gemeinden annähernd gleich hoch sein? • Das Bundesgericht hat degressive Steuertarife (abnehmender Steuersatz mit zunehmendem Einkommen) verboten. Finden Sie dies richtig? • Bundesbeiträge für die Alters- und

30 In dieser Achse werden Fragen aufgenommen, die einen Bezug zum gesamten Staatshaushalt aufweisen und in ihrer Bedeutung erheblich sind. Punktuelle Massnahmen ohne grosse finanzielle Effekte werden in der Regel bei der Achse „restriktive Finanzpolitik“ nicht berücksichtigt.

Issue-Dimension	Inhaltliche Bestimmung	Zugeweilte Fragen
Restriktive Finanzpolitik (Fortsetzung)		Hinterlassenenversicherung (AHV) <ul style="list-style-type: none"> • Bundesbeiträge für die Invalidenversicherung (IV) • Bundesbudget Landesverteidigung • Bundesbudget Umweltschutz • Bundesbudget Öffentlicher Verkehr • Bundesbudget Privater Verkehr (Strassen) • Bundesbudget Landwirtschaft • Bundesbudget Entwicklungshilfe • Bundesbudget Kulturförderung • Bundesbudget Bildung & Grundlagenforschung
Law & Order	<ul style="list-style-type: none"> • Haltung zu staatlichen Massnahmen zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit. • Haltung zum Umfang und Ausstattung von staatlichen Sicherheitskräften (Polizei, Armee, Nachrichtendiensten) • Haltung zu Fragen des persönlichen Selbstverteidigungsrechts mit eigenen Waffen. • Haltung zu Werten von Disziplin und Ordnung im Alltag. • Haltung zur Abschreckungswirkung des Strafrechts. 	<ul style="list-style-type: none"> • Sollen Sachbeschädigungen im öffentlichen Raum (Vandalismus, Sprayereien) härter bestraft werden? • Soll die Einhaltung der Strassenverkehrsvorschriften strenger kontrolliert werden? • Soll die Dienstwaffe von Armeeangehörigen in Zukunft im Zeughaus aufbewahrt werden? • Befürworten Sie die unterstützenden Einsätze der Armee zur Wahrung der inneren Sicherheit (WEF, EURO 2008, Bewachung von Botschaften und Konsulaten)? • Halten Sie eine Verschärfung des Jugendstrafrechts für eine geeignete Massnahme zur Eindämmung der Jugendkriminalität? • Würden Sie es begrüessen, wenn Schüler und Schülerinnen, die den Schulbetrieb wiederholt und

Issue-Dimension	Inhaltliche Bestimmung	Zugeteilte Fragen
Law & Order (Fortsetzung)		<p>in schwerwiegender Weise stören, in spezielle, staatliche Erziehungsheime eingewiesen werden könnten?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sollen der Besitz und Konsum von Cannabis legalisiert werden? • Sollen Schweizer Jugendliche frei zwischen einem Militärdienst und einem zivilen Ersatzdienst (Zivildienst) wählen können? • Der Bundesrat möchte die Befugnisse der Sicherheitsbehörden zur präventiven Überwachung des Post-, Telefon- und E-Mailverkehrs ausweiten. Finden Sie dies richtig?
Restriktive Migrationspolitik	<ul style="list-style-type: none"> • Haltung zu staatlich (mit-)finanzierten Programmen zur Integration von AusländerInnen. • Haltung zu Massnahmen zur Beschränkung des Ausländeranteils in verschiedenen Lebensbereichen. • Haltung in Fragen der Einbürgerungspolitik. • Haltung in Fragen der Flüchtlings- und Asylpolitik. • Haltung zu politischen Rechten der AusländerInnen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Bundesbudget Landesverteidigung • Soll sich der Bund finanziell stärker für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern engagieren? • Soll gesamtschweizerisch das aktive Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf Gemeindeebene eingeführt werden? • Sind Sie dafür, dass der Status von Sans-Papiers durch eine einmalige kollektive Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen legalisiert wird? • Heute können Asylsuchende, deren Gesuch abgewiesen worden ist, beim Bundesverwaltungsgericht dagegen Beschwerde einreichen. Finden Sie dies richtig? • Das Bundesgericht hat 2003 die Möglichkeiten der

Issue-Dimension	Inhaltliche Bestimmung	Zugeteilte Fragen
Mehr Umwelt-schutz	<ul style="list-style-type: none"> • Haltung zu staatlich vorgeschriebenen bzw. geförderten Massnahmen zum Schutz der Umwelt. • Haltung zur Nutzung erneuerbarer Energiequellen sowie deren staatlicher Förderung. • Haltung zu einschränkenden Massnahmen im Bereich des privaten motorisierten Verkehrs sowie zum Ausbau und Förderung des öffentlichen Verkehrs. • Haltung zu Massnahmen im Bereich Gesundheitsschutz. • Haltung zu Massnahmen im Bereich Tierschutz (inkl. einheimische Wild- und Raubtiere). • Haltung zu Renaturierungs- und Naturschutzprojekten. 	<p>Gemeinden eingeschränkt, über Einbürgerungen an der Urne oder der Gemeindeversammlung zu entscheiden. Finden Sie dies richtig?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sollen bei öffentlichen und privaten Neubauten die Minergiestandards zwingend eingehalten werden müssen? • Soll bei Verstössen gegen das Tierschutzgesetz eine Tieranwältin oder ein Tieranwalt die Interessen der Tiere vertreten? • Soll sich die Schweiz verpflichten, bis ins Jahr 2020 eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 30% (im Vergleich zum Stand von 1990) vorzunehmen? • Sollen die Schutzbestimmungen für Wölfe gelockert werden? • In einigen ausländischen Städten (z.B. London, Oslo oder Stockholm) muss für Autofahrten in die Innenstadt eine Gebühr bezahlt werden. Soll ein solches Road Pricing auch in Schweizer Städten eingeführt werden? • Der Bundesrat will als Ersatz für die bisherigen Atomkraftwerke (AKWs) ein oder zwei neue AKWs bewilligen. Befürworten Sie dies? • Unterstützen Sie die Volksinitiative zur Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts? • In der Schweizer Landwirtschaft gilt bis 2010 ein Moratorium für gentechnisch veränderte Organismen. Soll dieses

Issue-Dimension	Inhaltliche Bestimmung	Zugeteilte Fragen
Mehr Umweltschutz (Fortsetzung)	<ul style="list-style-type: none"> • Haltung zum Umfang und Zugänglichkeit von staatlichen Sozialleistungen. • Haltung zum Umfang der staatlichen Sozialwerke. • Haltung zur Förderung privater Vorsorgeformen und sozialer Eigenverantwortung. 	<p>verlängert werden?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Soll die Gesamtfläche der Bauzonen in der Schweiz während den nächsten 20 Jahren nicht vergrössert werden dürfen? • Bundesbudget Umweltschutz • Bundesbudget Öffentlicher Verkehr • Bundesbudget Privater Verkehr (Strassen) • Sollen die Krankenkassenprämien für die Grundversicherung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (Einkommen und Vermögen) berechnet werden? • Soll die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes von 400 auf 300 Tage gekürzt werden? • Sollen Stipendien an Studierende durch zinslose (nach dem Studium rückzahlbare) Darlehen ersetzt werden? • Befürworten Sie eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen und Männer auf 67 Jahre? • Sind Sie dafür, dass Leistungen der Komplementärmedizin (Alternativmedizin) umfassend von der Grundversicherung vergütet werden? • Befürworten Sie die Einschränkung der freien Arztwahl im Bereich der Grundversicherung als kostendämpfende Massnahme? • Befürworten Sie die Subventionierung von

Issue-Dimension	Inhaltliche Bestimmung	Zugeweilte Fragen
<p>Ausgebauter Sozialstaat (Fortsetzung)</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Haltung zur freien Gestaltung der persönlichen Lebensform. • Haltung zum gesellschaftlichen Umgang mit unerwünschten oder tabuisierten Handlungen. • Haltung zu religiösen Fragen und zur Rolle von Religion, Schöpfungslehre und Kirche für Individuum und Staat. 	<p>Tagesstätten und Kinderkrippen durch den Bund?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Befürworten Sie die Einführung eines für alle Arbeitnehmenden gültigen Mindestlohnes von 3'500 Franken (für eine 100%-Stelle)? • Sollen die Unternehmen verpflichtet werden, Fonds zur Schaffung von Lehrstellen einzurichten? • Bundesbeiträge für die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) • Bundesbeiträge für die Invalidenversicherung (IV) • Befürworten Sie die Subventionierung von Tagesstätten und Kinderkrippen durch den Bund? • Eine Volksinitiative will den Bau von Minaretten verbieten. Befürworten Sie dies? • In den Niederlanden ist die aktive Sterbehilfe straffrei. Würden Sie eine solche Regelung auch in der Schweiz befürworten? • Würden Sie ein Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden, Restaurants und Bars – wie es im Kanton Tessin besteht – in der ganzen Schweiz befürworten? • Sollen gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren dürfen? • Würden Sie die Einführung einer Individualbesteuerung anstelle der heutigen Ehepaarbesteuerung

Issue-Dimension	Inhaltliche Bestimmung	Zuteilte Fragen
Gesellschaftliche Liberalisierung		<p>befürworten?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Schwangerschaftsabbruch ist in der Schweiz in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft straflos möglich. Finden Sie dies richtig? • Sollen der Besitz und Konsum von Cannabis legalisiert werden? • Sollen Schweizer Jugendliche frei zwischen einem Militärdienst und einem zivilen Ersatzdienst (Zivildienst) wählen können? • Der Bundesrat möchte die Befugnisse der Sicherheitsbehörden zur präventiven Überwachung des Post-, Telefon- und E-Mailverkehrs ausweiten. Finden Sie dies richtig? • Soll der Bund bei Unternehmen, die von öffentlichen Aufträgen profitieren, die Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau regelmässig überprüfen?

Anhang 4

Die Zuordnung der einzelnen Fragen zu den beiden ideologischen Dimensionen

Ideologische-Dimension	Inhaltliche Bestimmung	Zuteilte Fragen
links-rechts	<ul style="list-style-type: none"> • „Links“ steht für eine ausgeprägte sozialpolitische Umverteilung, für einen ausgebauten Sozialstaat, eine kritische Haltung gegenüber staatlichen Autoritäten wie z.B. Polizei, Armee und 	<ul style="list-style-type: none"> • Soll die Dienstwaffe von Armeeingehörigen in Zukunft im Zeughaus aufbewahrt werden? • Soll die Militärjustiz gegenüber Zivilpersonen abgeschafft und ihre Aufgaben auf die zivile Justiz übertragen werden? • Sollen Schweizer Jugendliche frei zwischen einem Militärdienst und

Ideologische-Dimension	Inhaltliche Bestimmung	Zugeteilte Fragen
links-rechts (Fortsetzung)	<p>Staatsschutz, und für pazifistische Positionen. Zudem werden umweltpolitische Fragen (Befürwortung staatlicher Eingriffe mit Umweltschutzzweck) als linke Position definiert.</p> <ul style="list-style-type: none"> • „Rechts“ steht für soziale Eigenverantwortung und private Vorsorge, für eine Betonung von Recht und Ordnung, für eine positive Haltung gegenüber militärischer Verteidigung, Polizei und Staatsschutz. Zudem werden ablehnende Positionen gegenüber staatlichen Eingriffen im Umweltschutzbereich als rechte Position definiert. 	<p>einem zivilen Ersatzdienst (Zivildienst) wählen können?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Soll die Einhaltung der Strassenverkehrsvorschriften strenger kontrolliert werden? • Sind Sie dafür, dass der Status von Sans-Papiers durch eine einmalige kollektive Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen legalisiert wird? • Befürworten Sie die Einführung eines für alle Arbeitnehmenden gültigen Mindestlohnes von 3'500 Franken (für eine 100%-Stelle)? • Soll der Staat ein flächendeckendes Poststellennetz finanzieren? • Sollen die Unternehmen verpflichtet werden, Fonds zur Schaffung von Lehrstellen einzurichten? • Soll der Bund bei Unternehmen, die von öffentlichen Aufträgen profitieren, die Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau regelmässig überprüfen? • Soll die Steuerbelastung in allen Kantonen und Gemeinden annähernd gleich hoch sein? • Das Bundesgericht hat degressive Steuertarife (abnehmender Steuersatz mit zunehmendem Einkommen) verboten. Finden Sie dies richtig? • Sollen die Krankenkassenprämien für die Grundversicherung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (Einkommen und Vermögen) berechnet werden? • Sollen bei öffentlichen und privaten Neubauten die Minergiestandards zwingend eingehalten werden müssen? • In einigen ausländischen Städten

Ideologische-Dimension	Inhaltliche Bestimmung	Zugeteilte Fragen
links-rechts (Fortsetzung)		<p>(z.B. London, Oslo oder Stockholm) muss für Autofahrten in die Innenstadt eine Gebühr bezahlt werden. Soll ein solches Road Pricing auch in Schweizer Städten eingeführt werden?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sind Sie dafür, dass Leistungen der Komplementärmedizin (Alternativmedizin) umfassend von der Grundversicherung vergütet werden? • Befürworten Sie die Subventionierung von Tagesstätten und Kinderkrippen durch den Bund? • Befürworten Sie eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen und Männer auf 67 Jahre? • Soll die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes von 400 auf 300 Tage gekürzt werden? • Sollen Stipendien an Studierende durch zinslose (nach dem Studium rückzahlbare) Darlehen ersetzt werden? • Würden Sie es begrüßen, wenn Schüler und Schülerinnen, die den Schulbetrieb wiederholt und in schwerwiegender Weise stören, in spezielle, staatliche Erziehungsheime eingewiesen werden könnten? • Finden Sie es richtig, wenn der Staat private Schulen finanziell unterstützt? • Unterstützen Sie die Volksinitiative zur Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts? • Halten Sie eine Verschärfung des Jugendstrafrechts für eine geeignete Massnahme zur Eindämmung der Jugendkriminalität? • Befürworten Sie die unterstützenden Einsätze der

Ideologische-Dimension	Inhaltliche Bestimmung	Zugeteilte Fragen
links-rechts (Fortsetzung)		<p>Armee zur Wahrung der inneren Sicherheit (WEF, EURO 2008, Bewachung von Botschaften und Konsulaten)?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Der Bundesrat will als Ersatz für die bisherigen Atomkraftwerke (AKWs) ein oder zwei neue AKWs bewilligen. Befürworten Sie dies? • Soll auf Bundesebene ein Finanzreferendum eingeführt werden? • Sollen Sachbeschädigungen im öffentlichen Raum (Vandalismus, Sprayereien) härter bestraft werden? • Haben für Sie Steuersenkungen bei den Bundessteuern in den nächsten vier Jahren Priorität? • Der Bundesrat möchte die Befugnisse der Sicherheitsbehörden zur präventiven Überwachung des Post-, Telefon- und E-Mailverkehrs ausweiten. Finden Sie dies richtig? • Soll die direkte Bundessteuer abgeschafft und im Gegenzug die Mehrwertsteuer erhöht werden? • Bundesbeiträge für die Invalidenversicherung (IV) • Bundesbeiträge für die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) • Umweltschutz • Öffentlicher Verkehr • Entwicklungshilfe • Kulturförderung • Privater Verkehr (Strassen) • Landesverteidigung
liberal-konservativ	<ul style="list-style-type: none"> • „Liberal“ steht für eine starke Wirtschaftsfreiheit, für eine geringe Rolle des 	<ul style="list-style-type: none"> • Würden Sie es begrüßen, wenn Schüler und Schülerinnen, die den Schulbetrieb wiederholt und in schwerwiegender Weise

Ideologische-Dimension	Inhaltliche Bestimmung	Zugeteilte Fragen
liberal-konservativ (Fortsetzung)	<p>Staates im Wirtschaftsleben, für eine Offenheit gegenüber einer intensiven Kooperation mit anderen Staaten und internationalen Organisationen, für eine aktive Integration von Ausländern und eine positive Haltung gegenüber Reformen herkömmlicher Staatsstrukturen.</p> <ul style="list-style-type: none"> • „Konservativ“ steht für eine staatliche Regulierung der Wirtschaft, für die Betonung der nationalen Souveränität und Wahrung der Unabhängigkeit, für eine restriktive Migrationspolitik und die Bewahrung herkömmlicher Strukturen und Traditionen. 	<p>stören, in spezielle, staatliche Erziehungsheime eingewiesen werden könnten?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Befürworten Sie die Einführung eines für alle Arbeitnehmenden gültigen Mindestlohnes von 3'500 Franken (für eine 100%-Stelle)? • Soll der Staat ein flächendeckendes Poststellennetz finanzieren? • Soll die Gesamtläche der Bauzonen in der Schweiz während den nächsten 20 Jahren nicht vergrössert werden dürfen? • Sollten bei öffentlichen Aufträgen Schweizer Anbieter und Produkte vorgezogen werden, auch wenn diese etwas teurer sind? • In der Schweizer Landwirtschaft gilt bis 2010 ein Moratorium für gentechnisch veränderte Organismen. Soll dieses verlängert werden? • Eine Volksinitiative will den Bau von Minaretten verbieten. Befürworten Sie dies? • Die Schweiz verfolgt in den letzten Jahren eine aktivere, öffentlichere Aussenpolitik, die sich weniger an der strikten Neutralität orientiert. Begrüssen Sie dies? • Würden Sie die Einführung einer Individualbesteuerung anstelle der heutigen Ehepaarbesteuerung befürworten? • Soll die Schweiz in den nächsten fünf Jahren EU-Beitrittsverhandlungen aufnehmen? • Seit 1. Januar 2007 sind Rumänien und Bulgarien Mitglieder der Europäischen Union (EU). Befürworten Sie, dass der freie Personenverkehr

Ideologische- Dimension	Inhaltliche Bestimmung	Zugeteilte Fragen
liberal- konservativ (Fortsetzung)		<p>zwischen der Schweiz und der EU auf diese beiden Länder ausgedehnt wird?</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sind Sie der Meinung, dass die Schweiz Parallelimporte von patentgeschützten Produkten zulassen sollte? • In den Niederlanden ist die aktive Sterbehilfe straffrei. Würden Sie eine solche Regelung auch in der Schweiz befürworten? • Der Schwangerschaftsabbruch ist in der Schweiz in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft straflos möglich. Finden Sie dies richtig? • Finden Sie es richtig, dass die Buchpreisbindung gesamtschweizerisch aufgehoben worden ist? • Unterstützen Sie die Volksinitiative zur Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts? • Bei der Mehrwertsteuer gelten heute drei verschiedene Steuersätze und diverse Steuerbefreiungen. Sollen ein einheitlicher Mehrwertsteuersatz eingeführt und die Befreiungen abgeschafft werden? • Befürworten Sie die Subventionierung von Tagesstätten und Kinderkrippen durch den Bund? • Sollen der Besitz und Konsum von Cannabis legalisiert werden? • Sollen gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren dürfen? • Soll der Bund seine Aktienmehrheit an der Swisscom abgeben? • Soll sich der Bund finanziell stärker für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern engagieren?

Ideologische- Dimension	Inhaltliche Bestimmung	Zugeteilte Fragen
liberal- konservativ (Fortsetzung)		<ul style="list-style-type: none"> • Würden Sie einer Aufhebung sämtlicher Importzölle und -beschränkungen für landwirtschaftliche Produkte aus Entwicklungsländern zustimmen? • Sind Sie für eine vollständige Liberalisierung der Geschäftsöffnungszeiten (Geschäfte können die Öffnungszeiten nach freiem Ermessen festlegen)? • Soll gesamtschweizerisch das aktive Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf Gemeindeebene eingeführt werden? • Heute können Asylsuchende, deren Gesuch abgewiesen worden ist, beim Bundesverwaltungsgericht dagegen Beschwerde einreichen. Finden Sie dies richtig? • Befürworten Sie, dass bewaffnete Schweizer Armeeangehörige unter UNO- oder OSZE-Mandat im Ausland eingesetzt werden können? • Soll Englisch landesweit als erste Fremdsprache unterrichtet werden? • Sollten die Versicherten ihre Pensionskasse (2. Säule; BVG) frei wählen können? • Das Bundesgericht hat 2003 die Möglichkeiten der Gemeinden eingeschränkt, über Einbürgerungen an der Urne oder der Gemeindeversammlung zu entscheiden. Finden Sie dies richtig? • Sollen Schweizer Jugendliche frei zwischen einem Militärdienst und einem zivilen Ersatzdienst (Zivildienst) wählen können? • Bundesbudget Landwirtschaft

Ideologische-Dimension	Inhaltliche Bestimmung	Zugeteilte Fragen
		<ul style="list-style-type: none"> • Bundesbudget Bildung & Grundlagenforschung • Bundesbudget Entwicklungshilfe

Anhang 5 Korrelationen zwischen den sozio-demographischen Variablen (Geschlecht, Alter) und den 63 Issues (1)

Frage		Geschlecht		Alter	
		Alle	Gew.	Alle	Gew.
a1. Befürworten Sie eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen und Männer auf 67 Jahre?	Korr.	0.128	0.167	-0.101	-0.028
	Sig.	0.000	0.020	0.000	0.699
	N	2653	195	2653	195
a2. Sollen die Krankenkassenprämien für die Grundversicherung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (Einkommen und Vermögen) berechnet werden?	Korr.	-0.141	-0.224	-0.062	-0.140
	Sig.	0.000	0.002	0.001	0.051
	N	2652	195	2652	195
a3. Sind Sie dafür, dass Leistungen der Komplementärmedizin (Alternativmedizin) umfassend von der Grundversicherung vergütet werden?	Korr.	-0.165	-0.211	0.014	-0.066
	Sig.	0.000	0.003	0.483	0.357
	N	2652	195	2652	195
a4. Befürworten Sie die Einschränkung der freien Arztwahl im Bereich der Grundversicherung als kostendämpfende Massnahme?	Korr.	0.085	0.126	-0.038	-0.026
	Sig.	0.000	0.078	0.051	0.717
	N	2652	195	2652	195
a5. Sollten die Versicherten ihre Pensionskasse (2. Säule; BVG) frei wählen können?	Korr.	0.088	0.192	-0.036	-0.096
	Sig.	0.000	0.007	0.066	0.183
	N	2650	195	2650	195
a6. Befürworten Sie die Subventionierung von Tagesstätten und Kinderkrippen durch den Bund?	Korr.	-0.215	-0.330	-0.103	-0.117
	Sig.	0.000	0.000	0.000	0.102
	N	2650	195	2650	195
a7. Soll die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes von 400 auf 300 Tage gekürzt werden?	Korr.	0.184	0.281	-0.069	-0.043
	Sig.	0.000	0.000	0.000	0.549
	N	2650	195	2650	195
a8. Sollen Stipendien an Studierende durch zinslose (nach dem Studium rückzahlbare) Darlehen ersetzt werden?	Korr.	0.158	0.216	0.066	0.050
	Sig.	0.000	0.002	0.001	0.486
	N	2650	195	2650	195
a9. Würden Sie es begrüßen, wenn Schüler und Schülerinnen, die den Schulbetrieb wiederholt und in schwerwiegender Weise stören, in spezielle,	Korr.	0.169	0.176	0.086	0.085
	Sig.	0.000	0.014	0.000	0.237
	N	2649	195	2649	195

Frage	Geschlecht		Alter		
	Alle	Gew.	Alle	Gew.	
staatliche Erziehungsheime eingewiesen werden könnten?					
a10. Finden Sie es richtig, wenn der Staat private Schulen finanziell unterstützt?	Korr.	0.041	0.163	0.111	0.171
	Sig.	0.033	0.023	0.000	0.017
	N	2650	195	2650	195
a11. In der Schweizer Landwirtschaft gilt bis 2010 ein Moratorium für gentechnisch veränderte Organismen. Soll dieses verlängert werden?	Korr.	-0.133	-0.156	0.005	-0.091
	Sig.	0.000	0.030	0.807	0.208
	N	2649	195	2649	195
a12. Soll Englisch landesweit als erste Fremdsprache unterrichtet werden?	Korr.	0.011	0.059	-0.083	-0.102
	Sig.	0.586	0.414	0.000	0.154
	N	2650	195	2650	195
a13. Soll gesamtschweizerisch das aktive Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf Gemeindeebene eingeführt werden?	Korr.	-0.197	-0.241	-0.050	-0.170
	Sig.	0.000	0.001	0.009	0.017
	N	2647	195	2647	195
a14. Heute können Asylsuchende, deren Gesuch abgewiesen worden ist, beim Bundesverwaltungsgericht dagegen Beschwerde einreichen. Finden Sie dies richtig?	Korr.	-0.190	-0.275	-0.068	-0.137
	Sig.	0.000	0.000	0.000	0.055
	N	2646	195	2646	195
a15. Sind Sie dafür, dass der Status von Sans-Papiers durch eine einmalige kollektive Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen legalisiert wird?	Korr.	-0.201	-0.251	-0.054	-0.080
	Sig.	0.000	0.000	0.005	0.264
	N	2646	195	2646	195
a16. Das Bundesgericht hat 2003 die Möglichkeiten der Gemeinden eingeschränkt, über Einbürgerungen an der Urne oder der Gemeindeversammlung zu entscheiden. Finden Sie dies richtig?	Korr.	-0.193	-0.313	-0.063	-0.164
	Sig.	0.000	0.000	0.001	0.022
	N	2646	195	2646	195
a17. Soll sich der Bund finanziell stärker für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern engagieren?	Korr.	-0.169	-0.279	-0.004	-0.085
	Sig.	0.000	0.000	0.826	0.240
	N	2647	195	2647	195
a18. Sollen gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren dürfen?	Korr.	-0.227	-0.273	-0.188	-0.198
	Sig.	0.000	0.000	0.000	0.005
	N	2646	195	2646	195
a19. Eine Volksinitiative will den Bau von Minaretten verbieten. Befürworten Sie dies?	Korr.	0.123	0.303	0.022	0.095
	Sig.	0.000	0.000	0.267	0.185
	N	2646	195	2646	195
a20. Sollen der Besitz und Konsum von Cannabis legalisiert werden?	Korr.	-0.149	-0.346	-0.131	-0.193
	Sig.	0.000	0.000	0.000	0.007
	N	2647	195	2647	195
a21. In den Niederlanden ist die aktive Sterbehilfe straffrei. Würden Sie eine solche Regelung auch in der Schweiz befürworten?	Korr.	-0.064	-0.055	-0.147	-0.282
	Sig.	0.001	0.445	0.000	0.000
	N	2647	195	2647	195
a22. Würden Sie ein Rauchverbot in	Korr.	-0.120	-0.255	0.001	-0.132

Frage		Geschlecht		Alter	
		Alle	Gew.	Alle	Gew.
öffentlichen Gebäuden, Restaurants und Bars ? wie es im Kanton Tessin besteht ? in der ganzen Schweiz befürworten?	Sig.	0.000	0.000	0.958	0.066
	N	2647	195	2647	195
a23. Soll der Bund bei Unternehmen, die von öffentlichen Aufträgen profitieren, die Lohnleichheit zwischen Mann und Frau regelmässig überprüfen?	Korr.	-0.293	-0.396	-0.075	-0.168
	Sig.	0.000	0.000	0.000	0.019
a24. Finden Sie es richtig, dass die Buchpreisbindung gesamtschweizerisch aufgehoben worden ist?	N	2647	195	2647	195
	Korr.	0.164	0.211	0.010	0.000
a25. Der Schwangerschaftsabbruch ist in der Schweiz in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft straflos möglich. Finden Sie dies richtig?	Sig.	0.000	0.003	0.603	0.999
	N	2647	195	2647	195
a26. Bei der Mehrwertsteuer gelten heute drei verschiedene Steuersätze und diverse Steuerbefreiungen. Sollen ein einheitlicher Mehrwertsteuersatz eingeführt und die Befreiungen abgeschafft werden?	Korr.	-0.132	-0.233	-0.010	-0.117
	Sig.	0.000	0.001	0.596	0.103
a27. Soll die Steuerbelastung in allen Kantonen und Gemeinden annähernd gleich hoch sein?	N	2647	195	2647	195
	Korr.	0.113	0.053	0.075	0.071
a28. Das Bundesgericht hat degressive Steuertarife (abnehmender Steuersatz mit zunehmendem Einkommen) verboten. Finden Sie dies richtig?	Sig.	0.000	0.458	0.000	0.324
	N	2646	195	2646	195
a29. Würden Sie die Einführung einer Individualbesteuerung anstelle der heutigen Ehepaarbesteuerung befürworten?	Korr.	-0.188	-0.206	-0.020	-0.142
	Sig.	0.000	0.004	0.294	0.047
a30. Würden Sie es befürworten, wenn PendlerInnen je einen Teil ihrer Einkommenssteuern am Wohn- und am Arbeitsort versteuern müssten (z.B. 70% beim Wohnort und 30% am Arbeitsort)?	N	2646	195	2646	195
	Korr.	-0.128	-0.244	0.004	-0.046
a31. Haben für Sie Steuersenkungen bei den Bundessteuern in den nächsten vier Jahren Priorität?	Sig.	0.000	0.001	0.839	0.525
	N	2646	195	2646	195
a32. Soll die direkte Bundessteuer abgeschafft und im Gegenzug die Mehrwertsteuer erhöht werden?	Korr.	-0.119	-0.225	0.053	-0.160
	Sig.	0.000	0.002	0.006	0.026
a33. Befürworten Sie die Einführung eines für alle Arbeitnehmenden gültigen Mindestlohnes von 3500 Franken (für eine 100%-Stelle)?	N	2646	195	2646	195
	Korr.	-0.073	-0.080	0.038	-0.092
a34. Sind Sie für eine vollständige Liberalisierung der Geschäftsöffnungs-	Sig.	0.000	0.264	0.049	0.199
	N	2646	195	2646	195
a31. Haben für Sie Steuersenkungen bei den Bundessteuern in den nächsten vier Jahren Priorität?	Korr.	0.168	0.234	0.050	0.112
	Sig.	0.000	0.001	0.011	0.118
a32. Soll die direkte Bundessteuer abgeschafft und im Gegenzug die Mehrwertsteuer erhöht werden?	N	2646	195	2646	195
	Korr.	0.088	0.144	0.158	0.151
a33. Befürworten Sie die Einführung eines für alle Arbeitnehmenden gültigen Mindestlohnes von 3500 Franken (für eine 100%-Stelle)?	Sig.	0.000	0.045	0.000	0.035
	N	2645	195	2645	195
a34. Sind Sie für eine vollständige Liberalisierung der Geschäftsöffnungs-	Korr.	-0.216	-0.249	-0.050	-0.107
	Sig.	0.000	0.000	0.010	0.137
a34. Sind Sie für eine vollständige Liberalisierung der Geschäftsöffnungs-	N	2646	195	2646	195
	Korr.	0.124	0.202	-0.024	0.006
	Sig.	0.000	0.005	0.217	0.929

Frage		Geschlecht		Alter	
		Alle	Gew.	Alle	Gew.
zeiten (Geschäfte können die Öffnungszeiten nach freiem Ermessen festlegen)?	N	2646	195	2646	195
a35. Sind Sie der Meinung, dass die Schweiz Parallelimporte von patentgeschützten Produkten zulassen sollte?	Korr.	-0.002	-0.161	-0.038	-0.155
	Sig.	0.921	0.025	0.049	0.031
	N	2645	195	2645	195
a36. Soll der Bund seine Aktienmehrheit an der Swisscom abgeben?	Korr.	0.110	0.226	-0.063	-0.033
	Sig.	0.000	0.001	0.001	0.651
	N	2646	195	2646	195
a37. Soll der Staat ein flächendeckendes Poststellennetz finanzieren?	Korr.	-0.084	-0.070	0.043	-0.048
	Sig.	0.000	0.329	0.029	0.506
	N	2646	195	2646	195
a38. Sollen die Unternehmen verpflichtet werden, Fonds zur Schaffung von Lehrstellen einzurichten?	Korr.	-0.201	-0.204	-0.078	-0.109
	Sig.	0.000	0.004	0.000	0.130
	N	2646	195	2646	195
a39. Sollten bei öffentlichen Aufträgen Schweizer Anbieter und Produkte vorgezogen werden, auch wenn diese etwas teurer sind?	Korr.	-0.038	0.062	0.019	0.024
	Sig.	0.051	0.386	0.319	0.740
	N	2646	195	2646	195
a40. In einigen ausländischen Städten (z.B. London, Oslo oder Stockholm) muss für Autofahrten in die Innenstadt eine Gebühr bezahlt werden. Soll ein solches Road Pricing auch in Schweizer Städten eingeführt werden?	Korr.	-0.182	-0.270	-0.087	-0.157
	Sig.	0.000	0.000	0.000	0.028
	N	2647	195	2647	195
a41. Sollen bei öffentlichen und privaten Neubauten die Minergiestandards zwingend eingehalten werden müssen?	Korr.	-0.127	-0.282	0.025	0.005
	Sig.	0.000	0.000	0.205	0.942
	N	2645	195	2645	195
a42. Sollen die Schutzbestimmungen für Wölfe gelockert werden?	Korr.	0.136	0.225	0.106	0.047
	Sig.	0.000	0.002	0.000	0.512
	N	2646	195	2646	195
a43. Der Bundesrat will als Ersatz für die bisherigen Atomkraftwerke (AKWs) ein oder zwei neue AKWs bewilligen. Befürworten Sie dies?	Korr.	0.216	0.220	0.032	0.182
	Sig.	0.000	0.002	0.097	0.011
	N	2647	195	2647	195
a44. Unterstützen Sie die Volksinitiative zur Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts?	Korr.	0.193	0.331	-0.010	0.111
	Sig.	0.000	0.000	0.613	0.121
	N	2647	195	2647	195
a45. Soll sich die Schweiz verpflichten, bis ins Jahr 2020 eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 30% (im Vergleich zum Stand von 1990) vorzunehmen?	Korr.	-0.158	-0.189	-0.050	-0.113
	Sig.	0.000	0.008	0.010	0.114
	N	2645	195	2645	195
a46. Soll die Gesamtfläche der Bauzonen in der Schweiz für die nächsten 20 Jahre auf dem heutigen Stand begrenzt werden?	Korr.	-0.187	-0.214	0.016	-0.162
	Sig.	0.000	0.003	0.423	0.023
	N	2645	195	2645	195

Frage		Geschlecht		Alter	
		Alle	Gew.	Alle	Gew.
a47. Soll bei Verstössen gegen das Tierschutzgesetz eine Tieranwältin oder ein Tieranwalt die Interessen der Tiere vertreten?	Korr.	-0.161	-0.265	-0.050	-0.048
	Sig.	0.000	0.000	0.010	0.507
	N	2647	195	2647	195
a48. Soll auf Bundesebene ein Finanzreferendum eingeführt werden?	Korr.	0.099	0.211	-0.066	-0.001
	Sig.	0.000	0.003	0.001	0.991
	N	2646	195	2646	195
a49. Soll der Bundesrat direkt vom Volk gewählt werden?	Korr.	0.055	0.111	-0.036	-0.110
	Sig.	0.005	0.123	0.066	0.126
	N	2647	195	2647	195
a50. Würden Sie die Einführung des aktiven Stimm- und Wahlrechtes für Jugendliche ab 16 Jahren befürworten?	Korr.	-0.154	-0.265	-0.149	-0.191
	Sig.	0.000	0.000	0.000	0.007
	N	2648	195	2648	195
a51. Halten Sie eine Verschärfung des Jugendstrafrechts für eine geeignete Massnahme zur Eindämmung der Jugendkriminalität?	Korr.	0.218	0.327	0.027	0.109
	Sig.	0.000	0.000	0.164	0.131
	N	2646	195	2646	195
a52. Befürworten Sie die unterstützenden Einsätze der Armee zur Wahrung der inneren Sicherheit (WEF, EURO 2008, Bewachung von Botschaften und Konsulaten)?	Korr.	0.082	0.125	0.074	0.109
	Sig.	0.000	0.081	0.000	0.128
	N	2645	195	2645	195
a53. Sollen Schweizer Jugendliche frei zwischen einem Militärdienst und einem zivilen Ersatzdienst (Zivildienst) wählen können?	Korr.	-0.192	-0.267	-0.102	-0.139
	Sig.	0.000	0.000	0.000	0.052
	N	2645	195	2645	195
a54. Soll die Einhaltung der Strassenverkehrsvorschriften strenger kontrolliert werden?	Korr.	-0.155	-0.270	0.024	-0.019
	Sig.	0.000	0.000	0.212	0.794
	N	2644	195	2644	195
a55. Soll die Dienstwaffe von Armeeangehörigen in Zukunft im Zeughaus aufbewahrt werden?	Korr.	-0.268	-0.332	-0.106	-0.165
	Sig.	0.000	0.000	0.000	0.021
	N	2645	195	2645	195
a56. Der Bundesrat möchte die Befugnisse der Sicherheitsbehörden zur präventiven Überwachung des Post-, Telefon- und E-Mailverkehrs ausweiten. Finden Sie dies richtig?	Korr.	0.102	0.178	0.144	0.150
	Sig.	0.000	0.013	0.000	0.036
	N	2645	195	2645	195
a57. Soll die Militärjustiz gegenüber Zivilpersonen abgeschafft und ihre Aufgaben auf die zivile Justiz übertragen werden?	Korr.	-0.124	-0.186	0.003	-0.119
	Sig.	0.000	0.009	0.890	0.097
	N	2645	195	2645	195
a58. Sollen Sachbeschädigungen im öffentlichen Raum (Vandalismus, Sprayereien) härter bestraft werden?	Korr.	0.140	0.111	0.126	0.055
	Sig.	0.000	0.124	0.000	0.443
	N	2646	195	2646	195
a59. Befürworten Sie, dass bewaffnete Schweizer Armeeangehörige unter UNO- oder OSZE-Mandat im Ausland	Korr.	-0.018	-0.180	0.029	-0.132
	Sig.	0.354	0.012	0.140	0.066
	N	2646	195	2646	195

Frage		Geschlecht		Alter	
		Alle	Gew.	Alle	Gew.
eingesetzt werden können?					
a60. Soll die Schweiz in den nächsten fünf Jahren EU-Beitrittsverhandlungen aufnehmen?	Korr.	-0.197	-0.285	0.005	-0.133
	Sig.	0.000	0.000	0.805	0.063
	N	2646	195	2646	195
a61. Die Schweiz verfolgt in den letzten Jahren eine aktivere, öffentlichere Aussenpolitik, die sich weniger an der strikten Neutralität orientiert. Begrüssen Sie dies?	Korr.	-0.183	-0.350	-0.050	-0.172
	Sig.	0.000	0.000	0.010	0.016
	N	2646	195	2646	195
a62. Seit 1. Januar 2007 sind Rumänien und Bulgarien Mitglieder der Europäischen Union (EU). Befürworten Sie, dass der freie Personenverkehr zwischen der Schweiz und der EU auf diese beiden Länder ausgedehnt wird?	Korr.	-0.143	-0.289	-0.071	-0.105
	Sig.	0.000	0.000	0.000	0.143
	N	2645	195	2645	195
a63. Würden Sie einer Aufhebung sämtlicher Importzölle und -beschränkungen für landwirtschaftliche Produkte aus Entwicklungsländern zustimmen?	Korr.	-0.083	-0.132	-0.037	-0.070
	Sig.	0.000	0.066	0.054	0.331
	N	2645	195	2645	195

Anhang 6 Korrelationen zwischen den sozio-demographischen Variablen (Kirchenbesuch, Ausbildung) und den 63 Issues (2)

Frage		Kirchenbesuch		Ausbildung	
		(nie)		(höher)	
		Alle	Gew.	Alle	Gew.
a1. Befürworten Sie eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen und Männer auf 67 Jahre?	Korr.	-0.113	-0.070	0.082	-0.055
	Sig.	0.000	0.462	0.001	0.540
	N	1448	114	1551	127
a2. Sollen die Krankenkassenprämien für die Grundversicherung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (Einkommen und Vermögen) berechnet werden?	Korr.	0.193	0.448	-0.056	0.151
	Sig.	0.000	0.000	0.029	0.090
	N	1448	114	1551	127
a3. Sind Sie dafür, dass Leistungen der Komplementärmedizin (Alternativmedizin) umfassend von der Grundversicherung vergütet werden?	Korr.	0.300	0.281	-0.021	0.105
	Sig.	0.000	0.002	0.419	0.241
	N	1448	114	1551	127
a4. Befürworten Sie die Einschränkung der freien Arztwahl im Bereich der Grundversicherung als kostendämpfend?	Korr.	-0.061	-0.187	0.044	-0.081
	Sig.	0.020	0.046	0.081	0.363
	N	1448	114	1551	127

Frage		Kirchenbesuch		Ausbildung	
		(nie)		(höher)	
		Alle	Gew.	Alle	Gew.
de Massnahme?					
a5. Sollten die Versicherten ihre Pensionskasse (2. Säule; BVG) frei wählen können?	Korr.	0.075	-0.086	-0.008	0.019
	Sig.	0.004	0.364	0.752	0.832
	N	1448	114	1551	127
a6. Befürworten Sie die Subventionierung von Tagesstätten und Kinderkrippen durch den Bund?	Korr.	0.109	0.258	0.083	0.160
	Sig.	0.000	0.006	0.001	0.072
	N	1448	114	1551	127
a7. Soll die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes von 400 auf 300 Tage gekürzt werden?	Korr.	-0.070	-0.145	-0.060	-0.208
	Sig.	0.008	0.124	0.019	0.019
	N	1448	114	1551	127
a8. Sollen Stipendien an Studierende durch zinslose (nach dem Studium rückzahlbare) Darlehen ersetzt werden?	Korr.	-0.041	-0.208	-0.080	-0.219
	Sig.	0.123	0.026	0.002	0.013
	N	1448	114	1551	127
a9. Würden Sie es begrüßen, wenn Schüler und Schülerinnen, die den Schulbetrieb wiederholt und in schwerwiegender Weise stören, in spezielle, staatliche Erziehungsheime eingewiesen werden könnten?	Korr.	-0.168	-0.211	-0.053	-0.084
	Sig.	0.000	0.024	0.036	0.346
	N	1448	114	1551	127
a10. Finden Sie es richtig, wenn der Staat private Schulen finanziell unterstützt?	Korr.	-0.205	-0.310	0.028	-0.064
	Sig.	0.000	0.001	0.274	0.476
	N	1448	114	1551	127
a11. In der Schweizer Landwirtschaft gilt bis 2010 ein Moratorium für gentechnisch veränderte Organismen. Soll dieses verlängert werden?	Korr.	-0.041	0.251	-0.050	-0.060
	Sig.	0.120	0.007	0.047	0.504
	N	1448	114	1551	127
a12. Soll Englisch landesweit als erste Fremdsprache unterrichtet werden?	Korr.	0.007	0.035	-0.096	-0.063
	Sig.	0.791	0.708	0.000	0.479
	N	1448	114	1551	127
a13. Soll gesamtschweizerisch das aktive Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf Gemeindeebene eingeführt werden?	Korr.	0.297	0.286	0.128	0.269
	Sig.	0.000	0.002	0.000	0.002
	N	1448	114	1551	127
a14. Heute können Asylsuchende, deren Gesuch abgewiesen worden ist, beim Bundesverwaltungsgericht dagegen Beschwerde einreichen. Finden Sie dies richtig?	Korr.	0.104	0.168	0.204	0.241
	Sig.	0.000	0.075	0.000	0.006
	N	1448	114	1551	127
a15. Sind Sie dafür, dass der Status von Sans-Papiers durch eine einmalige kollektive Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen legalisiert wird?	Korr.	0.256	0.384	0.043	0.217
	Sig.	0.000	0.000	0.089	0.014
	N	1448	114	1551	127
a16. Das Bundesgericht hat 2003 die Möglichkeiten der Gemeinden eingeschränkt, über Einbürgerungen an der Urne oder der Gemeindeversammlung	Korr.	0.069	0.192	0.205	0.258
	Sig.	0.009	0.041	0.000	0.003
	N	1448	114	1551	127

Frage		Kirchenbesuch		Ausbildung	
		(nie)		(höher)	
		Alle	Gew.	Alle	Gew.
zu entscheiden. Finden Sie dies richtig?					
a17. Soll sich der Bund finanziell stärker für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern engagieren?	Korr.	0.052	0.130	0.155	0.303
	Sig.	0.048	0.167	0.000	0.001
	N	1448	114	1551	127
a18. Sollen gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren dürfen?	Korr.	0.459	0.486	0.062	0.204
	Sig.	0.000	0.000	0.015	0.022
	N	1448	114	1551	127
a19. Eine Volksinitiative will den Bau von Minaretten verbieten. Befürworten Sie dies?	Korr.	-0.186	-0.144	-0.252	-0.325
	Sig.	0.000	0.125	0.000	0.000
	N	1448	114	1551	127
a20. Sollen der Besitz und Konsum von Cannabis legalisiert werden?	Korr.	0.456	0.481	0.126	0.321
	Sig.	0.000	0.000	0.000	0.000
	N	1448	114	1551	127
a21. In den Niederlanden ist die aktive Sterbehilfe straffrei. Würden Sie eine solche Regelung auch in der Schweiz befürworten?	Korr.	0.549	0.445	0.039	0.118
	Sig.	0.000	0.000	0.120	0.185
	N	1448	114	1551	127
a22. Würden Sie ein Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden, Restaurants und Bars ? wie es im Kanton Tessin besteht ? in der ganzen Schweiz befürworten?	Korr.	-0.165	0.052	0.094	0.107
	Sig.	0.000	0.582	0.000	0.229
	N	1448	114	1551	127
a23. Soll der Bund bei Unternehmen, die von öffentlichen Aufträgen profitieren, die Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau regelmässig überprüfen?	Korr.	0.090	0.196	0.015	0.108
	Sig.	0.001	0.037	0.545	0.227
	N	1448	114	1551	127
a24. Finden Sie es richtig, dass die Buchpreisbindung gesamtschweizerisch aufgehoben worden ist?	Korr.	-0.148	-0.190	0.005	-0.036
	Sig.	0.000	0.043	0.836	0.688
	N	1448	114	1551	127
a25. Der Schwangerschaftsabbruch ist in der Schweiz in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft strafflos möglich. Finden Sie dies richtig?	Korr.	0.603	0.515	0.137	0.197
	Sig.	0.000	0.000	0.000	0.026
	N	1448	114	1551	127
a26. Bei der Mehrwertsteuer gelten heute drei verschiedene Steuersätze und diverse Steuerbefreiungen. Sollen ein einheitlicher Mehrwertsteuersatz eingeführt und die Befreiungen abgeschafft werden?	Korr.	-0.025	-0.154	0.050	0.065
	Sig.	0.340	0.102	0.047	0.465
	N	1448	114	1551	127
a27. Soll die Steuerbelastung in allen Kantonen und Gemeinden annähernd gleich hoch sein?	Korr.	0.138	0.453	-0.015	0.166
	Sig.	0.000	0.000	0.543	0.062
	N	1448	114	1551	127
a28. Das Bundesgericht hat degressive Steuertarife (abnehmender Steuersatz mit zunehmendem Einkommen) verboten. Finden Sie dies richtig?	Korr.	0.022	0.131	0.051	0.089
	Sig.	0.408	0.165	0.043	0.318
	N	1448	114	1551	127
a29. Würden Sie die Einführung einer	Korr.	0.353	0.376	0.107	0.185

Frage		Kirchenbesuch		Ausbildung	
		(nie)		(höher)	
		Alle	Gew.	Alle	Gew.
Individualbesteuerung anstelle der heutigen Ehepaarbesteuerung befürworten?	Sig.	0.000	0.000	0.000	0.037
	N	1448	114	1551	127
a30. Würden Sie es befürworten, wenn PendlerInnen je einen Teil ihrer Einkommenssteuern am Wohn- und am Arbeitsort versteuern müssten (z.B. 70% beim Wohnort und 30% am Arbeitsort)?	Korr.	0.182	0.171	0.086	0.233
	Sig.	0.000	0.069	0.001	0.008
	N	1448	114	1551	127
a31. Haben für Sie Steuersenkungen bei den Bundessteuern in den nächsten vier Jahren Priorität?	Korr.	-0.007	-0.247	-0.011	-0.085
	Sig.	0.787	0.008	0.670	0.343
	N	1448	114	1551	127
a32. Soll die direkte Bundessteuer abgeschafft und im Gegenzug die Mehrwertsteuer erhöht werden?	Korr.	0.047	-0.118	0.038	-0.011
	Sig.	0.074	0.211	0.131	0.903
	N	1448	114	1551	127
a33. Befürworten Sie die Einführung eines für alle Arbeitnehmenden gültigen Mindestlohnes von 3500 Franken (für eine 100%-Stelle)?	Korr.	0.085	0.353	-0.065	0.125
	Sig.	0.001	0.000	0.010	0.162
	N	1448	114	1551	127
a34. Sind Sie für eine vollständige Liberalisierung der Geschäftsöffnungszeiten (Geschäfte können die Öffnungszeiten nach freiem Ermessen festlegen)?	Korr.	0.257	-0.007	0.068	-0.092
	Sig.	0.000	0.942	0.007	0.301
	N	1448	114	1551	127
a35. Sind Sie der Meinung, dass die Schweiz Parallelimporte von patentgeschützten Produkten zulassen sollte?	Korr.	0.098	0.171	0.116	0.071
	Sig.	0.000	0.068	0.000	0.428
	N	1448	114	1551	127
a36. Soll der Bund seine Aktienmehrheit an der Swisscom abgeben?	Korr.	0.031	-0.144	0.051	-0.038
	Sig.	0.236	0.126	0.044	0.671
	N	1448	114	1551	127
a37. Soll der Staat ein flächendeckendes Poststellennetz finanzieren?	Korr.	0.059	0.266	0.010	0.219
	Sig.	0.025	0.004	0.697	0.013
	N	1448	114	1551	127
a38. Sollen die Unternehmen verpflichtet werden, Fonds zur Schaffung von Lehrstellen einzurichten?	Korr.	0.062	0.383	-0.023	0.175
	Sig.	0.019	0.000	0.364	0.049
	N	1448	114	1551	127
a39. Sollten bei öffentlichen Aufträgen Schweizer Anbieter und Produkte vorgezogen werden, auch wenn diese etwas teurer sind?	Korr.	-0.054	-0.103	-0.241	-0.224
	Sig.	0.040	0.274	0.000	0.012
	N	1448	114	1551	127
a40. In einigen ausländischen Städten (z.B. London, Oslo oder Stockholm) muss für Autofahrten in die Innenstadt eine Gebühr bezahlt werden. Soll ein solches Road Pricing auch in Schweizer Städten eingeführt werden?	Korr.	0.130	0.355	0.111	0.263
	Sig.	0.000	0.000	0.000	0.003
	N	1448	114	1551	127
a41. Sollen bei öffentlichen und privaten	Korr.	0.146	0.112	0.095	0.133

Frage		Kirchenbesuch		Ausbildung	
		(nie)		(höher)	
		Alle	Gew.	Alle	Gew.
Neubauten die Minergiestandards zwingend eingehalten werden müssen?	Sig.	0.000	0.236	0.000	0.136
	N	1448	114	1551	127
a42. Sollen die Schutzbestimmungen für Wölfe gelockert werden?	Korr.	-0.240	-0.292	-0.051	-0.156
	Sig.	0.000	0.002	0.046	0.080
	N	1448	114	1551	127
a43. Der Bundesrat will als Ersatz für die bisherigen Atomkraftwerke (AKWs) ein oder zwei neue AKWs bewilligen. Befürworten Sie dies?	Korr.	-0.105	-0.293	-0.042	-0.159
	Sig.	0.000	0.002	0.101	0.075
	N	1448	114	1551	127
a44. Unterstützen Sie die Volksinitiative zur Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts?	Korr.	-0.100	-0.220	-0.093	-0.181
	Sig.	0.000	0.019	0.000	0.042
	N	1448	114	1551	127
a45. Soll sich die Schweiz verpflichten, bis ins Jahr 2020 eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 30% (im Vergleich zum Stand von 1990) vorzunehmen?	Korr.	0.016	0.168	0.076	0.168
	Sig.	0.542	0.074	0.003	0.059
	N	1448	114	1551	127
a46. Soll die Gesamtfläche der Bauzonen in der Schweiz für die nächsten 20 Jahre auf dem heutigen Stand begrenzt werden?	Korr.	0.120	0.394	-0.025	0.127
	Sig.	0.000	0.000	0.319	0.154
	N	1448	114	1551	127
a47. Soll bei Verstössen gegen das Tierschutzgesetz eine Tieranwältin oder ein Tieranwalt die Interessen der Tiere vertreten?	Korr.	0.349	0.376	0.006	0.158
	Sig.	0.000	0.000	0.805	0.077
	N	1448	114	1551	127
a48. Soll auf Bundesebene ein Finanzreferendum eingeführt werden?	Korr.	0.070	-0.023	-0.073	-0.132
	Sig.	0.008	0.806	0.004	0.139
	N	1448	114	1551	127
a49. Soll der Bundesrat direkt vom Volk gewählt werden?	Korr.	0.068	0.034	-0.222	-0.172
	Sig.	0.010	0.716	0.000	0.054
	N	1448	114	1551	127
a50. Würden Sie die Einführung des aktiven Stimm- und Wahlrechtes für Jugendliche ab 16 Jahren befürworten?	Korr.	0.242	0.435	0.067	0.115
	Sig.	0.000	0.000	0.008	0.199
	N	1448	114	1551	127
a51. Halten Sie eine Verschärfung des Jugendstrafrechts für eine geeignete Massnahme zur Eindämmung der Jugendkriminalität?	Korr.	-0.257	-0.343	-0.143	-0.303
	Sig.	0.000	0.000	0.000	0.001
	N	1447	114	1550	127
a52. Befürworten Sie die unterstützten Einsätze der Armee zur Wahrung der inneren Sicherheit (WEF, EURO 2008, Bewachung von Botschaften und Konsulaten)?	Korr.	-0.347	-0.516	-0.043	-0.148
	Sig.	0.000	0.000	0.093	0.097
	N	1447	114	1550	127
a53. Sollen Schweizer Jugendliche frei zwischen einem Militärdienst und einem zivilen Ersatzdienst (Zivildienst) wählen	Korr.	0.105	0.272	0.097	0.142
	Sig.	0.000	0.003	0.000	0.112
	N	1447	114	1550	127

Frage		Kirchenbesuch		Ausbildung	
		(nie)		(höher)	
		Alle	Gew.	Alle	Gew.
können?					
a54. Soll die Einhaltung der Strassenverkehrsregeln strenger kontrolliert werden?	Korr.	0.023	0.232	0.054	0.235
	Sig.	0.383	0.013	0.034	0.008
	N	1447	114	1550	127
a55. Soll die Dienstwaffe von Armeeangehörigen in Zukunft im Zeughaus aufbewahrt werden?	Korr.	0.109	0.344	0.133	0.266
	Sig.	0.000	0.000	0.000	0.002
	N	1447	114	1550	127
a56. Der Bundesrat möchte die Befugnisse der Sicherheitsbehörden zur präventiven Überwachung des Post-, Telefon- und E-Mailverkehrs ausweiten. Finden Sie dies richtig?	Korr.	-0.217	-0.318	-0.027	-0.143
	Sig.	0.000	0.001	0.295	0.110
	N	1447	114	1550	127
a57. Soll die Militärjustiz gegenüber Zivilpersonen abgeschafft und ihre Aufgaben auf die zivile Justiz übertragen werden?	Korr.	0.134	0.227	0.137	0.210
	Sig.	0.000	0.015	0.000	0.018
	N	1447	114	1550	127
a58. Sollen Sachbeschädigungen im öffentlichen Raum (Vandalismus, Sprayereien) härter bestraft werden?	Korr.	-0.260	-0.300	-0.052	-0.141
	Sig.	0.000	0.001	0.039	0.113
	N	1447	114	1550	127
a59. Befürworten Sie, dass bewaffnete Schweizer Armeemitglieder unter UNO- oder OSZE-Mandat im Ausland eingesetzt werden können?	Korr.	-0.019	-0.043	0.193	0.181
	Sig.	0.460	0.651	0.000	0.042
	N	1447	114	1550	127
a60. Soll die Schweiz in den nächsten fünf Jahren EU-Beitrittsverhandlungen aufnehmen?	Korr.	0.239	0.314	0.146	0.251
	Sig.	0.000	0.001	0.000	0.004
	N	1447	114	1550	127
a61. Die Schweiz verfolgt in den letzten Jahren eine aktivere, öffentlichere Aussenpolitik, die sich weniger an der strikten Neutralität orientiert. Begrüssen Sie dies?	Korr.	0.147	0.235	0.213	0.236
	Sig.	0.000	0.012	0.000	0.007
	N	1447	114	1550	127
a62. Seit 1. Januar 2007 sind Rumänien und Bulgarien Mitglieder der Europäischen Union (EU). Befürworten Sie, dass der freie Personenverkehr zwischen der Schweiz und der EU auf diese beiden Länder ausgedehnt wird?	Korr.	0.112	0.064	0.226	0.220
	Sig.	0.000	0.497	0.000	0.013
	N	1447	114	1550	127
a63. Würden Sie einer Aufhebung sämtlicher Importzölle und -beschränkungen für landwirtschaftliche Produkte aus Entwicklungsländern zustimmen?	Korr.	0.107	0.192	0.183	0.273
	Sig.	0.000	0.041	0.000	0.002
	N	-0.019	-0.043	0.193	0.181

Anhang 7
Korrelationen zwischen den sozio-demographischen Variablen (Geschlecht) und den zehn Politikdimensionen (1)

Geschlecht (Männer)		Alle	SVP.	FDP	CVP	SP	GPS
Aussenpolitische Öffnung	Korr.	-0.160	-0.047	-0.093	-0.055	0.003	0.080
	Sig.	0.000	0.393	0.062	0.328	0.960	0.126
	N	2639	335	402	315	388	368
Wirtschaftliche Liberalisierung	Korr.	0.212	0.210	0.068	0.164	0.137	0.221
	Sig.	0.000	0.000	0.171	0.003	0.007	0.000
	N	2639	335	402	315	388	368
Restriktive Finanzpolitik	Korr.	0.194	0.016	0.027	0.099	-0.021	0.129
	Sig.	0.000	0.777	0.596	0.080	0.674	0.013
	N	2639	335	402	315	388	368
Law & Order	Korr.	0.234	0.150	0.152	0.076	0.046	0.146
	Sig.	0.000	0.006	0.002	0.177	0.369	0.005
	N	2639	335	402	315	388	368
Restriktive Migrationspolitik	Korr.	0.224	0.056	0.130	0.166	-0.012	0.087
	Sig.	0.000	0.304	0.009	0.003	0.809	0.098
	N	2639	335	402	315	388	368
Mehr Umweltschutz	Korr.	-0.231	-0.158	-0.126	-0.191	-0.105	0.020
	Sig.	0.000	0.004	0.012	0.001	0.039	0.705
	N	2639	335	402	315	388	368
Ausgebauter Sozialstaat	Korr.	-0.243	-0.169	-0.140	-0.165	-0.079	-0.160
	Sig.	0.000	0.002	0.005	0.003	0.120	0.002
	N	2639	335	402	315	388	368
Gesellschaftliche Liberalisierung	Korr.	-0.237	-0.175	-0.158	-0.221	-0.083	-0.145
	Sig.	0.000	0.001	0.001	0.000	0.104	0.005
	N	2639	335	402	315	388	368
Rechts-links	Korr.	-0.256	-0.184	-0.199	-0.216	-0.051	-0.164
	Sig.	0.000	0.001	0.000	0.000	0.318	0.002
	N	2639	335	402	315	388	368
Liberal-konservativ	Korr.	-0.119	0.038	-0.105	-0.105	0.059	0.082
	Sig.	0.000	0.484	0.035	0.063	0.249	0.116
	N	2639	335	402	315	388	368

Anhang 8

Korrelationen zwischen den sozio-demographischen Variablen (Alter) und den zehn Politikdimensionen (2)

Alter		Alle	SVP.	FDP	CVP	SP	GPS
Aussenpolitische Öffnung	Korr.	-0.031	0.203	-0.043	0.046	0.288	0.085
	Sig.	0.116	0.000	0.388	0.417	0.000	0.103
	N	2639	335	402	315	388	368
Wirtschaftliche Liberalisierung	Korr.	-0.014	0.088	-0.233	-0.019	-0.036	0.055
	Sig.	0.474	0.108	0.000	0.741	0.475	0.292
	N	2639	335	402	315	388	368
Restriktive Finanzpolitik	Korr.	-0.026	-0.104	-0.243	-0.049	-0.212	0.000
	Sig.	0.179	0.058	0.000	0.383	0.000	0.998
	N	2639	335	402	315	388	368
Law & Order	Korr.	0.162	0.115	0.314	0.210	0.262	0.174
	Sig.	0.000	0.035	0.000	0.000	0.000	0.001
	N	2639	335	402	315	388	368
Restriktive Migrationspolitik	Korr.	0.065	-0.189	-0.038	-0.040	-0.007	0.095
	Sig.	0.001	0.001	0.450	0.483	0.885	0.068
	N	2639	335	402	315	388	368
Mehr Umweltschutz	Korr.	-0.047	0.020	-0.014	-0.166	0.102	0.032
	Sig.	0.016	0.721	0.776	0.003	0.046	0.539
	N	2639	335	402	315	388	368
Ausgebauter Sozialstaat	Korr.	-0.003	-0.003	0.303	-0.051	0.121	-0.102
	Sig.	0.887	0.958	0.000	0.365	0.017	0.050
	N	2639	335	402	315	388	368
Gesellschaftliche Liberalisierung	Korr.	-0.141	-0.038	-0.322	-0.244	-0.170	-0.150
	Sig.	0.000	0.493	0.000	0.000	0.001	0.004
	N	2639	335	402	315	388	368
Rechts-links	Korr.	-0.056	0.009	0.020	-0.140	0.043	-0.080
	Sig.	0.004	0.864	0.682	0.013	0.398	0.126
	N	2639	335	402	315	388	368
Liberal-konservativ	Korr.	-0.113	0.062	-0.276	-0.109	-0.037	0.000
	Sig.	0.000	0.255	0.000	0.053	0.464	0.994
	N	2639	335	402	315	388	368

Anhang 9
Korrelationen zwischen den sozio-demographischen Variablen (Kirchenbesuch) und den zehn Politikdimensionen (3)

Kirchenbesuch (tief)		Alle	SVP.	FDP	CVP	SP	GPS
Aussenpolitische Öffnung	Korr.	0.137	-0.026	0.152	-0.015	-0.056	0.005
	Sig.	0.000	0.733	0.036	0.836	0.390	0.938
	N	1447	181	192	183	235	227
Wirtschaftliche Liberalisierung	Korr.	0.016	0.263	0.090	0.204	0.058	0.066
	Sig.	0.537	0.000	0.216	0.006	0.377	0.324
	N	1447	181	192	183	235	227
Restriktive Finanzpolitik	Korr.	-0.058	0.169	0.022	0.201	0.039	-0.080
	Sig.	0.029	0.023	0.759	0.006	0.553	0.231
	N	1447	181	192	183	235	227
Law & Order	Korr.	-0.356	-0.180	-0.249	-0.151	-0.195	-0.264
	Sig.	0.000	0.015	0.001	0.041	0.003	0.000
	N	1447	181	192	183	235	227
Restriktive Migrationspolitik	Korr.	-0.188	0.157	-0.157	0.091	-0.067	-0.049
	Sig.	0.000	0.035	0.030	0.223	0.304	0.467
	N	1447	181	192	183	235	227
Mehr Umweltschutz	Korr.	0.167	-0.025	0.086	0.149	0.033	0.032
	Sig.	0.000	0.737	0.237	0.044	0.612	0.631
	N	1447	181	192	183	235	227
Ausgebauter Sozialstaat	Korr.	0.171	-0.028	0.002	-0.066	-0.037	0.094
	Sig.	0.000	0.709	0.980	0.376	0.575	0.160
	N	1447	181	192	183	235	227
Gesellschaftliche Liberalisierung	Korr.	0.517	0.381	0.362	0.401	0.309	0.417
	Sig.	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000
	N	1447	181	192	183	235	227
Rechts-links	Korr.	0.190	-0.018	0.136	0.012	0.066	0.147
	Sig.	0.000	0.807	0.061	0.874	0.312	0.027
	N	1447	181	192	183	235	227
Liberal-konservativ	Korr.	0.355	0.344	0.246	0.272	0.161	0.242
	Sig.	0.000	0.000	0.001	0.000	0.014	0.000
	N	1447	181	192	183	235	227

Anhang 10

Korrelationen zwischen den sozio-demographischen Variablen (Bildung) und den zehn Politikdimensionen (4)

Bildung (hoch)		Alle	SVP.	FDP	CVP	SP	GPS
Aussenpolitische Öffnung	Korr.	0.277	0.274	0.242	0.268	0.149	0.244
	Sig.	0.000	0.000	0.000	0.000	0.019	0.000
	N	1549	191	205	192	249	253
Wirtschaftliche Liberalisierung	Korr.	0.131	0.136	0.177	0.277	0.025	0.057
	Sig.	0.000	0.060	0.011	0.000	0.694	0.363
	N	1549	191	205	192	249	253
Restriktive Finanzpolitik	Korr.	-0.036	-0.042	0.094	0.015	-0.044	-0.095
	Sig.	0.162	0.560	0.181	0.836	0.494	0.130
	N	1549	191	205	192	249	253
Law & Order	Korr.	-0.126	-0.092	-0.063	-0.012	0.008	-0.037
	Sig.	0.000	0.208	0.369	0.870	0.901	0.554
	N	1549	191	205	192	249	253
Restriktive Migrationspolitik	Korr.	-0.194	-0.132	-0.164	-0.192	-0.035	-0.087
	Sig.	0.000	0.069	0.019	0.008	0.584	0.167
	N	1549	191	205	192	249	253
Mehr Umweltschutz	Korr.	0.078	0.022	0.027	-0.006	0.180	0.166
	Sig.	0.002	0.758	0.704	0.934	0.004	0.008
	N	1549	191	205	192	249	253
Ausgebauter Sozialstaat	Korr.	-0.017	0.012	-0.197	-0.177	0.048	-0.005
	Sig.	0.506	0.873	0.005	0.014	0.455	0.936
	N	1549	191	205	192	249	253
Gesellschaftliche Liberalisierung	Korr.	0.133	0.059	-0.043	-0.058	0.062	0.043
	Sig.	0.000	0.419	0.542	0.421	0.333	0.497
	N	1549	191	205	192	249	253
Rechts-links	Korr.	0.071	0.085	-0.084	-0.032	0.108	0.114
	Sig.	0.005	0.240	0.229	0.662	0.090	0.070
	N	1549	191	205	192	249	253
Liberal-konservativ	Korr.	0.283	0.197	0.150	0.211	0.098	0.129
	Sig.	0.000	0.006	0.032	0.003	0.123	0.041
	N	1549	191	205	192	249	253

Anhang 11

Korrelationen zwischen den kontextuellen Variablen und 63 den Issues

		Sprache		Stadt-Land		Konfession	
		(Französisch)		(ländlich)		(katholisch)	
		Alle	Gew.	Alle	Gew.	Alle	Gew.
a1. Befürworten Sie eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen und Männer auf 67 Jahre?	Korr.	-0.025	-0.014	0.006	-0.083	-0.034	-
	Sig.	0.204	0.848	0.740	0.250	0.079	0.445
	N	2586	187	2653	195	2653	195
a2. Sollen die Krankenkassenprämien für die Grundversicherung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (Einkommen und Vermögen) berechnet werden?	Korr.	0.039	0.130	-0.157	-0.344	0.019	-
	Sig.	0.047	0.076	0.000	0.000	0.330	0.677
	N	2585	187	2652	195	2652	195
a3. Sind Sie dafür, dass Leistungen der Komplementärmedizin (Alternativmedizin) umfassend von der Grundversicherung vergütet werden?	Korr.	-0.035	-0.058	-0.126	-0.262	0.059	0.075
	Sig.	0.076	0.428	0.000	0.000	0.002	0.299
	N	2585	187	2652	195	2652	195
a4. Befürworten Sie die Einschränkung der freien Arztwahl im Bereich der Grundversicherung als kostendämpfende Massnahme?	Korr.	-0.181	-0.209	0.035	0.121	-0.009	-
	Sig.	0.000	0.004	0.071	0.093	0.642	0.356
	N	2585	187	2652	195	2652	195
a5. Sollten die Versicherten ihre Pensionskasse (2. Säule; BVG) frei wählen können?	Korr.	-0.048	-0.126	-0.005	-0.037	-0.061	-
	Sig.	0.014	0.087	0.779	0.610	0.002	0.254
	N	2583	187	2650	195	2650	195
a6. Befürworten Sie die Subventionierung von Tagesstätten und Kinderkrippen durch den Bund?	Korr.	0.028	0.124	-0.121	-0.216	0.070	0.049
	Sig.	0.152	0.092	0.000	0.002	0.000	0.496
	N	2583	187	2650	195	2650	195
a7. Soll die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes von 400 auf 300 Tage gekürzt werden?	Korr.	-0.051	-0.140	0.141	0.211	-0.020	-
	Sig.	0.009	0.057	0.000	0.003	0.294	0.732
	N	2583	187	2650	195	2650	195
a8. Sollen Stipendien an Studierende durch zinslose (nach dem Studium rückzahlbare) Darlehen ersetzt werden?	Korr.	-0.092	-0.263	0.141	0.279	0.020	0.082
	Sig.	0.000	0.000	0.000	0.000	0.311	0.256
	N	2583	187	2650	195	2650	195
a9. Würden Sie es begrüßen, wenn Schüler und Schülerinnen, die den Schulbetrieb wiederholt und in schwerwiegender Weise stören, in spezielle,	Korr.	-0.049	-0.092	0.185	0.215	0.014	0.158
	Sig.	0.012	0.210	0.000	0.003	0.457	0.027
	N	2582	187	2649	195	2649	195

		Sprache (Französisch)		Stadt-Land (ländlich)		Konfession (katholisch)	
		Alle	Gew.	Alle	Gew.	Alle	Gew.
staatliche Erziehungsheime eingewiesen werden könnten?							
a10. Finden Sie es richtig, wenn der Staat private Schulen finanziell unterstützt?	Korr.	-0.068	-0.053	0.041	0.139	-0.033	0.012
	Sig.	0.001	0.474	0.033	0.052	0.092	0.873
	N	2583	187	2650	195	2650	195
a11. In der Schweizer Landwirtschaft gilt bis 2010 ein Moratorium für gentechnisch veränderte Organismen. Soll dieses verlängert werden?	Korr.	0.010	0.086	-0.043	-0.085	0.020	-
	Sig.	0.602	0.245	0.027	0.240	0.304	0.772
	N	2582	187	2649	195	2649	195
a12. Soll Englisch landesweit als erste Fremdsprache unterrichtet werden?	Korr.	-0.241	-0.198	0.024	0.100	0.036	-
	Sig.	0.000	0.007	0.213	0.164	0.062	0.299
	N	2583	187	2650	195	2650	195
a13. Soll gesamtschweizerisch das aktive Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf Gemeindeebene eingeführt werden?	Korr.	0.178	0.262	-0.181	-0.339	0.008	-
	Sig.	0.000	0.000	0.000	0.000	0.680	0.104
	N	2580	187	2647	195	2647	195
a14. Heute können Asylsuchende, deren Gesuch abgewiesen worden ist, beim Bundesverwaltungsgericht dagegen Beschwerde einreichen. Finden Sie dies richtig?	Korr.	0.006	0.079	-0.179	-0.313	0.017	-
	Sig.	0.742	0.285	0.000	0.000	0.375	0.017
	N	2579	187	2646	195	2646	0.814
a15. Sind Sie dafür, dass der Status von Sans-Papiers durch eine einmalige kollektive Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen legalisiert wird?	Korr.	0.018	0.117	-0.197	-0.340	0.009	-
	Sig.	0.361	0.111	0.000	0.000	0.627	0.090
	N	2579	187	2646	195	2646	0.213
a16. Das Bundesgericht hat 2003 die Möglichkeiten der Gemeinden eingeschränkt, über Einbürgerungen an der Urne oder der Gemeindeversammlung zu entscheiden. Finden Sie dies richtig?	Korr.	0.058	0.158	-0.159	-0.284	-0.022	-
	Sig.	0.003	0.031	0.000	0.000	0.258	0.080
	N	2579	187	2646	195	2646	0.263
a17. Soll sich der Bund finanziell stärker für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern	Korr.	0.090	0.238	-0.133	-0.276	0.042	0.003
	Sig.	0.000	0.001	0.000	0.000	0.032	0.964
	N	2580	187	2647	195	2647	195

		Sprache (Französisch)		Stadt-Land (ländlich)		Konfession (katholisch)	
		Alle	Gew.	Alle	Gew.	Alle	Gew.
engagieren?							
a18. Sollen gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren dürfen?	Korr.	-0.053	0.029	-0.195	-0.311	-0.032	-
	Sig.	0.007	0.696	0.000	0.000	0.101	0.004
	N	2579	187	2646	195	2646	195
a19. Eine Volksinitiative will den Bau von Minaretten verbieten. Befürworten Sie dies?	Korr.	-0.010	-0.089	0.134	0.225	-0.038	0.029
	Sig.	0.604	0.225	0.000	0.002	0.049	0.686
	N	2579	187	2646	195	2646	195
a20. Sollen der Besitz und Konsum von Cannabis legalisiert werden?	Korr.	-0.156	-0.166	-0.201	-0.379	-0.014	-
	Sig.	0.000	0.023	0.000	0.000	0.473	0.125
	N	2580	187	2647	195	2647	195
a21. In den Niederlanden ist die aktive Sterbehilfe straffrei. Würden Sie eine solche Regelung auch in der Schweiz befürworten?	Korr.	0.063	0.226	-0.125	-0.270	0.018	-
	Sig.	0.001	0.002	0.000	0.000	0.352	0.083
	N	2580	187	2647	195	2647	195
a22. Würden Sie ein Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden, Restaurants und Bars ? wie es im Kanton Tessin besteht ? in der ganzen Schweiz befürworten?	Korr.	0.067	0.185	-0.018	-0.168	0.017	-
	Sig.	0.001	0.011	0.359	0.019	0.388	0.075
	N	2580	187	2647	195	2647	195
a23. Soll der Bund bei Unternehmen, die von öffentlichen Aufträgen profitieren, die Lohn-gleichheit zwischen Mann und Frau regelmässig überprüfen?	Korr.	0.066	0.135	-0.160	-0.199	0.005	-
	Sig.	0.001	0.065	0.000	0.005	0.783	0.090
	N	2580	187	2647	195	2647	195
a24. Finden Sie es richtig, dass die Buchpreisbindung gesamtschweizerisch aufgehoben worden ist?	Korr.	-0.174	-0.191	0.117	0.206	0.009	-
	Sig.	0.000	0.009	0.000	0.004	0.658	0.006
	N	2580	187	2647	195	2647	195
a25. Der Schwangerschaftsabbruch ist in der Schweiz in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft straflos möglich. Finden Sie dies richtig?	Korr.	0.061	0.131	-0.147	-0.246	0.001	-
	Sig.	0.002	0.075	0.000	0.001	0.949	0.153
	N	2580	187	2647	195	2647	0.033
a26. Bei der Mehrwertsteuer gelten heute drei verschiedene Steuersätze und diverse Steuerbefreiungen. Sollen ein	Korr.	-0.193	-0.167	-0.004	-0.053	-0.103	-
	Sig.	0.000	0.023	0.842	0.463	0.000	0.059
	N	2579	187	2646	195	2646	0.416
							195

		Sprache (Französisch)		Stadt-Land (ländlich)		Konfession (katholisch)	
		Alle	Gew.	Alle	Gew.	Alle	Gew.
einheitlicher Mehrwertsteuersatz eingeführt und die Befreiungen abgeschafft werden?							
a27. Soll die Steuerbelastung in allen Kantonen und Gemeinden annähernd gleich hoch sein?	Korr.	-0.016	0.071	-0.155	-0.292	-0.054	-
	Sig.	0.427	0.335	0.000	0.000	0.005	0.121
	N	2579	187	2646	195	2646	0.091
a28. Das Bundesgericht hat degressive Steuertarife (abnehmender Steuersatz mit zunehmendem Einkommen) verboten. Finden Sie dies richtig?	Korr.	0.000	0.092	-0.130	-0.169	-0.016	-
	Sig.	0.984	0.209	0.000	0.018	0.418	0.011
	N	2579	187	2646	195	2646	0.881
a29. Würden Sie die Einführung einer Individualbesteuerung anstelle der heutigen Ehepaarbesteuerung befürworten?	Korr.	-0.030	0.071	-0.124	-0.286	-0.020	-
	Sig.	0.123	0.334	0.000	0.000	0.297	0.112
	N	2579	187	2646	195	2646	0.120
a30. Würden Sie es befürworten, wenn PendlerInnen je einen Teil ihrer Einkommenssteuern am Wohn- und am Arbeitsort versteuern müssten (z.B. 70% beim Wohnort und 30% am Arbeitsort)?	Korr.	0.153	0.272	-0.219	-0.308	-0.076	-
	Sig.	0.000	0.000	0.000	0.000	0.000	0.109
	N	2579	187	2646	195	2646	0.129
a31. Haben für Sie Steuerersenkungen bei den Bundessteuern in den nächsten vier Jahren Priorität?	Korr.	0.088	0.009	0.134	0.205	0.006	0.046
	Sig.	0.000	0.901	0.000	0.004	0.744	0.523
	N	2579	187	2646	195	2646	0.195
a32. Soll die direkte Bundessteuer abgeschafft und im Gegenzug die Mehrwertsteuer erhöht werden?	Korr.	0.104	0.073	0.042	0.021	-0.083	-
	Sig.	0.000	0.320	0.032	0.772	0.000	0.078
	N	2578	187	2645	195	2645	0.281
a33. Befürworten Sie die Einführung eines für alle Arbeitnehmenden gültigen Mindestlohnes von 3500 Franken (für eine 100%-Stelle)?	Korr.	-0.002	0.072	-0.145	-0.345	-0.009	-
	Sig.	0.906	0.329	0.000	0.000	0.637	0.104
	N	2579	187	2646	195	2646	0.148
a34. Sind Sie für eine vollständige Liberalisierung der Geschäftsöffnungszeiten (Geschäfte können die Öffnungszeiten nach freiem Ermessen festlegen)?	Korr.	-0.051	-0.097	0.007	0.059	-0.011	-
	Sig.	0.010	0.186	0.707	0.414	0.555	0.102
	N	2579	187	2646	195	2646	0.156

		Sprache (Französisch)		Stadt-Land (ländlich)		Konfession (katholisch)	
		Alle	Gew.	Alle	Gew.	Alle	Gew.
a35. Sind Sie der Meinung, dass die Schweiz Parallelimporte von patentgeschützten Produkten zulassen sollte?	Korr.	-0.106	0.066	-0.098	-0.142	0.023	-
	Sig.	0.000	0.367	0.000	0.047	0.235	0.038
	N	2578	187	2645	195	2645	0.599
a36. Soll der Bund seine Aktienmehrheit an der Swisscom abgeben?	Korr.	-0.042	-0.057	0.069	0.045	-0.051	-
	Sig.	0.033	0.435	0.000	0.531	0.008	0.124
	N	2579	187	2646	195	2646	0.083
a37. Soll der Staat ein flächendeckendes Poststellennetz finanzieren?	Korr.	0.119	0.193	-0.054	-0.180	0.048	0.044
	Sig.	0.000	0.008	0.005	0.012	0.013	0.544
	N	2579	187	2646	195	2646	0.195
a38. Sollen die Unternehmen verpflichtet werden, Fonds zur Schaffung von Lehrstellen einzurichten?	Korr.	0.051	0.113	-0.176	-0.296	-0.018	-
	Sig.	0.009	0.122	0.000	0.000	0.345	0.082
	N	2579	187	2646	195	2646	0.257
a39. Sollten bei öffentlichen Aufträgen Schweizer Anbieter und Produkte vorgezogen werden, auch wenn diese etwas teurer sind?	Korr.	0.000	-0.087	0.077	0.092	0.010	0.165
	Sig.	0.987	0.239	0.000	0.203	0.594	0.021
	N	2579	187	2646	195	2646	0.195
a40. In einigen ausländischen Städten (z.B. London, Oslo oder Stockholm) muss für Autofahrten in die Innenstadt eine Gebühr bezahlt werden. Soll ein solches Road Pricing auch in Schweizer Städten eingeführt werden?	Korr.	-0.096	-0.067	-0.186	-0.308	0.013	-
	Sig.	0.000	0.362	0.000	0.000	0.504	0.072
	N	2580	187	2647	195	2647	0.317
a41. Sollen bei öffentlichen und privaten Neubauten die Minergiestandards zwingend eingehalten werden müssen?	Korr.	0.099	0.214	-0.136	-0.221	-0.001	-
	Sig.	0.000	0.003	0.000	0.002	0.955	0.025
	N	2578	187	2645	195	2645	0.724
a42. Sollen die Schutzbestimmungen für Wölfe gelockert werden?	Korr.	0.103	0.161	0.177	0.267	0.071	0.141
	Sig.	0.000	0.027	0.000	0.000	0.000	0.050
	N	2579	187	2646	195	2646	0.195
a43. Der Bundesrat will als Ersatz für die bisherigen Atomkraftwerke (AKWs) ein oder zwei neue AKWs bewilligen. Befürworten Sie dies?	Korr.	-0.011	-0.127	0.164	0.284	0.035	0.116
	Sig.	0.574	0.084	0.000	0.000	0.072	0.107
	N	2580	187	2647	195	2647	0.195

		Sprache		Stadt-Land		Konfession	
		(Französisch)		(ländlich)		(katholisch)	
		Alle	Gew.	Alle	Gew.	Alle	Gew.
a44. Unterstützen Sie die Volksinitiative zur Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts?	Korr.	-0.003	-0.076	0.178	0.258	0.003	0.046
	Sig.	0.889	0.299	0.000	0.000	0.884	0.521
	N	2580	187	2647	195	2647	195
a45. Soll sich die Schweiz verpflichten, bis ins Jahr 2020 eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 30% (im Vergleich zum Stand von 1990) vorzunehmen?	Korr.	0.025	0.116	-0.142	-0.221	0.012	-
	Sig.	0.204	0.115	0.000	0.002	0.533	0.224
	N	2578	187	2645	195	2645	195
a46. Soll die Gesamtfläche der Bauzonen in der Schweiz für die nächsten 20 Jahre auf dem heutigen Stand begrenzt werden?	Korr.	-0.107	-0.002	-0.170	-0.276	-0.030	-
	Sig.	0.000	0.974	0.000	0.000	0.123	0.141
	N	2578	187	2645	195	2645	195
a47. Soll bei Verstössen gegen das Tierschutzgesetz eine Tieranwältin oder ein Tieranwalt die Interessen der Tiere vertreten?	Korr.	-0.111	-0.109	-0.195	-0.328	-0.032	-
	Sig.	0.000	0.137	0.000	0.000	0.104	0.205
	N	2580	187	2647	195	2647	195
a48. Soll auf Bundesebene ein Finanzreferendum eingeführt werden?	Korr.	-0.072	-0.148	-0.002	0.050	-0.103	-
	Sig.	0.000	0.044	0.917	0.490	0.000	0.047
	N	2579	187	2646	195	2646	0.514
a49. Soll der Bundesrat direkt vom Volk gewählt werden?	Korr.	0.050	-0.022	-0.027	0.000	-0.072	0.007
	Sig.	0.012	0.769	0.169	0.997	0.000	0.922
	N	2580	187	2647	195	2647	195
a50. Würden Sie die Einführung des aktiven Stimm- und Wahlrechtes für Jugendliche ab 16 Jahren befürworten?	Korr.	-0.081	-0.030	-0.168	-0.332	-0.017	-
	Sig.	0.000	0.684	0.000	0.000	0.389	0.113
	N	2581	187	2648	195	2648	0.116
a51. Halten Sie eine Verschärfung des Jugendstrafrechts für eine geeignete Massnahme zur Eindämmung der Jugendkriminalität?	Korr.	-0.042	-0.054	0.175	0.279	-0.015	0.082
	Sig.	0.034	0.461	0.000	0.000	0.438	0.254
	N	2579	187	2646	195	2646	195
a52. Befürworten Sie die unterstützenden Einsätze der Armee zur Wahrung der inneren Sicherheit (WEF, EURO 2008, Bewachung von Botschaften und Konsulaten)?	Korr.	-0.013	-0.010	0.177	0.276	-0.018	0.074
	Sig.	0.508	0.897	0.000	0.000	0.359	0.307
	N	2578	187	2645	195	2645	195
a53. Sollen Schweizer	Korr.	0.024	0.103	-0.149	-0.269	-0.004	-

		Sprache (Französisch)		Stadt-Land (ländlich)		Konfession (katholisch)	
		Alle	Gew.	Alle	Gew.	Alle	Gew.
Jugendliche frei zwischen einem Militärdienst und einem zivilen Ersatzdienst (Zivildienst) wählen können?	Sig.	0.229	0.161	0.000	0.000	0.833	0.243
	N	2578	187	2645	195	2645	195
a54. Soll die Einhaltung der Strassenverkehrsvorschriften strenger kontrolliert werden?	Korr.	-0.021	0.059	-0.194	-0.358	-0.051	-
	Sig.	0.279	0.425	0.000	0.000	0.008	0.141
	N	2577	187	2644	195	2644	195
a55. Soll die Dienstwaffe von Armeeingehörigen in Zukunft im Zeughaus aufbewahrt werden?	Korr.	-0.023	0.043	-0.192	-0.298	-0.019	-
	Sig.	0.253	0.559	0.000	0.000	0.341	0.113
	N	2578	187	2645	195	2645	195
a56. Der Bundesrat möchte die Befugnisse der Sicherheitsbehörden zur präventiven Überwachung des Post-, Telefon- und E-Mailverkehrs ausweiten. Finden Sie dies richtig?	Korr.	0.009	0.014	0.163	0.293	-0.021	0.051
	Sig.	0.663	0.851	0.000	0.000	0.290	0.476
	N	2578	187	2645	195	2645	195
a57. Soll die Militärjustiz gegenüber Zivilpersonen abgeschafft und ihre Aufgaben auf die zivile Justiz übertragen werden?	Korr.	-0.107	0.062	-0.111	-0.132	0.008	-
	Sig.	0.000	0.403	0.000	0.066	0.681	0.054
	N	2578	187	2645	195	2645	0.450
a58. Sollen Sachbeschädigungen im öffentlichen Raum (Vandalismus, Sprayereien) härter bestraft werden?	Korr.	-0.059	-0.068	0.169	0.206	0.013	0.022
	Sig.	0.003	0.353	0.000	0.004	0.505	0.760
	N	2579	187	2646	195	2646	195
a59. Befürworten Sie, dass bewaffnete Schweizer Armeeingehörige unter UNO- oder OSZE-Mandat im Ausland eingesetzt werden können?	Korr.	0.040	0.075	-0.013	-0.068	0.049	0.013
	Sig.	0.041	0.311	0.489	0.346	0.011	0.857
	N	2579	187	2646	195	2646	195
a60. Soll die Schweiz in den nächsten fünf Jahren EU-Beitrittsverhandlungen aufnehmen?	Korr.	0.163	0.193	-0.170	-0.318	-0.020	-
	Sig.	0.000	0.008	0.000	0.000	0.314	0.177
	N	2579	187	2646	195	2646	0.013
a61. Die Schweiz verfolgt in den letzten Jahren eine aktivere, öffentlichere Aussenpolitik, die sich weniger an der strikten Neutralität orientiert. Begrüssen Sie dies?	Korr.	0.094	0.188	-0.155	-0.267	0.017	-
	Sig.	0.000	0.010	0.000	0.000	0.379	0.094
	N	2579	187	2646	195	2646	0.193

		Sprache (Französisch)		Stadt-Land (ländlich)		Konfession (katholisch)	
		Alle	Gew.	Alle	Gew.	Alle	Gew.
		a62. Seit 1. Januar 2007 sind Rumänien und Bulgarien Mitglieder der Europäischen Union (EU). Befürworten Sie, dass der freie Personenverkehr zwischen der Schweiz und der EU auf diese beiden Länder ausgedehnt wird?	Korr.	0.096	0.167	-0.129	-0.194
	Sig.	0.000	0.022	0.000	0.007	0.530	0.124
	N	2578	187	2645	195	2645	195
a63. Würden Sie einer Aufhebung sämtlicher Importzölle und -beschränkungen für landwirtschaftliche Produkte aus Entwicklungsländern zustimmen?	Korr.	-0.073	0.003	-0.189	-0.298	-0.065	-
	Sig.	0.000	0.972	0.000	0.000	0.001	0.137
	N	2578	187	2645	195	2645	195

Anhang 12

Korrelationen zwischen den kontextuellen Variablen (Sprache) und den zehn Politikdimensionen (1)

Sprache (Französisch)		Alle	SVP.	FDP	CVP	SP	GPS
Aussenpolitische Öffnung	Korr.	0.091	0.162	0.145	0.222	0.090	0.120
	Sig.	0.000	0.003	0.004	0.000	0.078	0.023
	N	2573	327	388	300	381	360
Wirtschaftliche Liberalisierung	Korr.	-0.101	-0.255	-0.334	-0.125	-0.245	-0.252
	Sig.	0.000	0.000	0.000	0.031	0.000	0.000
	N	2573	327	388	300	381	360
Restriktive Finanzpolitik	Korr.	-0.095	-0.203	-0.265	-0.127	-0.221	-0.185
	Sig.	0.000	0.000	0.000	0.028	0.000	0.000
	N	2573	327	388	300	381	360
Law & Order	Korr.	-0.002	0.071	-0.045	-0.008	-0.028	0.042
	Sig.	0.916	0.198	0.382	0.894	0.581	0.422
	N	2573	327	388	300	381	360
Restriktive Migrationspolitik	Korr.	-0.093	-0.263	-0.182	-0.234	-0.121	-0.101
	Sig.	0.000	0.000	0.000	0.000	0.018	0.056
	N	2573	327	388	300	381	360
Mehr Umweltschutz	Korr.	-0.033	0.167	0.056	-0.123	-0.191	-0.076
	Sig.	0.095	0.003	0.269	0.033	0.000	0.148
	N	2573	327	388	300	381	360
Ausgebauter Sozialstaat	Korr.	0.078	0.156	0.291	0.198	0.198	0.173
	Sig.	0.000	0.005	0.000	0.001	0.000	0.001

Sprache (Französisch)		Alle	SVP.	FDP	CVP	SP	GPS
	N	2573	327	388	300	381	360
Gesellschaftliche	Korr.	-0.011	-0.096	-0.045	-0.159	-0.080	-0.098
Liberalisierung	Sig.	0.561	0.083	0.378	0.006	0.119	0.062
	N	2573	327	388	300	381	360
Rechts-links	Korr.	0.035	0.163	0.272	0.061	0.106	0.109
	Sig.	0.075	0.003	0.000	0.293	0.038	0.040
	N	2573	327	388	300	381	360
Liberal-konservativ	Korr.	-0.017	-0.115	-0.102	-0.024	-0.230	-0.196
	Sig.	0.386	0.038	0.044	0.676	0.000	0.000
	N	2573	327	388	300	381	360

Anhang 13 Korrelationen zwischen den kontextuellen Variablen (Stadt-Land) und den zehn Politikdimensionen (2)

Stadt-Land (Land)		Alle	SVP.	FDP	CVP	SP	GPS
Aussenpolitische	Korr.	-0.184	-0.044	-0.182	-0.154	-0.059	-0.073
Öffnung	Sig.	0.000	0.420	0.000	0.006	0.246	0.163
	N	2639	335	402	315	388	368
Wirtschaftliche	Korr.	0.069	-0.117	-0.218	-0.136	-0.022	-0.056
Liberalisierung	Sig.	0.000	0.032	0.000	0.016	0.666	0.281
	N	2639	335	402	315	388	368
Restriktive	Korr.	0.151	-0.094	-0.102	-0.070	0.023	0.078
Finanzpolitik	Sig.	0.000	0.085	0.042	0.212	0.646	0.136
	N	2639	335	402	315	388	368
Law & Order	Korr.	0.235	0.157	0.095	0.040	0.131	0.078
	Sig.	0.000	0.004	0.056	0.475	0.010	0.138
	N	2639	335	402	315	388	368
Restriktive	Korr.	0.202	0.032	0.088	0.060	0.103	0.043
Migrationspolitik	Sig.	0.000	0.555	0.078	0.289	0.042	0.409
	N	2639	335	402	315	388	368
Mehr	Korr.	-0.217	-0.077	-0.002	-0.112	-0.080	0.023
Umweltschutz	Sig.	0.000	0.160	0.962	0.047	0.115	0.656
	N	2639	335	402	315	388	368
Ausgebauter	Korr.	-0.178	0.075	0.106	-0.060	-0.020	-0.026
Sozialstaat	Sig.	0.000	0.169	0.034	0.285	0.693	0.625
	N	2639	335	402	315	388	368
Gesellschaftliche	Korr.	-0.239	-0.104	-0.135	-0.087	-0.135	-0.076
Liberalisierung	Sig.	0.000	0.057	0.007	0.122	0.008	0.147
	N	2639	335	402	315	388	368
Rechts-links	Korr.	-0.220	-0.034	0.025	-0.079	-0.135	-0.086
	Sig.	0.000	0.541	0.612	0.163	0.008	0.101

Stadt-Land (Land)		Alle	SVP.	FDP	CVP	SP	GPS
Liberal-konservativ	N	2639	335	402	315	388	368
	Korr.	-0.194	-0.174	-0.238	-0.197	-0.116	-0.097
	Sig.	0.000	0.001	0.000	0.000	0.022	0.062
	N	2639	335	402	315	388	368

Anhang 14

Korrelationen zwischen den kontextuellen Variablen (Konfession) und den zehn Politikdimensionen (3)

Konfession (katholisch)		Alle	SVP.	FDP	CVP	SP	GPS
Aussenpolitische Öffnung	Korr.	-0.006	-0.207	-0.188	-0.320	-0.072	0.026
	Sig.	0.750	0.000	0.000	0.000	0.155	0.625
	N	2639	335	402	315	388	368
Wirtschaftliche Liberalisierung	Korr.	-0.037	-0.228	-0.198	-0.067	-0.120	-0.128
	Sig.	0.058	0.000	0.000	0.238	0.019	0.014
	N	2639	335	402	315	388	368
Restriktive Finanzpolitik	Korr.	-0.035	0.028	-0.178	0.042	-0.035	-0.039
	Sig.	0.071	0.603	0.000	0.459	0.497	0.455
	N	2639	335	402	315	388	368
Law & Order	Korr.	-0.007	0.108	-0.026	0.217	-0.027	-0.024
	Sig.	0.719	0.047	0.608	0.000	0.592	0.652
	N	2639	335	402	315	388	368
Restriktive Migrationspolitik	Korr.	-0.012	0.112	0.124	0.219	-0.054	-0.060
	Sig.	0.524	0.040	0.013	0.000	0.287	0.250
	N	2639	335	402	315	388	368
Mehr Umweltschutz	Korr.	-0.014	0.009	0.054	-0.279	-0.016	0.039
	Sig.	0.468	0.863	0.280	0.000	0.747	0.461
	N	2639	335	402	315	388	368
Ausgebauter Sozialstaat	Korr.	0.022	0.007	0.134	-0.113	0.030	0.102
	Sig.	0.269	0.898	0.007	0.045	0.556	0.051
	N	2639	335	402	315	388	368
Gesellschaftliche Liberalisierung	Korr.	0.009	-0.199	-0.010	-0.306	-0.015	-0.019
	Sig.	0.637	0.000	0.839	0.000	0.768	0.712
	N	2639	335	402	315	388	368
Rechts-links	Korr.	0.013	-0.058	0.157	-0.223	-0.024	0.076
	Sig.	0.492	0.287	0.002	0.000	0.644	0.144
	N	2639	335	402	315	388	368
Liberal-konservativ	Korr.	-0.015	-0.298	-0.179	-0.362	-0.107	-0.057
	Sig.	0.439	0.000	0.000	0.000	0.036	0.275
	N	2639	335	402	315	388	368

Anhang 15

Konfliktmuster 1: Die Bürgerlichen gegen die Linke (durchschnittliche Zustimmung der Kandidierenden)

Frage	Zustimmung der Kandidierenden (0=Minimum, 100=Maximum)				
	SVP	FDP	CVP	SP	GPS
a46. Soll die Gesamtfläche der Bauzonen in der Schweiz für die nächsten 20 Jahre auf dem heutigen Stand begrenzt werden?	23.5	21.7	35.6	81.1	93.8
a30. Würden Sie es befürworten, wenn PendlerInnen je einen Teil ihrer Einkommenssteuern am Wohn- und am Arbeitsort versteuern müssten (z.B. 70% beim Wohnort und 30% am Arbeitsort)?	19.6	26.6	32.5	53.0	64.3
a33. Befürworten Sie die Einführung eines für alle Arbeitnehmenden gültigen Mindestlohnes von 3500 Franken (für eine 100%-Stelle)?	18.1	19.9	42.9	96.6	89.8
a38. Sollen die Unternehmen verpflichtet werden, Fonds zur Schaffung von Lehrstellen einzurichten?	17.8	25.8	47.9	96.1	89.8
a47. Soll bei Verstössen gegen das Tierschutzgesetz eine Tieranwältin oder ein Tieranwalt die Interessen der Tiere vertreten?	15.4	22.8	29.7	73.4	79.2
a2. Sollen die Krankenkassenprämien für die Grundversicherung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (Einkommen und Vermögen) berechnet werden?	11.8	10.6	20.0	93.5	89.6
a27. Soll die Steuerbelastung in allen Kantonen und Gemeinden annähernd gleich hoch sein?	9.5	12.2	30.7	93.7	85.8
a20. Sollen der Besitz und Konsum von Cannabis legalisiert werden?	8.7	46.8	27.3	80.7	82.5
a40. In einigen ausländischen Städten (z.B. London, Oslo oder Stockholm) muss für Autofahrten in die Innenstadt eine Gebühr bezahlt werden. Soll ein solches Road Pricing auch in Schweizer Städten eingeführt werden?	7.8	32.8	42.8	83.3	93.6
a18. Sollen gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren dürfen?	7.3	29.8	22.7	74.7	73.8
a50. Würden Sie die Einführung des aktiven Stimm- und Wahlrechtes für Jugendliche ab 16 Jahren befürworten?	5.8	27.4	28.7	87.4	80.6
a13. Soll gesamtschweizerisch das aktive Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf Gemeindeebene eingeführt werden?	3.1	34.6	30.5	94.4	93.6
a15. Sind Sie dafür, dass der Status von Sans-Papiers durch eine einmalige kollektive Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen legalisiert wird?	1.2	10.6	22.6	86.7	84.8
a60. Soll die Schweiz in den nächsten fünf Jahren EU-Beitrittsverhandlungen aufnehmen?	0.6	24.1	26.8	85.8	68.6
a51. Halten Sie eine Verschärfung des Jugendstrafrechts für eine geeignete Massnahme zur Eindämmung der Jugendkriminalität?	94.1	52.8	64.6	17.1	16.2
a43. Der Bundesrat will als Ersatz für die bisherigen	89.4	79.7	55.1	4.0	1.2

Frage	Zustimmung der Kandidierenden (0=Minimum, 100=Maximum)				
	SVP	FDP	CVP	SP	GPS
Atomkraftwerke (AKWs) ein oder zwei neue AKWs bewilligen. Befürworten Sie dies?					
a9. Würden Sie es begrüßen, wenn Schüler und Schülerinnen, die den Schulbetrieb wiederholt und in schwerwiegender Weise stören, in spezielle, staatliche Erziehungsheime eingewiesen werden könnten?	82.0	75.9	73.3	47.0	34.1
a24. Finden Sie es richtig, dass die Buchpreisbindung gesamtschweizerisch aufgehoben worden ist?	81.4	91.2	76.6	29.6	37.2
a52. Befürworten Sie die unterstützenden Einsätze der Armee zur Wahrung der inneren Sicherheit (WEF, EURO 2008, Bewachung von Botschaften und Konsulaten)?	68.7	80.7	80.4	20.8	25.1
a56. Der Bundesrat möchte die Befugnisse der Sicherheitsbehörden zur präventiven Überwachung des Post-, Telefon- und E-Mailverkehrs ausweiten. Finden Sie dies richtig?	52.5	52.9	53.2	10.6	13.3

Anhang 16

Konfliktmuster 2: Die SVP gegen die Anderen (durchschnittliche Zustimmung der Kandidierenden)

Frage	Zustimmung der Kandidierenden (0=Minimum, 100=Maximum)				
	SVP	FDP	CVP	SP	GPS
a19. Eine Volksinitiative will den Bau von Minaretten verbieten. Befürworten Sie dies?	86.1	18.1	21.6	2.7	2.7
a7. Soll die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes von 400 auf 300 Tage gekürzt werden?	79.4	45.1	30.2	3.5	9.3
a42. Sollen die Schutzbestimmungen für Wölfe gelockert werden?	55.5	47.4	38.6	9.7	9.8
a49. Soll der Bundesrat direkt vom Volk gewählt werden?	54.0	9.4	9.0	12.1	15.1
a41. Sollen bei öffentlichen und privaten Neubauten die Minergiestandards zwingend eingehalten werden müssen?	43.2	69.8	83.9	98.1	98.0
a35. Sind Sie der Meinung, dass die Schweiz Parallelimporte von patentgeschützten Produkten zulassen sollte?	39.4	60.7	71.0	89.1	80.2
a22. Würden Sie ein Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden, Restaurants und Bars ? wie es im Kanton Tessin besteht ? in der ganzen Schweiz befürworten?	37.5	60.5	71.4	81.7	84.3
a45. Soll sich die Schweiz verpflichten, bis ins Jahr 2020 eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 30% (im Vergleich zum Stand von 1990) vorzu-	33.8	57.9	82.6	99.3	99.6

Frage	Zustimmung der Kandidierenden (0=Minimum, 100=Maximum)				
	SVP	FDP	CVP	SP	GPS
nehmen?					
a57. Soll die Militärjustiz gegenüber Zivilpersonen abgeschafft und ihre Aufgaben auf die zivile Justiz übertragen werden?	31.8	69.0	66.2	94.6	93.4
a53. Sollen Schweizer Jugendliche frei zwischen einem Militärdienst und einem zivilen Ersatzdienst (Zivildienst) wählen können?	27.4	56.8	75.5	99.3	99.1
a62. Seit 1. Januar 2007 sind Rumänien und Bulgarien Mitglieder der Europäischen Union (EU). Befürworten Sie, dass der freie Personenverkehr zwischen der Schweiz und der EU auf diese beiden Länder ausgedehnt wird?	14.0	77.9	73.8	92.3	89.8
a6. Befürworten Sie die Subventionierung von Tagesstätten und Kinderkrippen durch den Bund?	13.8	51.4	84.6	98.7	94.6
a17. Soll sich der Bund finanziell stärker für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern engagieren?	13.7	63.2	70.0	97.2	95.2
a14. Heute können Asylsuchende, deren Gesuch abgewiesen worden ist, beim Bundesverwaltungsgericht dagegen Beschwerde einreichen. Finden Sie dies richtig?	13.7	65.6	71.1	97.2	95.7
a61. Die Schweiz verfolgt in den letzten Jahren eine aktivere, öffentlichere Aussenpolitik, die sich weniger an der strikten Neutralität orientiert. Begrüssen Sie dies?	9.0	68.3	64.6	96.5	92.4
a16. Das Bundesgericht hat 2003 die Möglichkeiten der Gemeinden eingeschränkt, über Einbürgerungen an der Urne oder der Gemeindeversammlung zu entscheiden. Finden Sie dies richtig?	6.5	66.9	70.2	97.7	94.2

Anhang 17

Konfliktmuster 3: Mitte-Links gegen die Rechte (durchschnittliche Zustimmung der Kandidierenden)

Frage	Zustimmung der Kandidierenden (0=Minimum, 100=Maximum)				
	SVP	FDP	CVP	SP	GPS
a44. Unterstützen Sie die Volksinitiative zur Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts?	89.3	80.8	41.2	4.9	2.4
a31. Haben für Sie Steuersenkungen bei den Bundessteuern in den nächsten vier Jahren Priorität?	87.0	77.3	41.2	6.1	9.9
a48. Soll auf Bundesebene ein Finanzreferendum eingeführt werden?	81.3	62.8	26.3	19.8	45.2
a8. Sollen Stipendien an Studierende durch zinslose (nach dem Studium rückzahlbare) Darlehen ersetzt	76.0	69.0	47.9	11.2	21.3

Frage	Zustimmung der Kandidierenden (0=Minimum, 100=Maximum)				
	SVP	FDP	CVP	SP	GPS
werden?					
a34. Sind Sie für eine vollständige Liberalisierung der Geschäftsöffnungszeiten (Geschäfte können die Öffnungszeiten nach freiem Ermessen festlegen)?	73.5	86.0	44.1	17.2	24.5
a36. Soll der Bund seine Aktienmehrheit an der Swisscom abgeben?	71.2	79.8	32.3	6.8	18.0
a26. Bei der Mehrwertsteuer gelten heute drei verschiedene Steuersätze und diverse Steuerbefreiungen. Sollen ein einheitlicher Mehrwertsteuersatz eingeführt und die Befreiungen abgeschafft werden?	51.4	78.2	39.7	24.0	39.8
a37. Soll der Staat ein flächendeckendes Poststellennetz finanzieren?	39.1	30.4	65.7	91.6	84.1
a11. In der Schweizer Landwirtschaft gilt bis 2010 ein Moratorium für gentechnisch veränderte Organismen. Soll dieses verlängert werden?	37.2	23.9	57.7	92.5	95.7
a3. Sind Sie dafür, dass Leistungen der Komplementärmedizin (Alternativmedizin) umfassend von der Grundversicherung vergütet werden?	26.0	30.0	60.4	89.4	89.3
a23. Soll der Bund bei Unternehmen, die von öffentlichen Aufträgen profitieren, die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau regelmässig überprüfen?	24.0	35.8	71.7	98.4	94.8
a28. Das Bundesgericht hat degressive Steuertarife (abnehmender Steuersatz mit zunehmendem Einkommen) verboten. Finden Sie dies richtig?	23.4	43.6	66.4	98.1	96.6
a54. Soll die Einhaltung der Strassenverkehrsvorschriften strenger kontrolliert werden?	22.2	36.2	56.8	84.3	84.6
a55. Soll die Dienstwaffe von Armeeangehörigen in Zukunft im Zeughaus aufbewahrt werden?	11.5	42.8	58.1	95.8	96.8

Anhang 18 Die übrigen Konfliktmuster (durchschnittliche Zustimmung der Kandidierenden)

Frage	Zustimmung der Kandidierenden (0=Minimum, 100=Maximum)				
	SVP	FDP	CVP	SP	GPS
<i>Profilierung FDP</i>					
a1. Befürworten Sie eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen und Männer auf 67 Jahre?	45.7	57.1	29.5	5.2	15.5
a39. Sollten bei öffentlichen Aufträgen Schweizer Anbieter und Produkte vorgezogen werden, auch wenn diese etwas teurer sind?	83.0	39.7	61.9	65.5	79.3
<i>Profilierung GPS</i>					
a58. Sollen Sachbeschädigungen im öffentlichen Raum (Vandalismus, Sprayereien) härter bestraft werden?	97.0	87.1	88.5	63.7	49.5
<i>SVP + CVP gegen die Anderen (Linksliberale Koalition)</i>					
a4. Befürworten Sie die Einschränkung der freien Arztwahl im Bereich der Grundversicherung als kostendämpfende Massnahme?	52.8	37.9	51.0	22.6	37.8
a21. In den Niederlanden ist die aktive Sterbehilfe straffrei. Würden Sie eine solche Regelung auch in der Schweiz befürworten?	38.5	67.0	31.9	78.4	69.3
a63. Würden Sie einer Aufhebung sämtlicher Importzölle und -beschränkungen für landwirtschaftliche Produkte aus Entwicklungsländern zustimmen?	17.5	68.4	44.6	80.4	61.4
<i>CVP + SP gegen die Anderen (kleine Rechtsgrüne Koalition)</i>					
a59. Befürworten Sie, dass bewaffnete Schweizer Armeemitglieder unter UNO- oder OSZE-Mandat im Ausland eingesetzt werden können?	10.8	80.4	70.2	69.1	44.1
<i>FDP + CVP + SP gegen SVP und GPS (grosse Rechtsgrüne Koalition)</i>					
a5. Sollten die Versicherten ihre Pensionskasse (2. Säule; BVG) frei wählen können?	75.8	73.8	47.4	37.9	65.2
<i>Non issues</i>					
a25. Der Schwangerschaftsabbruch ist in der Schweiz in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft strafflos möglich. Finden Sie dies richtig?	63.4	93.8	73.9	96.3	94.4
a29. Würden Sie die Einführung einer Individualbesteuerung anstelle der heutigen Ehepaarbesteuerung befürworten?	53.1	86.5	50.6	91.0	86.9
a12. Soll Englisch landesweit als erste Fremdsprache unterrichtet werden?	37.5	41.9	38.1	33.0	29.3
a10. Finden Sie es richtig, wenn der Staat private Schulen finanziell unterstützt?	33.1	25.0	40.3	15.3	40.7
a32. Soll die direkte Bundessteuer abgeschafft und im Gegenzug die Mehrwertsteuer erhöht werden?	29.8	48.6	15.8	3.5	10.8

Anhang 19

Die Antworten der SVP-Kandidierenden (Verteilung in Prozent)

Frage	0	25	75	100	Ø	σ
		nein	eher nein	eher ja		
Soll Englisch landesweit als erste Fremdsprache unterrichtet werden?	48.5	15.4	9.8	26.3	37.5	43.3
Bei der Mehrwertsteuer gelten heute drei verschiedene Steuersätze und diverse Steuerbefreiungen. Sollen ein einheitlicher Mehrwertsteuersatz eingeführt und die Befreiungen abgeschafft werden?	31.0	17.3	18.8	33.0	51.4	42.8
Sollen die Schutzbestimmungen für Wölfe gelockert werden?	26.8	17.9	17.3	38.1	55.5	42.6
Soll der Bundesrat direkt vom Volk gewählt werden?	30.4	13.1	23.2	33.3	54.0	42.5
Würden Sie die Einführung einer Individualbesteuerung anstelle der heutigen Ehepaarbesteuerung befürworten?	29.2	17.0	20.2	33.6	53.1	42.4
Befürworten Sie die Einschränkung der freien Arztwahl im Bereich der Grundversicherung als kostendämpfende Massnahme?	28.7	18.3	18.9	34.0	52.8	42.4
Der Schwangerschaftsabbruch ist in der Schweiz in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft straflos möglich. Finden Sie dies richtig?	23.4	11.3	18.7	46.6	63.4	42.0
Würden Sie ein Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden, Restaurants und Bars ? wie es im Kanton Tessin besteht ? in der ganzen Schweiz befürworten?	45.1	18.1	15.1	21.7	37.5	41.6
Befürworten Sie eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen und Männer auf 67 Jahre?	36.9	14.5	26.3	22.4	45.7	41.5
In der Schweizer Landwirtschaft gilt bis 2010 ein Moratorium für gentechnisch veränderte Organismen. Soll dieses verlängert werden?	44.1	20.1	14.5	21.3	37.2	41.1
Soll die Militärjustiz gegenüber Zivilpersonen abgeschafft und ihre Aufgaben auf die zivile Justiz übertragen werden?	50.6	19.9	10.7	18.8	31.8	40.0
Der Bundesrat möchte die Befugnisse der Sicherheitsbehörden zur präventiven Überwachung des Post-, Telefon- und E-Mailverkehrs ausweiten. Finden Sie dies richtig?	23.8	23.2	25.0	28.0	52.5	39.9
In den Niederlanden ist die aktive Sterbehilfe straffrei. Würden Sie eine solche Regelung auch in der Schweiz befürworten?	37.7	24.3	22.3	15.7	38.5	38.7
Sind Sie der Meinung, dass die Schweiz Parallelimporte von patentgeschützten Produkten zulassen sollte?	35.1	27.1	20.8	17.0	39.4	38.6
Soll der Staat ein flächendeckendes Poststel-	37.2	23.2	25.0	14.6	39.1	38.5

Frage	0 nein	25 eher nein	75 eher ja	100 ja	Ø	σ
lennetz finanzieren?						
Finden Sie es richtig, wenn der Staat private Schulen finanziell unterstützt?	44.7	24.9	14.5	16.0	33.1	38.5
Soll der Bund seine Aktienmehrheit an der Swisscom abgeben?	15.8	10.4	20.8	53.0	71.2	38.3
Sollen bei öffentlichen und privaten Neubauten die Minergiestandards zwingend eingehalten werden müssen?	32.1	22.6	31.0	14.3	43.2	38.1
Sind Sie für eine vollständige Liberalisierung der Geschäftsöffnungszeiten (Geschäfte können die Öffnungszeiten nach freiem Ermessen festlegen)?	14.9	9.8	17.0	58.3	73.5	38.1
Sollen Schweizer Jugendliche frei zwischen einem Militärdienst und einem zivilen Ersatzdienst (Zivildienst) wählen können?	56.3	17.6	12.8	13.4	27.4	37.7
Befürworten Sie die unterstützenden Einsätze der Armee zur Wahrung der inneren Sicherheit (WEF, EURO 2008, Bewachung von Botschaften und Konsulaten)?	14.9	12.5	28.3	44.3	68.7	37.3
Soll die direkte Bundessteuer abgeschafft und im Gegenzug die Mehrwertsteuer erhöht werden?	52.7	15.8	22.6	8.9	29.8	37.1
Soll sich die Schweiz verpflichten, bis ins Jahr 2020 eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 30% (im Vergleich zum Stand von 1990) vorzunehmen?	40.5	28.0	19.0	12.5	33.8	36.9
Sollten die Versicherten ihre Pensionskasse (2. Säule; BVG) frei wählen können?	12.4	8.3	22.2	57.1	75.8	35.6
Soll der Bund bei Unternehmen, die von öffentlichen Aufträgen profitieren, die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau regelmässig überprüfen?	59.9	16.9	13.6	9.5	24.0	35.4
Das Bundesgericht hat degressive Steuertarife (abnehmender Steuersatz mit zunehmendem Einkommen) verboten. Finden Sie dies richtig?	58.0	21.7	9.2	11.0	23.4	34.8
Sollen Stipendien an Studierende durch zinslose (nach dem Studium rückzahlbare) Darlehen ersetzt werden?	11.5	8.3	25.1	55.0	76.0	34.7
Sind Sie dafür, dass Leistungen der Komplementärmedizin (Alternativmedizin) umfassend von der Grundversicherung vergütet werden?	52.4	23.7	15.4	8.6	26.0	34.6
Würden Sie es befürworten, wenn PendlerInnen je einen Teil ihrer Einkommenssteuern am Wohn- und am Arbeitsort versteuern müssten (z.B. 70% beim Wohnort und 30% am Arbeitsort)?	69.6	11.3	9.2	9.8	19.6	34.5

Frage	0 nein	25 eher nein	75 eher ja	100 ja	Ø	σ
Soll die Gesamtfläche der Bauzonen in der Schweiz für die nächsten 20 Jahre auf dem heutigen Stand begrenzt werden?	55.4	23.8	13.1	7.7	23.5	33.3
Soll die Einhaltung der Strassenverkehrsvorschriften strenger kontrolliert werden?	56.8	24.4	10.4	8.3	22.2	32.9
Befürworten Sie die Einführung eines für alle Arbeitnehmenden gültigen Mindestlohnes von 3500 Franken (für eine 100%-Stelle)?	68.2	16.1	6.8	8.9	18.1	32.5
Soll auf Bundesebene ein Finanzreferendum eingeführt werden?	8.6	7.4	17.9	66.1	81.3	32.4
Soll die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes von 400 auf 300 Tage gekürzt werden?	7.7	9.5	23.1	59.8	79.4	32.0
Finden Sie es richtig, dass die Buchpreisbindung gesamtschweizerisch aufgehoben worden ist?	6.5	8.6	22.6	62.3	81.4	30.6
Soll bei Verstössen gegen das Tierschutzgesetz eine Tieranwältin oder ein Tieranwalt die Interessen der Tiere vertreten?	73.2	12.8	7.1	6.8	15.4	30.5
Sollen die Unternehmen verpflichtet werden, Fonds zur Schaffung von Lehrstellen einzurichten?	65.2	19.6	9.2	6.0	17.8	30.4
Heute können Asylsuchende, deren Gesuch abgewiesen worden ist, beim Bundesverwaltungsgericht dagegen Beschwerde einreichen. Finden Sie dies richtig?	77.2	9.8	7.1	5.9	13.7	29.5
Würden Sie es begrüßen, wenn Schüler und Schülerinnen, die den Schulbetrieb wiederholt und in schwerwiegender Weise stören, in spezielle, staatliche Erziehungsheime eingewiesen werden könnten?	5.0	9.5	23.7	61.8	82.0	29.3
Würden Sie einer Aufhebung sämtlicher Importzölle und -beschränkungen für landwirtschaftliche Produkte aus Entwicklungsländern zustimmen?	62.2	24.1	8.9	4.8	17.5	28.7
Seit 1. Januar 2007 sind Rumänien und Bulgarien Mitglieder der Europäischen Union (EU). Befürworten Sie, dass der freie Personenverkehr zwischen der Schweiz und der EU auf diese beiden Länder ausgedehnt wird?	73.0	15.1	6.5	5.3	14.0	28.3
Soll die Dienstwaffe von Armeemangehörigen in Zukunft im Zeughaus aufbewahrt werden?	80.4	10.1	2.4	7.1	11.5	28.0
Eine Volksinitiative will den Bau von Minaretten verbieten. Befürworten Sie dies?	4.7	6.8	16.3	72.1	86.1	27.7
Befürworten Sie die Subventionierung von Tagesstätten und Kinderkrippen durch den Bund?	72.2	16.3	7.4	4.1	13.8	27.3
Sollen die Krankenkassenprämien für die	77.9	11.5	6.8	3.8	11.8	26.5

Frage	0 nein	25 eher nein	75 eher ja	100 ja	Ø	σ
Grundversicherung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (Einkommen und Vermögen) berechnet werden?						
Soll sich der Bund finanziell stärker für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern engagieren?	70.6	18.1	8.3	3.0	13.7	26.3
Haben für Sie Steuersenkungen bei den Bundessteuern in den nächsten vier Jahren Priorität?	3.9	6.3	17.9	72.0	87.0	26.1
Sollten bei öffentlichen Aufträgen Schweizer Anbieter und Produkte vorgezogen werden, auch wenn diese etwas teurer sind?	4.5	5.4	34.2	56.0	83.0	25.9
Unterstützen Sie die Volksinitiative zur Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts?	4.2	5.1	11.0	79.8	89.3	25.6
Befürworten Sie, dass bewaffnete Schweizer Armeemitglieder unter UNO- oder OSZE-Mandat im Ausland eingesetzt werden können?	78.6	12.5	4.7	4.2	10.8	25.4
Soll die Steuerbelastung in allen Kantonen und Gemeinden annähernd gleich hoch sein?	83.3	8.0	4.5	4.2	9.5	25.1
Sollen der Besitz und Konsum von Cannabis legalisiert werden?	84.0	8.3	4.5	3.3	8.7	23.6
Der Bundesrat will als Ersatz für die bisherigen Atomkraftwerke (AKWs) ein oder zwei neue AKWs bewilligen. Befürworten Sie dies?	3.9	2.7	18.8	74.7	89.4	23.3
In einigen ausländischen Städten (z.B. London, Oslo oder Stockholm) muss für Autofahrten in die Innenstadt eine Gebühr bezahlt werden. Soll ein solches Road Pricing auch in Schweizer Städten eingeführt werden?	86.0	6.5	5.1	2.4	7.8	22.5
Die Schweiz verfolgt in den letzten Jahren eine aktivere, öffentlichere Aussenpolitik, die sich weniger an der strikten Neutralität orientiert. Begrüssen Sie dies?	80.7	11.6	6.5	1.2	9.0	21.9
Sollen gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren dürfen?	86.4	7.1	4.2	2.4	7.3	21.5
Das Bundesgericht hat 2003 die Möglichkeiten der Gemeinden eingeschränkt, über Einbürgerungen an der Urne oder der Gemeindeversammlung zu entscheiden. Finden Sie dies richtig?	87.8	6.5	3.0	2.7	6.5	20.8
Würden Sie die Einführung des aktiven Stimm- und Wahlrechtes für Jugendliche ab 16 Jahren befürworten?	89.0	6.2	2.1	2.7	5.8	19.8
Halten Sie eine Verschärfung des Jugendstrafrechts für eine geeignete Massnahme	1.5	2.4	10.4	85.8	94.1	17.7

Frage	0 nein	25 eher nein	75 eher ja	100 ja	Ø	σ
zur Eindämmung der Jugendkriminalität?						
Soll gesamtschweizerisch das aktive Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf Gemeindeebene eingeführt werden?	93.8	3.9	0.9	1.5	3.1	14.6
Sollen Sachbeschädigungen im öffentlichen Raum (Vandalismus, Sprayereien) härter bestraft werden?	0.3	0.9	8.3	90.5	97.0	11.1
Sind Sie dafür, dass der Status von Sans-Papiers durch eine einmalige kollektive Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen legalisiert wird?	95.8	3.9	0.3		1.2	6.3
Soll die Schweiz in den nächsten fünf Jahren EU-Beitrittsverhandlungen aufnehmen?	98.5	1.2		0.3	0.6	6.1

N=336

Anhang 20

Die Antworten der FDP-Kandidierenden (Verteilung in Prozent)

Frage	0 nein	25 eher nein	75 eher ja	100 ja	Ø	σ
Soll die Dienstwaffe von Armeeangehörigen in Zukunft im Zeughaus aufbewahrt werden?	42.8	14.4	14.4	28.4	42.8	43.7
Sollen Schweizer Jugendliche frei zwischen einem Militärdienst und einem zivilen Ersatzdienst (Zivildienst) wählen können?	29.6	12.2	17.7	40.5	56.8	43.6
Soll Englisch landesweit als erste Fremdsprache unterrichtet werden?	43.7	13.9	16.1	26.3	41.9	43.3
Sollen der Besitz und Konsum von Cannabis legalisiert werden?	37.2	13.2	24.6	25.1	46.8	42.3
Soll die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes von 400 auf 300 Tage gekürzt werden?	36.5	17.4	21.6	24.6	45.1	41.8
Würden Sie ein Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden, Restaurants und Bars ? wie es im Kanton Tessin besteht ? in der ganzen Schweiz befürworten?	22.6	15.6	20.6	41.2	60.5	41.4
Befürworten Sie eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen und Männer auf 67 Jahre?	24.6	16.6	23.3	35.5	57.1	41.3
Das Bundesgericht hat degressive Steuertarife (abnehmender Steuersatz mit zunehmendem Einkommen) verboten. Finden Sie dies	36.7	18.9	22.1	22.3	43.6	41.2

Frage	0 nein	25 eher nein	75 eher ja	100 ja	Ø	σ
richtig?						
Soll der Bund bei Unternehmen, die von öffentlichen Aufträgen profitieren, die Lohn- gleichheit zwischen Mann und Frau regel- mässig überprüfen?	47.4	17.4	15.1	20.1	35.8	41.1
Befürworten Sie die Einschränkung der freien Arztwahl im Bereich der Grundversicherung als kostendämpfende Massnahme?	44.9	16.1	20.3	18.6	37.9	40.9
Sollen die Schutzbestimmungen für Wölfe gelockert werden?	30.3	22.3	22.3	25.1	47.4	40.7
Das Bundesgericht hat 2003 die Möglichkei- ten der Gemeinden eingeschränkt, über Einbürgerungen an der Urne oder der Ge- meindeversammlung zu entscheiden. Finden Sie dies richtig?	18.4	14.1	16.4	51.1	66.9	40.6
Halten Sie eine Verschärfung des Jugend- strafrechts für eine geeignete Massnahme zur Eindämmung der Jugendkriminalität?	27.6	16.4	29.1	26.9	52.8	40.5
Soll auf Bundesebene ein Finanzreferendum eingeführt werden?	19.6	16.4	21.1	42.9	62.8	40.5
Heute können Asylsuchende, deren Gesuch abgewiesen worden ist, beim Bundesverwal- tungsgesicht dagegen Beschwerde einrei- chen. Finden Sie dies richtig?	19.1	13.9	19.4	47.6	65.6	40.5
Sind Sie der Meinung, dass die Schweiz Parallelimporte von patentgeschützten Produkten zulassen sollte?	21.3	15.6	24.8	38.2	60.7	40.4
Soll gesamtschweizerisch das aktive Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf Gemeindeebene eingeführt werden?	49.6	14.1	20.8	15.4	34.6	40.1
Soll sich die Schweiz verpflichten, bis ins Jahr 2020 eine Reduktion der Treibhausgas- emissionen um 30% (im Vergleich zum Stand von 1990) vorzunehmen?	22.6	15.6	31.3	30.5	57.9	39.5
Soll die Militärjustiz gegenüber Zivilpersonen abgeschafft und ihre Aufgaben auf die zivile Justiz übertragen werden?	15.7	14.2	18.9	51.2	69.0	39.0
Sollten bei öffentlichen Aufträgen Schweizer Anbieter und Produkte vorgezogen werden, auch wenn diese etwas teurer sind?	36.7	23.1	25.1	15.1	39.7	38.7
Sollen gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren dürfen?	52.1	19.6	13.4	14.9	29.8	38.4
Soll die direkte Bundessteuer abgeschafft und im Gegenzug die Mehrwertsteuer erhöht werden?	26.6	22.1	33.3	18.1	48.6	38.3
Befürworten Sie die Subventionierung von Tagesstätten und Kinderkrippen durch den	20.8	27.8	27.8	23.6	51.4	38.2

Frage	0 nein	25 eher nein	75 eher ja	100 ja	Ø	σ
Bund?						
In einigen ausländischen Städten (z.B. London, Oslo oder Stockholm) muss für Autofahrten in die Innenstadt eine Gebühr bezahlt werden. Soll ein solches Road Pricing auch in Schweizer Städten eingeführt werden?	47.1	20.1	20.1	12.7	32.8	38.1
Soll sich der Bund finanziell stärker für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern engagieren?	15.6	18.4	29.8	36.2	63.2	37.8
Der Bundesrat möchte die Befugnisse der Sicherheitsbehörden zur präventiven Überwachung des Post-, Telefon- und E-Mailverkehrs ausweiten. Finden Sie dies richtig?	21.1	22.6	36.1	20.1	52.9	37.3
Würden Sie es befürworten, wenn PendlerInnen je einen Teil ihrer Einkommenssteuern am Wohn- und am Arbeitsort versteuern müssten (z.B. 70% beim Wohnort und 30% am Arbeitsort)?	56.1	19.1	12.2	12.7	26.6	37.0
Würden Sie die Einführung des aktiven Stimm- und Wahlrechtes für Jugendliche ab 16 Jahren befürworten?	53.8	20.8	12.7	12.7	27.4	36.9
Würden Sie einer Aufhebung sämtlicher Importzölle und -beschränkungen für landwirtschaftliche Produkte aus Entwicklungsländern zustimmen?	12.2	17.4	25.4	45.0	68.4	36.9
Sind Sie dafür, dass Leistungen der Komplementärmedizin (Alternativmedizin) umfassend von der Grundversicherung vergütet werden?	47.4	24.6	16.9	11.2	30.0	36.4
Soll der Staat ein flächendeckendes Poststellennetz finanzieren?	46.4	24.3	19.9	9.4	30.4	35.9
Sollen die Unternehmen verpflichtet werden, Fonds zur Schaffung von Lehrstellen einzurichten?	55.8	19.4	15.4	9.4	25.8	35.6
Soll die Schweiz in den nächsten fünf Jahren EU-Beitrittsverhandlungen aufnehmen?	59.7	17.2	13.2	10.0	24.1	35.6
In der Schweizer Landwirtschaft gilt bis 2010 ein Moratorium für gentechnisch veränderte Organismen. Soll dieses verlängert werden?	59.6	17.9	12.7	9.9	23.9	35.3
Soll bei Verstössen gegen das Tierschutzgesetz eine Tieranwältin oder ein Tieranwalt die Interessen der Tiere vertreten?	60.8	18.6	9.7	10.9	22.8	35.1
Soll die Einhaltung der Strassenverkehrsvorschriften strenger kontrolliert werden?	29.6	39.1	19.7	11.7	36.2	34.8
Sollen Stipendien an Studierende durch zinslose (nach dem Studium rückzahlbare)	12.4	12.2	37.7	37.7	69.0	34.7

Frage	0 nein	25 eher nein	75 eher ja	100 ja	Ø	σ
Darlehen ersetzt werden?						
Finden Sie es richtig, wenn der Staat private Schulen finanziell unterstützt?	53.8	24.3	11.7	10.2	25.0	34.7
Sollten die Versicherten ihre Pensionskasse (2. Säule; BVG) frei wählen können?	9.7	13.4	25.8	51.1	73.8	34.6
In den Niederlanden ist die aktive Sterbehilfe straffrei. Würden Sie eine solche Regelung auch in der Schweiz befürworten?	12.2	14.1	40.9	32.8	67.0	34.4
Die Schweiz verfolgt in den letzten Jahren eine aktivere, öffentlichere Aussenpolitik, die sich weniger an der strikten Neutralität orientiert. Begrüssen Sie dies?	10.4	15.2	39.6	34.8	68.3	33.8
Unterstützen Sie die Volksinitiative zur Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts?	9.9	6.2	18.6	65.3	80.8	33.0
Haben für Sie Steuersenkungen bei den Bundessteuern in den nächsten vier Jahren Priorität?	8.4	10.7	25.1	55.8	77.3	33.0
Der Bundesrat will als Ersatz für die bisherigen Atomkraftwerke (AKWs) ein oder zwei neue AKWs bewilligen. Befürworten Sie dies?	9.7	6.9	21.8	61.5	79.7	32.9
Befürworten Sie die Einführung eines für alle Arbeitnehmenden gültigen Mindestlohnes von 3500 Franken (für eine 100%-Stelle)?	64.5	17.6	9.7	8.2	19.9	32.9
Bei der Mehrwertsteuer gelten heute drei verschiedene Steuersätze und diverse Steuerbefreiungen. Sollen ein einheitlicher Mehrwertsteuersatz eingeführt und die Befreiungen abgeschafft werden?	6.9	12.9	20.8	59.3	78.2	32.8
Seit 1. Januar 2007 sind Rumänien und Bulgarien Mitglieder der Europäischen Union (EU). Befürworten Sie, dass der freie Personenverkehr zwischen der Schweiz und der EU auf diese beiden Länder ausgedehnt wird?	7.5	11.7	23.6	57.2	77.9	32.6
Würden Sie es begrüssen, wenn Schüler und Schülerinnen, die den Schulbetrieb wiederholt und in schwerwiegender Weise stören, in spezielle, staatliche Erziehungsheime eingewiesen werden könnten?	6.2	14.9	27.0	51.9	75.9	32.4
Befürworten Sie, dass bewaffnete Schweizer Armeeingehörige unter UNO- oder OSZE-Mandat im Ausland eingesetzt werden können?	8.0	8.7	20.4	62.9	80.4	32.1
Soll der Bund seine Aktienmehrheit an der Swisscom abgeben?	6.5	11.9	19.1	62.5	79.8	32.1
Sollen bei öffentlichen und privaten Neubauten die Minergiestandards zwingend ein-	8.4	14.4	43.9	33.3	69.8	31.9

Frage	0 nein	25 eher nein	75 eher ja	100 ja	Ø	σ
gehalten werden müssen?						
Eine Volksinitiative will den Bau von Minaretten verbieten. Befürworten Sie dies?	66.5	17.1	10.4	6.0	18.1	31.1
Soll die Gesamtfläche der Bauzonen in der Schweiz für die nächsten 20 Jahre auf dem heutigen Stand begrenzt werden?	54.8	26.8	13.4	5.0	21.7	30.8
Befürworten Sie die unterstützenden Einsätze der Armee zur Wahrung der inneren Sicherheit (WEF, EURO 2008, Bewachung von Botschaften und Konsulaten)?	7.5	7.0	26.4	59.2	80.7	30.6
Würden Sie die Einführung einer Individualbesteuerung anstelle der heutigen Ehepaarbesteuerung befürworten?	5.0	5.7	16.9	72.5	86.5	27.3
Sind Sie für eine vollständige Liberalisierung der Geschäftsöffnungszeiten (Geschäfte können die Öffnungszeiten nach freiem Ermessen festlegen)?	6.0	3.7	20.8	69.5	86.0	27.2
Sollen Sachbeschädigungen im öffentlichen Raum (Vandalismus, Sprayereien) härter bestraft werden?	4.7	5.2	16.9	73.1	87.1	26.6
Soll die Steuerbelastung in allen Kantonen und Gemeinden annähernd gleich hoch sein?	74.2	15.9	6.9	3.0	12.2	25.3
Sollen die Krankenkassenprämien für die Grundversicherung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (Einkommen und Vermögen) berechnet werden?	79.4	11.2	6.5	3.0	10.6	24.9
Soll der Bundesrat direkt vom Volk gewählt werden?	81.4	11.2	3.2	4.2	9.4	24.2
Sind Sie dafür, dass der Status von Sans-Papiers durch eine einmalige kollektive Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen legalisiert wird?	75.9	15.9	6.2	2.0	10.6	23.1
Finden Sie es richtig, dass die Buchpreisbindung gesamtschweizerisch aufgehoben worden ist?	3.2	3.5	11.9	81.4	91.2	22.7
Der Schwangerschaftsabbruch ist in der Schweiz in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft straflos möglich. Finden Sie dies richtig?	2.0	1.5	12.4	84.1	93.8	17.9
N=402						

Anhang 21

Die Antworten der CVP-Kandidierenden (Verteilung in Prozent)

Frage	0 nein	25 eher nein	75 eher ja	100 ja	Ø	σ
Würden Sie die Einführung einer Individualbesteuerung anstelle der heutigen Ehepaarbesteuerung befürworten?	32.3	17.4	16.1	34.2	50.6	43.3
Soll die Dienstwaffe von Armeee Angehörigen in Zukunft im Zeughaus aufbewahrt werden?	26.7	13.7	20.0	39.7	58.1	42.5
Soll Englisch landesweit als erste Fremdsprache unterrichtet werden?	45.9	16.5	14.9	22.8	38.1	42.1
Sollten die Versicherten ihre Pensionskasse (2. Säule; BVG) frei wählen können?	33.3	19.0	20.0	27.6	47.4	42.0
Befürworten Sie die Einführung eines für alle Arbeitnehmenden gültigen Mindestlohnes von 3500 Franken (für eine 100%-Stelle)?	38.3	19.3	17.4	25.0	42.9	42.0
Sind Sie für eine vollständige Liberalisierung der Geschäftsöffnungszeiten (Geschäfte können die Öffnungszeiten nach freiem Ermessen festlegen)?	37.7	16.8	22.5	23.1	44.1	41.7
Bei der Mehrwertsteuer gelten heute drei verschiedene Steuersätze und diverse Steuerbefreiungen. Sollen ein einheitlicher Mehrwertsteuersatz eingeführt und die Befreiungen abgeschafft werden?	39.2	21.2	20.6	19.0	39.7	40.2
Unterstützen Sie die Volksinitiative zur Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts?	36.2	22.5	22.9	18.4	41.2	39.7
Sollen Stipendien an Studierende durch zinslose (nach dem Studium rückzahlbare) Darlehen ersetzt werden?	30.4	18.4	32.0	19.3	47.9	39.5
Sollen die Unternehmen verpflichtet werden, Fonds zur Schaffung von Lehrstellen einzurichten?	30.4	18.0	32.6	19.0	47.9	39.4
Würden Sie es befürworten, wenn PendlerInnen je einen Teil ihrer Einkommenssteuern am Wohn- und am Arbeitsort versteuern müssten (z.B. 70% beim Wohnort und 30% am Arbeitsort)?	49.7	17.7	18.0	14.6	32.5	39.1
Das Bundesgericht hat degressive Steuertarife (abnehmender Steuersatz mit zunehmendem Einkommen) verboten. Finden Sie dies richtig?	16.5	14.9	24.1	44.6	66.4	38.8
In einigen ausländischen Städten (z.B. London, Oslo oder Stockholm) muss für Autofahrten in die Innenstadt eine Gebühr bezahlt werden. Soll ein solches Road Pricing auch in Schweizer Städten eingeführt werden?	31.4	26.0	25.1	17.5	42.8	38.7
Soll gesamtschweizerisch das aktive Stimm-	52.5	16.8	17.4	13.3	30.5	38.5

Frage	0	25	75	100	Ø	σ
	nein	eher nein	eher ja	ja		
und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf Gemeindeebene eingeführt werden?						
Befürworten Sie die Einschränkung der freien Arztwahl im Bereich der Grundversicherung als kostendämpfende Massnahme?	25.0	20.6	34.2	20.3	51.0	38.4
Der Bundesrat will als Ersatz für die bisherigen Atomkraftwerke (AKWs) ein oder zwei neue AKWs bewilligen. Befürworten Sie dies?	22.5	17.8	36.2	23.5	55.1	38.3
Soll die Einhaltung der Strassenverkehrsvorschriften strenger kontrolliert werden?	16.8	25.7	28.3	29.2	56.8	38.0
Soll bei Verstössen gegen das Tierschutzgesetz eine Tieranwältin oder ein Tieranwalt die Interessen der Tiere vertreten?	53.3	16.5	18.4	11.7	29.7	37.9
In der Schweizer Landwirtschaft gilt bis 2010 ein Moratorium für gentechnisch veränderte Organismen. Soll dieses verlängert werden?	14.6	28.5	25.6	31.3	57.7	37.8
Würden Sie ein Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden, Restaurants und Bars ? wie es im Kanton Tessin besteht ? in der ganzen Schweiz befürworten?	11.7	16.8	17.4	54.1	71.4	37.5
Befürworten Sie, dass bewaffnete Schweizer Armeemitglieder unter UNO- oder OSZE-Mandat im Ausland eingesetzt werden können?	13.0	14.9	22.5	49.5	70.2	37.4
In den Niederlanden ist die aktive Sterbehilfe straffrei. Würden Sie eine solche Regelung auch in der Schweiz befürworten?	46.2	22.8	19.3	11.7	31.9	37.2
Finden Sie es richtig, wenn der Staat private Schulen finanziell unterstützt?	30.7	30.1	25.6	13.6	40.3	37.0
Das Bundesgericht hat 2003 die Möglichkeiten der Gemeinden eingeschränkt, über Einbürgerungen an der Urne oder der Gemeindeversammlung zu entscheiden. Finden Sie dies richtig?	13.3	13.3	26.0	47.3	70.2	36.9
Soll der Bund seine Aktienmehrheit an der Swisscom abgeben?	44.3	24.7	19.6	11.4	32.3	36.9
Würden Sie einer Aufhebung sämtlicher Importzölle und -beschränkungen für landwirtschaftliche Produkte aus Entwicklungsländern zustimmen?	23.8	33.0	27.3	15.9	44.6	36.7
Heute können Asylsuchende, deren Gesuch abgewiesen worden ist, beim Bundesverwaltungsgericht dagegen Beschwerde einreichen. Finden Sie dies richtig?	12.7	13.0	25.7	48.6	71.1	36.5
Die Schweiz verfolgt in den letzten Jahren eine aktivere, öffentlichere Aussenpolitik, die sich weniger an der strikten Neutralität	14.6	15.6	36.5	33.3	64.6	36.3

Frage	0 nein	25 eher nein	75 eher ja	100 ja	Ø	σ
orientiert. Begrüssen Sie dies?						
Sollen der Besitz und Konsum von Cannabis legalisiert werden?	53.5	20.3	16.1	10.1	27.3	36.1
Soll die Steuerbelastung in allen Kantonen und Gemeinden annähernd gleich hoch sein?	46.2	24.1	20.3	9.5	30.7	36.1
Befürworten Sie eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen und Männer auf 67 Jahre?	49.7	20.6	21.5	8.2	29.5	36.0
Soll die Gesamtfläche der Bauzonen in der Schweiz für die nächsten 20 Jahre auf dem heutigen Stand begrenzt werden?	35.6	30.8	22.9	10.8	35.6	35.9
Der Bundesrat möchte die Befugnisse der Sicherheitsbehörden zur präventiven Überwachung des Post-, Telefon- und E-Mailverkehrs ausweiten. Finden Sie dies richtig?	18.1	25.4	38.7	17.8	53.2	35.9
Halten Sie eine Verschärfung des Jugendstrafrechts für eine geeignete Massnahme zur Eindämmung der Jugendkriminalität?	12.4	19.4	34.0	34.3	64.6	35.9
Sollen die Schutzbestimmungen für Wölfe gelockert werden?	27.9	38.1	19.7	14.3	38.6	35.9
Sollten bei öffentlichen Aufträgen Schweizer Anbieter und Produkte vorgezogen werden, auch wenn diese etwas teurer sind?	14.9	17.7	39.6	27.8	61.9	35.9
Der Schwangerschaftsabbruch ist in der Schweiz in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft straflos möglich. Finden Sie dies richtig?	12.3	10.1	24.7	52.8	73.9	35.8
Würden Sie die Einführung des aktiven Stimm- und Wahlrechtes für Jugendliche ab 16 Jahren befürworten?	46.7	28.6	13.0	11.7	28.7	35.6
Soll die Militärjustiz gegenüber Zivilpersonen abgeschafft und ihre Aufgaben auf die zivile Justiz übertragen werden?	11.7	18.1	34.0	36.2	66.2	35.6
Soll die Schweiz in den nächsten fünf Jahren EU-Beitrittsverhandlungen aufnehmen?	51.7	23.8	14.3	10.2	26.8	35.4
Sind Sie dafür, dass Leistungen der Komplementärmedizin (Alternativmedizin) umfassend von der Grundversicherung vergütet werden?	13.6	21.2	40.5	24.7	60.4	35.2
Sollen gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren dürfen?	62.5	15.6	12.4	9.5	22.7	35.1
Haben für Sie Steuersenkungen bei den Bundessteuern in den nächsten vier Jahren Priorität?	20.6	44.6	19.0	15.8	41.2	35.1
Soll die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes von 400 auf 300 Tage gekürzt werden?	43.2	29.8	17.1	9.8	30.2	35.1
Soll der Bund bei Unternehmen, die von öffentlichen Aufträgen profitieren, die Lohn-	12.3	9.8	34.5	43.4	71.7	34.7

Frage	0 nein	25 eher nein	75 eher ja	100 ja	Ø	σ
gleichheit zwischen Mann und Frau regelmässig überprüfen?						
Soll der Staat ein flächendeckendes Poststellennetz finanzieren?	11.1	17.7	39.9	31.3	65.7	34.3
Soll auf Bundesebene ein Finanzreferendum eingeführt werden?	48.6	28.9	13.7	8.9	26.3	33.9
Sollen Schweizer Jugendliche frei zwischen einem Militärdienst und einem zivilen Ersatzdienst (Zivildienst) wählen können?	8.3	13.0	26.0	52.7	75.5	33.5
Finden Sie es richtig, dass die Buchpreisbindung gesamtschweizerisch aufgehoben worden ist?	7.3	13.6	23.7	55.4	76.6	33.1
Eine Volksinitiative will den Bau von Minaretten verbieten. Befürworten Sie dies?	60.3	20.0	12.4	7.3	21.6	33.0
Seit 1. Januar 2007 sind Rumänien und Bulgarien Mitglieder der Europäischen Union (EU). Befürworten Sie, dass der freie Personenverkehr zwischen der Schweiz und der EU auf diese beiden Länder ausgedehnt wird?	6.0	17.5	28.3	48.3	73.8	32.9
Soll sich der Bund finanziell stärker für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern engagieren?	9.2	13.6	42.4	34.8	70.0	32.4
Sollen die Krankenkassenprämien für die Grundversicherung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (Einkommen und Vermögen) berechnet werden?	62.3	19.6	11.7	6.3	20.0	31.9
Würden Sie es begrüßen, wenn Schüler und Schülerinnen, die den Schulbetrieb wiederholt und in schwerwiegender Weise stören, in spezielle, staatliche Erziehungsheime eingewiesen werden könnten?	8.6	10.8	40.3	40.3	73.3	31.7
Sind Sie dafür, dass der Status von Sans-Papiers durch eine einmalige kollektive Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen legalisiert wird?	56.5	21.6	18.7	3.2	22.6	31.6
Sind Sie der Meinung, dass die Schweiz Parallelimporte von patentgeschützten Produkten zulassen sollte?	7.6	14.0	43.5	34.9	71.0	31.4
Befürworten Sie die Subventionierung von Tagesstätten und Kinderkrippen durch den Bund?	5.7	5.7	21.6	67.0	84.6	28.2
Soll die direkte Bundessteuer abgeschafft und im Gegenzug die Mehrwertsteuer erhöht werden?	67.1	19.3	10.4	3.2	15.8	27.9
Befürworten Sie die unterstützenden Einsätze der Armee zur Wahrung der inneren Sicherheit (WEF, EURO 2008, Bewachung von	5.7	6.3	36.5	51.4	80.4	27.8

Frage	0 nein	25 eher nein	75 eher ja	100 ja	Ø	σ
Botschaften und Konsulaten)?						
Sollen bei öffentlichen und privaten Neubauten die Minergiestandards zwingend eingehalten werden müssen?	4.4	6.3	27.6	61.6	83.9	26.8
Soll sich die Schweiz verpflichten, bis ins Jahr 2020 eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 30% (im Vergleich zum Stand von 1990) vorzunehmen?	3.8	5.4	38.1	52.7	82.6	24.9
Soll der Bundesrat direkt vom Volk gewählt werden?	81.3	11.7	3.8	3.2	9.0	22.9
Sollen Sachbeschädigungen im öffentlichen Raum (Vandalismus, Sprayereien) härter bestraft werden?	2.2	5.1	21.9	70.8	88.5	22.7
N=316						

Anhang 22

Die Antworten der SP-Kandidierenden (Verteilung in Prozent)

Frage	0 nein	25 eher nein	75 eher ja	100 ja	Ø	σ
Soll Englisch landesweit als erste Fremdsprache unterrichtet werden?	52.3	15.5	12.4	19.8	33.0	41.1
Sollten die Versicherten ihre Pensionskasse (2. Säule; BVG) frei wählen können?	42.8	19.3	19.3	18.6	37.9	40.4
Befürworten Sie, dass bewaffnete Schweizer Armeeangehörige unter UNO- oder OSZE-Mandat im Ausland eingesetzt werden können?	17.5	11.3	19.3	51.8	69.1	39.5
Sollen Sachbeschädigungen im öffentlichen Raum (Vandalismus, Sprayereien) härter bestraft werden?	16.5	17.8	26.0	39.7	63.7	38.7
Würden Sie es befürworten, wenn PendlerInnen je einen Teil ihrer Einkommenssteuern am Wohn- und am Arbeitsort versteuern müssten (z.B. 70% beim Wohnort und 30% am Arbeitsort)?	19.1	27.8	28.4	24.7	53.0	38.0
Finden Sie es richtig, dass die Buchpreisbindung gesamtschweizerisch aufgehoben worden ist?	48.2	24.5	15.2	12.1	29.6	36.7
Würden Sie es begrüßen, wenn Schüler und Schülerinnen, die den Schulbetrieb wieder-	22.7	28.4	36.1	12.9	47.0	35.9

Frage	0 nein	25 eher nein	75 eher ja	100 ja	Ø	σ
holt und in schwerwiegender Weise stören, in spezielle, staatliche Erziehungsheime eingewiesen werden könnten?						
Bei der Mehrwertsteuer gelten heute drei verschiedene Steuersätze und diverse Steuerbefreiungen. Sollen ein einheitlicher Mehrwertsteuersatz eingeführt und die Befreiungen abgeschafft werden?	58.8	19.1	11.6	10.6	24.0	35.4
Soll bei Verstössen gegen das Tierschutzgesetz eine Tieranwältin oder ein Tieranwalt die Interessen der Tiere vertreten?	10.8	12.6	25.3	51.3	73.4	35.3
Befürworten Sie die unterstützenden Einsätze der Armee zur Wahrung der inneren Sicherheit (WEF, EURO 2008, Bewachung von Botschaften und Konsulaten)?	61.6	20.1	10.1	8.2	20.8	32.9
Soll auf Bundesebene ein Finanzreferendum eingeführt werden?	62.9	19.3	11.1	6.7	19.8	32.0
Befürworten Sie die Einschränkung der freien Arztwahl im Bereich der Grundversicherung als kostendämpfende Massnahme?	55.2	25.0	14.2	5.7	22.6	31.9
Würden Sie ein Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden, Restaurants und Bars ? wie es im Kanton Tessin besteht ? in der ganzen Schweiz befürworten?	7.5	8.5	17.8	66.2	81.7	31.7
Sollen gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren dürfen?	6.7	13.4	34.0	45.9	74.7	31.6
Sollen der Besitz und Konsum von Cannabis legalisiert werden?	7.0	9.5	20.9	62.6	80.7	31.5
Sollten bei öffentlichen Aufträgen Schweizer Anbieter und Produkte vorgezogen werden, auch wenn diese etwas teurer sind?	5.4	24.2	43.8	26.5	65.5	31.4
Sind Sie für eine vollständige Liberalisierung der Geschäftsöffnungszeiten (Geschäfte können die Öffnungszeiten nach freiem Ermessen festlegen)?	66.0	19.3	9.3	5.4	17.2	29.8
Würden Sie einer Aufhebung sämtlicher Importzölle und -beschränkungen für landwirtschaftliche Produkte aus Entwicklungsländern zustimmen?	4.9	9.3	30.9	54.9	80.4	28.7
Soll die Gesamtfläche der Bauzonen in der Schweiz für die nächsten 20 Jahre auf dem heutigen Stand begrenzt werden?	3.9	10.6	28.4	57.2	81.1	28.4
In den Niederlanden ist die aktive Sterbehilfe straffrei. Würden Sie eine solche Regelung auch in der Schweiz befürworten?	4.9	9.5	38.4	47.2	78.4	28.3
In einigen ausländischen Städten (z.B. London, Oslo oder Stockholm) muss für Autofahrten in die Innenstadt eine Gebühr	4.9	7.5	24.7	62.9	83.3	28.1

Frage	0 nein	25 eher nein	75 eher ja	100 ja	Ø	σ
bezahlt werden. Soll ein solches Road Pricing auch in Schweizer Städten eingeführt werden?						
Soll der Bundesrat direkt vom Volk gewählt werden?	78.4	11.1	4.9	5.7	12.1	27.7
Finden Sie es richtig, wenn der Staat private Schulen finanziell unterstützt?	67.3	20.4	8.5	3.9	15.3	27.6
Halten Sie eine Verschärfung des Jugendstrafrechts für eine geeignete Massnahme zur Eindämmung der Jugendkriminalität?	60.3	26.8	9.8	3.1	17.1	27.1
Soll die Einhaltung der Strassenverkehrsvorschriften strenger kontrolliert werden?	4.1	7.2	24.5	64.2	84.3	27.0
Soll die Schweiz in den nächsten fünf Jahren EU-Beitrittsverhandlungen aufnehmen?	4.1	6.4	21.1	68.3	85.8	26.6
Würden Sie die Einführung des aktiven Stimm- und Wahlrechtes für Jugendliche ab 16 Jahren befürworten?	3.1	8.2	13.4	75.3	87.4	26.4
Sollen Stipendien an Studierende durch zinslose (nach dem Studium rückzahlbare) Darlehen ersetzt werden?	78.6	12.4	3.6	5.4	11.2	26.4
Sind Sie dafür, dass der Status von Sans-Papiers durch eine einmalige kollektive Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen legalisiert wird?	2.8	4.6	28.1	64.4	86.7	23.3
Sind Sie der Meinung, dass die Schweiz Parallelimporte von patentgeschützten Produkten zulassen sollte?	2.1	6.2	16.8	75.0	89.1	23.3
Der Bundesrat möchte die Befugnisse der Sicherheitsbehörden zur präventiven Überwachung des Post-, Telefon- und E-Mailverkehrs ausweiten. Finden Sie dies richtig?	74.0	18.8	5.4	1.8	10.6	22.2
Würden Sie die Einführung einer Individualbesteuerung anstelle der heutigen Ehepaarbesteuerung befürworten?	1.8	5.2	13.4	79.6	91.0	21.8
Sollen die Schutzbestimmungen für Wölfe gelockert werden?	74.7	19.3	4.4	1.5	9.7	20.7
Soll der Bund seine Aktienmehrheit an der Swisscom abgeben?	85.3	9.8	2.1	2.8	6.8	20.4
Sind Sie dafür, dass Leistungen der Komplementärmedizin (Alternativmedizin) umfassend von der Grundversicherung vergütet werden?	1.8	3.4	25.3	69.6	89.4	20.4
In der Schweizer Landwirtschaft gilt bis 2010 ein Moratorium für gentechnisch veränderte Organismen. Soll dieses verlängert werden?	1.5	4.1	11.3	83.0	92.5	20.1
Haben für Sie Steuersenkungen bei den Bundessteuern in den nächsten vier Jahren	86.3	9.0	3.1	1.5	6.1	18.7

Frage	0 nein	25 eher nein	75 eher ja	100 ja	Ø	σ
Priorität?						
Sollen die Krankenkassenprämien für die Grundversicherung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (Einkommen und Vermögen) berechnet werden?	1.5	2.6	12.1	83.8	93.5	18.3
Soll die Dienstwaffe von Armeee Angehörigen in Zukunft im Zeughaus aufbewahrt werden?	2.8	0.5	3.9	92.8	95.8	17.9
Soll der Staat ein flächendeckendes Poststellennetz finanzieren?	1.3	2.1	22.4	74.2	91.6	17.7
Soll die Militärjustiz gegenüber Zivilpersonen abgeschafft und ihre Aufgaben auf die zivile Justiz übertragen werden?	1.0	3.4	7.5	88.1	94.6	17.6
Unterstützen Sie die Volksinitiative zur Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts?	89.7	6.4	2.3	1.5	4.9	17.4
Seit 1. Januar 2007 sind Rumänien und Bulgarien Mitglieder der Europäischen Union (EU). Befürworten Sie, dass der freie Personenverkehr zwischen der Schweiz und der EU auf diese beiden Länder ausgedehnt wird?	0.3	3.9	18.0	77.8	92.3	17.3
Befürworten Sie eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen und Männer auf 67 Jahre?	87.4	9.3	1.8	1.5	5.2	17.0
Soll die Steuerbelastung in allen Kantonen und Gemeinden annähernd gleich hoch sein?	1.0	2.1	14.7	82.2	93.7	16.5
Soll gesamtschweizerisch das aktive Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf Gemeindeebene eingeführt werden?	0.8	2.6	11.6	85.1	94.4	16.2
Der Bundesrat will als Ersatz für die bisherigen Atomkraftwerke (AKWs) ein oder zwei neue AKWs bewilligen. Befürworten Sie dies?	91.8	4.6	3.1	0.5	4.0	15.5
Der Schwangerschaftsabbruch ist in der Schweiz in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft straflos möglich. Finden Sie dies richtig?	1.0	1.3	6.7	91.0	96.3	14.3
Sollen die Unternehmen verpflichtet werden, Fonds zur Schaffung von Lehrstellen einzurichten?	0.8	1.3	8.5	89.4	96.1	13.7
Soll die direkte Bundessteuer abgeschafft und im Gegenzug die Mehrwertsteuer erhöht werden?	90.7	7.2	1.5	0.5	3.5	13.1
Soll die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes von 400 auf 300 Tage gekürzt werden?	91.0	6.7	2.1	0.3	3.5	13.1
Das Bundesgericht hat degressive Steuertarife (abnehmender Steuersatz mit zunehmendem Einkommen) verboten. Finden Sie dies richtig?	1.3	0.5	0.8	97.4	98.1	12.6

Frage	0 nein	25 eher nein	75 eher ja	100 ja	Ø	σ
Das Bundesgericht hat 2003 die Möglichkeiten der Gemeinden eingeschränkt, über Einbürgerungen an der Urne oder der Gemeindeversammlung zu entscheiden. Finden Sie dies richtig?	1.3	0.3	3.1	95.4	97.7	12.6
Befürworten Sie die Einführung eines für alle Arbeitnehmenden gültigen Mindestlohnes von 3500 Franken (für eine 100%-Stelle)?	0.5	1.0	8.5	89.9	96.6	12.3
Eine Volksinitiative will den Bau von Minaretten verbieten. Befürworten Sie dies?	93.3	4.9	1.3	0.5	2.7	12.2
Die Schweiz verfolgt in den letzten Jahren eine aktivere, öffentlichere Aussenpolitik, die sich weniger an der strikten Neutralität orientiert. Begrüssen Sie dies?	0.3	1.0	9.8	88.9	96.5	11.5
Heute können Asylsuchende, deren Gesuch abgewiesen worden ist, beim Bundesverwaltungsgericht dagegen Beschwerde einreichen. Finden Sie dies richtig?	0.3	1.3	6.4	92.0	97.2	11.4
Soll sich der Bund finanziell stärker für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern engagieren?	0.3	1.3	6.4	92.0	97.2	11.4
Befürworten Sie die Subventionierung von Tagesstätten und Kinderkrippen durch den Bund?	0.8	0.5	0.5	98.2	98.7	10.4
Soll der Bund bei Unternehmen, die von öffentlichen Aufträgen profitieren, die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau regelmässig überprüfen?	0.3	0.5	3.9	95.4	98.4	8.7
Sollen bei öffentlichen und privaten Neubauten die Minergiestandards zwingend eingehalten werden müssen?		0.3	7.0	92.8	98.1	7.4
Sollen Schweizer Jugendliche frei zwischen einem Militärdienst und einem zivilen Ersatzdienst (Zivildienst) wählen können?		0.3	2.1	97.7	99.3	5.2
Soll sich die Schweiz verpflichten, bis ins Jahr 2020 eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 30% (im Vergleich zum Stand von 1990) vorzunehmen?			2.8	97.2	99.3	4.2
N=388						

Anhang 23**Die Antworten der GPS-Kandidierenden (Verteilung in Prozent)**

Frage	0 nein	25	75	100	Ø	σ
		eher nein	eher ja	ja		
Befürworten Sie, dass bewaffnete Schweizer Armeeingehörige unter UNO- oder OSZE-Mandat im Ausland eingesetzt werden können?	34.4	21.4	21.7	22.5	44.1	40.8
Sollen Sachbeschädigungen im öffentlichen Raum (Vandalismus, Sprayereien) härter bestraft werden?	26.8	22.0	28.7	22.5	49.5	39.4
Finden Sie es richtig, wenn der Staat private Schulen finanziell unterstützt?	34.1	26.6	21.1	18.2	40.7	39.0
Sollten die Versicherten ihre Pensionskasse (2. Säule; BVG) frei wählen können?	16.8	15.2	26.6	41.5	65.2	38.6
Finden Sie es richtig, dass die Buchpreisbindung gesamtschweizerisch aufgehoben worden ist?	37.5	27.7	17.9	16.8	37.2	38.5
Würden Sie es befürworten, wenn PendlerInnen je einen Teil ihrer Einkommenssteuern am Wohn- und am Arbeitsort versteuern müssten (z.B. 70% beim Wohnort und 30% am Arbeitsort)?	16.6	16.3	27.7	39.4	64.3	38.4
Bei der Mehrwertsteuer gelten heute drei verschiedene Steuersätze und diverse Steuerbefreiungen. Sollen ein einheitlicher Mehrwertsteuersatz eingeführt und die Befreiungen abgeschafft werden?	31.8	31.0	20.7	16.6	39.8	37.8
Soll Englisch landesweit als erste Fremdsprache unterrichtet werden?	50.9	22.2	12.5	14.4	29.3	37.7
Soll auf Bundesebene ein Finanzreferendum eingeführt werden?	26.0	29.0	28.2	16.8	45.2	37.5
Würden Sie einer Aufhebung sämtlicher Importzölle und -beschränkungen für landwirtschaftliche Produkte aus Entwicklungsländern zustimmen?	14.4	21.7	31.7	32.2	61.4	37.0
Befürworten Sie die Einschränkung der freien Arztwahl im Bereich der Grundversicherung als kostendämpfende Massnahme?	33.0	31.9	21.4	13.8	37.8	36.8
Soll die Schweiz in den nächsten fünf Jahren EU-Beitrittsverhandlungen aufnehmen?	11.1	17.1	30.1	41.7	68.6	35.7
Würden Sie es begrüßen, wenn Schüler und Schülerinnen, die den Schulbetrieb wiederholt und in schwerwiegender Weise stören, in spezielle, staatliche Erziehungsheime eingewiesen werden könnten?	36.6	30.6	25.2	7.6	34.1	34.7
Sollen gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren dürfen?	8.7	15.5	23.6	52.2	73.8	34.7
In den Niederlanden ist die aktive Sterbehilfe	9.5	16.6	35.1	38.9	69.3	34.1

Frage	0 nein	25 eher nein	75 eher ja	100 ja	Ø	σ
straffrei. Würden Sie eine solche Regelung auch in der Schweiz befürworten?						
Befürworten Sie die unterstützenden Einsätze der Armee zur Wahrung der inneren Sicherheit (WEF, EURO 2008, Bewachung von Botschaften und Konsulaten)?	54.2	22.2	16.3	7.3	25.1	34.1
Sind Sie für eine vollständige Liberalisierung der Geschäftsöffnungszeiten (Geschäfte können die Öffnungszeiten nach freiem Ermessen festlegen)?	53.8	24.2	14.4	7.6	24.5	33.6
Sollen Stipendien an Studierende durch zinslose (nach dem Studium rückzahlbare) Darlehen ersetzt werden?	59.3	22.0	11.7	7.0	21.3	32.4
Würden Sie die Einführung des aktiven Stimm- und Wahlrechtes für Jugendliche ab 16 Jahren befürworten?	7.9	9.2	18.7	64.2	80.6	32.3
Soll der Bund seine Aktienmehrheit an der Swisscom abgeben?	61.7	24.5	7.9	6.0	18.0	29.5
Sollen der Besitz und Konsum von Cannabis legalisiert werden?	6.0	7.3	23.9	62.8	82.5	29.3
Soll bei Verstössen gegen das Tierschutzgesetz eine Tieranwältin oder ein Tieranwalt die Interessen der Tiere vertreten?	5.4	9.5	33.1	52.0	79.2	29.2
Würden Sie ein Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden, Restaurants und Bars ? wie es im Kanton Tessin besteht ? in der ganzen Schweiz befürworten?	6.0	6.8	18.5	68.8	84.3	29.2
Sind Sie der Meinung, dass die Schweiz Parallelimporte von patentgeschützten Produkten zulassen sollte?	4.6	9.5	32.3	53.5	80.2	28.4
Soll der Bundesrat direkt vom Volk gewählt werden?	68.0	20.6	5.7	5.7	15.1	28.1
Befürworten Sie eine Erhöhung des Rentenalters für Frauen und Männer auf 67 Jahre?	67.0	20.3	8.9	3.8	15.5	27.7
Sollten bei öffentlichen Aufträgen Schweizer Anbieter und Produkte vorgezogen werden, auch wenn diese etwas teurer sind?	4.3	9.2	37.5	48.9	79.3	27.6
Soll der Staat ein flächendeckendes Poststellennetz finanzieren?	4.1	8.2	22.8	64.9	84.1	27.5
Halten Sie eine Verschärfung des Jugendstrafrechts für eine geeignete Massnahme zur Eindämmung der Jugendkriminalität?	61.0	27.4	9.2	2.4	16.2	25.9
Würden Sie die Einführung einer Individualbesteuerung anstelle der heutigen Ehepaarbesteuerung befürworten?	3.0	6.8	20.1	70.1	86.9	25.2
Sind Sie dafür, dass der Status von Sans-Papiers durch eine einmalige kollektive Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen	2.7	7.1	28.8	61.4	84.8	24.9

Frage	0 nein	25 eher nein	75 eher ja	100 ja	Ø	σ
legalisiert wird?						
Soll die Einhaltung der Strassenverkehrsvorschriften strenger kontrolliert werden?	2.7	7.1	29.6	60.6	84.6	24.9
Soll die direkte Bundessteuer abgeschafft und im Gegenzug die Mehrwertsteuer erhöht werden?	78.0	13.0	5.7	3.3	10.8	24.8
Der Bundesrat möchte die Befugnisse der Sicherheitsbehörden zur präventiven Überwachung des Post-, Telefon- und E-Mailverkehrs ausweiten. Finden Sie dies richtig?	65.9	26.0	5.4	2.7	13.3	23.7
Sind Sie dafür, dass Leistungen der Komplementärmedizin (Alternativmedizin) umfassend von der Grundversicherung vergütet werden?	3.5	3.5	18.1	74.9	89.3	23.4
Befürworten Sie die Einführung eines für alle Arbeitnehmenden gültigen Mindestlohnes von 3500 Franken (für eine 100%-Stelle)?	3.0	4.1	16.6	76.4	89.8	23.0
Soll die Steuerbelastung in allen Kantonen und Gemeinden annähernd gleich hoch sein?	2.2	5.4	31.8	60.6	85.8	22.8
Sollen die Krankenkassenprämien für die Grundversicherung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (Einkommen und Vermögen) berechnet werden?	3.0	3.5	19.2	74.3	89.6	22.6
Soll die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes von 400 auf 300 Tage gekürzt werden?	79.5	13.5	4.6	2.4	9.3	22.4
Sollen die Schutzbestimmungen für Wölfe gelockert werden?	76.4	16.5	5.7	1.4	9.8	21.6
Haben für Sie Steuersenkungen bei den Bundessteuern in den nächsten vier Jahren Priorität?	74.5	19.6	3.8	2.2	9.9	21.4
Sollen die Unternehmen verpflichtet werden, Fonds zur Schaffung von Lehrstellen einzurichten?	2.2	3.3	22.3	72.3	89.8	20.9
Seit 1. Januar 2007 sind Rumänien und Bulgarien Mitglieder der Europäischen Union (EU). Befürworten Sie, dass der freie Personenverkehr zwischen der Schweiz und der EU auf diese beiden Länder ausgedehnt wird?	1.4	3.3	25.5	69.8	89.8	19.4
Das Bundesgericht hat 2003 die Möglichkeiten der Gemeinden eingeschränkt, über Einbürgerungen an der Urne oder der Gemeindeversammlung zu entscheiden. Finden Sie dies richtig?	2.2	2.4	7.1	88.3	94.2	19.2
Soll die Militärjustiz gegenüber Zivilpersonen abgeschafft und ihre Aufgaben auf die zivile Justiz übertragen werden?	1.1	3.3	12.2	83.5	93.4	18.0

Frage	0 nein	25 eher nein	75 eher ja	100 ja	Ø	σ
Der Schwangerschaftsabbruch ist in der Schweiz in den ersten zwölf Wochen der Schwangerschaft straflos möglich. Finden Sie dies richtig?	2.4	0.8	10.3	86.4	94.4	18.0
Soll gesamtschweizerisch das aktive Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf Gemeindeebene eingeführt werden?	1.6	2.2	12.5	83.7	93.6	18.0
Die Schweiz verfolgt in den letzten Jahren eine aktivere, öffentlichere Aussenpolitik, die sich weniger an der strikten Neutralität orientiert. Begrüssen Sie dies?	1.4	1.6	20.1	77.0	92.4	17.2
In der Schweizer Landwirtschaft gilt bis 2010 ein Moratorium für gentechnisch veränderte Organismen. Soll dieses verlängert werden?	1.9	1.6	4.9	91.6	95.7	17.1
Befürworten Sie die Subventionierung von Tagesstätten und Kinderkrippen durch den Bund?	1.6	1.1	11.9	85.4	94.6	16.4
Das Bundesgericht hat degressive Steuertarife (abnehmender Steuersatz mit zunehmendem Einkommen) verboten. Finden Sie dies richtig?	1.9	1.1	2.7	94.3	96.6	16.0
Soll der Bund bei Unternehmen, die von öffentlichen Aufträgen profitieren, die Lohngleichheit zwischen Mann und Frau regelmässig überprüfen?	0.8	2.4	10.3	86.4	94.8	16.0
In einigen ausländischen Städten (z.B. London, Oslo oder Stockholm) muss für Autofahrten in die Innenstadt eine Gebühr bezahlt werden. Soll ein solches Road Pricing auch in Schweizer Städten eingeführt werden?	1.1	1.4	17.3	80.2	93.6	15.9
Soll die Gesamtfläche der Bauzonen in der Schweiz für die nächsten 20 Jahre auf dem heutigen Stand begrenzt werden?	0.5	2.2	16.0	81.3	93.8	15.5
Soll die Dienstwaffe von Armeeangehörigen in Zukunft im Zeughaus aufbewahrt werden?	1.4	1.4	3.3	94.0	96.8	14.9
Heute können Asylsuchende, deren Gesuch abgewiesen worden ist, beim Bundesverwaltungsgericht dagegen Beschwerde einreichen. Finden Sie dies richtig?	0.3	2.4	9.0	88.3	95.7	14.2
Soll sich der Bund finanziell stärker für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern engagieren?		1.9	13.3	84.8	95.2	13.0
Unterstützen Sie die Volksinitiative zur Einschränkung des Verbandsbeschwerderechts?	95.1	3.0	0.8	1.1	2.4	12.9
Eine Volksinitiative will den Bau von Minaret-	93.8	4.1	1.9	0.3	2.7	12.4

Frage	0 nein	25 eher nein	75 eher ja	100 ja	Ø	σ
ten verbieten. Befürworten Sie dies?						
Sollen bei öffentlichen und privaten Neubauten die Minergiestandards zwingend eingehalten werden müssen?	0.3	0.3	6.0	93.5	98.0	8.7
Sollen Schweizer Jugendliche frei zwischen einem Militärdienst und einem zivilen Ersatzdienst (Zivildienst) wählen können?	0.5		1.6	97.8	99.1	8.0
Der Bundesrat will als Ersatz für die bisherigen Atomkraftwerke (AKWs) ein oder zwei neue AKWs bewilligen. Befürworten Sie dies?	95.7	4.1	0.3		1.2	6.3
Soll sich die Schweiz verpflichten, bis ins Jahr 2020 eine Reduktion der Treibhausgasemissionen um 30% (im Vergleich zum Stand von 1990) vorzunehmen?	0.3		0.5	99.2	99.6	5.5
N=368						

Anhang 24
Die Kantonalparteien der SVP auf den verschiedenen Konfliktdimensionen (1).
Abweichung vom schweizerischen SVP-Mittelwert

Kanton	Konfliktdimension (0=Minimum; 100=Maximum)					N=
	Für aussenpolitische Öffnung	Für wirtschaftliche Liberalisierung	Für eine restriktive Finanzpolitik	Für mehr Recht und Ordnung	Für eine restriktive Einwanderungspolitik	
CH	11.6	58.3	61.3	73.6	90.9	335
ZH	1.8	6.2	4.5	-6.4	0.8	88
BE	1.8	2.6	-1.4	-0.8	1.8	59
LU	-2.8	1.3	1.8	2.0	6.6	15
SZ	-6.2	0.5	6.7	-0.2	7.0	8
OW	-0.9	6.4	7.1	3.9	0.8	1
ZG	0.2	-4.5	-2.0	0.3	4.9	7
FR	3.9	-2.9	-5.4	6.4	-2.0	6
SO	-4.4	12.3	7.7	3.4	7.0	10
BS	-1.6	-0.4	2.4	3.9	0.3	9
BL	-1.7	5.9	-3.6	0.7	4.6	12
SH	-2.6	1.6	5.8	-4.9	1.8	4
SG	-8.3	8.0	8.0	-2.4	6.7	12
GR	10.8	-8.1	-13.4	0.4	-14.9	8
AG	-2.9	0.0	-0.4	2.6	5.2	16
TG	2.4	0.0	-2.0	2.2	-3.4	12
TI	-1.7	-4.4	-3.8	-3.6	0.8	8
VD	13.6	-3.3	-7.7	1.9	-13.4	18
VS	-6.5	-12.8	2.9	-0.4	1.0	21
NE	-0.9	-0.1	-2.3	4.4	1.6	5
GE	11.4	3.6	-5.2	-4.7	-9.6	12
JU	-5.3	-12.0	0.0	-8.6	-7.6	4

Anhang 25
Die Kantonalparteien der SVP auf den verschiedenen Konfliktdimensionen (2).
Abweichung vom schweizerischen SVP-Mittelwert

Kanton	Konfliktdimension (0=Minimum; 100=Maximum)					N=
	Für mehr Umwelt- schutz	Für einen ausgebau- ten Wohl- fahrtsstaat	Für eine liberale Gesell- schaft	Links- Rechts	Liberal- Konserva- tiv	
CH	29.1	27.8	31.4	26.1	36.8	335
ZH	-0.1	-0.7	6.2	0.9	4.5	88
BE	-2.9	1.5	0.5	-0.2	0.6	59
LU	-2.0	-0.2	-3.3	-2.8	-1.2	15
SZ	-15.5	3.5	-7.3	-6.3	-4.2	8
OW	-12.4	-14.1	-6.4	-6.3	-1.5	1
ZG	6.7	-3.4	8.5	3.4	-0.2	7
FR	7.4	-1.2	-3.4	1.6	-1.2	6
SO	-13.9	-11.2	-5.8	-11.0	1.5	10
BS	3.8	-3.8	-1.4	-3.2	0.3	9
BL	-3.7	7.5	3.4	-0.7	1.9	12
SH	-6.7	-6.7	2.1	-0.6	1.6	4
SG	-14.5	-8.4	0.4	-7.5	-0.1	12
GR	4.8	8.9	8.9	10.4	2.5	8
AG	-4.7	-1.8	2.5	-4.5	0.3	16
TG	7.9	-1.2	-4.5	1.9	-0.5	12
TI	16.0	4.3	9.2	5.9	3.0	8
VD	1.4	7.5	0.6	4.7	1.6	18
VS	-0.8	5.0	-12.9	0.2	-11.5	21
NE	-2.8	4.1	-3.7	0.3	-0.6	5
GE	7.9	2.0	7.8	5.7	8.4	12
JU	24.1	8.6	-1.3	8.3	-5.2	4

Anhang 26
Die Kantonalparteien der FDP auf den verschiedenen Konfliktdimensionen (1).
Abweichung vom schweizerischen FDP-Mittelwert

Kanton	Konfliktdimension (0=Minimum; 100=Maximum)					N=
	Für aussenpolitische Öffnung	Für wirtschaftliche Liberalisierung	Für eine restriktive Finanzpolitik	Für mehr Recht und Ordnung	Für eine restriktive Einwanderungspolitik	
CH	61.6	74.8	55.3	56.6	46.6	402
ZH	-0.9	8.3	6.3	2.3	4.2	68
BE	2.7	-2.4	0.7	0.7	-3.4	72
LU	-13.8	-8.6	-5.1	8.5	15.9	21
UR	6.3	7.5	4.7	8.4	3.4	1
SZ	-13.5	-2.4	-1.7	-3.7	-1.2	11
ZG	-9.8	6.1	3.3	-2.9	7.6	6
FR	-7.5	-5.5	0.7	-0.9	-2.6	7
SO	-0.6	3.1	1.1	-0.2	-2.3	11
BS	-0.5	-0.8	-1.8	-6.1	-0.4	10
BL	2.2	7.9	1.1	-0.7	-3.2	14
SH	3.3	5.3	1.9	-2.9	-9.8	6
AR	9.8	12.0	3.0	3.4	24.2	1
SG	1.7	2.2	3.2	-4.2	1.6	48
GR	-6.1	2.4	-0.5	0.2	-0.2	15
AG	-12.6	4.0	6.2	6.0	14.0	29
TG	2.1	10.5	7.8	5.3	-3.6	12
TI	3.7	-21.1	-15.8	-2.1	-7.6	14
VD	7.2	-7.3	-7.0	2.6	-10.0	19
VS	4.4	-2.9	-4.1	-6.5	-5.2	19
NE	14.8	1.7	-5.3	2.4	-15.8	5
GE	21.3	-5.7	1.6	-11.1	-29.0	9
JU	-14.3	-14.2	-0.3	1.5	23.2	4

Anhang 27**Die Kantonalparteien der FDP auf den verschiedenen Konfliktdimensionen (2).
Abweichung vom schweizerischen FDP-Mittelwert**

Kanton	Konfliktdimension (0=Minimum; 100=Maximum)					N=
	Für mehr Umwelt- schutz	Für einen ausgebau- ten Wohl- fahrtsstaat	Für eine liberale Gesell- schaft	Links- Rechts	Liberal- Konserva- tiv	
CH	40.7	38.5	58.8	39.8	66.6	402
ZH	-3.0	-8.4	-1.6	-5.2	2.2	68
BE	2.4	-1.2	-4.0	0.0	-1.5	72
LU	1.1	7.1	-8.9	2.4	-8.9	21
UR	-11.5	0.2	-8.8	-8.8	-2.6	1
SZ	0.2	3.9	4.6	4.1	-0.5	11
ZG	-11.5	-9.3	-8.4	-7.7	0.0	6
FR	2.5	5.7	-2.3	0.0	-4.3	7
SO	-7.2	-4.8	4.2	-3.3	1.9	11
BS	5.2	-8.0	9.6	1.0	0.4	10
BL	-5.1	2.4	5.0	-2.5	5.2	14
SH	3.8	4.0	-2.3	-0.7	2.5	6
AR	-13.6	-2.1	18.5	-6.2	9.1	1
SG	7.8	-9.2	4.2	0.4	1.4	48
GR	-2.3	3.2	-3.2	-1.8	-0.2	15
AG	-1.2	-7.3	-6.7	-5.7	-3.4	29
TG	0.5	-11.6	-0.1	-6.5	5.4	12
TI	20.5	11.7	5.7	15.8	-4.8	14
VD	-4.2	10.6	-1.7	3.1	-0.9	19
VS	-0.2	0.2	0.9	4.8	0.6	19
NE	-0.7	4.3	-3.3	0.9	5.7	5
GE	23.4	-1.1	6.6	15.3	7.6	9
JU	-6.8	9.8	-8.2	0.9	-15.0	4

Anhang 28
Die Kantonalparteien der CVP auf den verschiedenen Konfliktdimensionen (1).
Abweichung vom schweizerischen CVP-Mittelwert

Kanton	Konfliktdimension (0=Minimum; 100=Maximum)					N=
	Für aussenpolitische Öffnung	Für wirtschaftliche Liberalisierung	Für eine restriktive Finanzpolitik	Für mehr Recht und Ordnung	Für eine restriktive Einwanderungspolitik	
CH	52.8	49.8	41.0	59.4	43.9	315
ZH	6.5	0.3	-2.8	-5.2	-3.2	43
BE	3.7	1.7	0.8	-4.0	-3.7	46
LU	-4.7	4.3	1.2	12.2	1.2	22
SZ	-20.6	-9.6	8.8	-9.1	22.2	7
OW	0.8	6.1	0.7	10.6	2.0	1
ZG	-9.9	7.3	9.6	8.5	11.0	6
FR	0.8	-4.2	-2.4	12.2	-1.5	6
SO	-10.2	1.7	1.5	-4.3	6.1	14
BS	10.4	7.4	6.4	0.6	1.6	10
BL	4.0	2.2	-0.2	-13.5	-6.4	11
SG	-0.9	4.3	3.0	1.7	6.7	23
GR	1.0	1.3	-3.1	-0.9	-3.6	15
AG	-4.4	1.3	1.4	-1.2	9.8	25
TG	-6.4	-6.1	2.4	-0.7	0.6	6
TI	-2.8	-12.3	-4.7	2.1	0.3	15
VD	12.1	-4.7	-0.4	-5.6	-14.3	23
VS	-6.4	-1.4	-0.9	-1.6	3.8	28
NE	10.8	-0.1	-7.3	-0.9	-10.5	5
GE	24.3	4.0	-4.5	6.3	-17.7	7
JU	-8.1	-3.5	-9.3	-6.9	-4.3	2

Anhang 29
Die Kantonalparteien der CVP auf den verschiedenen Konfliktdimensionen (2).
Abweichung vom schweizerischen CVP-Mittelwert

Kanton	Konfliktdimension (0=Minimum; 100=Maximum)					N=
	Für mehr Umwelt- schutz	Für einen ausgebau- ten Wohl- fahrtsstaat	Für eine liberale Gesell- schaft	Links- Rechts	Liberal- Konserva- tiv	
CH	57.7	53.5	52.2	54.2	52.5	315
ZH	11.8	3.4	6.9	6.7	6.4	43
BE	5.8	0.6	5.4	2.6	4.5	46
LU	-2.5	-6.1	-4.8	-2.9	-0.8	22
SZ	3.0	-3.5	4.6	-1.2	-8.6	7
OW	-5.6	-5.8	-2.2	-5.6	-1.1	1
ZG	-9.1	-14.5	-16.2	-12.5	-4.0	6
FR	-17.4	10.2	-10.9	-5.8	-6.4	6
SO	-5.2	-4.9	1.9	-3.5	-2.0	14
BS	4.4	-0.3	10.8	0.0	8.4	10
BL	6.3	5.0	12.7	7.0	5.6	11
SG	1.8	-5.2	-2.3	-4.0	-0.2	23
GR	3.8	-0.7	1.8	1.1	2.6	15
AG	-2.0	-1.7	7.7	-0.8	1.7	25
TG	6.2	-1.6	0.9	-0.1	-2.4	6
TI	8.7	8.6	-7.5	6.0	-6.8	15
VD	2.0	9.9	-1.0	5.7	2.6	23
VS	-9.1	2.5	-4.3	0.2	-3.6	28
NE	5.2	3.8	3.3	3.0	1.1	5
GE	-4.7	5.9	4.3	1.8	8.8	7
JU	-3.5	-5.7	-11.3	2.3	-5.8	2

Anhang 30
Die Kantonalparteien der SP auf den verschiedenen Konfliktdimensionen (1). Abweichung vom schweizerischen SP-Mittelwert

Kanton	Konfliktdimension (0=Minimum; 100=Maximum)					N=
	Für aussenpolitische Öffnung	Für wirtschaftliche Liberalisierung	Für eine restriktive Finanzpolitik	Für mehr Recht und Ordnung	Für eine restriktive Einwanderungspolitik	
CH	78.9	30.7	23.8	26.9	5.7	388
ZH	-2.7	2.2	1.5	-4.7	-2.3	64
BE	0.4	2.6	1.6	6.6	4.5	53
LU	-3.9	-0.5	0.4	0.0	1.4	27
SZ	-10.4	3.4	7.5	5.9	3.8	11
OW	-11.1	3.2	9.5	-6.9	6.8	1
ZG	3.2	6.6	2.9	4.8	-1.5	6
FR	-0.6	-5.7	-1.8	2.8	-3.3	14
SO	-4.5	4.6	2.9	1.2	4.6	13
BS	-0.7	5.1	2.4	-1.9	3.9	10
BL	-3.9	5.1	1.9	-0.3	5.0	14
SH	13.9	-5.7	-5.5	1.9	-5.7	2
SG	3.3	1.3	-0.4	-2.0	-1.4	43
GR	1.8	-2.1	-2.5	-6.5	-4.6	15
AG	3.1	1.0	0.6	3.2	0.5	44
TG	-3.9	1.7	2.6	13.1	6.1	6
TI	2.2	-2.5	-7.4	-1.5	-2.1	7
VD	6.1	-4.4	-3.5	3.3	-3.1	16
VS	-5.1	-3.8	-0.8	-7.3	-1.9	19
NE	8.9	-3.0	-3.0	-1.4	-2.8	10
GE	2.4	-2.6	-4.2	-8.0	-3.4	9
JU	1.4	-6.4	-4.6	-2.5	-4.6	4

Anhang 31**Die Kantonalparteien der SP auf den verschiedenen Konfliktdimensionen (2). Abweichung vom schweizerischen SP-Mittelwert**

Kanton	Konfliktdimension (0=Minimum; 100=Maximum)					N=
	Für mehr Umwelt- schutz	Für einen ausgebau- ten Wohl- fahrtsstaat	Für eine liberale Gesell- schaft	Links- Rechts	Liberal- Konserva- tiv	
CH	90.3	90.7	83.1	88.9	62.7	388
ZH	3.4	-0.5	5.0	2.4	3.0	64
BE	-2.1	-2.7	-2.4	-3.0	0.3	53
LU	1.9	-0.3	2.2	0.5	0.7	27
SZ	-5.8	-7.5	-1.1	-7.9	0.6	11
OW	-2.8	-15.7	-14.9	-9.9	-2.4	1
ZG	1.0	-3.6	6.3	-2.9	5.6	6
FR	-3.1	5.7	-0.3	0.8	-3.5	14
SO	-2.6	-5.3	-3.2	-3.9	-0.1	13
BS	-2.0	-0.1	1.7	0.1	1.9	10
BL	1.1	-1.9	-1.4	-1.5	0.9	14
SH	9.7	9.3	3.3	5.9	-1.3	2
SG	2.2	-0.7	1.1	1.4	1.8	43
GR	7.2	4.6	4.2	4.4	1.4	15
AG	0.8	0.5	0.0	-0.9	1.3	44
TG	-7.0	-1.4	-5.4	-5.5	-1.0	6
TI	5.5	3.7	2.3	4.3	-0.9	7
VD	-2.9	4.3	-1.5	2.7	-2.0	16
VS	-2.0	1.2	-1.4	2.2	-2.5	19
NE	-2.2	2.9	-1.7	1.3	-1.4	10
GE	1.8	1.7	6.3	6.5	1.5	9
JU	-2.3	5.8	1.0	3.1	-3.9	4

Anhang 32
Die Kantonalparteien der GPS auf den verschiedenen Konfliktdimensionen (1).
Abweichung vom schweizerischen GPS-Mittelwert

Kanton	Konfliktdimension (0=Minimum; 100=Maximum)					N=
	Für aussenpolitische Öffnung	Für wirtschaftliche Liberalisierung	Für eine restriktive Finanzpolitik	Für mehr Recht und Ordnung	Für eine restriktive Einwanderungspolitik	
CH	68.9	30.7	28.4	24.3	6.6	368
ZH	-3.2	4.8	1.4	2.5	4.1	106
BE	-0.6	2.6	-0.1	-4.3	-0.5	58
LU	2.1	-1.3	-0.5	-3.3	-3.2	18
SZ	6.1	10.8	7.9	4.5	6.9	4
ZG	5.5	2.4	-2.0	-8.0	-5.3	6
FR	3.1	-5.1	-7.2	-1.6	-5.0	13
SO	-3.9	3.0	-0.9	-2.9	-1.3	14
BS	-6.4	-3.4	-1.2	-4.5	-3.3	10
BL	-1.1	-1.5	-0.6	0.1	0.6	12
SG	-4.8	-0.3	2.6	1.8	0.9	36
AG	-2.1	3.1	1.3	-1.2	1.0	30
TG	-2.6	5.3	7.3	9.5	7.2	12
TI	-6.4	-1.1	1.6	1.3	7.4	8
VD	2.1	-6.4	-2.0	2.0	-1.0	17
VS	-4.6	-5.3	1.6	7.8	6.2	11
NE	7.5	-0.1	-1.7	0.7	-5.8	5
GE	7.9	-4.2	-6.7	-2.1	-6.1	8

Anhang 33**Die Kantonalparteien der GPS auf den verschiedenen Konfliktdimensionen (2).
Abweichung vom schweizerischen GPS-Mittelwert**

Kanton	Konfliktdimension (0=Minimum; 100=Maximum)					N=
	Für mehr Umwelt- schutz	Für einen ausgebau- ten Wohl- fahrtsstaat	Für eine liberale Gesell- schaft	Links- Rechts	Liberal- Konserva- tiv	
CH	95.0	84.7	81.0	87.2	61.3	368
ZH	0.1	-4.1	0.0	-2.2	1.0	106
BE	-1.7	-1.8	3.5	-0.4	1.7	58
LU	-0.1	1.3	4.1	2.1	1.1	18
SZ	2.9	2.2	-0.9	-3.1	6.7	4
ZG	2.9	6.6	1.9	5.6	2.3	6
FR	2.4	7.3	2.7	5.8	-1.0	13
SO	-0.1	-4.2	2.1	-1.5	1.7	14
BS	-1.3	1.9	4.2	3.7	-1.5	10
BL	2.7	-0.8	1.4	-0.7	0.7	12
SG	-0.4	-1.9	-2.5	-2.1	-1.7	36
AG	-0.4	-2.9	1.6	-1.8	1.8	30
TG	0.6	-11.0	-10.7	-7.7	-1.6	12
TI	-0.7	-6.6	1.7	-2.9	-0.3	8
VD	-2.1	-0.3	-2.0	-0.8	-3.7	17
VS	-3.5	-2.5	-10.6	-4.6	-7.2	11
NE	0.4	6.7	0.3	4.0	0.5	5
GE	-1.3	7.9	2.8	5.4	0.2	8

In der gleichen Reihe Dans la même collection

N°	Autoren, Titel und Datum – Auteurs, titres et date
231	DE BUREN Guillaume Vers des politiques régionales transfrontalières? Etude de la réorientation de la politique cantonale genevoise de l'aménagement du territoire, juillet 2007
232	SOGUEL Nils, BIZZOZERO Giordano, CHATAGNY Florian Vergleich 2006 der Kantons- und Gemeindefinanzen / Comparatif 2006 des finances cantonales et communales, septembre 2007
233	EMERY Yves, LAUNAZ Marie OCB, une analyse du comportement citoyen dans les organisations publiques suisses
234	PRALONG Frédéric Réforme de la péréquation financière et de la répartition des tâches: incidences du transfert du domaine des institutions pour personnes handicapées aux cantons
235	AFFOLTER Simon La participation des conférences intercantionales au processus de décision sur le plan fédéral. L'exemple de la Réforme de la péréquation financière et de la répartition des tâches entre la Confédération et les cantons (RPT)
236	LEONOR Perréard Monopole des loteries et paris en Suisse: état des lieux et perspectives. Remise en question du monopole détenu par les opérateurs de loteries et paris
237	LADNER Andreas Die Schweizer Gemeinden im Wandel: Politische Institutionen und lokale Politik
238	LADNER Andreas, FIECHTER Julien L'état des communes dans le canton de Vaud
239	GAUTSCHI Peter Der KMU-Verträglichkeitstest als Element der prospektiven Regulierungsfolgenanalyse im Gesetzgebungsprozess des Bundes
240	GUNZINGER Mathieu Analyse comparative des ressources financières des partis politiques suisses
241	GILLARDIN Anne Proposition d'un concept de contrôle de gestion pour la division « infrastructure routière » de l'Office fédéral des routes (OFROU)
242	SOGUEL Nils, BIZZOZERO Giordano, PEDROJETA Stefano Vergleich 2007 der Kantons- und Gemeindefinanzen Comparatif 2007 des finances cantonales et communales
243	LADNER Andreas, SCHWARZ Daniel, FIVAZ Jan Die Positionierung der Nationalratskandidierenden 2007 Eine explorative Analyse der Antworten auf die Fragen der Online-Wahlhilfe smartvote

L'IDHEAP en un coup d'œil

Champ

L'IDHEAP, créé en 1981, se concentre sur l'étude de l'administration publique, un champ interdisciplinaire (en anglais Public Administration) visant à développer les connaissances scientifiques sur la conduite des affaires publiques et la direction des institutions qui en sont responsables. Ces connaissances s'appuient sur plusieurs disciplines des sciences humaines et sociales, comme le droit, l'économie, le management et la science politique, adaptées aux spécificités du secteur public et parapublic. L'IDHEAP est le seul institut universitaire suisse totalement dédié à cet important champ de la connaissance.

Vision

A l'interface entre théorie et pratique de l'administration publique, l'IDHEAP est le pôle national d'excellence contribuant à l'analyse des mutations du secteur public et à une meilleure gouvernance de l'Etat de droit à tous ses niveaux, en pleine coopération avec ses partenaires universitaires suisses et étrangers.

Mission

Au service de ses étudiants, du secteur public et de la société dans son ensemble, l'IDHEAP a une triple mission qui résulte de sa vision:

- Enseignement universitaire accrédité au niveau master et post-master, ainsi que formation continue de qualité des élus et cadres publics;
- Recherche fondamentale et appliquée en administration publique reconnue au niveau national et international, et valorisée dans le secteur public suisse;
- Expertise et conseil indépendants appréciés par les organismes publics mandataires et enrichissant l'enseignement et la recherche.

Principales prestations

1. Enseignement: former les élus et cadres actuels et futurs du secteur public

- Doctorat en administration publique
- MPA (Master of Public Administration)
- Master PMP (Master of Arts in Public Management and Policy)
- DEAP (Diplôme exécutif en action publique)
- Certificat universitaire d'un cours trimestriel du MPA
- SSC (Séminaire pour spécialistes et cadres)

2. Recherche: ouvrir de nouveaux horizons pour l'administration publique

- Projets de recherche fondamentale ou appliquée
- Directions de thèses de doctorat
- Publications scientifiques (ouvrages et articles)
- Colloques et conférences scientifiques
- Cahiers et Working Papers de l'IDHEAP

3. Expertise et conseil: imaginer et mettre en œuvre des solutions innovatives

- Mandats d'expertise et de conseil auprès du secteur public et parapublic

4. Services à la cité: contribuer à la connaissance du service public

- Bibliothèque spécialisée en administration publique
- Sites Badac.ch, gov.ch, ivote.ch
- Renseignements aux collectivités publiques
- Interventions médiatiques
- Articles et conférences de vulgarisation